

Zukunftshauptstadt Berlin.

Sozial. Ökologisch. Vielfältig. Wirtschaftsstark.

Koalitionsvertrag 2021–2026



Koalitionsvertrag

zwischen

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
Landesverband Berlin**

und

**Bündnis 90/Die GRÜNEN
Landesverband Berlin**

und

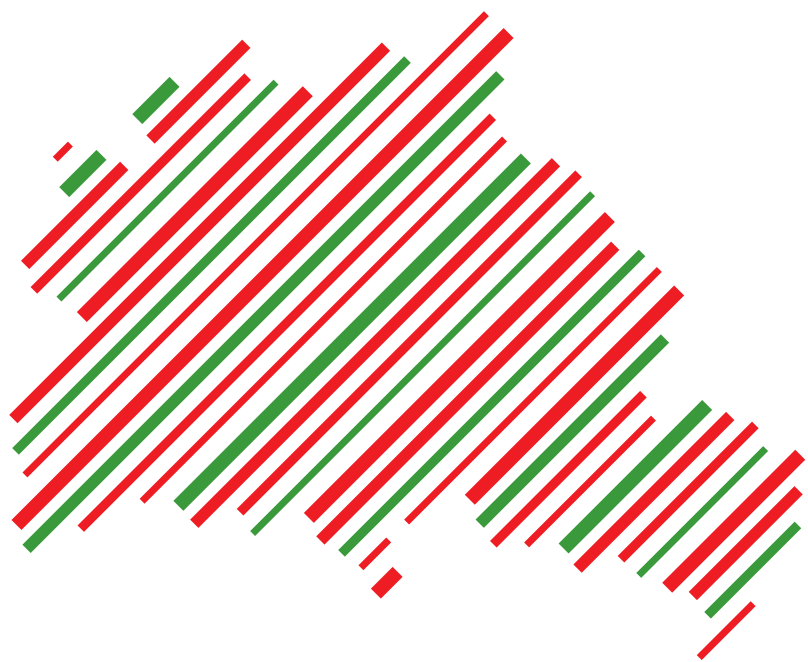
**DIE LINKE.
Landesverband Berlin**

für die Legislaturperiode 2021–2026



Inhaltsverzeichnis

1. Präambel	1
2. Stadtentwicklung, Bauen, Mieten	8
3. Arbeit	26
4. Soziales und Inklusion	32
5. Gesundheit und Pflege	36
6. Klima und Energie	44
7. Umwelt und Tierschutz	49
8. Verbraucherschutz	54
9. Mobilität	55
10. Partizipation und Migration	68
11. Offene Gesellschaft	75
12. Öffentliche Sicherheit	81
13. Justiz	88
14. Sport	92
15. Kultur und Medien	96
16. Bildung, Jugend und Familie	103
17. Wissenschaft, Forschung und Hochschulen	113
18. Wirtschaft	119
19. Verwaltung	125
20. Haushalt und Finanzen	135
21. Berlin im Bund und Europa	141
22. Grundsätze der Regierungszusammenarbeit	146



1. Präambel

Die drei Parteien verstehen das Wahlergebnis als Auftrag und Grundlage, **Verantwortung für unsere Stadt** zu übernehmen und Berlin mit einer progressiven, stabilen und tragfähigen Regierung in die Zukunft zu führen. Wir können die Herausforderungen, vor denen die Stadt steht, mit **Erfahrung und Kompetenz** bewältigen. Eine **vielfältige Stadt** wie Berlin braucht eine **soziale und nachhaltige Stadtpolitik**. Wir wollen Berlin für alle Menschen, die hier leben, besser und lebenswerter machen. Damit sowohl die heutigen Generationen als auch nachfolgende Generationen eine Stadt vorfinden, die funktioniert, die bezahlbar ist, die mit einer **starken Wirtschaft gute Arbeit** ermöglicht und die Herausforderungen des Klimawandels annimmt. Wir haben den Anspruch, eine **Regierung für alle Berliner*innen** zu sein.

Berlin ist seit jeher eine Stadt im Wandel. Das Wachstum der Stadt seit Mitte des 19. Jahrhunderts, die Aufbruchzeit der Weimarer Republik, zwei Weltkriege, die Nachkriegszeit sowie die Teilung und die Wiedervereinigung haben Berlin geprägt. In den letzten hundert Jahren hat sich unsere Stadt enorm verändert. Heute ist Berlin **Bundeshauptstadt** und die **größte Metropole in Deutschland** und gehört zu den **attraktivsten Städten Europas** und der Welt – eine faszinierende, sich ständig wandelnde Stadt mit großartigen Menschen. Berlin macht aus, dass jede und jeder nach ihrer und seiner Vorstellung glücklich werden kann und den Raum für den individuellen Lebensentwurf findet – ob Kleingarten oder Clubkultur – oder beides.

Berlin ist Stadt der Frauen. Die **Gleichstellung der Geschlechter** und die **Emanzipation und Selbstbestimmung** von Frauen sind für uns eine Querschnittsaufgabe.

Berlin ist die Stadt der **Freiheit und Vielfalt**, die Stadt der **Chancen und Möglichkeiten**. Dies schätzen die Berliner*innen. Wir wollen allen hier Lebenden Teilhabe und gleiche Lebenschancen bieten. Das entspricht nicht nur unserem Gesellschaftsbild, sondern ist mittlerweile auch ein klarer Standortvorteil für die Unternehmen Berlins, mit dem sie begehrte Fachkräfte aus aller Welt für diese Stadt begeistern können.

Berlin ist Anziehungspunkt, Zufluchts- und Sehnsuchtsort für Menschen aus über **150 Nationen**, die zum Ideenreichtum und zur Entwicklung unserer Stadt beitragen. Schon immer lebte unsere Stadt von Zu- und Einwanderung von Menschen. Berlin bleibt ein **sicherer Hafen für Menschen in Not**.

Wir bieten jeder Form von Extremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit, Hass und Hetze die Stirn.

Unser Auftrag ist, dafür zu sorgen, dass die guten Eigenschaften Berlins auch wirklich allen in Berlin zugutekommen, dass die Berliner*innen Teil einer positiven Entwicklung sind. Dazu gehört auch, dass wir unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat gegen Angriffe verteidigen und für **eine freie und offene Gesellschaft** eintreten.

Wir wollen eine Politik umsetzen, die **alle Menschen in unserer Stadt im Blick** hat, sowohl in der Innenstadt als auch in den Außenbezirken, egal wie sie leben und wen sie lieben, ob mit oder ohne Behinderung, unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Aussehens und ihrer Weltanschauung.

Wir sind uns über die großen Zukunftsherausforderungen einig und wollen sie gemeinsam anpacken. **Bezahlbare Wohnungen**, eine **klimaneutrale Stadt**, eine **starke Wirtschaft** mit **guter Arbeit**, eine **nachhaltige Verkehrsinfrastruktur**, eine **vielfältige Gesellschaft**, ein **gutes und leistungsfähiges Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen**, eine **digitale und funktionierende Verwaltung** und eine **sichere Stadt** stehen deshalb im Zentrum unserer Politik.

Die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes Berlin hat sich während der Corona-Pandemie verändert. Der Landeshaushalt wird so ausgestaltet, dass gilt: Wir sparen uns nicht aus der Krise heraus, sondern wir investieren. Dafür haben wir uns auf eine verantwortungsvolle finanzpolitische Strategie verständigt, die über die gesamte Wahlperiode trägt. Wir setzen dabei Schwerpunkte und priorisieren unsere Maßnahmen in allen Politikfeldern. Dafür müssen rechtliche und fiskalische Spielräume konsequent genutzt und mit den gesetzten Schwerpunkten in Einklang gebracht werden.

Soziales Berlin

Wir treten ein für soziale Gerechtigkeit und stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Auch für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen muss die Stadt bezahlbar und lebenswert bleiben – ob es um **Wohnen, Mobilität**, um **Nahversorgung, Kultur, Soziales** oder **Familie** geht.

Wir wollen die **Berliner Mischung** von Menschen aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen erhalten. Lebendige Kieze brauchen bezahlbare Wohnungen, aber auch Raum für Gewerbe, Soziales und Kultur. Wir wollen den **Neubau bezahlbarer Wohnungen** voranbringen und alle bestehenden und möglichen zukünftigen Instrumente für den Schutz der Mieter*innen auf Landes- und Bundesebene konsequent nutzen.

Der Neubau bezahlbaren Wohnraums hat für die bedarfsdeckende Versorgung besonders von Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen höchste Priorität. Es wird ein **Bündnis für Wohnungsneubau** und bezahlbares Wohnen gegründet, das die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die Genossenschaften und die privaten Wohnungsunternehmen einbezieht, um Wohnungsbauvorhaben konsequent voranzutreiben. Dieses Bündnis soll auch die Themen **Klimaschutz und Energieeffizienz** und eine **integrative Wohnungspolitik** zum Inhalt haben. Dabei ist es für uns selbstverständlich, dass die verkehrliche, soziale und kulturelle Infrastruktur in den neuen Stadtquartieren geplant werden.

Wir wollen **Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit beenden** und Betroffenen eine menschenwürdige Perspektive eröffnen. Die Koalition setzt sich zum Ziel, alles zu tun, um der Verdrängung von Menschen aus ihren Kiezen entgegenzuwirken und ihnen ihr Lebensumfeld zu erhalten.

Wir sorgen dafür, dass soziale Angebote von Beratung, Austausch und Begegnung erhalten und ausgebaut werden, dass Hilfen für Kinder und Jugendliche, für Familien und ältere Menschen gewährt werden. Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung in der ganzen Stadt.

Wir investieren in **Bildung und lebenslanges Lernen**. Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten und freien Leben. Unser Ziel ist, dass Bildungserfolg und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen nicht vom Elternhaus abhängen. Deshalb ermöglichen wir allen Kindern und jungen Menschen – ob mit oder ohne Behinderung – von der Kita bis zur Berufs- und Hochschule die besten Chancen durch gute Bildungseinrichtungen und außerschulische Angebote. Für uns ist und bleibt der Zugang zu gebührenfreier Bildung dabei essenziell.

Zu **sozialer Sicherheit** gehört für uns auch, dass jede und jeder, die oder der in Berlin lebt, sich sicher fühlt. Deshalb stärken wir den Ordnungsämtern, der Polizei und allen, die in dieser Stadt für Sicherheit sorgen den Rücken, genauso wie der Zivilgesellschaft, die für **Bürgerrechte und Demokratie** eintritt. Der starke Staat muss sein Versprechen halten: Wir weichen vor keiner Gewalt. Wir beugen uns nicht privater Willkür. Wir treten dafür ein, dass in Berlin an jedem Ort nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts gilt. Demokratie wird vor Ort gelebt und wir treten für eine starke Demokratie ein.

Unsere Stadt lebt von ihrer **vielfältigen Zivilgesellschaft** – von Vereinen, Initiativen und Gemeinschaften. Berlin ist Stadt des Ehrenamts. Wir setzen uns zum Ziel, die ehrenamtlich Engagierten zu unterstützen, auf Augenhöhe zu agieren und ansprechbar zu sein. Unsere Politik entwickeln wir im Dialog und Austausch.

Ökologisches Berlin

Der **Kampf gegen die Klimakrise** ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit – auch hier in Berlin. Deshalb ist die Reduzierung des Klimagasausstoßes, aber auch die Anpassung an die Folgen des Klimawandels eine zentrale Aufgabe des zukünftigen Senats. Die Klimaveränderungen zwingen uns zum schnellen und effizienten Handeln. Wir setzen uns zum Ziel, entsprechend des Pariser Klimaabkommens alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Wir wollen Berlin zu einer nachhaltigen Metropole entwickeln, die aktiv und wirksam zum Klimaschutz beiträgt. Dabei wissen wir, dass Klimaschutz untrennbar mit wirtschaftlicher Entwicklung, technologischem Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit verbunden ist. Unser Ziel ist ein klimaneutrales Berlin.

Die Infrastruktur muss weiter saniert und modernisiert, die **Digitalisierung** beschleunigt und auf die Herausforderungen des Klimawandels und des Klimaschutzes eingestellt werden. Der **Klimaschutz** mit dem Ziel der **Klimaneutralität** entsprechend dem Pariser Klimaschutzabkommen ist für uns Querschnittsthema in allen Politikbereichen. Wir wollen deshalb entschlossen handeln, um die **Energie-, Wärme- und Mobilitätswende** in der Stadt voranzubringen. Dazu gehören Investitionen in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, in die Ladesäuleninfrastruktur, in sichere Rad- und Fußwege, in die energetische Gebäudesanierung, nachhaltiges Bauen, die Flächenentsiegelung und Begrünung auf Flächen und an Gebäuden genauso wie die Unterstützung der industriellen **Transformation** und die Stärkung der **Wissenschaft und Forschung** in diesem Bereich. Die Maßnahmen der Regierung müssen sich an den Zielen des Klimaschutzes messen lassen. Die landeseigenen Unternehmen haben hier eine Vorreiterrolle und müssen mit gutem Beispiel vorangehen.

Auch in Berlin sind die klimatischen Veränderungen zu spüren. Deshalb braucht es einen Umbau der Stadt, damit sie auch unter den veränderten Bedingungen in Zukunft noch lebenswert ist. Denn wir wollen, dass die Menschen in unserer Stadt trotz unvermeidlich steigender Temperaturen weiter eine hohe Lebensqualität genießen. Eine saubere Parkbank und ein sauberer Spielplatz gehören daher genauso zu einer klimaneutralen Stadt wie kühlende Fassadenbegrünungen. Deshalb gilt es auch, das Grün in der Stadt zu schützen und zu pflegen. Saubere Parks und Grünflächen sind dabei ein Gewinn für die Natur und schaffen sowohl Versickerungsflächen für Regenwasser als auch kostenlose Naherholungsorte für alle, die weder Garten noch Balkon besitzen.

Berlin hat das Potenzial, **Vorreiter im Bereich Klimaschutz** zu werden und das wollen wir nutzen. Wir denken wirtschaftlichen **Aufschwung, Sozialverträglichkeit und Klimaschutz** zusammen.



Wirtschaftsstarkes Berlin

Wir wollen Berlin in der **Metropolregion Berlin-Brandenburg** im nächsten Jahrzehnt zu einem der **bedeutendsten Wirtschafts- und Technologiestandorte Europas** entwickeln. Eine gesunde **wirtschaftliche Basis**, die den **Wohlstand** in der Stadt nachhaltig trägt, ist unser Ziel.

Wir betrachten die **Unternehmen**, die **Handwerksbetriebe**, die **Gewerbetreibenden** und die **freien Berufe** als Partner*innen, um unsere Stadt lebenswert und zukunftsfähig für alle zu machen. Wir unterstützen die Wirtschaft, die gute Arbeitsplätze schafft und erhält – vom kleinen **Handwerksbetrieb**, über den **Einzelhandel**, das digitale **Start-up-Unternehmen**, die **Dienstleistungsbranche** bis hin zum Industriestandort. Wir werden das Wirtschaftswachstum in der Stadt aktiv fördern und Unternehmensansiedlungen und -gründungen unterstützen. Dabei denken wir langfristig und setzen auf eine starke Wirtschaft, die auch in den nächsten Jahrzehnten noch wettbewerbsfähig und zukunftsorientiert ist. Deshalb ist es unerlässlich, dass wir nicht nur dafür sorgen, dass mehr Investitionen in die Stadt fließen, sondern sich die Berliner Wirtschaft auch klimaneutral transformiert und gemeinsam mit dem Berliner Wissenschafts- und Forschungsstandort ein innovatives Stadtklima schafft. Denn nur eine nachhaltige Wirtschaft kann auch dauerhaft gute Arbeitsplätze schaffen und Wohlstand sichern.

Die Corona-Pandemie hat auch **Berlins Wirtschaft**, bis dahin mit dem bundesweit stärksten **Wachstum**, in unterschiedlicher Weise getroffen. Besonders die **Gastronomie**, die **Hotellerie**, der **Tourismus**, die **Veranstaltungs- und Kulturbranche**, aber auch der **Einzelhandel** haben hohe Belastungen zu tragen. Die wirtschaftlichen, aber auch die sozialen, gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgen der Krise und ihre Bewältigung werden die nächsten Jahre prägen. Deshalb unterstützen wir den **Neustart für die Wirtschaft** nach der Pandemie vor allem für die besonders betroffenen Wirtschaftszweige. Die Berliner Wirtschaft soll nach der Pandemie wieder auf Erfolgskurs kommen und an das Wirtschaftswachstum vor der Corona-Pandemie anknüpfen.

Besonders wichtig sind uns dabei die Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen, die Berlins wirtschaftliche Struktur maßgeblich prägen. Aber auch die industrielle Produktion werden wir bei der Ansiedlung im Großraum Berlin-Brandenburg unterstützen und fördern.

Wir legen Wert auf die besondere Unterstützung der **Kulturwirtschaft**, der **Gesundheitswirtschaft** und der **Sportmetropole Berlin** und der damit verbundenen Chancen für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Eine **starke Wirtschaft und gute Arbeit** gehören für uns zusammen. Deshalb setzen wir uns gegen prekäre Beschäftigung und für gute Arbeit mit sozialer Sicherheit, einer hohen Tarifbindung und einer gerechten und auskömmlichen Entlohnung ein.

Wir setzen auf die **Kreativität** und die **Innovationen**, die hier im Zusammenspiel von **Wissenschaft, Kultur, öffentlichem Sektor und Wirtschaft** entstehen. Wir stärken und schützen die Räume der Offenheit und Kreativität, die Berlin zu seinem weltweiten Ruf als Stadt der Freiheit verholfen haben.

Die Krise hat deutlich gezeigt, wie wichtig ein handlungsfähiger Staat ist. Wie wichtig es ist, dass unsere Behörden leistungsfähig und effizient aufgestellt sind, um die öffentliche Daseinsvorsorge und die Lebensgrundlagen zum Wohle aller zu sichern. Besonders **Bildung und Wissenschaft, Gesundheitssystem und Pflege** wollen wir **krisensfest aufstellen**. Berlin braucht nicht nur in Krisenzeiten eine enge und funktionierende Zusammenarbeit aller staatlichen Stellen und eine effiziente, bürgernahe und dienstleistungsorientierte Verwaltung, die den Anforderungen der Bürger*innen aber auch der Wirtschaft gerecht wird.

Deutliche Verbesserungen für eine funktionierende Stadt in den nächsten Jahren sind unser Anspruch. Daher wollen wir alle Anstrengungen aufbringen, um die Verwaltungsstruktur neu aufzustellen, zu digitalisieren und wo notwendig personell auf- und umzubauen. Unsere **Verwaltung** muss **digital und analog** für die Menschen in der Stadt erreichbar sein. Berlins Verwaltungen müssen ein **attraktiver Arbeitgeber** mit besten Arbeitsbedingungen werden, wenn die Stadt funktionieren soll.

Wir werden auf das bessere Management und die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Sektors in der Stadt ein besonderes Augenmerk legen, um eine gut ausgestattete, gut organisierte, digitalisierte und bürgerorientierte Stadtverwaltung zu erreichen.

Wir wollen parteiübergreifend Änderungsvorschläge für die zukünftige Verwaltungsstruktur Berlins erarbeiten und die Umsetzung auch per Verfassungsänderung vorbereiten.

Wir wollen den mehr als **140.000 Mitarbeiter*innen des öffentlichen Dienstes** als größtem Arbeitgeber der Stadt Wertschätzung und Anerkennung entgegenbringen, Entwicklungsperspektiven eröffnen und die Strukturen und Arbeitsbedingungen schaffen, damit motivierte Teams im „**Unternehmen Berlin**“ Gutes für die Stadt bewegen können. Zur Beseitigung des Fachkräftemangels werden wir alle Instrumente von einer Ausbildungsoffensive bis zur deutlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen nutzen.

Wir profilieren Berlin als wichtige Metropole in der Region Berlin-Brandenburg, in Deutschland, in Europa und der Welt. Durch die Zusammenarbeit mit Partner*innen über Berlin hinaus, schaffen wir Wege für Innovationen und Entwicklungen in einem Berlin, das Weltstadt ist und dennoch immer Kiez bleibt.

2. Stadtentwicklung, Bauen, Mieten

Die Koalition stellt sich der Verantwortung, die Entwicklung **Berlins als Zentrum der wachsenden Hauptstadtregion sozial und an den Pariser Klimazielen orientiert** zu gestalten.

Eine intensive **Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg und im Kommunalen Nachbarschaftsforum** werden wir anstreben. Gemeinsame Ziele sind ein ausgeglichener Wohnungsmarkt, eine geordnete Siedlungsentwicklung entlang der ÖPNV-Achsen und der Schutz der Freiräume.

Zur **Schaffung von ausreichendem, bedarfsgerechtem und bezahlbarem Wohnraum** sowie zur Erreichung der Wohnungsbauziele sind neue **klimaverträgliche Stadtquartiere** von hoher Bedeutung. Die Koalition bekennt sich dazu, den **Wohnungsneu- und Umbau** in der Stadt mit höchster Priorität voranzubringen. Die dafür notwendige soziale, kulturelle und verkehrliche Infrastruktur sowie die Grün- und Freiflächen wird die Koalition zeitgerecht schaffen. Die Koalition setzt sich für **hohe städtebauliche Qualität** mit innovativen Konzepten, hoher Qualität öffentlicher (Grün-) Räume und Nutzungsmischung als Schlüssel zur Urbanität in den neuen Stadtquartieren ein.

Die Koalition wird einen Schwerpunkt auf **Investitionen in Klimaschutz bei öffentlichen Gebäuden und Flächen** legen. Die Koalition erarbeitet eine gesamtstädtische Freiflächen-Strategie mit konkreten Etappenzielen, um eine wohnortnahe Versorgung mit öffentlichen Grünanlagen, Spielplätzen und Plätzen in öffentlichem Straßenland zu erreichen. Die Koalition wird ein Uferwegekonzept erstellen, um alle Ufer so naturnah und öffentlich wie möglich zu gestalten. Durch einen Katalog ökologischer Kriterien und mit der Arbeitshilfe Bauleitplanung will die Koalition einen **klimagerechten Planungsansatz in die Stadt-, Landschafts- und Freiraumplanung** integrieren. Aufbauend auf dem Ökokonto entwickeln wir ein gesamtstädtisches vorsorgendes Kompensationsmanagement. Eine Flächenagentur soll Kompensationsflächen akquirieren, entwickeln und pflegen. Die Koalition wird die Berliner **Kleingärten sichern** und die **Kleingartenvereine** bei der sozialen, umwelt- und klimagerechten Ausrichtung **unterstützen**. Eine gesetzliche Sicherung wird geprüft.

Die Koalition will **Schlüsselprojekte des sozialen und ökologischen Stadtumbaus** umsetzen. Dazu gehört in Abstimmung mit dem Bund die Aufnahme der Planung des schrittweisen Rückbaus der A 103 und A 104.

Die ressortübergreifende Gemeinschaftsinitiative und das **Landesprogramm Soziale Infrastrukturmaßnahmen** werden fortgeführt und Angebote für Mehrfachnutzungen ausgebaut.

Bei der Entwicklung und Stärkung vorhandener und neuer Quartiere und der **Schulbauoffensive** sollen **kulturelle Räume in ausreichendem Umfang** verbindlich geplant und entwickelt werden. Dies wird über die Strategie zur Integrierten Infrastrukturplanung und mit einem Stadtentwicklungsplan Kultur (StEP) sichergestellt. Wir wollen die Initiative „Urbane Praxis“ durch eine ressortübergreifende Kooperation stärken und entsprechende Förderinstrumente entwickeln. Die Koalition wird **Kulturräume sichern**, zum Beispiel mit einem Atelier-Programm, das auch Atelierwohnungen integriert, und durch eine strategische Kooperation mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, die finanziell abgesichert werden müssen, und der Anerkennung von Clubs als Kulturstätten. Die Koalition beabsichtigt planerische und finanzielle Möglichkeiten, wie zum Beispiel beim Lärmschutz für Clubs, weiterzuentwickeln.

Der Reichtum an **Zentren** ist ein unschätzbare Vorteil für ein nachhaltiges Berlin. Für die Stärkung städtischer Zentren, eine robuste Nutzungsmischung und einen qualitätsvollen öffentlichen Raum wird die Koalition aufbauend auf dem „StEP Zentren“ ein Zentren- und Ortskernprogramm sowie Konzepte für eine neue **Nutzungsmischung für Einkaufszentren und Einkaufsstraßen** entwickeln und dafür Städtebaufördermittel einsetzen. Wir werden auf der Grundlage bezirklicher Erfahrungen Pilotprojekte zur Umnutzung von Shopping Malls und Hotels mit wirtschaftlichen Problemen erarbeiten.

Die Zentren am **Hermannplatz** und der **City West** wird die Koalition in ihrer Entwicklung und Urbanität stärken, die **Karstadt-Areale** aus dem Bestand heraus weiterentwickeln und damit langfristig Arbeitsplätze im Einzelhandel sichern. Hierbei wird eine städtebaulich verträgliche, sich in die Umgebung integrierende Planung verfolgt, an der die Stadtgesellschaft beteiligt wird. Für die City West wird ein Masterplan erarbeitet, der ein bis zwei Hochpunkte berücksichtigt.

Die Koalition wird sich für einen konsequenten **Schutz von Gewerbemiet*innen und soziokulturellen Projekten** einsetzen. Gewerbeflächenentwicklungskonzepte werden dezentral entwickelt und umgesetzt. Durch den Neubau von gemischt genutzten Gewerbehöfen soll der Bestand vergrößert und durch zielgruppengerechte und bezahlbare Gewerbemieteinheiten weiter vergrößert werden. Die kostenfreien Beratungsangebote für Gewerbemiet*innen werden weitergeführt. Wir wirken bei der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) und dem Berliner Großmarkt auf transparente Vermietungsregelungen, Bedarfsgerechtigkeit und soziale Staffelung hin.

Die Koalition setzt sich gegenüber dem Bund für eine **Gewerbemietpreisbremse** und einen **Gewerbemietpiegel**, einen angemessenen Kündigungsschutz sowie die Prüfung der Ausdehnung des Milieuschutzes ein, um Gewerbetreibende, Kulturbetriebe und soziale Einrichtungen vor Verdrängung zu schützen. Wir prüfen die sinngemäße Anwendung des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung auf das Gewerbe.

Um die erwartete Entwicklungsdynamik Berlins und die neuen Ansprüche an die Stadtentwicklung in den nächsten 30 Jahren zu bewältigen, wird die Koalition eine **Überarbeitung des Flächennutzungsplans** von 1994 prüfen.

Die Zusammenarbeit der Senatsverwaltungen mit den Bezirken wird verbessert, um eine **abgestimmte Vorgehensweise und eine integrierte Stadtplanung über alle Ebenen hinweg** zu erreichen. Die Möglichkeit, Bereichsentwicklungsplanungen und integrierte Stadtentwicklungskonzepte über Städtebaufördermittel zu finanzieren, wird genutzt. Die sozialen Infrastrukturkonzepte und die Strategie zur integrierten Infrastrukturplanung werden fortgeschrieben.

Wir werden das **zivilgesellschaftliche Engagement in Großsiedlungen** weiterhin unterstützen und die BENN-Projekte (Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften) weiterführen.

Um ein breites Spektrum von Planungsbüros in die **Entwicklung hochwertigen Städtebaus, Freiflächenplanung und Baukultur** einzubinden, schreiben wir verstärkt Wettbewerbe nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) aus und sorgen für faire Vergabeverfahren. Der Pflege und dem Schutz besonders erhaltenswerter Bausubstanz kommt ein hoher Stellenwert zu. Die Koalition unterstützt die Bezirke bei der Einrichtung von Gestaltungsbeiräten und verstetigt die Arbeit des öffentlichen Baukollegiums.

Das **Hochhausleitbild** bildet den Rahmen für zukünftige Hochhausprojekte. Es wird im Laufe der Legislaturperiode evaluiert.

Die Koalition wird gemeinsam mit Brandenburg, den Architektenkammern und zivilgesellschaftlichen Initiativen über die Durchführung einer **Bauausstellung** diskutieren, die zur Plattform für sozial und ökologisch vorbildliche Quartiersentwicklung, innovatives Verwaltungshandeln sowie kooperative Stadt- und Regionalplanung in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg und den Bezirken wird.

Die Koalition wird die **Leitlinien zur Bürgerbeteiligung** weiterentwickeln und dafür sorgen, dass Beteiligungsbüros in allen Bezirken etabliert werden.

Die Koalition setzt die Politik der **kooperativen Stadtentwicklung** auf ausgewählten landeseigenen Liegenschaften wie dem Haus der Statistik, dem Rathausblock und der Wiesenburg fort und baut Kooperationen mit der Stadtgesellschaft bei der Entwicklung neuer Standorte weiter aus. Der Runde Tisch Liegenschaftspolitik wird fortgesetzt. Wir prüfen die Einrichtung einer Taskforce für bedrohte Räume der Berliner Mischung und Soziokultur zur Bewältigung von stadtentwicklungspolitischen Herausforderungen und Konflikten.

Das **Rathausforum/Marx-Engels-Forum** soll auf der Grundlage des Wettbewerbsergebnisses als öffentlicher Freiraum zügig partizipativ realisiert werden. Die Koalition wird das Quartier Molkenmarkt/Klosterviertel in einem „Berliner Band der Kultur“ entwickeln. Für den **Molkenmarkt** streben wir eine kleinteilige Bebauung mit vielfältiger Nutzung und sehr guter Architektur an. Für den Bereich um die **Gertraudenbrücke** muss der geeignete Städtebau mit dem Denkmalschutz und der Verkehrsplanung zügig in Alternativen geprüft werden. Der öffentliche Raum auf der **Spreeinsel** wird im Rahmen des Nationalen Projektes des Städtebaus durch die Freitreppe und umliegende Anlagen am Flussbad verbessert.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass der **Alexanderplatz** an **Aufenthaltsqualität** gewinnt sowie öffentliche und kulturelle Nutzungen den Platzcharakter prägen.

Für die **Friedrichstraße** wird das Konzept der Verkehrsberuhigung und Aufwertung des öffentlichen Raums gemeinsam mit den Anlieger*innen überprüft und weiterentwickelt, die Aufenthaltsqualität verbessert und die kommerzielle Nutzung des öffentlichen Straßenlandes gesteuert.

Der **Rathausblock/Dragoner Areal** wird als Modellprojekt für ein soziales wie ökologisches Wohn- und Gewerbequartier weiter vorangebracht und die Kooperationsformate werden fortgesetzt. Das im Haushalt 2021 bereits abgesicherte Modellprojekt „Dauerhafte Bindungen“ werden wir umsetzen und prüfen, inwieweit eine modellhafte, möglichst langfristige Bindung von Sozialwohnungen mittels Erbbaurechte über den regulären Förderzeitraum hinaus in Abgrenzung zum kommunalen Volleigentum mit dem Ziel einer langfristig gemischten Quartiersentwicklung möglich ist.

Es wird geprüft, ob und inwieweit der städtebauliche Vertrag zur **Urbanen Mitte** den aktuellen klimapolitischen Aufgaben und den Bedarfen vor Ort noch gerecht wird und eine Anpassung von Art und Maß der Bebauung ermöglicht wird.

Die Bestandsnutzungen am ehemaligen **Flughafen Tempelhof** werden sukzessive gesichert. Rechtlich zulässige Zwischennutzungen, die keine erheblichen Baumaßnahmen erfordern sowie anderweitig finanziert und verantwortet werden, können – ohne einer Zielstruktur vorzugreifen – zugelassen werden.

Die Koalition wird sich dafür einsetzen, die Kulturbrauerei und das Filmtheater Colosseum als Kulturstandorte zu erhalten.

Die Koalition wird wichtige **Gedenkort** der **deutsch-deutschen Teilung** bewahren und entwickeln. Das diskursive Verfahren für die Gestaltung des Checkpoint Charlie wird fortgeführt. Das ehemalige Gelände des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in der Normannenstraße soll zum **Campus für Demokratie** entwickelt und als öffentlicher Kultur-, Bildungs-, Erinnerungs- sowie Verwaltungsstandort wiederbelebt werden. Für die ehemalige FDJ-Schule (Freie Deutsch Jugend) am Bogensee wird die Koalition gemeinsam mit dem Land Brandenburg, dem Bund und der Gemeinde Wandlitz ein Nutzungskonzept entwickeln.

Die Erforschung und partielle **Sicherung der historischen Zeugnisse im Boden** ist Teil der modernen Stadtentwicklung, die Großgrabung Molkenmarkt wird fortgesetzt. Mit der bevorstehenden Eröffnung des Archäologischen Haus am Petriplatz wird ein zentraler Ort zur Berliner Archäologie geschaffen. Archäologische Fenster sollen am Roten Rathaus, in der Breiten Straße und am Molkenmarkt entstehen.

Die Koalition unterstützt die bundesfinanzierte **Bauakademie** in ihrem Bestreben, einen nachhaltigen und innovativen Bau im Geiste Schinkels umzusetzen.

Berlin hat einen akuten Wohnungsmangel, insbesondere im unteren und mittleren Mietpreissegment. Der **Berliner Wohnungsmarkt** ist derzeit gekennzeichnet durch eine geringe Leerstandsquote, daraus resultierende fehlende Umzugsmöglichkeiten, Abwanderungen ins Umland sowie stark ansteigende Mieten und überhöhte Angebotsmieten, Immobilienspekulation und überhöhte Bodenpreise. Nur wenn wir ausreichend **bezahlbare Wohnungen schaffen** und gleichzeitig **Mieter*innen schützen**, werden wir den Wohnungsmarkt in Berlin nachhaltig entspannen.

Vor diesem Hintergrund hat die Koalition das erklärte Ziel, den **Wohnungsneubau** und die dazugehörige Infrastruktur in der Stadt mit **höchster Priorität** voranzubringen, um der **Zielsetzung des Neubaus von 20.000 Wohnungen im Jahr** zu entsprechen. Das Ziel dabei ist, möglichst die Hälfte davon in dieser Legislatur im gemeinwohlorientierten und bezahlbaren Segment zu errichten. Die Koalition wird durch Beschleunigungen, Förderprogramme, vertragliche Lösungen und eine entsprechende Liegenschaftspolitik den Wohnungsmangel und damit einhergehende überhöhte Mieten

bekämpfen. Die vielen anstehenden Bauaufgaben sind für uns Aufforderung für Innovationen und den ökologischen Umbau.

Der „Stadtentwicklungsplan Wohnen“ (StEP Wohnen) wird überarbeitet mit dem Ziel, Möglichkeiten auszuloten, um **zusätzliche Wohnungsbaupotenziale zu erschließen**. Die Zielzahl von **200.000 Wohnungen bis 2030** wird konkret mit Stadtquartieren und Wohnbaupotenzialen untersetzt. Der Wohnungsbau wird insbesondere durch verträgliche Nachverdichtung, Aufstockung, Transformation im bebauten Bereich wie zum Beispiel Parkplätze, Nutzungsstapelung, graue Flächen und in neuen Stadtquartieren realisiert. Folgende Maßnahmen ergreift die Koalition:

In den ersten 100 Tagen wird ein **projektkonkreter Bericht über alle größeren laufenden Projekte** in den neuen Stadtquartieren, im Kooperativen Baulandmodell, bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie bei privaten Bauherren vorgelegt, um Transparenz zu schaffen, Zielsetzungen zu schärfen sowie Probleme und Lösungen aufzuzeigen.

Aufbauend auf den bisherigen Erfahrungen werden wir **Maßnahmen zur Beschleunigung der Planungs-, Genehmigungs- und Bauabläufe** umsetzen. Die Koalition wird Entwicklungshemmnisse beim Wohnungsbau konsequent abbauen. Damit verbunden ist unter anderem der Aufbau von Personal, besser abgestimmte Verkehrsplanung, Beschleunigung von Bebauungsplänen, gute und zügige Beteiligungsverfahren, Lösung von Naturschutzkonflikten, Finanzierung öffentlicher Infrastruktur, Entwicklung von Strategien im Umgang mit begrenzten Baukapazitäten etwa über eine Stärkung der Bauwirtschaft und eine Ausbildungsoffensive.

Wir werden die **für den Wohnungsneubau erforderlichen Verkehrsprojekte** gut abgestimmt schnell realisieren und gegebenenfalls für vorläufige Erschließung sorgen. Dies gilt insbesondere für die Stadtquartiere Gartenfeld, Blankenburger Süden, Michelangelostraße, Güterbahnhof Köpenick, Siemensstadt Square, Wasserstadt Oberhavel, Rangierbahnhof Pankow, Schumacher-Quartier.

Im Zuge einer Fortschreibung des „StEP Wohnen“ bis 2023 wird aufgrund der künftigen Bevölkerungsentwicklung der zusätzliche Wohnraumbedarf ermittelt. Dabei wird die Bevölkerungsentwicklung der gesamten Metropolregion berücksichtigt, um wirtschafts-, sozial- und klimapolitisch unerwünschte Verdrängungseffekte ins Umland zu vermeiden.

Um mindestens 200.000 neue Wohnungen bis 2030 zu bauen, wird die Koalition zusätzliche **Potenziale**, unter anderem durch Erweiterung der Kulisse, höhere Dichte in den bisher definierten 16 neuen Stadtquartieren sowie zusätzliche neue Stadtquartiere beziehungsweise Erweiterungen, definieren.

Prioritär soll dabei der **Wohnungsbau in den neuen Stadtquartieren** weiterverfolgt und beschleunigt sowie durch höhere Dichten intensiviert werden, um mindestens 51.000 Wohnungen in diesen Quartieren zu bauen: Blankenburger Süden, Buch am Sandhaus, Buckower Felder, Europacity, Wasserstadt Oberhavel, Neues Gartenfeld, Johannisthal/Adlershof, Güterbahnhof Köpenick, Neulichterfelde, Michelangelostraße, Schumacher-Quartier, Pankower Tor, Neue Mitte Tempelhof, Schöneberger Linse (Südkreuz), Siemensstadt, Stadtgut Hellersdorf.

Zusätzliche neue Stadtquartiere wie etwa Tegel Nord und Marienhöfe sollen mit rund 2.800 Wohnungen zügig in die Umsetzung gehen. Wohnungsbaupotenziale in weiteren Quartieren wie zum Beispiel die Elisabeth-Aue, Zentraler Festplatz und Späthfeld werden im Rahmen der Überarbeitung des „StEP Wohnen“ ausgelotet und mit konkreten Zahlen untersetzt.

Dabei sollen **Klimaresilienz**, die Planung und der Erhalt soziokultureller Infrastruktur und grüner Freiflächen sowie innovative Konzepte der Schwammstadt, der 15-Minuten-Stadt und der Smart City Berücksichtigung finden.

Das Wohnflächeninformationssystem (WoFis) beinhaltet alle Potenziale über 50 Wohneinheiten, darunter auch die neuen Stadtquartiere. Darin sind kurz- und mittelfristig etwa 151.000 Wohnungen realisierbar. Darüber hinaus können ca. 31.000 Wohnungen innerhalb der nächsten acht bis zwölf Jahre fertiggestellt werden.

Hinzu kommen Wohnungsbaupotenziale unter 50 Wohneinheiten wie etwa Nachverdichtungen, Aufstockungen im Bestand, Transformation im bebauten Bereich, Nutzungsstapelung oder graue Flächen in Höhe von 30.000 Wohneinheiten bis 2030. Durch Rückbau und Deckelung von Verkehrsbauten werden zusätzliche Flächenpotenziale für die Zeit ab 2030 mobilisiert. Inwieweit Berlin darüber hinaus weitere Flächen auf bislang unversiegelten Böden bebauen muss, wird im Rahmen der Fortschreibung des „StEP Wohnen“ sorgfältig geprüft.

Derzeit ergibt dies in der Summe ein Wohnungsbaupotenzial von 212.000 Wohnungen und weiterer Potenziale bei Überarbeitung des „StEP Wohnen“. Für die Zeit der Legislaturperiode wird keine Randbebauung des Tempelhofer Feldes geplant.

Eine **maßvolle und verträgliche weitere Verdichtung** in bestehenden Stadtstrukturen ist ein wichtiger Schlüssel für eine klimagerechte Stadtentwicklung. Hierdurch kann eine Ausdehnung in der Metropolregion in die Fläche und zusätzlicher Autoverkehr vermieden werden. Deshalb bekennen wir uns zum „Urbanen Bauen“, das die Möglichkeiten der neuen Baunutzungsverordnung (BauNVO) nutzt, auch über die bisherigen **Bau- bzw. Traufhöhen** hinaus. Hierfür wird im Einzelfall entsprechendes Baurecht geschaffen.

Der wachsende Bedarf nach Flächen wird zukünftig vermehrt durch Neuordnung und bestmögliche Nutzungsüberlagerung gedeckt. Die Koalition wird deshalb die bezirkliche Entwicklungsplanung systematisch um ein **strategisches Flächenmanagement** ergänzen, auch um ein aktives Zugehen auf Grundstückseigentümer*innen zu ermöglichen. Dafür sind die Wohnungspotenziale aus dem WoFis eine wichtige Grundlage.

Die Investitionsfähigkeit der **landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften** wird gesichert. Die Wohnungsbaugesellschaften sollen in den nächsten fünf Jahren 35.000 Wohnungen neu bauen. Dafür werden weiter unentgeltlich landeseigene Grundstücke übertragen, deren Wert sie als Mietsubvention einsetzen müssen. Mindestens 400.000 Wohnungen sollen durch Neubau und Ankauf im Jahr 2026 in öffentlicher Hand sein. Die Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wird fortgeschrieben.

Für die Erfüllung der ehrgeizigen Neubauziele muss die Neubaufähigkeit der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften verbessert werden. In Absprache mit den Landeswohnungsunternehmen (LWU) wird geklärt, wie in einer **gemeinsamen stärkeren Planungs- und Neubaueinheit** Synergieeffekte zum Beispiel aus Standardisierung gehoben und bessere Strategien zum Umgang mit knappen Baukapazitäten auf dem Markt umgesetzt werden können.

Die LWU werden mehr **Wohnungsneubau in serieller Bauweise** erstellen und **neue, gemeinschaftliche Wohnformen** wie auch große Familien besonders berücksichtigen. Städtebauliche Qualität und lebenswerte Quartiersstrukturen werden dabei weiterhin gewahrt.

Wohnungsangebote und Neubauten der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften für Studierende und Auszubildende sollen weiter ausgebaut werden.

Fast 40 Prozent der Treibhausgas-Emissionen und 60 Prozent des Abfallaufkommens gehen in Deutschland auf den Gebäudesektor zurück.

Die Koalition wird einen deutlichen Schwerpunkt auf Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung legen und das **Bauen in Berlin konsequent auf Nachhaltigkeit ausrichten**. Damit wird Berlin Teil des „Green Deals“ der Europäischen Union.

Das Land und seine Unternehmen wollen sich verpflichten, beim Neubau eine **Zertifizierung** nach dem Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen (BNB) einzuhalten. Die im Verfahren befindliche Zertifizierung (Silber ab zehn Mio. Euro Investitionsvolumen) wird abgesichert. Der Senat wird aufgefordert, ein Umsetzungskonzept inklusive einer Folgenabschätzung vorzulegen.

Neue Gebäude (auch bei den landeseigenen Betrieben) sollen möglichst aus **nachwachsenden und kreislaufgerechten Baustoffen** errichtet werden und damit CO₂ einlagern. Schulgebäude und Wohnbauten der LWU sollen vermehrt aus Holz und klimagerechten Baustoffen gebaut werden. Lebenszykluskosten werden als Kriterium genutzt.

Eine Berliner Holz-Bauhütte wird aufgebaut und ein Holzbacluster mit Brandenburg organisiert. Das Schumacher-Quartier wird dabei Pilotprojekt.

Zur Erreichung der **CO₂-Einsparungen im Gebäudebestand** werden wir den bereits begonnenen Prozess der städtischen Wohnungsbaugesellschaften intensivieren, das Ziel der CO₂-Klimaneutralität bis 2045 zu erreichen. Für den privaten Wohnungsbestand wollen wir Förderprogramme weiterentwickeln, die mit dem Förderinstrumentarium des Bundes abgestimmt sind. Die Koalition wird die Schaffung und Verlängerung von Preis- und Belegungsbindungen im Zuge einer Novellierung der Wohnungsbauförderung für energetisch sinnvolle Maßnahmen ermöglichen.

Der Abriss von baulichen Anlagen vernichtet bislang sehr viel graue Energie, deshalb haben für die Koalition der **Umbau und die Erweiterung Priorität gegenüber Abriss und Neubau**. Wo Bauteile abgebrochen werden, gilt das Primat der Kreislaufwirtschaft und vor allem das Getrenntsammeln. In Zusammenarbeit mit der Bauwirtschaft soll das Recycling von Bauabfällen deutlich verstärkt und die Lagerung und Wiedernutzung von älteren Bau- und Ausbauteilen ermöglicht werden. Für Innovationen am Bau wird das Land Berlin mit den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und der Bauwirtschaft in der Region kooperieren und ein Bauinnovationszentrum für Beratung und Schulung einrichten, das eng mit der Bundesstiftung Baukultur zusammenarbeiten wird. Um asbestfreie Hauptstadt zu werden, schafft die Koalition als Sofortmaßnahme Beratungskapazitäten für Mieter*innen und Vermieter*innen. Die energetische Ertüchtigung des öffentlichen Gebäudebestands wollen wir durch Bundes- und Landesprogramme fördern.

Die Koalition wird die **Berliner Bauordnung zügig unter Einbeziehung der Bezirke novellieren** mit dem Ziel, eine weitere **Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren** zu ermöglichen. Die bereits vorgesehenen Änderungen für mehr Barrierefreiheit werden mittelfristig umgesetzt. Ökologische Themen für mehr Nachhaltigkeit wie der qualifizierte Freiflächenplan, die Dach- und Fassadenbegrünung, der Schutz erhaltenswerter Bausubstanz, die Holzbauweise und die Typengenehmigungen finden Eingang. Es wird geprüft, inwieweit der Biotopflächenfaktor hierbei Berücksichtigung finden kann. Zudem wird die Koalition Empfehlungen aus dem „StEP Klima“ berücksichtigen.

Bei der Entwicklung von Wohnraum ist angemessener Raum für **öffentliche Bewegungsangebote** einzuplanen.

Wir wollen den Anteil an **barrierefreien und barrierearmen Wohnungen** in Berlin im Neubau und im Bestand deutlich erhöhen. Eine Investitionsoffensive für barrierefreie und inklusive Wohnangebote im Bestand wird geprüft.

Das bewährte **Kooperative Baulandmodell** wird in Anlehnung an das Münchner Vorbild weiterentwickelt, sodass sowohl im niedrigen als auch im mittleren Preissegment Wohnraum geschaffen wird. Die Koalition wird die bisherige Förderung im ersten Förderweg für das untere Preissegment bei 30 Prozent der Wohnfläche fortführen. Für das mittlere Preissegment streben wir im zweiten Förderweg zusätzlich einen deutlichen Anteil an geförderter Wohnfläche an. Wirtschaftlichkeit ist eine Grundannahme und Voraussetzung für jede Weiterentwicklung dieses Modells. Die konkrete Ausgestaltung wird im "Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen" mit den Beteiligten abgestimmt. Jenseits der Refinanzierung durch öffentliche Förderung wird die Möglichkeit der Refinanzierung durch einen Anteil von Eigentumswohnungen eröffnet. Die Koalition wird die Projekte des Kooperativen Baulandmodells und die laufenden neuen Stadtquartiere beschleunigen, damit ein größerer Teil der Potenziale deutlich früher und vor 2026 realisiert wird.

Die Koalition setzt den Weg fort, grundsätzlich keine **landeseigenen Grundstücke** zu veräußern. Bei großen Projekten auf landeseigenen Grundstücken wollen wir mit dem Ziel der Mischung auch Grundstücke an Genossenschaften (mindestens 25 Prozent der Flächen) im Wege des Erbbaurechts vergeben. Dies wird dinglich gesichert. Landeseigene Grundstücke werden nur im Erbbaurecht vergeben, weiterhin auch an Genossenschaften zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Eine Verlängerung der Laufzeiten von Erbbaurechten auf maximal 99 Jahre werden wir anbieten. Wir wollen Konzeptverfahren so weiterentwickeln, dass sie schneller und weniger aufwendig sind. Das schließt Direktvergaben nicht aus, über die das Parlament entscheidet. Der Zugang zu landeseigenen Grundstücken wird verbessert.

Flächen an **Genossenschaften** werden per Erbpacht zu grundbuchlich gesicherten Bedingungen vergeben, die sich am Ertrag ausrichten, der sich mit preisgebundenen Wohnungen erzielen lässt. Das Land bietet an, für jede genossenschaftliche Neubauwohnung auf eigenen Grundstücken landeseigene Baupotenziale in gleicher Größe zur Verfügung zu stellen. Ein*e Genossenschaftsbeauftragte*r wird erneut berufen.

Die Koalition will auf un- oder untergenutzten Flächen landeseigener Betriebe oder anderer öffentlicher Institutionen (beispielsweise BVG, Vivantes, Universitäten oder der Polizei) Wohnungsbau für Beschäftigte realisieren, um die Attraktivität von Jobs im öffentlichen Sektor nachhaltig zu erhöhen. Wir werden die Politik der Sicherung und Ausweitung des Bodens in öffentlicher Hand fortsetzen und die **Berliner Ankaufstrategie** weiterentwickeln.

Es wird ein Fokus auf die **Beschleunigung der Bau- und Planungsverfahren** gelegt.

Bei Bebauungsplänen (B-Plänen) sind klare Fristen in den Verwaltungen durchzusetzen. Zielvereinbarungen zwischen Senat und Bezirken zur Schaffung bezahlbaren Wohnungsneubaus werden auf Grundlage des Wohnflächeninformationssystems fortgeschrieben und die Wohnungsbauprämie verstetigt. Die Koalition wird die Wohnraumförderung ausbauen und die Förderhöhen sowie Förderzahlen erhöhen. Die **öffentliche Förderung des Wohnungsbaus** wird sich an einem Fördervolumen für 5.000 Wohneinheiten (WE) jährlich orientieren. Ziel der Koalition ist dabei, die Zahl von Sozialwohnungen in Berlin mindestens stabil zu halten. Die Koalition strebt die Verlängerung von Bindungszeiten für Miet- und Belegungsbindungen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten an. Es wird geprüft, inwieweit die Nachwirkungsfrist bei vorzeitiger Rückzahlung öffentlicher Baudarlehen verlängert werden kann.

Die mit dem sogenannten Zweiten Förderweg geschaffene Möglichkeit der Wohnungsneubauförderung für mittlere Einkommensgruppen (bis 180 Prozent Bundeseinkommensgrenze) soll fortgeführt und weiterentwickelt werden, um den Wohnungsneubau auch im mittleren Segment zu verstärken. Innerhalb des S-Bahn-Rings wird auf eine Obergrenze des gebundenen Wohnraums verzichtet.

Der Senat wird die **großen Wohnbauprojekte ressortübergreifend zentral koordinieren**. Dazu wird der Senat in einer monatlich tagenden Senatskommission den Umsetzungsstand großer Wohnbauprojekte verfolgen und Umsetzungsprobleme zwischen Fachressorts und in Kooperation mit den Bezirken lösen. Die Bezirksvereinbarungen mit dem Senat werden fortgesetzt und insbesondere bei Nachverdichtungen wird verwaltungsintern sowie öffentlich das Ziel der Wohnraumschaffung verfolgt.

Wir werden die Voraussetzung dafür schaffen, das **Bebauungsplanverfahren** mit Hilfe eines digitalen Verfahrensmanagers und planungsbegleitender Lenkungen durchzuführen. Wir wollen die Genehmigungsfiktion bei Sondernutzungserlaubnissen für Nebenstraßen zur Baustelleneinrichtung ermöglichen und diese Regelung nach zwei Jahren evaluieren. Die Personal- und Ressourcenbedarfe der Bezirke für die Aufstellung von sektoralen Bebauungsplänen sowie strategisches Flächenmanagement, vorbereitende Bauleitplanung, Grünflächenplanung, Umwelt- und Naturschutz, Verkehrsplanung und Denkmalschutz werden angemessen berücksichtigt. Insbesondere will die Koalition die Bezirksämter und die befassten Sonderbehörden personell verstärken, damit schneller geplant und genehmigt werden kann. Zur Erreichung der prioritären Wohnungsbauziele wird der Senat auch künftig einzelne Bebauungspläne übernehmen.



Die **Vergabe von Planungs- und Bauaufträgen** soll so organisiert werden, dass auch kleinere Auftragnehmer zum Zuge kommen. Die Koalition wird gemeinsam mit der Bauwirtschaft eine Ausbildungsoffensive für Bauberufe starten. Dazu zählt auch die Stärkung der dualen Ausbildung in technischen und planenden Fachgebieten. Die Koalition wird von der gesetzlich neu geschaffenen Möglichkeit, sektorale Bebauungspläne aufzustellen, Gebrauch machen, um zusätzliche Potenziale für den sozialen Wohnungsbau zu erschließen. Bebauungspläne, die nicht mehr den heutigen Anforderungen an eine soziale und klimagerechte Stadt genügen, werden geprüft und gegebenenfalls angepasst. Die Koalition unterstützt die Aufstellung von Bebauungsplänen als Regelinstrument, um die kooperative Baulandentwicklung anzuwenden und die Qualität zu sichern.

Um die Akzeptanz für Nachverdichtungsvorhaben kommunaler Wohnungsbauunternehmen zu erhöhen, setzt sich die Koalition für **transparente und ergebnisoffene Partizipationsverfahren** zur Umsetzung ein. Einwände der Anwohner*innen und der Bürgerschaft sollen frühzeitig berücksichtigt werden, um Aspekte der Lebensqualität, der Klimaverträglichkeit und der Infrastrukturen effektiv in die Planungsprozesse einfließen zu lassen.

Es wird ein **Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen** gegründet, das die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, Vertretungen der Genossenschaften und der privaten Wohnungsunternehmen, die zuständigen Senats- und Bezirksverwaltungen und Mieterverbände einbezieht, um **Mieterschutz und bezahlbaren Wohnungsneubau** konsequent und koordiniert voranzutreiben. Wir setzen dabei auf das Prinzip Kooperation statt Konfrontation. Ziel des Bündnisses ist es auch, für **bezahlbare Mieten im Bestand** zu sorgen, um die **soziale Mischung** in der Stadt zu erhalten und **Verdrängung entgegenzuwirken**. Das Bündnis soll neben dem Wohnungsneubau auch die Themen Klimaschutz und Energieeffizienz bei allen Neu- und Bestandsbauten sowie eine integrative Wohnungspolitik für den Erhalt sozial ausgewogener Nachbarschaften und die besondere Berücksichtigung von am Wohnungsmarkt benachteiligten Gruppen zum Inhalt haben.

Ziel der Koalition ist es, innerhalb des ersten Halbjahres 2022 eine Vereinbarung zwischen dem Land Berlin, den Wohnungsunternehmen und den wohnungswirtschaftlichen Verbänden Berlins zu schließen, um den Wohnungsneubau im Sinne des weiterentwickelten Berliner Modells der Kooperativen Baulandentwicklung und unter Nutzung der durch das Baulandmobilisierungsgesetz geschaffenen Möglichkeiten voranzubringen. Hierin sollen die Unterzeichner*innen gemeinsam Verantwortung für eine **nachhaltige Stadtentwicklung** und die Schaffung qualitativ anspruchsvoller, bezahlbarer Quartiere und Gebäude übernehmen und sich gemeinsam auf konkrete Schritte zur Erreichung des Wohnungsbauziels von 20.000 Wohnungen im Jahr verständigen.

Dabei sollen **Vereinbarungen zu folgenden Punkten** getroffen werden:

- Maßnahmen für eine sozialverträgliche Mietengestaltung im Bestand und in Folge von Modernisierungen auch über die Einhaltung gesetzlicher Maßnahmen hinaus (zum Beispiel durch ein freiwillig vereinbartes Mietenmoratorium)
- Anzahl der Wohnungen im jeweiligen Jahr mit Baubeginn
- Anteil der Neubauvolumina im geförderten Preissegment für untere und mittlere Einkommen und Anteil der Eigentumswohnungen zur Refinanzierung
- Anteil des Wohnraumförderprogramms des Landes für den geförderten Wohnungsbau im unteren und mittleren Preissegment
- Anteil der Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum für Wohnungslose und andere Wohnungsnotfälle
- Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungsverlust insbesondere von Familien mit Kindern
- Maßnahmen zur Unterstützung von Wohnungstausch
- Ökologische Kompensation und soziale Verträglichkeit von Verdichtungsmaßnahmen möglichst im Quartier
- Maßnahmen der Flächenbereitstellung für die Schaffung von langfristig bezahlbarem Wohnraum
- Maßnahmen zur Vereinfachung, Beschleunigung und Digitalisierung von Bauplanungs- und Genehmigungsprozessen
- Geeignete Maßnahmen der Effizienzsteigerung und des Einsatzes regenerativer Energien und Maßnahmen zur Senkung der Energieverbräuche
- Partizipationsverfahren und Kommunikation mit der Öffentlichkeit

Die Partner des Wohnungsbaubündnisses kommen in regelmäßigen Abständen zusammen, um sich über den Fortschritt der Umsetzung der Bündnisvereinbarungen auszutauschen, ein **Monitoringverfahren** zu etablieren und gegebenenfalls nachzusteuern, um die gesetzten Ziele zu erreichen. Wir setzen uns angesichts des extrem angespannten Berliner Wohnungsmarkts weiter für einen **konsequenten Schutz der Mieter*innen** ein. Alle bestehenden Instrumente werden wir nutzen, schärfen und soweit nötig neue einführen.

Die Koalition wird das **Zweckentfremdungsverbot** in Bezug auf Abriss von bezahlbarem Wohnraum, gewerbliches Wohnen, Leerstand und Sanktionen verschärfen, die **Wohnungsaufsicht stärken** und beide Gesetze möglichst in einem **Wohnraumschutzgesetz** vereinen. Die Bezirke sollen zur Durchsetzung ausreichend Personal erhalten. Die Koalition wird das Gesetz über das Verfahren der Berliner Verwaltung dahingehend ändern, dass die Zwangsmittel Ersatzvornahme und Zwangsgeld im Falle von vertretbaren Handlungen gleichermaßen angewandt werden können. Dazu gehört

auch die konsequente Durchführung von **Treuhänderlösungen** sowie die Einrichtung eines **Fonds für Ersatzvornahmen**. Die Koalition wird prüfen, wie **möbliertes Wohnen und Wohnen auf Zeit** reguliert werden können. Bei **Kurzzeitvermietungen** wollen wir die Vermietungsplattformen durch Vereinbarungen (Datenpakete) zur Löschung illegaler Angebote verpflichten.

Die Koalition prüft binnen eines halben Jahres, wie ein **Mietkataster** für Wohnen und Gewerbe rechtssicher, effektiv und digital umgesetzt werden kann. Ziel ist die zügige Vorlage eines Gesetzesentwurfs. Das Mietkataster soll Leerstand erfassen, zur Erstellung des Mietspiegels dienen, Steuerhinterziehung besser bekämpfbar machen und für mehr Markttransparenz sorgen, indem Informationen zur Eigentümerstruktur inklusive der wirtschaftlich Berechtigten erfasst werden. Eigentümer*innen sollen verpflichtet werden, ihre Mieter*innen über Status-Änderungen ihrer Wohnung zu informieren. Der Wohnraumbedarfsbericht wird fortgeschrieben.

Die Koalition wird die Bezirke bei der **Ausweisung neuer Milieuschutzgebiete** mit einheitlichen Kriterien sowie erforderlichen Personal- und Finanzressourcen unterstützen, und, falls nötig, neue Gebiete auch auf Landesebene festsetzen.

Vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) zur Ausübung des **Vorkaufsrechts** fordert die Koalition den Bund auf, eine klarstellende, rechtssichere Regelung für das vom BVerwG eingegrenzte Vorkaufsrecht sehr schnell umzusetzen, damit Berlin seine Strategie des Ankaufs von Wohnraum durch Ausübung des Vorkaufsrechts (auch preislimitiert) in sozialen Erhaltungsgebieten fortsetzen kann, um so Erwerber*innen von Wohnhäusern zum Abschluss von Abwendungsvereinbarungen zu bewegen. Das existierende Verwaltungsverfahren soll auf dieser Grundlage verbessert und mit notwendigen finanziellen und juristischen Ressourcen abgesichert werden, etwa durch die Einbeziehung der Bezirke bei Zuschussentscheidungen oder eine Gesamtkoordination bei bezirksübergreifenden Vorkäufen, und dafür sorgen, dass Genossenschaften ausreichend Zeit für die Prüfung etwaiger Vorkäufe haben.

Die Koalition unterstützt neben den LWU auch Genossenschaften beim Ankauf (Belegungsrechte) und als Begünstigte von Vorkaufsrechten. Vorkaufsausübungen können weiterhin bezuschusst werden. Die Koalition unterstützt die gegründete genossenschaftliche Ankaufsagentur.

Wir prüfen einen verbesserten **Schutz vor Eigenbedarfskündigungen** auf Landesebene. Die Koalition nutzt alle Möglichkeiten, um **gegen Share Deals** vorzugehen.

Die Koalition will den Austausch zwischen Politik, Verwaltung, organisierter Zivilgesellschaft und städtischen Bewegungen weiter verbessern, um dauerhaft sichere Mieten und das Gemeinwohl zu fördern. Hierzu gehört auch das Initiativenforum Stadtpolitik Berlin.

Das **Modellprojekt Kottbusser Tor** zur Mieteraktivierung wird weitergeführt und seine Ausweitung auf weitere Siedlungen geprüft.

Die Koalition sucht nach Lösungen, um für Menschen auf sogenannten Wagenplätzen Sicherheit für ihre Lebensform zu schaffen und prüft geeignete baurechtliche Maßnahmen für solche Nutzungen, die vertraglich legitimiert sind.

Die **kostenfreien bezirklichen Mieterberatungen** sollen ausgebaut werden. Wir unterstützen die **Fachstelle gegen Diskriminierung** auf dem Wohnungsmarkt. Die Datenabfrage und -weitergabe an die Bezirke zu Wohnungskündigungen und Zwangsräumungen wollen wir verbessern.

Berlin wird sich im Bund weiterhin **für Mieterschutz und gegen Immobilien-spekulation** einsetzen und – wenn nötig – dafür geeignete Bundesratsinitiativen einbringen. Die Koalition spricht sich für ein **Mietenmoratorium** für angespannte Wohnungsmärkte, für eine reformierte, sozial ausgewogene Modernisierungsumlage, für ein Schließen der Schutzlücken der Mietpreisbremse, für eine Verbesserung der Anwendbarkeit des Wucherparagraphen, für einen Umwandlungsvorbehalt über das Jahr 2025 hinaus, für Schutz vor Eigenbedarfskündigungen, für die Berücksichtigung sozialer/öffentlich gewünschter Nutzungen bei der Berechnung von Bodenwerten und für ein Immobilienregister sowie eine begrenzte Umlagefähigkeit von Betriebskosten aus. Die Einführung einer neuen Wohngemeinnützigkeit durch den Bund werden wir zügig umsetzen.

Um Missstände im bis 2003 geförderten sozialen Wohnungsbau zu beenden, wird die Koalition zügig rechtliche Möglichkeiten prüfen, wie bewirkt werden kann, dass Vermieter*innen entsprechender Wohnungen keine fiktiven Kosten auf die Miete umlegen können und die ortsübliche Vergleichsmiete nicht überschreiten dürfen.

Bei den Berliner Landeswohnungsunternehmen wird der bisherige Kurs für die **soziale Wohnraumversorgung und einer sozialen Mietengestaltung** fortgesetzt. Die Investitionsfähigkeit der LWU wird durch das Land Berlin gesichert. Angekaufte gebundene Wohnungen bleiben dauerhaft gebunden. Neben dem Neubau bleibt der **zielgerichtete Ankauf von Wohnungsbeständen** durch die LWU Teil der Bestandserweiterung. Die Privatisierung der Wohnungen der LWU schließen wir aus und wollen das in der Berliner Verfassung verankern.

Die Kooperationsvereinbarung zwischen Senat und LWU wird fortgesetzt und weiterentwickelt. Dabei liegt ein besonderer Fokus auf dem Versorgungsauftrag für Menschen, die am Wohnungsmarkt benachteiligt sind. Die Ergänzungsvereinbarung von 2021 wird beibehalten. Die soziale Härtefallklausel wird von Nettokalt auf Bruttokalt umgestellt.

Die Regelungen des Mieterschutzes bei den LWU vom 01. Juni 2021 gelten bis Februar 2025 und werden zur Mitte der Legislatur mit Blick auf die mietpreis-dämpfende Wirkung und die Wohnungsmarktlage evaluiert.

Bei allen den Landeseigenen übertragenen sozialen Aufgaben muss die wirtschaftliche Stabilität gewahrt bleiben. Die LWU wenden transparente Vermietungsverfahren an. Sie fördern die Baukultur und loben bei großen Bauprojekten Wettbewerbe nach den Richtlinien für Planungswettbewerbe aus oder führen qualitätssichernde konkurrierende Verfahren durch und stellen ihre Projekte im Baukollegium vor.

Wir wollen eine tragfähige **Aufgabenbestimmung für die Berlinovo** als öffentliches Unternehmen auch im Umgang mit ihren dauerhaft vermieteten Wohnungsbeständen. Diese unterliegen künftig den Regelungen der Kooperationsvereinbarung. Die Servicequalität vor Ort soll durch eine stärkere Integration der Dienstleistungen in den LWU bei Kostenneutralität für die Mieter*innen verbessert werden.

Kleingewerbe soll stärker im Gebäudebestand und im Neubau der LWU gefördert werden. Bei Gewerbeflächen wird durch die Kooperationsvereinbarung ein deutlicher Anteil an gemeinnützige Träger und kulturelle Einrichtungen zu leistbaren Konditionen vergeben. Die Gewerbemieter*innen erhalten mehr Beteiligungsrechte.

Die Koalition prüft im ersten Halbjahr 2022, ob und wie durch eine **Novelle des Wohnraumversorgungsgesetzes (WoVG)** die Mietermitbestimmung und die sozialen Vermietungsregeln der LWU abgesichert und das Profil der Wohnraumversorgung Berlin (WVB) AöR in ihren Aufgaben der Mietermitbestimmung, der Kontrolle, Evaluierung und Weiterentwicklung der LWU gestärkt werden können. Hierzu prüft die Koalition auch, inwieweit die gesetzliche Verankerung der Mieterbeiräte, ein Vorschlagsrecht für die Wahl der Mieterräte sowie Anhörungs-, Vorschlags- und Erörterungsrechte der Mieterbeiräte einen Beitrag dazu leisten könnten.

Zur Konfliktregelung zwischen Mieter*innen und LWU streben wir die Einrichtung einer **unabhängigen Ombudsstelle** bei der WVB mit Auskunftsrecht an.

Die **Förderung des sozialen Wohnungsbaus** wird für eine auskömmliche Finanzierung zur klimagerechten Errichtung geförderter Wohnungen für **kleine und mittlere Einkommen** weiterentwickelt.

Die Möglichkeit dauerhafter Mietpreis- und Belegungsbindungen wird in Kombination mit der am sozialen Nutzen orientierten Vergabe von Erbbaurechten geschaffen. Für angekaufte gewerbliche Objekte, auch für Mischnutzungen beispielsweise mit Wohnen, wird eine Förderung für energetische und barrierefreie Modernisierung geprüft. Im Rahmen der Aufstockung der Genossenschaftsförderung wird der Erwerb von Genossenschaftsanteilen für einkommensarme Haushalte erleichtert.

Die Koalition verfolgt das Ziel, das **Geschützte Marktsegment** unter Beteiligung des Wohnungsbündnisses gemeinsam mit LWUs und privaten Akteuren auf 2.500 Wohnungen auszuweiten. Die Koalition weitet das Generalmietermodell für die sozialen Wohnhilfen aus. Über ein Landesprogramm bei der Investitionsbank Berlin (IBB) werden gemeinnützigen Trägern ab 2024 Darlehen zur Verfügung gestellt, wenn diese Wohnungen bauen oder Unterkünfte in Wohnungen für Wohnungslose umbauen. Dazu werden auch weiter landeseigene Grundstücke in Erbbaurecht zur Verfügung gestellt. Die Koalition wird einen festen Korridor der landeseigenen Wohnungsunternehmen für Wohnungslose zur Verfügung stellen.

Der **Wohnberechtigungsschein (WBS)** wird für alle in Berlin lebenden leistungsberechtigten Wohnungslosen mit geringem Einkommen ermöglicht, unabhängig von der Dauer des Aufenthaltsstatus. In Unterkünften nach dem Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG), Frauenhäusern und Einrichtungen der Kältehilfe untergebrachte Menschen erhalten einen WBS mit höchster Dringlichkeitsstufe. Anspruchsvoraussetzungen, Dringlichkeitskriterien und Wohnungsvergabe werden in einem Landesgesetz geregelt.

Die neue Landesregierung respektiert das Ergebnis des „**Volksentscheides über einen Beschluss zur Erarbeitung eines Gesetzentwurfs durch den Senat zur Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Wohnungsunternehmen**“ und wird verantwortungsvoll damit umgehen.

Sie setzt eine **Expertenkommission** zur Prüfung der Möglichkeiten, Wege und Voraussetzungen der Umsetzung des Volksbegehrens ein. Die Besetzung der Expertenkommission erfolgt unter Beteiligung der Initiative des Volksbegehrens. Die Kommission erarbeitet innerhalb eines Jahres eine **Empfehlung** für das weitere Vorgehen an den Senat, der dann eine Entscheidung darüber trifft. In den ersten 100 Tagen beschließt der Senat über die Einberufung, Beauftragung und Besetzung der Expertenkommission anhand einer Beschlussvorlage. Dabei setzt die Koalition auf **externe fachliche Expertise**.



In einem ersten Schritt soll die Kommission die **Verfassungskonformität** einer Vergesellschaftung, wie im Volksentscheid vorgesehen, untersuchen. Dabei sollen auch mögliche rechtssichere Wege einer Vergesellschaftung benannt und rechtlich bewertet werden. In einem zweiten Schritt werden für diese Wege wohnungswirtschaftliche, gesellschaftsrechtliche und finanzpolitische Aspekte berücksichtigt und entsprechende Empfehlungen an den Senat erarbeitet. Der Senat wird die möglichen verfassungskonformen Wege einer Vergesellschaftung unter wohnungswirtschaftlichen, gesellschaftsrechtlichen und finanzpolitischen Gesichtspunkten gewichten und bewerten.

Auf Basis der Empfehlungen der Expertenkommission legen die zuständigen Senatsverwaltungen im Jahr 2023 gegebenenfalls Eckpunkte für ein Vergesellschaftungsgesetz vor. Danach wird der Senat eine abschließende Entscheidung darüber treffen. Es wird eine Geschäftsstelle für die Expertenkommission eingerichtet, die den Mitgliedern unterstützend zur Seite steht. Die Expertenkommission berichtet zu Zwischenständen.



3. Arbeit

Gute Arbeit in allen Bereichen ist für uns der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe. Die Koalition will die **Transformation von Wirtschaft und Arbeit** gerecht, ökologisch und sozial gestalten.

Der Senat will mit der Brandenburger Landesregierung eine **Fachkräftestrategie** entwickeln und wird dafür eine gemeinsame Fachkräftestudie vorschlagen.

Bei landeseigenen Unternehmen und überall dort, wo das Land Berlin die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten direkt beeinflussen kann, setzt sich die Koalition weiter für **sichere und tariflich bezahlte Beschäftigung** sowie für die **gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf** ein. Für uns gilt das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, auch im Sinne einer schrittweisen Angleichung des Tarifniveaus von Tochterunternehmen landeseigener Unternehmen oder anderer Landesbeteiligungen an das Tarifniveau ihrer jeweiligen Mutterunternehmen.

Sachgrundlose Befristungen im Verantwortungsbereich des Landes sind weiterhin grundsätzlich ausgeschlossen.

Der Senat wird dem Abgeordnetenhaus im ersten Jahr einen Bericht vorlegen, der die Arbeitsbedingungen in den Unternehmen beschreibt und einen Zeitplan zur Umsetzung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses aus der letzten Legislatur beinhaltet. Die Koalition lehnt Aus- und Neugründungen aus öffentlichen Betrieben ab. Diese dürfen nur sachlich begründet erfolgen. Ausgründungen mit der Folge der Tarifflicht, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und des Lohndumpings wollen wir schrittweise zurückführen.

Um Gute Arbeit in den Verwaltungen und den landeseigenen Unternehmen zu verbessern, wird das Land Berlin eine Befragung der Mitarbeiter*innen mit dem DGB-Index Gute Arbeit durchführen.

Das Land Berlin und die landeseigenen Unternehmen erhöhen die Anzahl der **Ausbildungsplätze**, insbesondere für strukturell benachteiligte Menschen.

In den Verwaltungen und landeseigenen Betrieben wird der **Entgeltgleichheit-Check** verbindlich angewendet, um Geschlechter- und Lohngerechtigkeit zu garantieren.

Die Koalition unterstützt die Jobcenter, ihren Aufgaben im Sinne der Leistungsberechtigten besser zu entsprechen und zugleich die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter*innen zu verbessern. Die Koalition erkennt die ungleichen Arbeitsbedingungen

von kommunalen Beschäftigten der Jobcenter und den Beschäftigten der Bundesagentur in den Jobcentern sowie die Finanzierungsprobleme im Eingliederungstitel als Probleme an und wird einen Runden Tisch einberufen, um mit allen zuständigen Akteur*innen eine Lösung zu erarbeiten.

Die Koalition steht für eine auskömmliche Finanzierung der Berliner Jobcenter. Ebenso setzt sich die Koalition für eine Entkoppelung der Personalbemessung von den reinen „Fallzahlen“ ein.

Die Koalition wird, gemeinsam mit den Bezirken, die **Einsetzung von Beauftragten für Gute Arbeit und Ausbildung in den Bezirken** prüfen. Hierfür wird bis Ende 2023 ein Gesamtkonzept erarbeitet.

Die Koalition schützt die **Grundrechte der Arbeitnehmer*innen**. Sie wird die Bildung einer spezialisierten Arbeitseinheit in der Berliner Staatsanwaltschaft veranlassen, die gegen betriebsverfassungsrechtliche Straftaten vorgeht. Die Dienstaufsicht über die Arbeitsgerichtsbarkeit bleibt bei der Senatsverwaltung für Arbeit.

Die Koalition setzt sich für eine **tarifliche Bezahlung** sowohl im Zuwendungs- als auch im Entgeltbereich ein. Dazu wird der Senat ein Konzept vorlegen, wie die freien Träger dazu befähigt werden, entsprechende Tarife anzuwenden. Außerdem wird die Koalition prüfen, wie im Einzelfall Sachkosten oder anteilige Sachkosten einschließlich der darin enthaltenen Overhead-Kosten besser berücksichtigt werden können. Die Koalition wird bei der Refinanzierung der Arbeit der freien Träger die Kosten berücksichtigen, die den freien Trägern durch die Arbeit der bei ihnen gebildeten Betriebsräte entstehen. Dafür muss entsprechend haushaltspolitisch Vorsorge getroffen werden.

Die Refinanzierung des Tarifvertrages für Assistent*innen im Arbeitgebermodell wird sichergestellt. Die Koalition wirkt in Kooperation mit den Berliner karitativen, diakonischen und sozialen Einrichtungen in kirchlicher Trägerschaft sowie den Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen aktiv auf einen umfassenden diskriminierungsfreien Arbeitnehmerschutz hin.

Die Koalition will Menschen aus der Grundsicherung heraus in **sozialversicherungspflichtige Arbeit** zu bringen. Das Land Berlin wird verstärkt auf den Weiterbildungsbonus und die Förderung der dreijährigen Ausbildung durch den Bund zurückgreifen.

Die Koalition wird die bestehenden Verträge im Solidarischen Grundeinkommen (SGE) fortführen. Sofern eine Refinanzierung über Bundesprogramme möglich ist, wird das Projekt fortgesetzt. Die Koalition setzt sich im Bund dafür ein, den Passiv-Aktiv-Transfer auszuweiten. Das Jobcoaching wird weitergeführt und systematisch weiterentwickelt.

Die Koalition setzt sich im Bund für die Zulassung von finanziellen Fort- und Weiterbildungsanreizen ein, wie zum Beispiel Ausbildungsgeld oder Weiterbildungsprämien. Die Koalition prüft die Stärkung der Clearing- und Ombudsfunktionen für die kommunalen Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II.

Das Berliner Arbeitslosenzentrum (BALZ), als einzige Beratungsstelle, die eine mobile Beratung vor den Jobcentern mit dem Beratungsbuss anbietet, wird abgesichert.

Die Koalition will für **Solo-Selbständige** gute Arbeitsbedingungen schaffen und Ausbeutung sowie Scheinselbstständigkeit bei Soloselbständigen zurückdrängen.

Die Koalition will zur **Verbesserung der Arbeitsbedingungen** der Solo-Selbständigen beitragen und wird, unter Beteiligung der Gewerkschaften und der Berufsverbände ein Vernetzungs- und Weiterbildungsangebot für Solo-Selbstständige prüfen.

Die Koalition setzt sich im Bund dafür ein, den Eintritt von Solo-Selbständigen in die gesetzliche Gesundheits- und Rentenversicherung zu erleichtern, sofern eine entsprechende gesetzliche Regelung auf Bundesebene ausbleibt.

Die Koalition setzt sich im Bund für die weitere **Einschränkung prekärer Beschäftigung** ein. Das Projekt Joboption Berlin wird fortgeführt und weiterentwickelt.

Die Koalition setzt sich im Bund dafür ein, **sachgrundlose Befristungen abzuschaffen** und missbrauchsanfällige Befristungsgründe sowie den Missbrauch bei Kettenbefristungen einzudämmen. Die Koalition wird eine Bundesratsinitiative zur gesetzlichen Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen auf den Weg bringen. Sie wird sich im Bund dafür einsetzen, Arbeitsrechte und betriebliche Mitbestimmung in der Plattformökonomie zu stärken.

Ein guter **Arbeits- und Gesundheitsschutz** für die Beschäftigten ist für uns von zentraler Bedeutung. Das Landesamt für Arbeitsschutz, Gesundheitsschutz und technische Sicherheit (LAGeTSi) als dafür zuständige Behörde muss dazu erhalten und zur Erfüllung der Zielvorgaben aus dem Arbeitsschutzkontrollgesetz gestärkt werden.

Die Koalition wird einen **Dialog „Neue Arbeit“** (mobile Arbeit) mit dem Ziel einer Beratungs- und Unterstützungsstruktur für die Betriebsparteien starten. Darüber hinaus wird dem Abgeordnetenhaus bis Herbst 2022 ein Konzept für eine Informations- und Beschwerdestelle für Arbeitsschutz vorgelegt.

Die Koalition wird die Beratung für Sexarbeiter*innen ausbauen und für einen diskriminierungsfreien Umgang sorgen. Die Arbeit des Runden Tisch Sexarbeit wird unter Umsetzung der abgestimmten Maßnahmen und durch Begleitung eines ressortübergreifenden Lenkungs- sowie eines Koordinierungsgremiums unter Einbeziehung der betroffenen Akteur*innen fortgeführt.

Junge Menschen brauchen eine Zukunftsperspektive. Deshalb wird sich die Koalition weiter für ein ausreichendes **Ausbildungsplatzangebot** einsetzen.

Die Koalition wird gemeinsam mit Gewerkschaften, Kammern, Betrieben und Verbänden eine **Ausbildungsoffensive** starten und entsprechende Maßnahmen erarbeiten. Die in der Corona-Pandemie eingerichtete Task Force „Arbeit und Ausbildung“ wird fortgesetzt, um neue Ansätze in der Berufsausbildung zu entwickeln wie zum Beispiel das Ausbildungshotel. Die Koalition strebt an, dass so eine **Ausbildungsgarantie** ab dem Ausbildungsjahr 2023/2024 eingeführt werden kann. Dabei soll auch der Bedarf der für die Energie- und Klimawende relevanten Berufe berücksichtigt werden. Dafür wird noch 2022 ein runder Tisch eingerichtet.

Die Koalition wird die bisherigen Programme zur Förderung der **Berufsausbildung** im Land Berlin fortschreiben, weiterfinanzieren und gegebenenfalls ausweiten. Das Ausbildungsplatzangebot wird durch die Verringerung der finanziellen Einstiegshürden für neue Ausbildungsbetriebe ausgeweitet werden, ohne die qualitativen Standards abzusenken.

Um zusätzliche Ausbildungskapazitäten zu schaffen, wird die Koalition eine zweckgebundene **Ausbildungsplatzabgabe** zeitnah entwickeln. Voraussetzung für diese Regelung ist, dass sie branchenspezifisch differenziert werden kann. Die für Arbeit zuständige Senatsverwaltung stimmt sich mit Kammern, Verbänden und Gewerkschaften ab, wie dies im Land Berlin umgesetzt werden kann und legt dazu binnen eines Jahres Eckpunkte vor.

Es werden spezifische Angebote für Alleinerziehende, Eltern und Auszubildende, die Angehörige pflegen, geschaffen. Gegenüber dem Bund wird sich die Koalition dafür einsetzen, dass die Anrechnung der Ausbildungsvergütungen auf ALG-II-Bezüge abgeschafft wird.

Die Koalition stärkt die **Jugendberufsagentur** und die ihr angeschlossenen Teams der Berufs- und Studienorientierung. Die Jugendberufsagentur wird inklusiv weiterentwickelt. Die Zielsetzung der Berliner Jugendberufsagenturen bleibt die „Dienstleistung aus einer Hand“. Dafür strebt die Koalition eine konkrete Zielvereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit an.

Die Koalition wird den **Vergabe- und Landesmindestlohn** im ersten Halbjahr 2022 auf 13 Euro anheben und damit an das Niveau des Landes Brandenburg angleichen. Die Höhe soll jährlich überprüft und gegebenenfalls der allgemeinen Lohnentwicklung angepasst werden und gemeinsam vom Senat beschlossen werden.

Die berufliche und gesellschaftliche Teilhabe von **Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte** ist erklärtes Ziel der Koalition und wird mit Maßnahmen gefördert, die die unterschiedlichen Bedarfe in der **Migrationsgesellschaft** aufgreifen. Das beschleunigte **Fachkräfteverfahren** wird gestärkt. Die zuständigen Senatsverwaltungen werden die Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen verbessern.

Die **Arbeitsmarktintegration** von Geflüchteten wird die Koalition verbessern. Insbesondere die zielorientierte Beratung und berufsbezogene Sprachförderung wird erhalten und weiterentwickelt. Neben der Regelförderung werden weiterhin Projekte zur gezielten Arbeitsmarktintegration für Geflüchtete unterstützt und weiterentwickelt.

Bestehende Arbeitsverbote wird die Koalition im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten beenden, die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen werden ausgeweitet und dabei Ermessensspielräume ausgeschöpft, um den Zugang zur Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Auch der Zugang zu Ausbildungsverhältnissen wird weiter verbessert.

Die **Beratungsstelle für Migration und Gute Arbeit (BEMA)** wird finanziell abgesichert und die wichtige Beratungsarbeit der Migrant*innen-Selbstorganisationen wird finanziell unterstützt.

Die Koalition wird die Gewerbeämter dazu befähigen und verpflichten, bei Verdacht auf Arbeitsausbeutung Beratung anzubieten und Hilfe zu vermitteln. Sie wird in Berlin einen Runden Tisch gegen Arbeitsausbeutung einführen und die Fachkommission Menschenhandel wieder aktivieren.

Die Koalition will den **Zugang von Menschen mit Behinderungen** zu Ausbildung und Arbeitsmarkt verbessern und nutzt die neuen Teilhabeinstrumente. Der öffentliche Dienst muss hierbei Vorbild sein. Es werden mehr inklusive Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, gegebenenfalls ist eine Quote einzuführen.

Die Koalition wird Arbeitgeber*innen, die Menschen mit Behinderungen über die gesetzlich vorgeschriebene Quote hinaus beschäftigen, besser fördern. Aufträge des Landes sollen vermehrt an diese vergeben werden. Der Senat startet eine „**Aktion Arbeit Inklusiv**“ mit Mitteln aus der Ausgleichsabgabe. Werkstätten werden im Prozess der Weiterentwicklung unterstützt. Die Koalition setzt sich im Bund dafür ein,



die Vergütung auf Mindestlohniveau anzuheben. Die Koalition hat das Ziel, dass möglichst viele Menschen mit Behinderung einen Zugang zum regulären Arbeitsmarkt finden. Berlin beteiligt sich an Modellprojekten des Bundes. Das Land Berlin unterstützt weiterhin die „Aktion Schichtwechsel“.

Die Koalition will **Menschen mit Familienverantwortung den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern**. Hierfür wird sie **familienorientierte Personalstrategien** ausbauen. Dazu gehören etwa eine kostenfreie, mehrsprachige Beratung zu Elternzeit und Pflege von Angehörigen sowie kostenfreie Maßnahmen zum Qualifikationserhalt und zur Rückkehr in den Beruf. In allen Jobcentern wird ein spezifisches Angebot unterbreitet, das individuelle Beratung und ein Gutscheinsystem zur selbstbestimmten Vermittlung und eigenständigen Weiterbildung umfasst.

Die Koalition setzt sich im Bund für die **Abschaffung des Ehegattensplittings** ein.

4. Soziales und Inklusion

Sozial bedeutet für die Koalition, das **Leben für alle Berliner*innen besser zu machen** und Unterstützung zu bieten, um Krisen in allen Lebenslagen zu meistern und Armut und Einsamkeit zu verhindern. Die Koalition ist dem **Ziel einer inklusiven Stadt** verpflichtet und sichert **Teilhabe durch niedrigschwellige und generationenübergreifende Angebote** in allen Kiezen. Bei allen Vorhaben wird auf die Partizipation der Betroffenen und ihrer Selbst- und Vertretungsorganisationen besonderer Wert gelegt wird.

Die Koalition setzt auf **Prävention**. Das **Zuwendungsrecht** wird entbürokratisiert und mit Blick auf die Herausforderungen und Möglichkeiten einer sozialraumorientierten Aufgabenerledigung fortentwickelt. Die Koalition sichert die Steuerung der entgeltfinanzierten Leistungen und sonstigen Leistungsverträge nach fachlichen Kriterien. Um Maßnahmen zielgenauer für die Leistungsberechtigten zu gestalten, wird per Zielvereinbarung das Zusammenspiel der zuständigen Behörden verbessert. In den bestehenden **lebensweltlich orientierten Räumen (LOR)** werden für alle Bereiche datenbasiert die Angebote geschaffen, die benötigt werden. Soziale Einrichtungen, Ämter und deren Angebote werden vernetzt und passgenau aufgestellt – und nicht entlang bürokratischer und finanzieller Logiken. Die Koalition steuert auf Prävention als Basis der sozialen Infrastruktur durch Sozialraumorientierung um. Individuelle Leistungsansprüche bleiben unberührt. Dazu braucht es flexibel einsetzbare Ressourcen. **Träger- und Sozialraumbudgets** werden erprobt und ausgebaut. Die Koalition prüft, wie gemeinsame Stadtteilkoordinationen für die Bereiche Soziales, Jugend, Schule und Gesundheit in den Bezirken eingerichtet werden können.

Auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) werden das Landesgleichberechtigungsgesetz und der **Maßnahmenplan „Berlin inklusiv“** messbar umgesetzt. Die Teilhabeberichterstattung wird vereinheitlicht und extern erstellt. In den Bezirken sichert die Koalition den **Aufbau von serviceorientierten Häusern der Teilhabe**. Das Fallmanagement wird weiterentwickelt, das Zusammenspiel mit den Pflegeleistungen verbessert und die Qualifizierung des Fachpersonals fortgesetzt. Ab 2022 wird eine Strategiekonferenz Inklusion und Eingliederungshilfe aufgelegt.

Ein Modellprogramm sozialraumorientiertes Trägerbudget wird aufgelegt. Geprüft wird die Einrichtung einer unabhängigen Ombudsstelle für Streitfälle bei der Gesamtplanung. Die Gründung eines Instituts für Qualitätsentwicklung wird geprüft. Das Land Berlin wird die Stadtteilzentren in eine Strategie der sozialraumorientierten Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe einbinden.

Das Land Berlin setzt sich beim Bund für eine anteilige Kostenübernahme der **Eingliederungshilfe** ein. Die Koalition geht gegen den **Fachkräftemangel** in der Eingliederungshilfe vor und prüft die Anerkennung zusätzlicher Abschlüsse. Die Koalition sichert den **Schutz vor Gewalt und Missbrauch**, insbesondere für Frauen und Mädchen in Einrichtungen der Eingliederungshilfe. Bausteine sind eine unabhängige Überwachung, die konsequente Umsetzung des Wohnteilhabegesetzes und Gewaltschutz als Prüfung der Heimaufsicht. Vor Ort werden unter Beteiligung der Bewohner*innen hochwertige Konzepte der Prävention von und Intervention bei Gewalt entwickelt.

Der Senat legt zeitnah ein **inklusives Mobilitätskonzept** vor. Für Menschen mit Behinderungen fördert die Koalition weiterhin ausreichend alternative Mobilitätsangebote wie Sonderfahrdienst und Begleitdienste. Das Förderprogramm für Inklusionstaxis wird evaluiert und fortgesetzt.

Die Koalition will **Armut bekämpfen und Beratungsstrukturen stärken**. Die Koalition wird die allgemeine unabhängige Sozialberatung mindestens auf dem Niveau von 2021 aufrechterhalten.

Das Angebot der **Schuldner- und Insolvenzberatung** wird bedarfsorientiert weiterentwickelt.

Die Koalition unterstützt die Betreuungsvereine, damit diese ihre gesetzlich vorgegebenen Aufgaben erfüllen können.

Die Koalition wird das **Sozialticket „Berlin-Ticket S“** für den öffentlichen Nahverkehr aufrechterhalten.

Die Koalition wird sich auf Bundesebene für die Übernahme von Energieschulden einsetzen und einen Härtefallfonds prüfen.

Realistische Richtwerte in der **Ausführungsvorschrift (AV) Wohnen** müssen der Mietentwicklung Rechnung tragen. Bezugnehmend auf die absehbaren Neuregelungen im Bund zur Angemessenheit der Wohnung werden die tatsächlichen Mietaufwendungen in bestehenden Mietverhältnissen für zwei Jahre übernommen.

Es wird eine Erprobungsklausel in der AV Wohnen geschaffen, wonach die Sozialleistungsbehörden bei wohnungslosen Menschen dem Abschluss eines Mietvertrags für eine angemessene Wohnung entsprechend der AV Wohnen mit Bezug auf den Mietpiegel zustimmen, sofern die Mietkosten die tatsächlichen Kosten der Unterbringung auf Tagessatzbasis unterschreiten. Diese Erprobungsklausel wird nach zwei Jahren hinsichtlich Kosten, Mietpreisen und möglicher Verdrängungseffekte im Wohnungsmarkt evaluiert.

Unverschuldete Miet- und Heizkostenschulden sollen nach dem § 36 SGB XII als Beihilfe übernommen werden. Die Änderung der AV Wohnen ist im ersten Halbjahr 2022 umzusetzen.

Die Koalition wird die Digitalisierung durch die Fortführung und Absicherung von Projekten wie dem **Sozialhilfeportal** und der **e-Abrechnung** vorantreiben.

Die Koalition wird die Armuts-, Sozial und Gesundheitsberichterstattung systematisch zusammenführen und bis Mitte der Legislatur eine **integrierte Armuts- und Sozialberichterstattung** vorlegen, die beispielsweise auch Umweltbelastungen und Wohnen umfasst.

In einem Dialogprozess mit Seniorengruppen erarbeitet die Koalition ein Altenhilfestrukturgesetz auf Grundlage des § 71 SGB XII. Die interkulturelle und diversitätssensible Öffnung der Altenhilfe wird vorangetrieben. Die Koalition setzt die Leitlinien der Seniorenpolitik ressortübergreifend um. Das **Seniorenmitwirkungsgesetz** wird auf Basis der Evaluation überprüft und weiterentwickelt. Die Koalition stärkt die Geschäftsstelle der **Landesseniorenvertretung** und des -beirats. Für ältere Menschen ohne Vorkenntnisse wird Unterstützung zur Anwendung digitaler Kommunikation angeboten und analoge Zugangsmöglichkeiten in den öffentlichen Bereichen weiterhin bereitgestellt.

Der Schutz vor Verdrängung von sozialer Infrastruktur ist eine wichtige Aufgabe der Koalition. Die Koalition wird die vorhandenen 38 **Stadtteilzentren** fortführen, in dieser Legislatur **zehn neue Stadtteilzentren** schaffen und diese qualitativ ausbauen. Kleine und mittlere Stadtteilzentren werden personell gestärkt. Die **Vernetzung im Sozialraum** spielt eine wichtige Rolle. In allen neu entstehenden Quartieren wird eine **bedarfsgerechte soziale Infrastruktur** mitgeplant. Die Digitalisierung der sozialen Infrastruktur muss inklusiv, mehrsprachig und kultursensibel erfolgen.

Auf Grundlage der Ergebnisse der Strategiekonferenzen wird der Berliner Masterplan zur Überwindung der Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis zum Jahr 2030 unter Nutzung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) gemeinsam mit den Akteur*innen der Wohnungslosenhilfe und im Dialog mit den europäischen Nachbarn umgesetzt. Die Strategiekonferenzen zur Wohnungslosenhilfe werden unter stärkerer Beteiligung der Betroffenen fortgeführt.

Bezirke, die Fachstellen zur **Prävention von Wohnungs- und Obdachlosigkeit** errichten, werden dabei personell und finanziell unterstützt. Der Senat prüft, inwieweit Zwangsräumungen von besonders vulnerablen Personengruppen erst vollzogen werden können, wenn für diese Ersatzwohnraum bereitgestellt wird. Ebenso sollen

zukünftig alle Zwangsräumungen von den Gerichten erfasst und den Sozialämtern gemeldet werden. Die Koalition setzt sich zudem im Bund dafür ein, dass bei Begleichung von Mietschulden auch die ordentliche Kündigung unwirksam wird.

Die Koalition verfolgt das Prinzip **Housing First**, verstetigt die existierenden Projekte und weitet sie auf besonders vulnerable Personengruppen aus, das gilt auch bei der vorerst noch notwendigen Unterbringung.

Die Koalition wird den Qualitäts-Check und die Berliner unabhängige Beschwerdestelle (BuBS) auf vertragsgebundene Unterkünfte der Wohnungslosenhilfe ausweiten und weiterentwickeln sowie eine Gebührenordnung für die Unterbringung von Wohnungslosen erstellen.

Zur Verbesserung der Situation von suchtmittelabhängigen wohnungs- bzw. obdachlosen Frauen schafft die Koalition eine suchtmittelakzeptierende Einrichtung für Frauen.

Die Koalition sichert die existierenden Kriseneinrichtungen. Die Koalition entwickelt bis Mitte 2023 gemeinsam mit den Bezirken ein Modell zur bedarfsgerechten Flexibilisierung des Hilfesystems gemäß §§ 67 ff. SGB XII. Für wohnungslose Menschen mit seelischen Behinderungen und psychischen Beeinträchtigungen strebt die Koalition bis 2024 an, niedrigschwellige Leistungen für Wohnraum zu gewährleisten. Die Koalition sichert weiterhin **niedrigschwellige Angebote**, um obdachlose Menschen in die Regelsysteme zu begleiten. Das **Modellprojekt Obdachlosenlots*innen** wird ebenso wie die 24/7-Unterkünfte weitergeführt und evaluiert. Danach wird über die Versteigerung entschieden. Die Vermittlung von Obdachlosen in Unterkünfte („Clearing“) wird berlinweit vereinheitlicht. Ab der Kältesaison 2022/2023 wird die Kältehilfe zentralisiert und die Höhe der Tagessätze an die realen Kosten angepasst. Ergänzend zur Wohnungsnotfallstatistik wird alle zwei Jahre die **Nacht der Solidarität** durchgeführt.

5. Gesundheit und Pflege

Ziel der Koalition ist ein **Höchstmaß an Gesundheit, Lebensqualität und Wohlbefinden aller** – egal welchen Alters oder Geschlechts, welcher sexuellen Identität und Orientierung, unabhängig von der Herkunft, dem sozialen Status, ob vorerkrankt oder nicht, ob mit oder ohne Behinderung oder anderen Voraussetzungen – vom Lebensanfang bis zum Lebensende. Die Koalition sorgt für **Gesundheitsgerechtigkeit und Chancengleichheit** und stellt die Rahmenbedingungen her, damit alle Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde führen können. Dabei gilt der Grundsatz ambulant vor stationär. Die Diversität der Berliner Bevölkerung spiegelt sich in der Ausgestaltung von Gesundheitsversorgung und -forschung wider. Die Koalition setzt sich für den Ausbau und die Nutzung der Versorgungsforschung ein und stärkt die Berlin School of Public Health. Um das Ziel eines **inklusiven Gesundheitswesens** zu erreichen, baut die Koalition Barrieren weiter ab. Die Möglichkeiten der Digitalisierung werden in allen Bereichen aktiv genutzt und die digitale Teilhabe und Selbstbestimmung sichergestellt. Die Koalition steht für ein diskriminierungsfreies Gesundheitswesen und wirkt jeglicher Stigmatisierung entgegen, wie sie zum Beispiel bei Drogenkonsum oder bei bestimmten Erkrankungen wie HIV/AIDS, psychischen und Abhängigkeits-erkrankungen auftreten.

Die Koalition setzt sich das Ziel, im Rahmen der Ressortabstimmung die gesundheitlichen Folgen von Gesetzentwürfen zu prüfen.

Es ist eine der elementaren staatlichen Aufgaben, eine auskömmliche Versorgung sowie vorsorgenden Gesundheitsschutz für alle sicherzustellen. Die Koalition setzt auf eine gute Zusammenarbeit mit allen Krankenhausträgern und Leistungserbringern im Gesundheitswesen. In einem **Zukunftsprogramm Krankenhäuser** wird die Koalition in dieser Legislaturperiode das Gesamtfördermittelvolumen für alle im Krankenhausplan aufgenommen Krankenhäuser anheben. Dies umfasst unter anderem Investitionen in Klimaschutz („Green Hospital“). Die Koalition prüft dazu die Nutzung weiterer Finanzierungsinstrumente.

Die Koalition steht zur Verantwortung des Landes als Träger der öffentlichen Krankenhäuser, die mit den Tarifverträgen zur Entlastung Vorreiter bei der Schaffung guter Arbeitsbedingungen sind. Eine besondere Bedeutung für die Weiterentwicklung und Modernisierung der Gesundheitsversorgung kommt der stärkeren Kooperation der beiden landeseigenen Kliniken zu. Die Koalition verständigt sich auf dem Weg zur Gesundheitsstadt 2030 auf eine verbesserte und abgestimmte **Investitionsfinanzierung für Charité und Vivantes**. Ziel ist es, insgesamt deren Kooperation zu stärken. Charité und Vivantes bleiben in Landesbesitz. Die Koalition wird, auch in Folge

der Pandemie, Anstrengungen unternehmen, um Vivantes wirtschaftlich und für die Gesundheitsversorgung stabil aufzustellen.

Zudem wird die Koalition prüfen, ob Vivantes künftig in die Rechtsform einer öffentlichen Trägerschaft überführt wird, um insgesamt die Trägerverantwortung für die vom Land getragenen Krankenhäuser strategisch neu auszurichten. Ziel ist eine gute Versorgung mit bedarfsgerechten Kapazitäten in der ganzen Stadt, die Erweiterung der Möglichkeiten von Forschung, Lehre und Ausbildung, die Digitalisierung, Synergien im Bereich der Dienstleistungen, die Entwicklung neuer Versorgungskonzepte sowie die Kooperation in der Herzmedizin.

Um die Krankenhäuser dauerhaft zukunftsfähig aufzustellen, braucht es aber auch Reformen im Bund.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass die Abstimmung im Gesundheitswesen zwischen niedergelassenen Ärzt*innen und Krankenhäusern für alle Berliner*innen verbessert wird. Für die Zukunft werden sektorenübergreifende Kooperationen (ambulant, teilstationär, stationär) zwischen den Krankenhäusern, aber auch mit dem niedergelassenen Bereich und anderen Akteuren des Sozial- und Gesundheitswesens, immer bedeutender für die **Sicherstellung und Weiterentwicklung der regionalen Gesundheitsversorgung**. Perspektivisch wichtig sind für die Koalition insbesondere Regelangebote zur sektorenübergreifenden Leistungserbringung, Finanzierung Budgetierung bis hin zur Leistungsplanung. Die Koalition wird das Landesgremium zur sektorenübergreifenden Gesundheitsversorgung (§ 90a SGB V) mit Akteur*innen der Selbstverwaltung und Sozialpartner*innen, Bezirke und Patient*innen weiterentwickeln, um datengestützt Schritte zur Versorgungsplanung, etwa für chronische Krankheiten, zu erarbeiten. Das Ziel ist eine integrierte Gesundheitsplanung für die ganze Stadt.

Das **professionelle Gesundheits- und Pflegepersonal** ist das Rückgrat für eine bedarfsgerechte Versorgung: Die Koalition setzt sich dafür ein, die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung zu verbessern und weitere **Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel** zu ergreifen. Die Qualität des berufskundlichen Unterrichts wollen wir verbessern und aktiv für Gesundheitsfachberufe an weiterführenden Schulen werben. Die Koalition setzt sich dafür ein, mit fairen und bezahlten Praktika die Motivation für eine berufliche Tätigkeit in der Pflege zu fördern. Die begonnene Initiative Pflege 4.0 wird fortgeführt. Das Berliner Gesetz zur Pflegefachassistentenausbildung wird konsequent umgesetzt. Zusätzliche Lehrfachkräfte werden nach dem Pflegeberufegesetz qualifiziert, erforderliche zusätzliche Praxisplätze gesichert. Zur Senkung der hohen Abbrecherquoten werden die Ursachen ermittelt und ein Konzept (unter anderem attraktive Praxisplätze) erarbeitet.

Zur Rückgewinnung von Pflegekräften wird ein gemeinsames Programm mit der Bundesagentur für Arbeit angestrebt. Die Koalition ergreift Maßnahmen, um die Ausbildung durchlässig zu gestalten und in Teilzeit zu ermöglichen. Die Koalition will die Akademisierung der Gesundheitsfachberufe stärken, Anreize wie beispielweise eine bezahlte Praxiszeit und die Einrichtung eines Studiengangs „**Community Health Nurses**“ prüfen. Der geplante Ausbildungscampus wird zeitnah an den Start gehen, ein Ausbaukonzept soll entwickelt werden. Die Koalition setzt sich im Bund weiterhin für eine schnelle Umsetzung der Schulgeldfreiheit in den Gesundheitsfachberufen ein. Überbrückend wird das Land Berlin das Schulgeld für die Auszubildenden übernehmen. Geprüft wird die Möglichkeit einer Ausbildungsvergütung. Die Anerkennung international erworbener Ausbildungsabschlüsse und Berufserfahrungen wird beschleunigt. Dafür werden entsprechende Organisationseinheiten im Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) gestärkt und die Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) Brandenburg intensiviert. Für Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus ermöglicht die Koalition eine Pflegeausbildung und strebt eine aktive Arbeitsförderung ohne Vorbedingungen an. Die Koalition prüft die Förderung von Beratung und Begleitung, Pflegebasiskurse für geflüchtete Menschen und berufsspezifische Sprachkurse. Für eine starke, selbstbestimmte Pflege findet ein Dialogprozess für eine wirksame Interessenvertretung statt. Auch im gemeinsamen Landesgremium nach § 90a SGB V wird die Beteiligung der Pflege gesichert. Die Koalition wird prüfen, ob dem besonderen Nachwuchs- und Fachkräftemangel an Ärzt*innen im Öffentlichen Dienst durch die Einführung einer Quote für Medizinstudienplätze gegengesteuert werden kann.

Die Koalition wird die in den letzten Jahren gewonnenen Erfahrungen aus den bisherigen Projekten niedrigschwelliger Angebote zur multiprofessionellen Gesundheitsversorgung in **Gesundheitszentren** wie in Neukölln oder Kombi-Praxen mit Sozialberatung in Lichtenberg in ein Landesprogramm für Integrierte Gesundheitszentren überführen und in den Bezirken skalieren.

Die Koalition wird Maßnahmen ergreifen, um eine verbesserte Transparenz über Betreiberstrukturen von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) therapeutische beziehungsweise medizinische Versorgungsangebote oder andere Gesundheitsdienstleistungen in Berlin zu schaffen. Die Koalition wird zudem Maßnahmen ergreifen, um die Barrierefreiheit von Gesundheitsangeboten in Berlin weiter zu erhöhen. Die Ungleichverteilung von Versorgungsangeboten wird die Koalition weiter reduzieren. Das Land soll bei der Arbeit der Zulassungsausschüsse der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) und der Kassen stärker beteiligt werden.

Die Koalition will die **Gesundheitswirtschaft** in der Metropolregion Berlin-Brandenburg insgesamt stärken. Dazu wird das Cluster Gesundheitswirtschaft gestärkt und nachhaltig ausgerichtet, zum Beispiel durch den Schwerpunkt „Innovative Versorgung“. Zudem wird die Koalition die enge Abstimmung der beiden Länder bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Krankenhausplanung ausbauen. Dabei wird sie prüfen, inwieweit Vereinbarungen zu Personalschlüsseln beziehungsweise Entlassungsvereinbarungen – auch über das vom Bund geforderte Maß hinaus – im Rahmen der Aufnahme von Krankenhäusern in den Landeskrankenhausplan berücksichtigt werden können.

Die Koalition wird den **Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD)** als wichtigen Bestandteil der Daseinsvorsorge unter anderem durch Nutzung aller Möglichkeiten, die der Pakt für den ÖGD bietet, personell und materiell stärken. Mit dem begonnenen IT-Zukunftsprojekt werden die Gesundheitsämter und andere Bereiche des ÖGD konsequent digitalisiert und vernetzt. Zudem werden den Bezirken Zielvereinbarungen vorgeschlagen. Um den ÖGD in allen Bereichen zukunftsfest zu machen, wird das Mustergesundheitsamt weiterentwickelt, unter anderem mit dem Ziel einer verbesserten multiprofessionellen Aufstellung und sozialraumorientierter aufsuchender Tätigkeiten. Es werden alle tariflichen Spielräume geprüft, um Ärzt*innen für den ÖGD zu gewinnen und zu halten. In allen Gesundheitsämtern soll die Möglichkeit gegeben sein, Famulaturen und ein Tertial des Praktischen Jahres zu absolvieren. Die Organisation und Arbeit des LAGeSo wird dahingehend überprüft und gegebenenfalls angepasst, dass überregionale gesamtstädtische Aufgaben des ÖGD dort wahrgenommen und verstärkt durch die für Gesundheit zuständige Senatsverwaltung direkt gesteuert werden. Aufgrund der Erfahrungen der Corona-Pandemie wird die Koalition eine landesgesetzliche Grundlage für Gesundheitslagen neben dem Katastrophenschutzrecht schaffen. Damit können einerseits die nötigen ressortübergreifenden Strukturen (Senatskanzlei, Gesundheit, Inneres, Finanzen) und materiellen Ressourcen schnell aufgestellt und andererseits eine verbindliche und stabile Kooperation auf Stabebene mit Bezirken und Hilfsorganisationen garantiert werden. Flankierend wird die Koalition eine vorsorgende Pandemiewirtschaft etablieren, um im Krisenfall vorbereitet und besser ausgerüstet zu sein.

Die Koalition wird Prävention und Rehabilitation im Alter und in der **Pflege** stärken. Sie wird im Dialog mit Betroffenen und Angehörigen eine gesamtstädtische sektorenübergreifende und sozialräumliche Landespflegestrukturplanung einführen. Die Transparenz über Angebote im Pflegebereich wird erhöht. Zusammen mit den Bezirken werden Steuerungsinstrumente entwickelt (zum Beispiel regionale Pflegekonferenzen). Die Koalition wird zudem eine*n Landespflegebeauftragte*n einsetzen und dort für Menschen mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen eine unabhängige Beschwerdestelle einrichten.

Die Koalition will eine bedarfsgerechte Anpassung der Kapazitäten in der ambulanten, teilstationären und stationären Pflege sowie von **Pflege-Wohngemeinschaften** und innovativen Wohn- und Pflegeformen, auch unter Einbeziehung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sowie mit Vivantes und anderen Anbietern. Die Koalition setzt sich im Bund für eine weitere finanzielle Entlastung der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen ein.

Zur Umsetzung der Teilhabe- und Mitbestimmung des Wohnteilhabegesetz (WTG) wird unter anderem die **Heimaufsicht** gestärkt.

Die Koalition wird pflegende Angehörige besser unterstützen. Mit einer **Kurzzeitpflegeinitiative** wird die Koalition kurzfristig neue Plätze schaffen. Unter Einbeziehung der Leistungserbringer*innen und der Leistungsträger*innen wird die Koalition bis zum 31. Dezember 2022 einen Plan vorlegen, wie dauerhaft eine solitäre Kurzzeitpflege ausgebaut werden kann. Pflegende Angehörige erhalten im Landespflegeausschuss eine Vertretung, insgesamt werden die Beteiligungsrechte aller bisher nur beratenden Mitglieder gestärkt, bis hin zu Mitbestimmungsrechten. Die Rechtsgrundlagen beziehungsweise Geschäftsordnungen auch anderer Berliner Pflegegremien werden entsprechend geprüft und systematisch überarbeitet.

Im Sinne der demenzfreundlichen Kommune wird die Situation der Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen in Berlin verbessert und auch für pflegende Angehörige, die zu Pflegenden mit Pflegegeldanspruch betreuen, die Ehrenamtskarte vergeben. Die Koalition wird die **Pflegestützpunkte** personell ausbauen und die Entlohnung gemäß ihrer Qualifikation sicherstellen und angleichen. Zudem werden die Pflegestützpunkte in Funktion und Aufgabenspektrum zu „Anwälten der Menschen mit Pflegebedarf und pflegenden Angehörigen“ weiterentwickelt. Das erfolgreiche Berliner Projekt mit der Verbraucherzentrale zu Pflegeverträgen wird fortgesetzt. Die Koalition wird das Modellprojekt „Berliner Hausbesuche“ verstetigen.

Um die **Gesundheitsförderung und Prävention** zu stärken, wird die Koalition die bestehenden Instrumente auch mit Blick auf die sozialräumliche Umsetzung konsequent nutzen. Ziel ist die Mitgliedschaft aller Bezirke im Gesunde-Städte-Netzwerk. Förderprogramme wie das „Aktionsprogramm Gesundheit“ und das Programm „Berlin bewegt sich“ werden gestärkt und weiterentwickelt. Dabei werden Synergien mit anderen Landesprogrammen und dem Breitensport identifiziert und genutzt. Grundlage der Maßnahmen ist eine digitale und integrierte Berichterstattung. Im Nichtraucherschutzgesetz wird der Schutz vor Passivrauchen im öffentlichen Bereich gestärkt und Kontrolldefizite abgebaut. Das Tabakwerbeverbot wird konsequent umgesetzt.

Die Koalition wird den Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz (GMK) „Der Klimawandel – eine Herausforderung für das deutsche Gesundheitswesen“ auf Landes- und Bezirksebene zügig umsetzen, unter anderem durch die Entwicklung von Hitzeaktionsplänen und den Bau von Trinkbrunnen.

Die Koalition setzt sich für die Steigerung der Organspendebereitschaft ein.

Gesundheit in allen Lebenslagen und -phasen: Das Integrierte Gesundheits- und Pflegeprogramm wird weiterentwickelt. Der bestehende Rechtsanspruch auf die Assistenz von hilfebedürftigen **Menschen mit Behinderung** im Krankenhaus muss vollumfänglich erfüllt werden.

Die Arbeit der **Clearingstelle** für nicht krankenversicherte Menschen wird verstetigt, der Bekanntheitsgrad durch unter anderem eine mehrsprachige, niedrigschwellige Infokampagne gesteigert. Angebote für nicht versorgte Gruppen, zum Beispiel Obdachlose, werden beibehalten und der Behandlungsfonds wird mit dem Ziel der Versorgung im Regelsystem, aufgestockt.

Die Koalition wird den Runden Tisch **Geburtshilfe** fortführen und Maßnahmen erarbeiten für eine gute, sichere, selbstbestimmte und leitliniengerechte Geburt ob zu Hause, im Geburtshaus oder in der Klinik und setzt sich im Bund für eine Absicherung selbstständiger Hebammen ein. Wir setzen uns für verbesserte Arbeitsbedingungen von Hebammen ein.

Der kostenfreie Zugang zu **Verhütungsmitteln** und die Beratung nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz wird verstetigt. Informationen über die Trägerstruktur von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, zu Schwangerschaftskonflikten, über Möglichkeiten des Schwangerschaftsabbruchs und Adressen von Anbieter*innen werden niedrigschwellig und mehrsprachig angeboten. Zum Schutz ratsuchender Frauen wird eine Bannmeile rund um Beratungsstellen geprüft. Die Koalition stellt sicher, dass Schwangerschaftsabbrüche bedarfsdeckend angeboten werden und strebt die deutlichere Thematisierung in der medizinischen Ausbildung an.

Die Grundlagen für ein gesundes Leben werden insbesondere im Kindesalter gelegt. Deshalb setzt sich die Koalition in besonderem Maße für die Förderung und den Schutz der **Kindergesundheit** ein. Im psychosozialen Bereich sowie in der ambulanten und in der stationären Versorgung wird das Angebot für Kinder und Jugendliche bedarfsgerecht und wohnortnah verbessert. Damit Kinder und Jugendliche zukünftig bei Notfällen auch außerhalb von Rettungswachen versorgt werden können, werden der kinderärztliche Bereitschaftsdienst und die kinderärztlichen Notfallpraxen gestärkt.

Im Rahmen der Fast Track Cities-Initiative „95-95-95-0“ wird die Koalition die **HIV/AIDS-Beratungs- und Versorgungsstrukturen** fortführen.

Die Koalition wird verbindliche Strategien gegen strukturelle Diskriminierungen, Sexismus und für eine diversitätssensible Gesundheitsversorgung zu entwickeln.

Die Koalition setzt die Rahmenbedingungen dafür, dass auch **Ältere und Hochaltrige** ihr Leben möglichst selbstbestimmt und so lange wie möglich im eigenen Zuhause führen können. Dazu können Modellprojekte zur Prävention von Einsamkeit sowie Hilfs- und Kontaktangebote gehören.

Die Koalition wird das **psychosoziale und psychiatrische Versorgungssystem** als lebensweltnahe und diversitätssensible Verantwortungsgemeinschaft in den Bezirken stärken und im Sinne einer Ambulantisierung wie zum Beispiel Tageskliniken weiterentwickeln. Neue Angebote zur Förderung psychischer Gesundheit und Prävention psychischer Erkrankungen, wie zum Beispiel. Psychische-Erste-Hilfe-Kurse und eine verbesserte Suizidprävention, ergänzen die Angebote des Psychiatrieentwicklungsprogramms (PEP). Wir setzen uns dafür ein, die sozialpsychiatrischen, und kinder- und jugendpsychiatrischen Dienste wie auch die Psychiatriekoordination zu stärken. Für die entgelt- und zuwendungsfinanzierte Angebote wird gemeinsam ein neues Finanzierungs- und Steuerungsmodell entwickelt und nach erfolgreicher Erprobung flächendeckend eingeführt. Der Dialog zwischen Psychiatererfahrenen, Angehörigen und Professionellen wie auch der vermehrte Einbezug von Peers wird gefördert.

Für den Maßregelvollzug wird eine intensivere Kooperation mit der Charité angestrebt. Zwangsmaßnahmen in allen Versorgungsbereichen sollen transparent dargestellt und weiter konsequent minimiert werden.

Die Koalition setzt auf eine **akzeptierende Drogenpolitik** mit Fokus auf einen selbstbestimmten Verbraucherschutz und vertritt eine fortschrittliche Drogenpolitik, die die gesundheitliche Unterstützung von Menschen mit Suchterkrankungen in den Mittelpunkt stellt. Der Verbraucherschutz wird durch Drugchecking – und wenn juristisch möglich – durch das Modellprojekt für einen kontrollierten Cannabisverkauf an Erwachsene überhaupt erst ermöglicht. Das Drugchecking-Projekt wird schnellstmöglich etabliert, perspektivisch auch mobile Angebote in Form von Point-of-care-Abgaben.

Wir werden die neuen Regelungen des Bundes im Umgang mit der kontrollierten Cannabis-Abgabe in Berlin zügig umsetzen.



Das Monitoring zum Umgang mit Substanzkonsum im öffentlichen Raum wird fortgesetzt. Die Koalition wird die Maßnahmen zur **Suchtprävention** und Aufklärung und Projekte zur Minderung von Konsumrisiken ausbauen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf Kinder und Jugendliche und deren Angehörige gelegt. Die Koalition wird auch Maßnahmen treffen, um die gesundheitlichen Gefahren, die durch nicht-stoffgebundene Süchte ausgehen, wie zum Beispiel Glückspiel, Sportwetten, Automaten Spiele oder Medien zu minimieren. Die Koalition will die Alkohol- und Medikamentenberatungsstellen mit den Drogenberatungsstellen zu integrierten Suchtberatungsstellen weiterentwickeln. Das Drogenkonsumraum- und Kontaktangebot wird hinsichtlich der Anzahl wie auch der Öffnungsmöglichkeiten ausgebaut. Der Zugang zu einer Substitutionsbehandlung soll niedrigschwellig sein und insbesondere auch für Menschen ohne Krankenversicherung ermöglicht werden. Die Kooperation zwischen Akteuren der Suchthilfe und -prävention sowie spezifischen Settings (zum Beispiel in Haft) wird verbindlich gestaltet. Das Landeskonzept Sucht wird diese Ansätze zukunftsfest machen.

Für ein Sterben in Würde wird der Runde Tisch **Palliativ- und Hospizversorgung** weitergeführt und das Beratungsangebot verstetigt.

6. Klima und Energie

Eine transformative Politik verbindet ambitionierten Klimaschutz mit Sozialverträglichkeit, Innovation und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Koalition bekennt sich zum Klimaschutz als Querschnittsthema in allen Politikbereichen und zum **Ziel der Klimaneutralität Berlins** entsprechend des Pariser Klimaschutzabkommens, im Sinne des 1,5-Grad-Limits. Die Koalition wird versuchen, die Klimaneutralität schneller als gesetzlich vorgegeben zu erreichen.

Die Maßnahmen der Regierung müssen sich, auch in Umsetzung des Energiewendegesetzes (EWG), an den Zielen des Klimaschutzes messen lassen. Das Land Berlin und die landeseigenen Unternehmen haben hier eine Vorreiterrolle, um weiter mit gutem Beispiel voranzugehen. Für die Koalition sind der Bericht der Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“ sowie das „Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm“ (BEK) Leitlinien ihrer Energiepolitik.

Es gibt eine Gesamtverantwortung des Berliner Senats für das Erreichen der Ziele. Für eine bessere Klimagovernance wird ein vierteljährlich tagender **„Senatsausschuss Klimaschutz“** unter Beteiligung der Senatsmitglieder eingesetzt: Er bearbeitet Zielkonflikte, identifiziert Handlungsbedarfe und schlägt dem Senat Maßnahmen für die Nachsteuerung vor, insbesondere dann, wenn sich abzeichnet, dass die geplanten Emissionsreduktionen verfehlt werden. Die Koalition wird – ausgehend vom Berliner Klimaziel und dem 70 Prozent-Reduktionsziel 2030 – eine Gesamtmenge der höchstens auszustoßenden Treibhausgase für Berlin in den kommenden fünf Jahren definieren. Diese wird insbesondere auf die Sektoren Energieversorgung, Gebäude, Wirtschaft und Verkehr aufgeteilt. Die Steuerung der Klimaziele erfolgt auf Basis eines verbesserten, kontinuierlichen, transparenten Monitorings durch sektorale Mengensteuerung, das die Maßnahmen und ihre Wirkungen in den einzelnen Handlungsfeldern möglichst zielgenau abbildet.

Jede Senatsverwaltung trägt im Rahmen ihrer Zuständigkeit zur Erfüllung dieser Sektorziele bei und berücksichtigt dies insbesondere im Rahmen der Haushaltsaufstellung und durch die Entwicklung sonstiger Maßnahmen.

Wir setzen einen deutlichen Schwerpunkt bei den **Investitionen zum Klimaschutz** und für Klimaanpassungsmaßnahmen unter anderem bei der energetischen Sanierung, dem Solarausbau, der Flächenentsiegelung, dem Stadtgrün, der Begrünung von Dächern und Fassaden und beim Regenwassermanagement. Für die Investitionsschwerpunkte Klimaschutz und energetische Sanierung entwickelt die Koalition Finanzierungsinstrumente.

Die Koalition will den Klimaschutz in den Landes- und Bezirksverwaltungen besser verankern. Die Koalition prüft, wie die bezirkliche Kosten-Leistungs-Rechnung im Hinblick auf den Klimaschutz verbessert werden kann.

Alle Gesetzes- und Senatsvorlagen unterliegen einem **Klimacheck**, so dass jeweils im Zweifel klimafreundlichere Alternativen in der Abwägung gestärkt werden können. Wir werden den Klimacheck evaluieren und gegebenenfalls weiterentwickeln.

Die Koalition strebt an, den **Klimaschutz in der Berliner Verfassung** zu verankern, um damit die Verbindlichkeit der gesetzten Klimaziele zu erhöhen.

Alle Landesunternehmen und die Bezirke sollen Klimaschutzkonzepte mit Zeit- und Maßnahmenplänen erstellen.

Der **Berliner Energie- und Klimaschutzrat** wird in enger Abstimmung mit den Koalitionsfraktionen schnellstmöglich besetzt. Die Koalition wird im Energiewendegesetz seine Wahl durch das Abgeordnetenhaus verankern. Einen Klimabürgerrat wird die Koalition unmittelbar einberufen und dessen Vorschläge im Prozess des BEK berücksichtigen.

Das **Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm** wird fortgeführt. Die Koalition strebt, aufbauend auf dem Energieatlas und einem Wärmekataster, im Rahmen einer integrierten Infrastrukturplanung eine gesamtstädtische und ressortübergreifende Wärmeplanung an. So kann im Rahmen eines Konzepts zur fossilfreien Wärmeversorgung ein langfristiger Fahrplan für den Ausstieg aus **fossilen Energieträgern** sichergestellt, die Nutzung aller verfügbaren erneuerbaren Energien ermöglicht und Planungssicherheit erreicht werden. Die Wärmeleitplanung wird bei der Bauleitplanung berücksichtigt.

Die Koalition wird die Erarbeitung von individuellen Sanierungsfahrplänen unterstützen und setzt sich für eine Verpflichtung zur Erstellung bei Eigentümerwechsel ein. Die Koalition sieht die Quartiere als zentrale Einheiten für den Klimaschutz an und wird die Zusammenarbeit der Akteure im Kiez durch ein **Förderprogramm zum Klimaschutz im Quartier** unterstützen. Bei Neubauvorhaben werden wir eine Energieplanung einfordern.

Mit einem **Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz** wird die Koalition, unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Mieten, die Wärmewende im Gebäudebereich weiter vorantreiben, indem sie den Austausch von fossil befeuerten Heizungen durch klimaneutrale Heizungsanlagen befördert.

Die Koalition strebt eine erneuerbare Wärmeversorgung an. Dafür setzt sie konsequent auf erneuerbare Energieträger im Heizungsbereich, vorzugsweise in Verbindung mit zum Beispiel Wärmepumpen und Speichern. Im Einzelfall können Gasheizungen zum Einsatz kommen, die für den Wasserstoffeinsatz vorbereitet (H₂-ready) sind.

Die Koalition will die Potenziale der **klimaneutralen Wärme** der Stadt für die Wärmeversorgung erschließen. Sie unterstützt die weitere Erprobung von Tiefengeothermie im Stadtgebiet, die effizientere Nutzung der Abwärme aus der Müllverbrennung, Abwärme aus Industrieprozessen und Rechenzentren, Ab- und flusswasserwärme, Solarthermie, die Nutzung von Großwärmepumpen, nachhaltiger Biomasse sowie die von Wasserstoff für die Spitzenlasten. Förderprogramme des Bundes sind konsequent zu nutzen und durch Landesförderungen zu ergänzen. Den gesetzlichen Auftrag zur Preisüberprüfung wird die Koalition wahrnehmen und zeitnah einleiten. Die Fernwärmeregulierungsbehörde ist aufgabengerecht auszustatten.

Die zügige **Umsetzung des Kohleausstiegs möglichst vor 2030** hat Priorität. Die Koalition strebt an, dass die Kohlenutzung im Kraftwerk Moabit bis spätestens 2026 und im Kraftwerk Reuter-West bis spätestens 2028/29 beendet wird. Bei den dafür notwendigen Schritten wirkt die Koalition darauf hin, dass Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen so umgesetzt werden, dass ein schnellstmöglicher Umstieg auf eine erneuerbare Wärmeversorgung erfolgt.

Im Rahmen der gemeinsamen Landesplanung Berlin-Brandenburg setzt sich die Koalition für eine gemeinsame Infrastrukturplanung ein und wendet sich gegen die Erweiterung bestehender Braunkohletagebaue. Die Koalition wird bis 2023 eine Machbarkeitsstudie beauftragen mit dem Ziel, einen planbaren und sozialverträglichen Ersatz von Erdgas in der Energieversorgung zu erreichen.

Die Koalition wird eine **Solarkampagne** initiieren, um gemeinsam mit dem Berliner Handwerk den Ausbau von Solaranlagen zu beschleunigen. Auf dem Weg zu einer komplett regenerativen und dezentralen Energieversorgung will die Koalition den „Masterplan Solarcity“ vorantreiben und das Ausbauziel von 25 Prozent an der Berliner Stromerzeugung möglichst schon 2035 erreichen.

Mit einem neuen **Solaranlagen-Förderprogramm** der Investitionsbank, welches auch Messkonzepte berücksichtigt wird die Koalition Anreize zur Beschleunigung des Ausbaus setzen. Sie wird die Voraussetzungen schaffen, dass Solaranlagen von Privatpersonen verstärkt durch die Beauftragung des Berliner Stadtwerks realisiert werden können. Das Informations- und Unterstützungsangebot des Solarzentrums wird verstetigt. Alle geeigneten Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden, wie Schulen oder

Verwaltungsgebäuden, werden in einen gesamtstädtischen Installationsplan für Solaranlagen aufgenommen, damit die öffentliche Hand ihre Vorbildfunktion für private Dächer und Wände gerecht wird. Ein **SolarReadiness-Programm** für öffentliche Gebäude unterstützt den Solarenergieausbau.

Die Koalition sieht Mieterstrom als wesentlichen Baustein für die Erschließung der Photovoltaik-Potenziale der Berliner Dächer und die Beteiligung der Mieterinnen und Mieter an der Energiewende. Die Koalition setzt sich gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für Mieterstrom, aber auch von dezentralen Versorgungskonzepten in Quartieren, Sektorenkopplung und Digitalisierung erleichtert werden.

Gemeinsam mit Brandenburg strebt die Koalition den **Zubau von Windenergieanlagen durch das Stadtwerk** unter Beteiligung der Kommunen an.

Der Einsatz von **grünem Wasserstoff** kann einen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele leisten. Die Koalition will deshalb die gemeinsam mit dem Land Brandenburg entwickelte Wasserstoffstrategie umsetzen und gegebenenfalls weiterentwickeln. Dabei setzt sie auf die Anwendung von erneuerbarem Wasserstoff und sieht diese prioritär da, wo es noch keine Alternativen für die Dekarbonisierung gibt, wie zum Beispiel dem Schiffs-, Schwerlast- und Flugverkehr, der Industrie oder der Logistik. Die Koalition setzt sich in diesem Rahmen für die Entwicklung einer grünen Wasserstoffinfrastruktur an ausgewählten Wirtschaftsstandorten ein und prüft den Anschluss an das geplante Wasserstoff-Backbone. Berlins Kompetenzen als innovativer Forschungs- und Wirtschaftsstandort werden genutzt und die landeseigenen Betriebe werden bei der pilotweisen Erprobung der grünen Wasserstofftechnologie eingebunden.

Die Koalition wird die **Berliner Stadtwerke** weiter stärken, damit das Stadtwerk ein zentraler Dienstleister für Mieterstromprojekte, Quartierslösungen, Ladesäulen, Solar- und Windenergieausbau und Wärmeprojekte in Berlin wird. Die Kooperation zwischen den Stadtwerken und den Berliner Wohnungsbaugesellschaften bei Solar- und anderen Energieprojekten wird ausgebaut. Mit weiterer Kundenwerbung sollen möglichst viele Berliner*innen als Kund*innen gewonnen werden. Die Koalition prüft, ob im Rahmen der Neuordnung der Berliner Energiebeteiligungen die Berliner Stadtwerke gegebenenfalls aus den Wasserbetrieben herausgelöst werden sollen.

Die Koalition strebt die Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes mit dem Ziel einer beschleunigten Dekarbonisierung der Fernwärme an.

Die Koalition prüft eine Rekommunalisierung des Gasnetzes unter wirtschaftlichen und ökologischen Kriterien. Die Koalition will die GASAG als Gesamtunternehmen erhalten.

Für die Koalition kommt dem Ausbau und der Digitalisierung der rekommunalisierten Stromnetze für die Klimaneutralität Berlins und auch für den Ausbau der Elektromobilität eine besondere Bedeutung zu.

Die Koalition strebt mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger*innen mittels der BürgerEnergie Berlin am Stromnetz an, um so den Berliner*innen die Möglichkeit zu geben, die Energiewende konkret mitzugestalten und zu einem öffentlichen Unternehmen neuer Art beizutragen.

Langfristiges Ziel ist ein integrierter Netzbetrieb Strom, Gas, Wasser und Wärme.

Die Koalition strebt an, die **Berliner Energieagentur** durch das Land Berlin vollständig zu übernehmen, sie zu einer Energiewendeagentur weiterzuentwickeln und die wettbewerblichen Teile in die Berliner Stadtwerke zu überführen.

Um **Energiearmut zu vermeiden**, möchte die Koalition die Zahl der Strom- und Gas-sperren verringern und bei sozialen Härten ganz vermeiden. Sie wird die Energie-schuldenberatung der Verbraucherzentrale verstetigen. Die Koalition setzt sich auf bundespolitischer und europäischer Ebene für ein Verbot von Stromsperren und für die Übernahme von Zahlungsausfällen durch die Sozialleistungsträger ein.

Die Koalition setzt einen deutlichen Schwerpunkt bei der **energetischen Sanierung** und prüft die Einführung eines Stufenmodells. Sanierungen und Neubaustandards werden am Ziel der Klimaneutralität und Sozialverträglichkeit ausgerichtet. Mit relevanten Akteur*innen wird eine Sanierungsstrategie erarbeitet, die auch die Themen Fachkräftebedarf und serielle Sanierung berücksichtigt. Bestehende Förderprogramme des Landes werden verstetigt und weiterentwickelt. Die öffentliche Hand wird mit gutem Vorbild vorangehen. Grundsanierungen öffentlicher Gebäude werden so ausgeführt, dass sie mit dem Ziel der Klimaneutralität Berlins vereinbar sind. Sanierungsfahrpläne werden entsprechend angepasst.

Klimaschutz darf nicht zur Verdrängung von Mieter*innen führen. Die Förderprogramme des Landes werden dem Ziel der weitgehenden Warmmietenneutralität Rechnung tragen. Außerdem setzt sich die Koalition im Bund dafür ein, dass die Vermieter*innen überwiegend den CO₂-Preis auf die Wärme zahlen müssen.

Gemeinsam mit der Handwerkskammer, mit Verbänden und Innungen wird ein Bündnis für und ein Programm zur Verbesserung und Attraktivierung der Aus-, Fortbildung und Gewinnung von Fachkräften für baulichen und gebäudetechnischen Klimaschutz entwickelt, das auch gezielt Menschen ohne Abschluss oder mit fehlenden Grundfertigkeiten einbezieht.

Die Umsetzung und partizipative Weiterentwicklung der **Berliner Ernährungsstrategie** ist ein wichtiger Baustein beim Klimaschutz in unserer Stadt.

7. Umwelt und Tierschutz

Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Die Koalition wird in einem breiten Beteiligungsprozess eine **Nachhaltigkeitsstrategie 2030** entwickeln und die Selbstverpflichtung des Landes Berlin zu den 17 UN-Nachhaltigkeitsziele mit Leben füllen sowie regelmäßig über die Umsetzung berichten. Die Förderprogramme des Landes Berlin sollen sich auch an den Nachhaltigkeitszielen ausrichten.

Die Koalition prüft, ob in der Berliner Verwaltung ein Nachhaltigkeits- und Umweltmanagement eingeführt wird. Die gesundheitliche Belastung durch Luftverschmutzung, Lärm, unzureichende wohnortnahe Grünflächen sowie die bioklimatische Belastung sind räumlich und sozial ungleich verteilt. Die Koalition setzt sich für **Umweltgerechtigkeit** ein und verfolgt das Ziel, bis zum Ende der Wahlperiode die vielfach belasteten Gebiete zu reduzieren. Der Bericht zur Umweltgerechtigkeit wird bis zur Mitte der Wahlperiode fortgeschrieben und Umweltgerechtigkeitskarten werden regelmäßig vorgelegt. Die Koalition will eine ausreichende Grünflächenversorgung in der Stadt sicherstellen. Ausgewiesene Flächen des Berliner Stadtgrüns werden erhalten und gepflegt. Gerade die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig das ist. Die bezirklichen Straßen- und Grünflächenämter sowie die unteren Naturschutzbehörden werden gestärkt. Dem Sanierungs- und Qualifizierungsbedarf von Grünanlagen wie beispielsweise Volksparks wird die Koalition Rechnung tragen und will die Mittel für die **naturnahe Grünflächenpflege** erhöhen. Dabei knüpft sie an die gemeinsam mit den Bezirken erarbeiteten Zielvereinbarungen an und prüft in diesem Zusammenhang zweckgebundene Zuweisungen. Ausschreibungsvorgaben für Gartenfirmen sind nach ökologischen Kriterien anzupassen. Analoges gilt für die Grün Berlin GmbH.

Die Pilotprojekte „Parkmanager und -läufer“ und „Stadt naturranger“ werden verstetigt. Die **Reinigung von ausgewählten Grün- und Waldflächen sowie Parkanlagen durch die BSR** will die Koalition schrittweise ausweiten, ohne dass dies zulasten der Sauberkeit der übrigen Anlagen geht. Die Verantwortung für die fachgerechte Pflege der Grünanlagen bleibt bei den Bezirken. Der Koalition ist ein gutes und rücksichtsvolles Miteinander in den Parkanlagen sehr wichtig. Die Wertschätzungskampagne für das öffentliche Stadtgrün wird fortgesetzt.

Die **Charta Stadtgrün** wird beschlossen und umgesetzt. Hinsichtlich der Friedhofs-, Landwirtschafts- und Brachflächen wird eine Abwägung mit entgegenstehenden anderen erheblichen öffentlichen Interessen vorgenommen.

Die **Stadtbaumkampagne** wird fortgesetzt und weiterentwickelt. Die Entwicklungspflege wird von drei auf fünf Jahre erhöht. Für ein optimiertes Bewässerungs- und Düngemanagement der Straßenbäume wird mit den Bezirken eine entsprechende



Zielvereinbarung mit zweckgebundener Mittelzuweisung abgeschlossen. **Bürgerchaftliches Engagement an Baumscheiben wird begrüßt** und ermöglicht. Die Koalition will fehlende Bundes- und Landesbrunnen (Schwengelpumpen) wiederherstellen, defekte **Brunnen** reparieren und dazu diese Aufgabe in die Verantwortung der Berliner Wasserbetriebe überführen. Die Koalition will auch die Zahl der Anlagenbäume erhöhen, setzt dabei auch Obstbäume („Essbare Stadt“) und prüft die Einführung weiterer Baumpflanzaktionen.

Das **Grünflächeninformationssystem (GRIS)** wird weiterentwickelt, dabei sollen Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen und Standortfaktoren berücksichtigt werden. Die Baumschutzverordnung wird novelliert. Vorschnelle Fällungen, insbesondere vor Abschluss von Planungen, soll es nicht geben.

Um künftige **Versiegelungen** für neue Wohnquartiere auszugleichen, werden auf Basis der Gesamtstädtischen Ausgleichskonzeption (GAK) zur ökologischen Folgebewältigung zielgerichtete Aufwertungsmaßnahmen und -flächen für Natur und Landschaft gebündelt. Es werden zusätzliche **Versickerungsflächen** geschaffen. Die Koalition entwickelt ein Entsiegelungsprogramm. Ab spätestens 2030 soll eine „Netto-Null-Versiegelung“ zum Beispiel durch Rasengitter oder grüne Mittelstreifen erreicht werden.

Die Koalition wird das **Berliner Ökokonto** als revolving Fonds für die Vorfinanzierung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen weiter im Haushalt verankern und gewährleisten, dass die Berliner*innen diese neuen Freiräume für die Erholung nutzen können. Die Koalition will verbliebene Lücken bei den grünen Hauptwegen schrittweise schließen, die Strategie zur Biologischen Vielfalt fortzuführen sowie weitere Landschaftsschutzgebiete schneller auszuweisen. Die Koalition verstetigt die Bienen- und Bestäuberstrategie sowie die Strategie Stadtlandschaft.

Die Koalition wird die **Berliner Kleingärten** sichern und die Kleingartenvereine bei der sozialen, umwelt- und klimagerechten Ausrichtung unterstützen. Eine gesetzliche Sicherung wird geprüft.

Die Koalition wird Formen des gemeinschaftlichen Gärtnerns weiterhin fördern. Lottomittel sollen stärker als bisher zur Finanzierung von Projekten im Bereich der Umwelt- und Naturbildung eingesetzt werden. In diesem Zusammenhang prüft die Koalition die Unterstützung für bürgerschaftliches Engagement im Naturschutz. Als weitere Finanzquelle wird die Koalition die „Einführung eines Berliner Naturcents“ prüfen.

Die Koalition entwickelt integrierte Konzepte zur Bewältigung von Extremwetterereignissen, klimaangepasster grüner Infrastruktur und emissionsfreier Mobilität. Der **Stadtentwicklungsplan Klima** wird zeitnah so aktualisiert und beschlossen, dass Klimaschutz und -anpassung in der Stadtplanung verankert werden.

Es werden **Hitzeaktionspläne** der Bezirke mit dem Fokus auf Aspekte der Umweltgerechtigkeit erstellt. Zudem wird die Koalition sozial gerechte Anpassungsmaßnahmen für den Bestand entwickeln, um den sozialen Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen.

Die Koalition möchte „Kühle Meilen“ nach dem Vorbild Wiens schaffen. Sie wird ein neues Hofbegrünungsprogramm für die Bestandsquartiere auflegen. Die Förderung von Dachbegrünung wird die Koalition fortführen und um die **Fassadenbegrünung** erweitern. Es werden weitere öffentliche **Trinkwasserbrunnen** aufgestellt. Der Betrieb der öffentlichen Springbrunnen und Wasserspiele wird gesichert. Die Koalition wird die Berliner Regenwasseragentur stärken und die wassersensible Stadtentwicklung im Sinne einer **Schwammstadt** vorantreiben. Das Land Berlin setzt sich unter anderem das Ziel, bis spätestens 2035 20 Prozent der Flächen des Landes am Landwehrkanal von der Mischwasserkanalisation abzukoppeln. Hierfür sind die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Die Koalition wird in einem Pilotprojekt erproben, wie eine grundstücksübergreifende Regenwasserbewirtschaftung für das Stadtgrün funktionieren kann. Der Masterplan Wasser wird partizipativ ausgebaut und umgesetzt. Die Koalition wird in Gebieten, in denen sich in Folge der Wiedervereinigung Grundwasserstände in nicht vorhersehbarer Weise signifikant verändert haben, wie zum Beispiel im Blumenviertel, die Anwohner*innen dabei unterstützen, ihre Gebäude gegen Grundwasserschäden zu schützen. Dazu zählt auch eine finanzielle Förderung.

Die Koalition entwickelt im Rahmen des BEK ein Moorschutzprogramm. Außerdem möchte die Koalition die blau-grüne Infrastruktur wie zum Beispiel **Kleinstgewässer bewahren und renaturieren**. Die Koalition will die Wasserrahmenrichtlinie in Kooperation mit dem Land Brandenburg umsetzen. Dazu müssen insbesondere die Umsetzung der Gewässerentwicklungskonzepte, wie beispielsweise für die Wuhle schneller vorangebracht werden. Berlin wird mit der Zivilgesellschaft ein Konzept für die bessere Vereinbarkeit von urbaner Gewässernutzung und Naturschutz entwickeln.

Die Koalition setzt sich für Natur- und Artenschutz in der Stadt ein. Dafür und um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, wollen wir die behördlichen Strukturen stärken.



Die Koalition wird durch die **Umsetzung des Luftreinhalteplans** Emissionen in Berlin deutlich reduzieren und prüft Maßnahmen zur Reduktion der Emissionen von Kleinfeuerungsanlagen, Kaminen, Laubbläsern und Böllern. Aufbauend auf dem Luftreinhalteplan entwickelt das Land Berlin eine Luftreinhaltestrategie 2030, die sich an den WHO-Richtwerten orientiert. Die Koalition wird den Lärmaktionsplan partizipativ weiterentwickeln. Das erfolgreiche Schallschutzfensterprogramm wird fortgesetzt.

Die Koalition wird das als **Zero-Waste-Strategie** beschlossene Abfallwirtschaftskonzept (AWK) zielgerichtet und konsequent umsetzen. Dem AWK entsprechend wird eine Zero-Waste-Agentur bei der Berliner Stadtreinigung (BSR) gegründet.

Die Koalition wird im Rahmen von Kiezaktionen regelmäßige, **kostenfreie Sperrmüllabholungen** ermöglichen und ausdehnen und ehrenamtliche Putzaktionen der Berlinerinnen und Berliner im Kiez unterstützen. Die illegale Ablagerung von Müll auf öffentlichen Flächen und die Verletzung der Gewerbeabfallverordnung wollen wir konsequent verfolgen. Die BSR wird von der Koalition dazu in die Lage versetzt, illegale Ablagerung von Müll zeitnah zu beseitigen. Die Koalition wird das zirkuläre Bauen und die Wiederverwendung von Baumaterialien voranbringen. Die Koalition wird den Bau einer zweiten Biogasanlage sowie Pilotprojekte für die energetische Verwertung von Grasschnitt und Laub vorantreiben und die Realisierung einer Speiserestevergärungsanlage unterstützen.

Umwelt- und Naturbildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und das Freiwillige Ökologische Jahr werden von der Koalition weiter gefördert. Berlin entwickelt einen Masterplan „BNE 2030“. Die Koalition sichert die Gartenarbeitsschulen Waldschulen und -kindergärten und Naturerfahrungsräume. Die Koalition unterstützt die Arbeit der Stiftung Naturschutz. Die Naturbildungsarbeit des Botanischen Garten und des Museums für Naturkunde werden wir zusätzlich fördern.

Berlin füllt seine bundesweite Vorbildrolle bei der umweltverträglichen Beschaffung weiter mit Leben.

Die bereits in der letzten Legislaturperiode erreichten Fortschritte für den **Tierschutz** werden wir beibehalten. Die Koalition möchte, dass Menschen und Tiere in dieser wachsenden Stadt gut zusammenleben und wird deshalb die Tierrechte in den nächsten Jahren weiter stärken. Die mit dem Tierschutz beauftragten Behörden des Landes Berlin möchte die Koalition personell und finanziell vollumfänglich stärken. Sie steht für einen vernünftigen Ausgleich zwischen Tierversuchen für Wissenschaft/Forschung und dem Tierschutz. Die Förderung der Alternativmethodenforschung wird verstärkt weitergeführt. Die Koalition strebt Zeitpläne zur Reduzierung und Beendigung von Tierversuchen in den unterschiedlichen Bereichen an, soweit dies wissenschaftlich vertretbar ist.

Die Koalition wird die Finanzierung des **Tierheims Berlin** von einer Zuwendungs- in eine institutionelle Förderung überführen. Auch die wertvolle Arbeit von Wildaufnahmestationen und Tierschutzinitiativen wie auch der Tiertafel möchte sie gewährleisten. Die Koalition wird eine externe wissenschaftliche Studie in Auftrag geben, die prüfen soll, ob eine Abschaffung der Rasseliste und ein verpflichtender Sachkundennachweis (Hundeführerschein) zu mehr Tier- und Menschenwohl führen. Es sollen berlinweit Hundenauslaufflächen erhalten und wenn möglich erweitert werden. Die Koalition wird verbesserte Möglichkeiten zum Schutz vor illegalem Welpen- und Tierhandel schaffen und den unerlaubten Tierhandel stärker verfolgen und ahnden. Das Land Berlin wird ein Konzept erarbeiten und umsetzen, das unter anderem betreute Taubenschläge beinhaltet, welche mit den Bezirken und Tierschutzvereinen etabliert werden sollen. Die Koalition novelliert das Landesjagdgesetz und berücksichtigt dabei sowohl tierschutzrechtliche als auch ökologische Aspekte, wie zum Beispiel die Nutzung bleihaltiger Munition. Auf Bundesebene setzt sie sich für höhere Standards bei der Haltung von Heim- und Nutztieren, Strategien gegen Qualzuchten sowie für ein Verbot von Wildtieren im Zirkus ein. Auch der gewerbliche Handel mit exotischen Tieren auf Tierbörsen soll weiter eingeschränkt werden. Die Koalition setzt sich auf Bundesebene dafür ein, **Massentierhaltung** zu **reduzieren**. Dabei ist ein wichtiger Schritt die Einführung der Kennzeichnung von allen Lebensmitteln aus der Massentierhaltung. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass öffentliche Kantinen Speisen für verschiedene Ernährungsarten anbieten und ausweiten, unter anderem tierfreie Speisen.

8. Verbraucherschutz

Die Koalition entwickelt eine verbraucherpolitische Strategie. Sie stärkt die **Verbraucherzentrale** weiter, unter anderem mit einem zweiten Standort im Ostteil der Stadt und einer Ausweitung der zielgruppenorientierten, mobilen und aufsuchenden Angebote und um neue Felder der pflegerechtlichen-, finanzrechtlichen und vorsorgerechtlichen Beratung ausbauen zu können. Ferner schafft die Koalition Planungssicherheit, indem sie eine Rahmenvereinbarung für einen Zeitraum von fünf Jahren anstrebt. Die Koalition entwickelt die Verbraucherbildung für Kinder und Jugendliche in Kita und Schule sowie im außerschulischen Bereich weiter. Schwerpunkte legt sie auf Ernährungs- und Medienkompetenz; Schulen frei von kommerzieller Werbung gehören dazu. Teil der Weiterentwicklung sind entsprechende Angebote der Fort- und Weiterbildung für pädagogische Fachkräfte.

Die Koalition entwickelt die **Berliner Ernährungsstrategie** gemeinsam mit der Stadtgesellschaft im Sinne einer gesundheitsfördernden, umweltverträglichen, sozial gerechten und dem Tierwohl zuträglichen Ernährungspolitik fort und beauftragt eine Studie zu Ernährungsarmut in der Stadt. Die erfolgreiche Arbeit der „Kantine Zukunft“, die Berliner Gemeinschaftsverpflegung zu einer ökologisch verantwortlichen und sozial gerechten Versorgung zu machen, wird evaluiert, entsprechend weiterentwickelt und die Förderung verstetigt. Mit einer Machbarkeitsstudie und einem Umsetzungskonzept für einen „**Ernährungs-Campus**“ wird in der Stadt ein zentraler Ort entworfen, an dem Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Praxis, Bildung und regionale Wirtschaft die zukunftsfähige Ernährung in der Metropolenregion weiterentwickeln. Mit der Einrichtung von mindestens einem „LebensMittelpunkt“ in jedem Berliner Bezirk, wo möglich in bestehenden Strukturen, fördert die Koalition nachbarschaftliches Zusammenleben und ermöglicht den Zugang zu gutem, gesundem und regionalem Essen, unabhängig vom Geldbeutel.

Die Koalition entwickelt ein Regionalität-Konzept, auf dessen Basis sie sich dafür einsetzt, den Anteil ökologisch und regional erzeugter Lebensmittel kontinuierlich zu erhöhen und unterstützt den Auf- und Ausbau regionaler Lieferketten. Zum Schutz vor Lebensmittelbetrug werden die zuständigen Stellen noch besser vernetzt und ausgestattet. Für die erfolgreiche Umsetzung des Lebensmittelüberwachungs-transparenzgesetzes wird die Lebensmittelaufsicht in den Bezirken gestärkt.

9. Mobilität

Die **Berliner Verkehrswende** soll sowohl **nachhaltig als auch sozial verträglich** gestaltet sein und allen Berlinerinnen und Berlinern ermöglichen, so mobil zu sein, wie sie es wollen und brauchen. Wir bekennen uns zur gerechten Verteilung der Flächen des öffentlichen Raumes und zum weiteren **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs** zur Erhöhung der Lebensqualität in Berlin.

Auch in den Außenbezirken, am Stadtrand und im Berliner Umland soll das Mobilitätsversprechen eingelöst werden: den **Ausbau der Schienenwege** in der gemeinsamen **Metropolregion Berlin-Brandenburg** vorantreiben und bessere Angebote des öffentlichen **Nahverkehrs mit Park&Ride, Radwegeverbindungen und sicheren Fußwegen** schaffen, um gute Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu bieten.

Für die Koalition ist eine starke Schieneninfrastruktur das Rückgrat der Mobilität. Die Koalition bekennt sich zur **Umsetzung des Nahverkehrsplans** soweit vertraglich fixiert. Sie prüft eine Weiterentwicklung der Angebote und deren Verankerung in den Verkehrsverträgen.

Die Koalition wird den Berliner Anteil am **Gemeinschaftsprojekt i2030** finanzieren, verstetigen und die Umsetzung beschleunigen. Die Koalition strebt an, Trassen- und Systementscheidungen in Abstimmung mit Brandenburg im Jahr 2022 zu treffen und unterstützt die Vorschläge des „Bündnis Schiene Berlin-Brandenburg“ zu kapazitätssteigernden Maßnahmen der bestehenden Schieneninfrastruktur. Die Koalition setzt sich beim Bund dafür ein, dass die Potsdamer Stammbahn Bestandteil des Deutschlandtaktes wird und wird sich mit dem Bund und Brandenburg zum Systementscheid verständigen. Unabhängig davon streben wir den befristeten Vorlaufbetrieb auf der Wannseebahn-Stammbahn bis Berlin-Steglitz an, sobald die Systementscheidung zwischen S-Bahn- und Regionalbahnbetrieb im Jahr 2022 getroffen ist. Bei den i2030-Projekten wird eine Priorisierung anhand konkreter Kriterien vorgenommen: vordringlicher Handlungsbedarf aus bestehenden Verpflichtungen, hohe zusätzliche Fahrgastgewinne und schnelle Realisierbarkeit.

Insbesondere folgende Projekte sollen mit Priorität vorangetrieben werden: die Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn und der Siemensbahn, die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens für die Strecke Spandau-Nauen und der Ausbau der S75 von Wartenberg zur Sellheimbrücke und mittelfristig bis Schönenerlinder Straße zur besseren Anbindung der Neubaugebiete in Blankenburg und Karow.

Außerdem wird die Planung für den **Ausbau der Nahverkehrstangente** konsequent weiterverfolgt. Darüber hinaus wird sich die Koalition gegenüber dem Bund für die Elektrifizierung des Berliner Südrings für den Regionalverkehr mit zusätzlichem Halt auf dem Südring einsetzen und die Aufnahme in i2030 vorschlagen.

Die Koalition setzt sich für die Elektrifizierung und den zweigleisigen Ausbau der Ostbahn sowie den Ausbau der Bahnstrecken nach Dresden, Stettin und an die Ostsee sowie für mehr Nachtzugangebote ab Berlin in europäische Metropolen ein. Zur Verbesserung der Umlandverbindungen werden Expressbusse eingeführt.

Die Koalition setzt sich im Bund für eine **Verlagerung innerdeutscher Flüge auf die Bahn** ein.

Damit der ÖPNV vermehrt genutzt wird, sollen **Fahrradparkplätze und -parkhäuser** an wichtigen ÖPNV-Stationen, besonders im äußeren Stadtgebiet, geschaffen werden. Die Koalition setzt sich für die Erarbeitung eines länderübergreifenden Konzepts mit dem Ziel einer Ausweitung von Park&Ride beziehungsweise Bike&Ride in Berliner Außenbezirken und Brandenburg ein. Die Koalition wird eine Erleichterung der Fahrradmitnahme im ÖPNV prüfen.

Die Koalition setzt sich dafür ein, den zweiten Bauabschnitt der **City-S-Bahn (S21)** noch in dieser Legislaturperiode in die Planfeststellung zu bringen. Die Planungen für den 3. Bauabschnitt werden beschleunigt, insbesondere die Abstimmungen für die Verknüpfung des neuen S-Bahnhofs Gleisdreieck mit der Sanierung und Erweiterung des U-Bahnhofs. Eine vorgezogene Teilrealisierung des Abschnitts Yorckstraße – Gleisdreieck wird angestrebt. Für den sensiblen Bereich des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas wird die Koalition im Rahmen einer mit dem Deutschen Bundestag abgestimmten Trassenvariante gemeinsam mit den Betroffenen eine Lösung finden, die die nationale Gedenkstätte maximal schützt.

Der **Wiederaufbau der Siemensbahn** wird bis zum Bahnhof Gartenfeld vorangetrieben. Die anschließende Verlängerung bis nach Hakenfelde wird vorbereitet.

Die **S-Bahn** ist ein Garant der Berliner Mobilität. Die Koalition schließt das laufende Ausschreibungsverfahren mit dem Ziel eines sicheren Betriebs, neuer S-Bahnen sowie umfassender Beschäftigtenrechte ab. Der Parlamentsvorbehalt gilt weiterhin. Die Koalition verfolgt unabhängig von der Ausschreibung das Ziel einer Kommunalisierung der S-Bahn. Sie tritt in zügige Verhandlungen mit dem Bund und der Deutschen Bahn zum Kauf der S-Bahn ein und entwickelt bis Herbst 2022 einen Fahrplan zum Aufbau eines eigenen Eisenbahnverkehrsunternehmens (EVU). Auf Bundesebene tritt die Koalition für eine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) hinsichtlich der Vergabe in besonderen Netzen ein.

Die Koalition wird die im Nahverkehrsplan vorgesehenen **Tramplanungen** zügig umsetzen. Die Koalition strebt die Fertigstellung der Anbindung Ostkreuz und der Strecke Hauptbahnhof – Turmstraße an. Für den Aus- und Neubau Mahlsdorf, Alexanderplatz – Potsdamer Platz, Turmstraße – Jungfernheide, Warschauer – Hermannplatz, Pankow – Heinersdorf – Weißensee, Blankenburger Süden, Jungfernheide – Urban Tech Republic – Schuhmacher Quartier wird sie die begonnenen Planungen intensiv vorantreiben und strebt die Einleitung der Planfeststellungsverfahren an.

Für das Netz Spandau I (Rathaus Spandau – Gartenfeld – Urban Tech Republic mit Stichstrecken Paulsternstraße und Daumstraße) und die Strecken Potsdamer Platz – Rathaus Steglitz sowie Johannisthal – Johannisthaler Chaussee wird die Koalition den Planungsprozess fortführen. Für das Netz Spandau II (Rathaus Spandau – Falkenhagener Feld; Rathaus Spandau – Heerstraße Nord in Abhängigkeit der Verlängerung der U7) und die Strecken Spittelmarkt – Mehringdamm, Warschauer Straße – Ostbahnhof, Potsdamer Platz – Zoologischer Garten, Straßenbahn Rathaus Pankow – Wollankstraße – Prinzenstraße – Osloer Straße sollen die Planungen beginnen.

Auf Basis des Konzepts des Bündnisses „Pro Straßenbahn“ wird ein Zielnetz für den **Ausbau der Straßenbahn** bis 2050 festgelegt sowie im Nahverkehrsplan und im Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr (StEP MoVe) verankert. Neue Straßenbahnstrecken werden grundsätzlich auf eigenem Gleiskörper und mit lärmarmen Gleisen errichtet. Sollte ein eigener Gleiskörper nicht möglich sein, ist der konsequente Vorrang der Straßenbahn sicherzustellen. Bestehende Strecken werden lärmarm saniert. Die Vorteile von Straßenbahnen werden in die Mobilitätskampagne des Senats aufgenommen.

Die Sanierung und Modernisierung des U-Bahn-Bestandsnetzes werden intensiviert, um engere Takte zu fahren. Es sind alle Alternativen zu prüfen, damit die U5 wieder mit dem übrigen U-Bahn-Netz verbunden wird.

Neue Planungen von U-Bahnen sollen vorrangig für Strecken mit Netzwirkung für das gesamte Schnellbahnnetz entstehen sowie dort, wo ein überdurchschnittlicher Zuwachs an Fahrgästen zu erwarten ist. Für folgende Strecken werden wir Nutzen-Kosten-Untersuchungen durchführen und auf Grundlage der Ergebnisse die Planungen vorantreiben: U2 nach Pankow Kirche (Ossietzkystraße), U3 nach Mexikoplatz und Anschluss zur S-Bahn, U7 zum Flughafen „Willy Brandt“ (BER), U7 bis Heerstraße Nord und U8 in das Märkische Viertel. Wir beantragen Fördermittel des Bundes zur Realisierung dieser Vorhaben.

Die notwendigen Strukturen und Ressourcen mit zusätzlichem Personal in der Verwaltung und der BVG zur Planung der Erweiterung und Sanierung des Netzes werden

geschaffen. Bei neuen U-Bahn-Planungen wird sichergestellt, dass diese den Straßenbahnausbau und den Aufwuchs an dortigen Planerstellen nicht verlangsamen. Sowohl für den U-Bahn-Ausbau als auch für den Straßenbahnausbau werden die entsprechenden Planerstellen geschaffen.

Die Koalition will den **Busverkehr** insbesondere in bislang untererschlossenen Gebieten der Stadt ausweiten. Bis zum Jahr 2030 soll der gesamte ÖPNV-Fuhrpark CO₂-emissionsfrei betrieben werden. Die Koalition wird nach Maßgabe der finanziellen Möglichkeiten und Fördermöglichkeiten, die erforderliche Infrastruktur gewährleisten. Schnellbuslinien sollen ausgebaut werden, um bis zur Fertigstellung von Schienenstrecken leistungsfähige Verbindungen sicherzustellen.

Die Koalition orientiert sich im Rahmen der vorhandenen Ressourcen am Ziel einer **Taktverdichtung** von mindestens einen 5-Minuten-Takt im Innenstadt- und einen 10-Minuten-Takt im Außenstadtbereich. Eine Haltestelle mit attraktiver Taktung soll zukünftig nicht weiter als 400 Meter vom Wohnort entfernt sein. In untererschlossenen Gebieten mit derzeit schwacher Nachfrage will die Koalition Kleinbusverkehre und Rufbusse ohne taxiähnliche Verkehrsleistung zur Anbindung an das ÖPNV-Netz ausbauen. Dazu wird im Ortsteil Blankenburg innerhalb dieser Legislaturperiode ein Pilotprojekt umgesetzt.

Zur Beschleunigung des ÖPNV wird die Koalition eine **konsequente Vorrangschaltung** inklusive aktiver Anforderung an ampelgeregelten Kreuzungen umsetzen. Für Straßenbahnen werden geeignete Abschnitte für die Aufhebung des Mischverkehrs mit dem motorisierten Individualverkehr innerhalb dieser Legislaturperiode identifiziert und erste Maßnahmen umgesetzt. Der Busverkehr soll für Linien im Vorrangnetz bis 2026 durch Sonderfahrstreifen und Busschleusen weiter beschleunigt werden. Die Taskforce ÖPNV-Beschleunigung wird unter Einbeziehung der Bezirke neu aufgestellt und Zuständigkeiten neu festgelegt.

Planungsprozesse sollen organisatorisch konzentriert und in einer gemeinsamen Projektorganisation mit klaren Kompetenzen und einheitlicher Leitung gebündelt werden, gegebenenfalls auch in einer eigenen Projektgesellschaft oder durch frühere Übertragung der Planungsschritte an die BVG. Für die **Beschleunigung der Planungen** sollen notwendige Ressourcen bei den Bezirken und bei der zuständigen Planfeststellungsbehörde bereitgestellt werden. Ergänzend zu den Planungsstellen bei der für Bauen zuständigen Verwaltung sollen bei der für Verkehr zuständigen Verwaltung zusätzliche personelle Kapazitäten geschaffen werden, welche die Prüfung der Bauplanungsunterlagen (BPU) durchführen.

Bei der Trassenplanung von Straßenbahnen sind Interessen von Anwohner*innen und Bezirken angemessen zu berücksichtigen.

Zur Erhöhung der Fahrgastsicherheit soll die Anzahl der Bahnhofswachen erhöht, mehr Personal in der Bahn eingesetzt sowie Notfallmeldesysteme eingeführt werden. Zudem werden Awareness-Kampagnen durchgeführt und die Gefahrenprävention an den Haltestellen verbessert. Bei Wegen von und zu Haltestellen sollen Angsträume identifiziert und umgestaltet werden.

Die Koalition strebt eine **Tarif- und Finanzreform des ÖPNV** an. Die Finanzierung des ÖPNV aus Steuermitteln wird nicht reduziert. Es werden Möglichkeiten der Finanzierung der ÖPNV-Maßnahmen aus EU- und Bundesmitteln und aus einer **dritten Finanzierungssäule** genutzt. Im Bund wird die Koalition für eine Ausweitung der Finanzierung des ÖPNV eintreten.

Um die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Ziele des ÖPNV-Ausbaus mitzufinanzieren, wird die Koalition auch weitere Einnahmequellen erschließen. Dazu gehört eine dritte Finanzierungssäule. Hierfür vereinbart die Koalition folgende Elemente:

- Eine Erhöhung der Kurzzeitparkgebühren im ersten Halbjahr 2022. Unbürokratische Ausnahmen für Schichtarbeit und den Wirtschaftsverkehr werden wir prüfen.
- Eine Erhöhung der Beiträge für die Anwohnerparkvignette auf 10 Euro im Monat mit Einführung bis spätestens 2023. Wir prüfen in diesem Zusammenhang Ermäßigungen nach sozialen und ökologischen Kriterien.
- Ein verpflichtendes Gästeticket für alle Berlin-Gäst*innen, die in gewerblichen Beherbergungsbetrieben und in über Vermittlungs- und Buchungsplattformen vermittelten Angeboten übernachten. Dafür wird unter Einbeziehung der Tourismusbranche und des Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) ein Konzept entwickelt, das auf eine Einführung im Jahr 2024 zielt.

Ein festzulegender Teil der Einnahmen fließt den Bezirken mit Parkraumbewirtschaftung zur eigenen Verwendung zu.

Darüber hinaus prüfen wir einen Nutznießerbeitrag für spezifische Verkehrsanbindungsleistungen für Gewerbe. Zur Mitte der Legislaturperiode wird die Koalition evaluieren, ob die Maßnahmen hinreichend sind und gegebenenfalls entsprechend nachsteuern.

Die AG Tarife wird die Tarifgestaltung weiterentwickeln. Sie prüft **Preissenkungen** für Inhaber*innen des „BerlinPasses“ und Senior*innen sowie die Förderung von Ehrenamtlichen bei der Benutzung des ÖPNV und die Fahrradmitnahme bei Zeitkarten.

Die bestehenden Vergünstigungen der Sozial-, Senior*innen-, Schüler*innen-, Azubi- sowie Jobtickets werden fortgesetzt und die Preisstabilität des Semestertickets gewährleistet. Die Barzahlungsmöglichkeit soll im Bus wiederhergestellt und die Kartenzahlung beibehalten werden. Die Kartenzahlung in der Straßenbahn soll schrittweise eingeführt werden.

In einer Potenzialstudie wird die Koalition bis 2023 prüfen, ob weitere **Seilbahnen** in Berlin eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV darstellen können. Die Seilbahn an den „Gärten der Welt“ wird die Koalition in den ÖPNV integrieren.

Die Koalition setzt sich für die Einführung digitaler Parkraummanagement-Systeme – zunächst in Modellprojekten – und die dafür notwendigen Gesetzesänderungen im Bund ein. Die Parkraumbewirtschaftung wird innerhalb des S-Bahn-Rings ausgeweitet. Darüber hinaus sind Gebiete mit hohem Parkdruck zu erfassen und bei gegebenen Voraussetzungen zu bewirtschaften. Die Bezirke sollen bei Einführung der **Parkraumbewirtschaftung** unterstützt werden.

Die Koalition möchte, dass alle **sicher mit dem Rad und zu Fuß unterwegs** sein können. Die Koalition will den **Radverkehrsplan und des Radverkehrsnetzes** umsetzen. Bis zum Jahr 2026 soll die Realisierung des Vorrangnetzes und geschützter Radinfrastruktur an Hauptstraßen erfolgen. Dies erfolgt unter Berücksichtigung der Belange von Einsatzfahrzeugen und des Wirtschaftsverkehrs durch Einrichtung von Lieferzonen an Hauptverkehrsstraßen. Innerhalb eines Jahres wird der Radverkehrsplan durch einen Maßnahmenplan ergänzt, die Konflikte bei der Überlagerung des Rad- mit dem ÖPNV-Vorrangnetz minimiert sowie Wohnungsneubaugebiete in das Radverkehrsnetz einbezogen. Die Umsetzung der **Radschnellwege** sowie von **Fahrradstraßen** mit Mindeststandards soll fortgesetzt werden. Das Lastenradförderprogramm wird mit dem Ziel der Förderung sozialer und gewerblicher Nutzungen – die nicht durch die Förderprogramme des Bundes abgedeckt werden – neu ausgestaltet und um die Förderung von Verleih- und Sharingsystemen ergänzt.

Radwege durch Grünanlagen sollen nach Möglichkeit durch Führung auf parallelen Straßen vermieden oder so geführt werden, dass sie den Erholungscharakter nicht beeinträchtigen. Bei Radwegen durch Grünflächen stellt die Koalition eine dem Mobilitätsgesetz entsprechende Beleuchtung sicher. Fahrradschnellwege in Grünanlagen sollen die Ausnahme darstellen. Die Koalition strebt in Abstimmung mit Brandenburg die Anbindung des BER über das Radverkehrsnetz an.

Um allen Menschen **sichere, barrierefreie und komfortable Wege** zu ermöglichen, sollen vom Straßenverkehr genutzte Flächen dem Fußverkehr und dem Aufenthalt auf Gehwegen und Plätzen zur Verfügung gestellt werden. Für die Umsetzung der

Maßnahmen im Fußverkehrsplan sollen zusätzliche Ressourcen bereitgestellt werden. In Wohngebieten unterstützt die Koalition Maßnahmen zur Vermeidung von motorisiertem Durchgangsverkehr und zur **Verkehrsberuhigung**, zum Beispiel Kiezblocks. Im Rahmen des Mobilitätsgesetzes werden die Bezirke darin unterstützt, dort wo es sinnvoll und möglich ist, unter Berücksichtigung geeigneter Teilnehmungsformate Parklets, verkehrsberuhigte Kieze, fußverkehrsfreundliche Nebenstraßen, Kiezblocks, Klimastraßen und PocketParks einzurichten, Maßnahmen zur Entsiegelung zu fördern und Modellprojekte mit dem Ziel der Umweltgerechtigkeit zu initiieren. Die Koalition wird diese Maßnahmen durch ein Förderprogramm für Quartiersumgestaltungen unterstützen. Die Förderung von temporären **Spielstraßen** wird fortgesetzt und ein erlinweites Verfahren zur Beantragung und Durchführung etabliert.

Anhand eines Ausbauplans mit den Bezirken werden neue Gehwege gebaut, vorhandene Gehwege saniert und die Barrierefreiheit verbessert. Es werden mehr **Sitzgelegenheiten im öffentlichen Straßenland** geschaffen. Fußwege sollen von Hindernissen freigehalten werden. Nutzungskonflikte zwischen dem Rad- und Fußverkehr werden gemindert.

Wir werden weiterhin Bahnhöfe, Haltestellen, Busse, Bahnen, Fahrkarten und Verkehrswege barrierefrei entwickeln. Die Koalition wird mit den Bezirksämtern den **Ausbau barrierefreier Haltestellen sowie den barrierefreien Umbau der Bahnhöfe** schnellstmöglich abschließen. Sicherheit und Aufenthaltsqualität an und in den ÖPNV-Stationen werden gesteigert, unter anderem durch gute Ausleuchtung, mit ausreichenden Sitzgelegenheiten sowie barrierefreien digitalen Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Die „Alternative Barrierefreie Beförderung“ wird stufenweise stadtweit ausgedehnt und in der Revision der Verkehrsverträge verstetigt. Die BVG als gesamtstädtischen Mobilitätsdienstleister soll im Jahr 2024 mit den Regelleistungen des Sonderfahrdienstes beauftragt werden. Der Senat wird bis spätestens Ende des Jahres 2023 ein Gesamtkonzept für die Mobilitätssicherung von Menschen mit Behinderung erarbeiten.

Die Versorgung mit **barrierefreien, öffentlichen Toiletten**, insbesondere an Knotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs und an S- und U-Bahnhöfen, wird weiter verbessert, die nächste erweiterte Ausbaustufe des Toilettenkonzepts beauftragt sowie geeignete Toilettenangebote im Berliner Stadtgrün ausgeweitet.

Die Verkehrswende braucht klare Grundlagen. Die Koalition passt die **Prognosemodelle** zur Verkehrsentwicklung dahingehend an, dass sie die Modal-Split-Ziele für das Jahr 2030 abbilden. Nach Vorliegen aller Vorrangnetze (Radverkehr, Fußverkehr, ÖPNV und des motorisierten Individualverkehrs (MIV)) wird das übergeordnete Straßennetz überprüft, um Maßnahmen für den Umweltverbund in dessen Vorrangnetzen zu erleichtern.

Die Leitlinie der Koalition ist die „**Vision Zero**“ zur Vermeidung von Verkehrsunfällen mit Personenschäden. Die Flüssigkeit des Verkehrs ist mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu erhalten. Dabei geht die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen der Flüssigkeit des Verkehrs vor. Die Koalition wird den Dreiklang aus sicherer Infrastruktur, verstärkten Kontrollen und Prävention fortführen und weiter ausbauen sowie das Verkehrssicherheitsprogramm entsprechend der Ziele des Politikrahmens Verkehrssicherheit 2021-2030 der EU weiterentwickeln. Das Programm „**Berlin Sicher Mobil**“ soll weiterentwickelt werden, die Zusammenarbeit mit den Bündnispartner*innen für Verkehrssicherheit gestärkt und deren Expertise in den Programmen zur Verkehrssicherheit berücksichtigt.

Die Koalition wird alle rechtlichen Möglichkeiten zur Ausweitung von **Tempo 30** nutzen.

Die Koalition wird mit einem verbindlichen Zeitplan den Umbau von Knotenpunkten inklusive der Modellprojekte beschleunigt fortsetzen, evaluieren, und die **Umgestaltung von identifizierten Unfallschwerpunkten** prioritär vorantreiben. Ein Programm für die getrennte Signalisierung von rechtsabbiegender Kfz-Verkehr zu Fuß- und Radverkehr soll aufgelegt werden. Das Förderprogramm für Abbiegeassistenzsysteme wird die Koalition bis zur verbindlichen Einführung auf Bundesebene fortführen. Sie setzt sich auf Bundesebene für die Einführung von Verkehrssicherheitszonen ein, um die Einfahrt von LKW ohne Abbiegeassistenzsystem unterbinden zu können und prüft, ob im Vorgriff die Einführung an Unfallhäufungsstellen realisiert werden kann.

Die Koalition will **für Kinder und Jugendliche sichere Wege schaffen** und unterstützt daher die verkehrliche Beruhigung des Umfelds von Schulen, zum Beispiel durch Schulstraßen, ebenso wie die Fortführung des schulischen Mobilitätsmanagements. Jugendverkehrsschulen werden weiterhin abgesichert und mit einer fachlich-pädagogisch qualifizierten Stelle in jeder Jugendverkehrsschule ausgestattet. Die Radfahrausbildung an den Schulen wird hinsichtlich einer größeren Praxisnähe überprüft.

Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung (StVO) wird die Koalition stärker kontrollieren und ahnden.

Das **Taxiwesen ist ein wichtiger Bestandteil des ÖPNV**. Die Koalition wird sich in Verhandlungen mit dem Landkreis Dahme-Spreewald für ein Laderecht aller Berliner Taxen am Flughafen BER einsetzen. Taxen aus dem Landkreis Dahme-Spreewald wenden in Berlin den lokalen Taxitarif an. Die Nutzung im Betrieb CO₂-freier Fahrzeuge wird durch Vorgaben, Förderung und Ausbau der Ladeinfrastruktur an Halteplätzen unterstützt. Mit den Bezirken wird ein Moratorium vereinbart, nach dem bis zur Vorgabe gemeinsam entwickelter qualitativer Kriterien zur Bereitstellung von Taxi-Halteplätzen keine weiteren Halteplätze wegfallen. Eine Ausnahme gilt für Maßnahmen

zur Umsetzung des Mobilitätsgesetzes. Bei der Änderung oder Reduzierung von Halteplätzen soll das Taxigewerbe einbezogen werden. Die Koalition will das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) stärken und seine Organisationsstrukturen bis Mitte des Jahres 2023 im Rahmen eines Organisationsgutachtens überprüfen.

Die Koalition wird den Gestaltungsspielraum der Kommunen nach dem **Personenbeförderungsgesetz (PBefG)** zum Schutz der Beschäftigten ausschöpfen und klare Regelungen für alle Verkehrsformen und Geschäftsmodelle im öffentlichen Verkehr vorgeben. Für Mietwagen-, gebündelte Bedarfsverkehre und Taxiverkehre wird die Koalition bis Mitte des Jahres 2022 Vorgaben unter anderem zu Sozialstandards, Mindest- und Höchstpreisen, Festpreisen und Anteil barrierefreier Fahrzeuge, Poolingquoten bei Bedarfsverkehren sowie räumlichen und zeitlichen Beschränkungen auf Gebiete mit unzureichendem ÖPNV machen. Dazu wird eine Arbeitsgruppe aus enatsverwaltung, Koalitionsfraktionen und Verbänden eingerichtet. Das Förderprogramm Inklusionstaxen wird fortgeführt und überarbeitet.

Die Koalition schafft die Voraussetzungen, dass alle Anbieter*innen von **Mobilitätsdienstleistungen** an eine digitale, öffentliche Plattform angebunden werden und anonymisiert planungs-, buchungs- und auslastungsrelevante Daten einspeisen müssen. Angestrebt wird, dass Standards hinsichtlich der räumlichen und zeitlichen Abdeckung, der Beschäftigtenrechte, der Barrierefreiheit, Einrichtungen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und klimaschonender Antriebe verankert werden. Jelbi wird mit dem Ziel, ein durchgehendes Ticketing anzubieten, weiterentwickelt, die Mobilitätshubs sollen weiter ausgebaut werden.

Sharing-Angebote können – sinnvoll gesteuert – ein wichtiger Baustein für die Verkehrswende sein. Die Koalition wird eine Regulierung der Sharing-Angebote im Sinne der Verkehrswende einschließlich qualitativer Standards umsetzen und Sharing-Angebote konzessionieren. Durch diese soll eine Ausweitung des Angebots auch außerhalb des S-Bahn-Rings realisiert werden. Die Koalition wird zusammen mit den Bezirken anbieterneutrale Stellplätze auf Parkplätzen und Fahrbahnen ausweisen, die von den Nutzern der Sharing-Angebote zu verwenden sind.

Die Koalition verfolgt das Ziel, den **Wirtschaftsverkehr stadtverträglich, klimaneutral, schnell und verlässlich** zu organisieren. Die Koalition sichert Bedarfe der Wirtschaftsverkehre mit der Umsetzung des nachhaltigen Wirtschaftsverkehrskonzeptes. Der sechste und siebte Teil des Mobilitätsgesetzes zu Wirtschaftsverkehr und Neuer Mobilität werden zeitnah verabschiedet. Dazu wird der Dialog mit der Berliner Wirtschaft gestärkt.

Vor allem dem Wirtschaftsverkehr müssen weiter gute Straßenverbindungen zur Verfügung stehen und umfassende Möglichkeiten für **Lade- und Lieferzonen** geschaffen werden.

Die **Verlagerung des Güterverkehrs auf Schiene und Wasser** wird vorangetrieben, das bestehende Schienennetz für die Ver- und Entsorgung der Stadt genutzt und ausgebaut. Aufbauend auf den Erkenntnissen der Potenzial- und Machbarkeitsanalyse werden reine Güterstraßenbahnen getestet. Die Koalition wird sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Tram-Güterverkehr generell auch außerhalb von Verkehrsversuchen ermöglicht wird.

Bestehende und noch vorhandene Flächen des Schienengüterverkehrs sollen genutzt und für die City-Logistik ertüchtigt werden. Der (Wieder-)Anschluss großer Gewerbegebiete an das Schienennetz wird verfolgt. Die Koalition unterstützt zur Stärkung des Güterverkehrs auf dem Wasser die Optimierung der Wasserwege und Häfen. Zudem setzt sich die Koalition im Bereich der Binnenschifffahrt für die Installation von Filtern in allen Dieselschiffen ein und unterstützt die Dekarbonisierung der Antriebe. Dazu wird das bestehende Förderprogramm für solarbetriebene und andere umweltfreundlich angetriebene Schiffe fortgeführt.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass der Bund seiner Aufgabe, die Schiffbarkeit der Wasserstraßen sicherzustellen, gerecht wird und insbesondere die Sanierung der Schleusen auf den Wasserwegen umsetzt.

Die Anzahl dezentraler, anbieterneutraler **Mikro-Depots** wird deutlich erhöht. Für alle Verkehre, die nicht verlagert werden können, werden verstärkt Kurzpark-, Liefer- und Wirtschaftsparkzonen eingerichtet, um Handwerker*innen, Liefer- und Pflegediensten eine Möglichkeit zum Ausüben ihrer Dienstleistungen zu bieten. Die Freihaltung der Ladezonen ist konsequent durchzusetzen. Ihre Verfügbarkeit soll sukzessive digital und in Echtzeit abrufbar gemacht werden.

Die Koalition wird für die Innenstadt ein Konzept zur stadtverträglichen Regelung des Reisebusverkehrs und des Sightseeing-Busverkehrs erarbeiten.

Die Koalition will die **Elektromobilität ausbauen** und setzt dafür den Ausbau der Ladeinfrastruktur beschleunigt fort und stellt den damit beauftragten Berliner Stadtwerken die erforderlichen Mittel bereit. Darüber hinaus wird im Jahr 2022 ein Gesamtkonzept zur Errichtung von Ladeinfrastruktur entwickelt, das auch Ladepunkte im halb-öffentlichen und privaten Raum berücksichtigt.

Die Koalition will in Ergänzung von Schnellladehubs in der Nähe von Autobahnen und Mieterladestationen in Garagen, die mit Bundesmitteln ausgebaut werden können, den Ausbau der Ladesäulen für Elektroautos auf öffentlichem Straßenland in Berlin

vorantreiben. Die Beauftragung der Berliner Stadtwerke wird ausgeweitet. Der **Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur** wird so fortgesetzt, dass er den Zuwachs an Elektrofahrzeugen in Berlin beschleunigt befördern kann. Ziel ist dabei ein Verhältnis von insgesamt mindestens einem Ladepunkt für je zehn zugelassene Fahrzeuge, wie es die „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe“ empfiehlt. Bis zum Ablauf des Jahres 2025 müssen davon insgesamt 30 Prozent der Ladepunkte betriebsbereit errichtet sein.

Die Umstellung des Wirtschafts- und Taxiverkehrs auf elektrische Antriebe wird weiter gefördert. Wir streben an, die Dienstfahrzeuge des Landes bis 2030 sukzessive auf elektrische Antriebe umzustellen.

Die Koalition strebt mittelfristig die Einrichtung einer **Zero-Emission-Zone** an, die vom Schadstoffausstoß fossil betriebener Fahrzeuge so weit wie möglich freigehalten wird und prüft dies hinsichtlich rechtlicher Grundlagen sowie möglicher sozialer und verkehrlicher Wirkungen und den Effekten für den Klimaschutz. Voraussetzung dafür ist eine weitere Verbesserung der Angebote des Umweltverbands sowie der Ausbau der Elektromobilität, damit nachhaltige Mobilität für alle möglich und bezahlbar ist.

In einem zweiten Schritt kann dann die Ausweitung der Zero-Emission-Zone auf das Gebiet der Gesamtstadt erfolgen. Dabei ist eine nach Fahrzeugklassen gestaffelte Einführung der Zero-Emission-Zone in Abhängigkeit von technologischer und rechtlicher Machbarkeit sowie der zu errichtenden Infrastruktur (insbesondere die Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Ladepunkten) sinnvoll.

Die Koalition wird die rechtlichen Voraussetzungen auf Bundes- und Landesebene für die Zero-Emission-Zone beziehungsweise initiieren. Für die Staffelung nach Fahrzeugklassen wird in dieser Legislaturperiode die Vorarbeit abgeschlossen.

Für die Bürgerinnen und Bürger werden verbindliche Regelungen nur getroffen, soweit bei technischer Verfügbarkeit die öffentliche Hand (inklusive unter anderem Polizei und Feuerwehr) in ihrer Vorbildfunktion und der Wirtschaftsverkehr nicht ausgenommen werden.

Die Brücken, Tunnel und Wege werden instandgehalten. Gemeinsam mit den Straßenbaulastträgern und Leitungsbetrieben wird die Baustellenkoordinierung verbessert. Im Jahr 2022 werden gemeinsam mit den Leitungsnetzbetreibern und den Bezirken Lösungen für die beschleunigte Umsetzung von Baumaßnahmen erarbeitet.

Der 16. Bauabschnitt (BA) der A100 wird einem qualifizierten Abschluss am Trepower Park zugeführt. Wir setzen uns im Bund dafür ein, dass das Verkehrskonzept für die betroffenen Bereiche einschließlich der Sonnenallee mit dem Land abgestimmt wird.

Bei der Inbetriebnahme soll der Bund die verkehrliche Umgebungssituation beachten.

Die Koalition setzt sich für die Errichtung einer Lärmschutzwand auf der Ostseite des 16. BA der A100 ein und wird die Untersuchungen zur Deckelung von Verkehrswegen fortsetzen, wenn dafür eine Bundesförderung in Aussicht steht. Gegenüber dem Bund wird sich das Land Berlin aktiv dafür einsetzen, dass weitere Lärmsanierungen an Autobahn- und Eisenbahnanlagen erfolgen. Im Tiefbau unterstützt die Koalition den Umstieg auf staubarme, leise und CO₂-freie Baumaschinen.

Planung und Bau des 17. Bauabschnitts der A100 wird in der neuen Legislaturperiode durch die Landesregierung nicht weiter vorangetrieben.

Die **Tangentialverbindung Ost (TVO)** wird **inklusive Rad- und Schieneninfrastruktur** gebaut und das Planfeststellungsverfahren für die Straßen-TVO mit begleitendem Radweg im Jahr 2022 eröffnet. Die Freihaltung der Trasse für die Schienen-TVO ist sicherzustellen und die Planfeststellung soll in dieser Wahlperiode eingeleitet werden. Die heute belasteten Wohngebietsstraßen werden verkehrsberuhigt.

Die Koalition unterstützt den Bezirk Marzahn-Hellersdorf in Absprache mit dem Land Brandenburg bei der Begleitung der Planung der Ortsumfahrung Ahrensfelde durch einen Bürgerbeirat.

Die Koalition wird den **Rück- und Umbau überdimensionierter Relikte der autozentrierten Stadt** weiter vorantreiben, indem für Projekte wie den Rückbau der Breitenbachplatzbrücke / Tunnel Schlangenbader Straße mit konkreten Planungen begonnen wird und weitere Projekte, wie beispielsweise der Umbau des Bundesplatzes, identifiziert und zur Umsetzung gebracht werden.

Die Koalition wird zivilgesellschaftliche Expertise in die Gestaltung der Verkehrswende mit etablierten wie neuen Ansätzen und Akteuren einbeziehen.

Neue Wohngebiete, Gewerbegebiete und Stadtquartiere sollen vorrangig entlang bestehender ÖPNV-Schienen-Achsen entstehen. Ab 1.000 Wohneinheiten sollen die Quartiere vorrangig an das Schienennetz angeschlossen werden. Auf der Basis eines bis Ende 2022 zu erarbeitenden Leitfadens werden Mobilitätskonzepte entwickelt, die nachhaltige Mobilität und die vorrangige Erschließung mit dem Umweltverbund fördern. Die Anbindung an die Verkehrsmittel des Umweltverbunds wird spätestens zur Bezugsfertigkeit sichergestellt. Hierbei werden innovative Mobilitätskonzepte genutzt. Als kurzfristige Lösung werden Busanbindungen vor der Realisierung von Schienenanbindungen eingesetzt. Zwischen Land, Bezirken und Umlandgemeinden erfolgt eine koordinierte Siedlungsflächenentwicklung.

Die Stadtquartiere sollen nach Möglichkeit so geplant und gestaltet werden, dass es den **Verzicht auf das eigene Auto fördert**.

Für die verkehrliche Anbindung von „Blankenburg Süd“ wird im Jahr 2022 die Planfeststellung der „Verkehrslösung Heinersdorf“ eingeleitet. Die Koalition verständigt sich auf die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die Verkehrsanbindung Berlin-Nordost unter Einbindung des Bezirks Pankow. Die Koalition setzt sich gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Anschlussstelle Bucher Straße zur A 114 zur Vollanschlussstelle ausgebaut wird.

Die Koalition wird in Zusammenarbeit mit Brandenburg und betroffenen Bezirken und Landkreisen ein **Verkehrskonzept für den Berliner Südosten** erstellen, in dem unter anderem der Wohnungsneubau, die Anbindung des Flughafens BER und dortigen Gewerbes sowie der Pendelverkehr mit dem Brandenburger Umland berücksichtigt werden. Bei der Erarbeitung des Verkehrskonzepts und künftigen Planungen sind insbesondere die Verkehrsmittel des Umweltverbundes zu stärken und ambitionierte Ziele zur Reduzierung des Anteils des motorisierten Individualverkehrs am Modal Split zu berücksichtigen.

Die Koalition bekennt sich zum Flughafen BER. Die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg (FBB) braucht allerdings ein ökonomisch und ökologisch nachhaltiges Unternehmenskonzept, um keine dauerhafte Bezuschussung des Flughafenbetriebs durch die öffentliche Hand zu riskieren. Deshalb will die Koalition **das Geschäftsmodell der Flughafengesellschaft neu ausrichten**. Unser Ziel ist es, die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten wirtschaftlich auskömmlich zu gestalten. Die Koalition wird neue Interkontinentalverbindungen ansiedeln. Wir streben zudem an, den Flughafen zu einem **klimaneutralen Airport** weiterzuentwickeln. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der BER zum Zentrum für klimaverträglicheres Fliegen wird. Wir wollen die Produktion und den Einsatz von Treibstoff aus erneuerbarem Strom am BER etablieren und die Möglichkeit des Baus einer Demonstrationsanlage in seinem Umfeld für die Herstellung von strombasiertem Kerosin, die bereits im Rahmen des Kohleausstiegsgesetzes zur Förderung des Strukturwandels aus Bundesmitteln in Brandenburg vorgesehen ist, prüfen. Etwaige kurzfristige Erlösbelastungen treten gegenüber langfristigen Effekten zurück. Dafür werden wir uns mit dem Land Brandenburg und dem Bund ins Benehmen setzen. Unter Berücksichtigung dieser politischen Entscheidung soll eine gutachterliche Neubewertung des Sanierungskonzeptes der FBB erfolgen. Zwischenzeitlich unterstützen wir die vorgesehene Umwandlung der eigenkapitalersetzenden Darlehen.

Die Koalition prüft, wie im Einvernehmen mit Brandenburg und dem Bund **längere Lärmpausen** über die bisher geltenden Lärmpausen von sechs Stunden hinaus erreicht und Ausnahmen von der herrschenden Nachtflug-Regelung so weit wie möglich eingegrenzt werden können.

10. Partizipation und Migration

Vielfalt ist Stärke und Markenzeichen Berlins. Berlin ist **Einwanderungsstadt** und Zufluchtsort. Auch in den nächsten Jahren werden wir an einem vielfältigen Berlin arbeiten, in dem alle Menschen frei, selbstbestimmt, ohne Diskriminierungen und Angst leben können. Wir werden die politische und gesellschaftliche Teilhabe aller hier lebenden Menschen fördern und **Einbürgerungen zentral und mit beschleunigten Verfahren organisieren**.

Vielfalt sowie Teilhabe und Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte auch im Öffentlichen Dienst sind wichtige Koalitionsziele. Dazu wird das **Partizipationsgesetz** schnell umgesetzt.

Die Koalition strebt an, binnen eines Jahres eine Umsetzungsstrategie des Gesetzes zu entwickeln, die einen Steuerungskreis beteiligter Senatsverwaltungen unter Federführung der für Integration zuständigen Senatsverwaltung einsetzt. Der Prozess wird von der Migrationsbeauftragten und dem Landesbeirat für Partizipation begleitet. Die Zivilgesellschaft wird daran beteiligt. Eine Evaluation wird 2024 prüfen, wie das Gesetz weiterentwickelt werden kann und ob verbindlichere Instrumente notwendig sind. Im Bund setzt sich die Koalition (mit einer Bundesratsinitiative) für ein entsprechendes Bundespartizipationsgesetz ein. Um Partizipation und Community-building von Romn*nja und Sinti*zze zu fördern sowie Antiziganismus entgegenzutreten, wird der „**Beirat für Angelegenheiten von Rom*nja und Sinti*zze**“ gegründet.

Die Koalition überführt den „**Aktionsplan Roma**“ in ein Landesprogramm zur Stärkung der Teilhabe von Rom*nja und gegen Antiziganismus gemäß den Evaluationsergebnissen des Aktionsplans. Es wird eine Ansprechperson zur Bekämpfung von Antiziganismus benannt. In der pädagogischen Aus- und Weiterbildung sowie in Rahmenlehrplänen werden rassismuskritische Kenntnisse über Geschichte und Gegenwart von Sinti*zze und Rom*nja und Antiziganismus stärker und verbindlicher vermittelt. Die Koalition wird der Diskriminierung von Sinti*zze und Rom*nja am Wohnungs- und Arbeitsmarkt aktiv entgegenzutreten. Für Rom*nja aus Drittstaaten werden spezielle Beratungsangebote mit Sprachmittlung bereitgestellt.

Das Partizipationsprogramm zur Förderung von Migrantinnen- und Geflüchtetenorganisationen wird aufgestockt.

Die Koalition setzt sich im Bund dafür ein, die bundesrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, um ein **aktives Wahlrecht auf Landes- und Bezirksebene** auch für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, die seit mindestens fünf Jahren in der Stadt leben, zu ermöglichen. Auch landesrechtliche Möglichkeiten werden geprüft.



Das **Berliner Willkommenszentrum** wird gestärkt und in seiner dezentralen Ausrichtung weiterentwickelt.

Das **Gesamtkonzept für Integration und Partizipation** sowie die Integrationsfonds fördern ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit Flucht- und Migrationsgeschichte. Die Maßnahmen und Angebote werden in der Verantwortung der jeweiligen Senatsverwaltungen oder Bezirke gesichert. Das Finanzmonitoring des Gesamtkonzepts wird fortgeführt.

Die Arbeit der **Koordinierungsstelle für Flüchtlingsmanagement** zum Empowerment Geflüchteter, zur Stärkung von Netzwerken und der Kooperation zwischen Senats- und Bezirksverwaltungen wird bei der für Integration zuständigen Senatsverwaltung fortgesetzt.

Die unabhängige **Verfahrens- und Rechtsberatung Asyl** wird dauerhaft und leicht zugänglich im Ankunftscenter durch unabhängige Träger gestaltet. Es wird geprüft, das Angebot auf Asylbegehrende vor Erstverteilung von Asylbegehrenden (EASY-Verteilung) und auf weitere Aufnahmeeinrichtungen zu erweitern.

Das **Landesrahmenprogramm Integrationslots*innen** wird verstetigt. Um Integrationslots*innen eine berufliche Perspektive für den Öffentlichen Dienst zu geben, werden in Kooperation mit der Verwaltungsakademie Berlin (VAK) **Verwaltungslehrgänge** auf Integrationslots*innen ausgerichtet und angeboten. Integrationslots*innen wird ein persönliches **Jobcoaching** zur Qualifizierung für andere Berufsfelder angeboten. Um ein **Berufsbild „Integrationslots*innen“** zu schaffen, wird die Koalition eine Machbarkeitsstudie zur Entwicklung eines eigenständigen, niedrigschwelligen Berufsbildes durchführen.

Der Senat wird bis 2023 die Einführung einer **Berlin City-ID-Card** prüfen, damit der Zugang zu Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Bildung unabhängig vom Aufenthaltsstatus erleichtert wird.

Das Programm **„Wir im Rechtsstaat“** wird fortgeführt.

Berlin setzt die Politik der **Willkommenskultur bei Einwanderung und Aufnahme** von Menschen in Not fort. Ziel ist es, Menschen schnell eine sichere Bleibeperspektive zu geben. Das Landesamt für Einwanderung (LEA) wird alle Vorsprechenden frühzeitig informieren, wie ein Aufenthaltstitel erhalten oder verbessert werden kann sowie Auslegungs- und Ermessensspielräume in diesem Sinne nutzen.

Der **kulturelle Wandel im LEA** zeigt sich in der Haltung der Beschäftigten und migrationsgesellschaftlicher Kompetenz, die durch Schulungen und Personalrekrutierung erhöht wird. Eine verbesserte Bürgerorientierung, größere Flexibilität und Transparenz werden sichergestellt. Die Koalition wird das LEA weiter personell verstärken und die Digitalisierung vorantreiben. Onlineterminvereinbarungen und digitale Antragsstellungen für alle werden ausgebaut, Terminvorlaufzeiten deutlich verkürzt, und die Beratung durch verstärkte Mehrsprachigkeit und Sprachmittlung verbessert.

Das Beratungsangebot des unabhängigen Ombudsmanns und seiner Partner*innen wird im Rahmen des LEA ausgebaut und dauerhaft verankert. Sprachkurse sollen schnell verfügbar sein, um Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Dazu werden wir den Business Immigration Service, die Kooperationen mit der Bundesagentur für Arbeit und der Industrie- und Handwerkskammer verstärken.

Ein **Landeseinbürgerungszentrum (LEZ)** der Hauptverwaltung wird errichtet. **Anträge sollen einheitlich und effektiv bearbeitet werden**, um Einbürgerungszahlen deutlich zu erhöhen und die Einbürgerungspraxis zu verbessern. Dazu wird das Allgemeine Zuständigkeitsgesetz geändert. Anträge sollen online möglich sein und binnen drei Monaten beschieden werden. Mit der Antragsprüfung wird nicht erst dann begonnen, wenn die geforderte Aufenthaltsdauer erreicht ist. Das LEZ soll dementsprechend personell und finanziell stark ausgestattet sein. Es soll eigenständig, interkulturell, kommunikativ und digital aufgestellt sein und proaktiv in Communities, Gesellschaft und Medien hinein kommunizieren. Hierzu werden wir bis spätestens zum Doppelhaushalt 2024/25 den Einsatz von Einbürgerungslots*innen, die Einbürgerungen bewerben, fachlich beraten und Kampagnen prüfen. Neben zentralen Einbürgerungsfeiern können auch die Bezirke Einbürgerungsfeierlichkeiten durchführen.

Die Koalition wird sich im Bund weiter dafür einsetzen, **Mehrstaatlichkeit** zuzulassen und weitere Hürden abzubauen. Sie wird landesrechtliche Möglichkeiten für Einbürgerungen und Handlungsspielräume im Sinne der Betroffenen weit ausschöpfen, insbesondere für die erste Generation. Bei Sprachkenntnissen und der Sicherung des Lebensunterhalts wird sie individuelle Lagen stärker berücksichtigen und Ausnahmen weitgehend zulassen. Handlungsspielräume bei anrechenbaren Aufenthaltszeiten und vorzulegenden Dokumenten sollen zugunsten der Antragstellenden ausgeschöpft werden. Die erleichterte Einbürgerung Staatenloser und Geflüchteter wird ermöglicht. Das Verfahren wird ressourcenschonend und niedrigschwellig gestaltet.

Die Koalition will **Geflüchteten ein selbstbestimmtes Leben in Wohnungen** ermöglichen und auch bei der Unterbringung ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmung und Privatsphäre gewährleisten. Hierzu werden Informations- und Beratungsstrukturen für Vermieter*innen, die Vernetzung der bezirklichen Wohnmiet-Beratungs-

angebote und dezentrale Fachberatungsstellen für Geflüchtete berlinweit verstetigt, ausgebaut und weiterentwickelt. Das Programm „Wohnen für Flüchtlinge“ wird verstetigt und ausgebaut. Die Koalition wird landesrechtliche Mittel ausschöpfen, um die Wohnverpflichtung in Aufnahmeeinrichtungen auf kurze Dauer zu begrenzen. Sie wird neue Unterkünfte für Geflüchtete in **Apartment- oder Wohnungsstruktur** errichten und das Modulare Bauprogramm für Flüchtlingsunterkünfte (MUF) beschleunigen. Es wird angestrebt, Unterkünfte mit Mehrbettzimmern, Gemeinschaftsbädern und -küchen hin zu Apartment- oder Wohnungsstruktur umzubauen. Für besonders Schutzbedürftige werden Unterbringungskonzepte erarbeitet und in MUF-Standorten umgesetzt.

Die Koalition wird ein Bedarfskonzept für die temporäre Nutzung von **Reservestandorten** bei einem verstärkten Zugang von Asylbegehrenden und humanitären Aufnahmen entwickeln und gegebenenfalls weitere Reservestandorte in Betrieb nehmen.

Die Bezirke sollen **Asylbegehrende mit abgeschlossenem Verfahren** verstärkt unterbringen. Die Vergabe- und Ausschreibungskriterien werden insbesondere für die Verlängerung von Vertragslaufzeiten, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die qualitäts- und bedarfsgerechten Unterbringungen weiterentwickelt. Richtschnur für Unterkünfte ist das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Eine Doppelbelegung in Einzelzimmern wird vermieden. Familien sollen ohne familienfremde Personen in Apartments untergebracht werden. Nach Erprobung von Übernachtungsregelungen werden diese vertraglich verankert. Digitale Erreichbarkeit wird durch Ausbau des WLAN bzw. direktem Internetanschluss in den Wohnbereichen gewährleistet.

Für **besonders Schutzbedürftige** nach EU-Richtlinie 2013/33 sowie Frauen, Familien und LSBTIQ* werden ab Ankunft niedrigschwellig Beratungen in Kooperation des Landesamts für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) mit dem Berliner Netzwerk für besonders Schutzbedürftige (BNS) sowie anderer Beratungsstrukturen angeboten und gestärkt. Bei der Feststellung der Schutzbedürftigkeit wird die Expertise des BNS durch das LAF angemessen berücksichtigt.

Psychoziale Erstdiagnostik und Verweisberatung für Asylbegehrende werden fortgeführt und bedarfsgerecht ausgebaut. Es wird gesichert, dass das Angebot bekannt und erreichbar ist. Geflüchtete Frauen sind oft von Gewalt betroffen. Die Koalition wird vorhandene Beratungsangebote der Regelstruktur und in Unterkünften bedarfsgerecht ausbauen. Sie wird Rückzugs- und Schutzräume in Unterkünften bzw. deren Sozialraum schaffen. Um Geflüchtete aus LAF-Unterkünften und Unterkünften der Wohnungslosenhilfe psychosozial zu versorgen, wird die Regelstruktur verstärkt im sozialen und gesundheitlichen Bereich bedarfsgerechte Beratung, Betreuung und medizinische Versorgung anbieten und sich auf Sprachmittlungsbedarfe einstellen.

Die **Übersetzungs- und Sprachmittlungsdienste** des Gemeinde-Dolmetscher-Dienstes und von Sprint werden fortgeführt und ausgebaut. Eine Machbarkeitsstudie wird Bedarfe an Übersetzungsleistungen in Behörden, Ämtern und der Regelstrukturen erfassen. Ein Landesprogramm mit einer gesamtstädtischen, zentralisierten Struktur eines Online- und Offline Übersetzungsdienstes wird aufgebaut.

Für Partizipation ist ein **gesichertes Aufenthaltsrecht** wichtige Voraussetzung. Hierzu sollen bundesrechtliche Vorschriften im landesrechtlichen Vollzug so ausgelegt und angewendet werden, dass sie **Partizipation und Bleibeperspektiven** auch in mehr Fällen als bisher ermöglichen. Die Koalition wird aufenthaltsrechtliche Möglichkeiten für Legalisierung, Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltsrechten nach humanitären Gesichtspunkten voll ausschöpfen und sich für ein **humanitäres Bleiberecht von mehrjährig Geduldeten und Opfern von Hasskriminalität** auch beim Bund einsetzen. Das LEA soll vollziehbar ausreisepflichtige, insbesondere unmittelbar vor der Rückführung stehende Menschen, durch seine Partner und in Kooperation mit dem LAF zu freiwilliger Rückkehr beraten und bei Anträgen von Rückkehrhilfen unterstützen, um Rückführungen zu vermeiden. Auf Beschäftigungsverbote wird weiterhin weitmöglichst verzichtet.

Angesichts der historischen Verantwortung Deutschlands für die Gruppe der Sinti*zze und Rom*nja wird sich Berlin für eine bundesweite **humanitäre Bleiberechtsregelung für Rom*nja-Flüchtlinge aus Drittstaaten**, die schon länger in Deutschland leben, einsetzen. Berlin wird alle Möglichkeiten nutzen, um Angehörigen dieser Gruppe ein humanitäres Bleiberecht zu erteilen.

Die Koalition wahrt **humanitäre Grundsätze bei Aufenthaltsbeendigung**. Direktabschiebungen aus Schulen, Jugendeinrichtungen und Krankenhäusern sowie Familientrennungen bei Rückführungen wird es nicht geben. Auf nächtliche Abschiebungen, insbesondere bei Familien mit Kindern, alten Menschen und Menschen mit Behinderung oder schwerer Erkrankung, soll verzichtet werden. Der Anspruch auf anwaltliche Betreuung und Begleitung gilt während der Vollstreckung aufenthaltsbeendender Maßnahmen. Mobiltelefone verbleiben grundsätzlich bei den Betroffenen. Die Koalition hält Abschiebehaft und gewahrsam sowie Flughafenverfahren grundsätzlich für unangemessen, nutzt sie nicht und wird sich im Bund für deren Abschaffung einsetzen.

Rückführungen in Regionen, in die diese aus humanitären Gründen nicht tragbar sind, wird es weiterhin nicht geben. Bei länger andauernden Konflikten in diesen Ländern ist auf die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen statt Duldungen hinzuwirken. Hierzu wirkt Berlin unter anderem auf entsprechende Altfallregelungen hin. Es werden

alle Ermessensspielräume zur Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen bei längerfristig unzumutbarer Ausreise genutzt. Im Winter soll auf Abschiebungen verzichtet werden, wenn Witterungsverhältnisse dies humanitär gebieten.

Die Koalition will landesrechtliche Möglichkeiten ausschöpfen, um **Familiennachzug** zu erleichtern. Wir setzen uns im Bund für die Streichung der Kontingentierung beim Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte ein. Die Koalition setzt sich im Bund für eine erleichterte Härtefallregelung zum Nachzug von Geschwisterkindern zu anerkannten minderjährigen Flüchtlingen und von jungen Erwachsenen zu hier lebenden Angehörigen ein.

Bei der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen sind Ausnahmen von der **Passpflicht** großzügig zu handhaben und alternative Formen des Identitätsnachweises zu berücksichtigen, soweit die Passbeschaffung nicht zumutbar ist.

Anträge auf Aufhebung von **Wohnsitzauflagen** bei einem geplanten Wegzug sowie entsprechende Anträge auf Zuzüge nach Berlin bearbeitet das LEA umgehend. Es schöpft sein Ermessen zugunsten der Menschen aus, wenn sie aus familiären Gründen, zu Arbeit oder Ausbildung oder sonstigen Gründen nach oder von Berlin umziehen wollen.

Es wird ein **Beirat bei der für Aufenthaltsrecht zuständigen Senatsverwaltung** errichtet, um den **Dialog mit der Zivilgesellschaft** zu verstetigen und wissenschaftlich zu begleiten. Er hat dort eine Geschäftsstelle, die personell ausgestattet wird. Beiratsmitglieder sind Organisationen der Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wissenschaft. Themenbezogen wird er um beratende Mitglieder erweitert. Er gibt Empfehlungen und nimmt Stellung zu migrationspolitischen Fragen und zur Umsetzung des Migrationsrechts. Das fachlich zuständige Senatsmitglied sitzt dem Beirat vor, entscheidet binnen sechs Monaten über Empfehlungen und berichtet ihm regelmäßig über deren Umsetzung. Zur Arbeit des Beirats wird ein jährlicher Bericht veröffentlicht.

Die Koalition arbeitet weiterhin vertrauensvoll mit der **Härtefallkommission** zusammen mit dem Ziel, ihre Empfehlungen und Entscheidungsbegründungen über eine Aufenthaltserteilung weiter stark zu berücksichtigen. Bei Entscheidungen über Kommissionersuchen werden humanitäre Aspekte neben persönlichen Gründen im Zuge der Einzelfallprüfung besonders gewichtet. Gesundheitliche Einschränkungen, Alter, Behinderung und Pflege von Kindern oder Angehörigen sind bei der Entscheidung zu berücksichtigen, insbesondere inwieweit diese Umstände Arbeit oder Spracherwerb erschwert haben.

Das **Landesprogramm für syrische und irakische Geflüchtete** mit Verwandten in Berlin wird weitergeführt und um afghanische Geflüchtete erweitert. Einkommenshürden für Verpflichtungsgeber*innen sollen gesenkt werden. Ein entsprechender Vorschlag wird bis spätestens Ende 2023 vorgelegt. Zudem werden wir vulnerable Personen und Menschenrechtsaktivist*innen aufnehmen. Das **Landesprogramm für besonders schutzbedürftige Geflüchtete** wird in Absprache mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk mit einem festen Kontingent verstetigt und ausgebaut.

Die Koalition setzt sich für die Aufnahme von Schutzsuchenden auch von den **EU-Außengrenzen** ein. Sie setzt sich im Bund dafür ein, dass das Benehmen mit dem Bundesministerium des Inneren (BMI) bei humanitären Aufnahmen nicht mehr Voraussetzung ist. Berlin bringt sich aktiv in **Netzwerke** (unter anderem Solidarity Cities, Bündnis Städte Sichere Häfen) ein.

11. Offene Gesellschaft

Die Koalition wird die **Berliner Engagementstrategie** umsetzen. Dazu gehört die Unterstützung des Landesnetzwerks durch eine hauptamtliche Landesgeschäftsstelle, die Einführung einer Engagementkonferenz, die Weiterentwicklung von „mein.berlin.de“ und „bürgeraktiv“ sowie der Aufbau und Erhalt der Freiwilligenkoordinationen. Wir stärken die Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE).

Die Koalition erarbeitet mit zivilgesellschaftlichen Trägern ein **Landesdemokratiefördergesetz**, um das Engagement von zivilgesellschaftlichen Projekten und Initiativen insbesondere im Bereich der **Antidiskriminierungsarbeit, Demokratieförderung, Opferberatung und des Empowerments** langfristig abzusichern.

Die Koalition wird auf Landes- und Bezirksebene verstärkt mit den Beteiligungsinstrumenten „Bürgerrat“ und „Stadtteilkonferenz“ arbeiten. Bezirkliche Strukturen für Engagement und Bürgerbeteiligung, wie Freiwilligenagenturen, bezirkliche Kinder- und Jugendparlamente sowie Stadtteilzentren werden gestärkt.

Bürgerbeteiligung beginnt in den Kiezen. Die Koalition unterstützt die Entwicklung und Umsetzung von bezirklichen Leitlinien für Bürgerbeteiligung auf Grundlage der bestehenden Leitlinien auf Berlinesebene. Dazu wird sie die Sozialraumorientierte Planungskoordination als Ansprechpartnerin in der Verwaltung stärken. Die bezirklichen Anlaufstellen für Bürgerbeteiligung werden verstetigt.

Berlin unterstützt gemeinwohlorientierte Plattformen wie zum Beispiel Soziale Nachbarschaft und Technik (SoNaTe) zur digitalen Vernetzung und Kommunikation in Nachbarschaften.

Die Urania als Bürgerforum für Demokratie wird bei ihrer programmatischen Neuausrichtung begleitet und unterstützt.

Zur **Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement** wird die Koalition die Anzahl der verfügbaren Fahrscheine für die kostenfreie Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für mehr Ehrenamtliche erhöhen und die Ehrenamtskarte mit Brandenburg weiterentwickeln. Der Berliner Demokratietag, der Tag „Berlin sagt Danke“ sowie der Award „Farben bekennen“ werden verstetigt und weiterentwickelt.

Gleichstellung

Die Koalition setzt sich für die **intersektionale Gleichstellung** aller Frauen ein – unabhängig ihres sozialen Geschlechts, einer rassistischen und antisemitischen Zuschreibung, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, der Sprache, des Gewichts, des sozialen Status, der sexuellen oder geschlechtlichen Identität, des Alters, des Gesundheitszustandes, einer Beeinträchtigung, des Familienstandes sowie des Migrations- oder Fluchtstatus. Als Mindestziel werden die gleiche Teilhabe und Parität von Frauen und Männern in der Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung, im kulturellen sowie öffentlichen Leben angestrebt.

Im **Kampf gegen Gewalt an Frauen** setzt sich die Koalition für die vollständige Umsetzung der **Istanbul Konvention** ein, macht sie allen relevanten Bereichen der Aus-, Fort- und Weiterbildung bekannt und richtet ein Monitoring ein. Ein **weitere Frauenhaus wird eingerichtet**. Die Koalition fördert Community-basierte „Female-Genital-Mutilation-Cutting“-Präventionsprojekte sowie eine angemessene Finanzierung der Change Agents.

Sie wirkt darauf hin, dass die **vertrauliche Spurensicherung** und Dokumentation nach Misshandlung und sexualisierter Gewalt in jedem Bezirk sichergestellt und der Zugang zu Traumaambulanzen auch ohne Anzeigepflicht gewährleistet wird.

Das Traumanetz und die Realisierung des Modellvorhabens zur Versorgung komplex-traumatisierter Frauen sowie ihrer Kinder wird unterstützt.

Die Koalition wird eine verbesserte Vermittlung der Platzvergabe unter Einbeziehung der Träger aller Frauenhäusern und Zufluchtswohnungen einrichten, um Frauen in Not besser in geeignete Hilfs- und Unterbringungsangebote zur bringen.

Die **Entgeltgleichheit bei gleicher und gleichwertiger Arbeit**, vor allem bei systemrelevanten Berufen, bleibt ein zentrales Ziel der Koalition. Landeseigene Unternehmen haben Vorbildfunktion für Gleichstellung und Diversität, insbesondere bei der Besetzung von Führungspositionen.

Die Koalition führt eine Kampagne zur weiteren Bekanntmachung der Reservierungsquote für mehr Frauen in technischen Berufen der landeseigenen Unternehmen durch.

Die Koalition führt das Unternehmensnetzwerk „Gleichstellung gewinnt“ in Zusammenarbeit mit der IHK Berlin fort.

Das **Landesgleichstellungsgesetz** wird novelliert.

Das gleichstellungspolitische Rahmenprogramm wird fortgesetzt und durch eine **ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie** ergänzt.

Die Koalition wird das **Berliner Gender Budgeting** konsequent weiterentwickeln. Dazu gehört die Implementierung eines Controllings und Gender Budgeting Referats, Schulungen für die Verwaltungsmitarbeiter*innen sowie ergänzend zur AG „Geschlechtergerechter Haushalt“ die Einrichtung eines Beirats aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft.

Die Koalition baut die Anlauf- und Koordinierungsstellen für Alleinerziehende in den Bezirken weiter aus.

Die Einrichtung von **Frauenbeiräten in den Bezirken** wird angestrebt. Die Funktion der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten wird gestärkt.

Um Bedarfe, Belastungen sowie Diskriminierungen zu erfassen, erstellt der Senat einen Bericht zur Lebens- und Gesundheitssituation inklusive Barrierefreiheit von Frauen mit Behinderung.

Die **Berliner Digitalstrategie** wird unter **Beteiligung von Frauenprojekten** geschlechtergerecht gestaltet. Zur Ehrung und Würdigung von Frauen wird ein digitales Portal „Frauen in der Berliner Geschichte“ inkl. Datenbank erstellt.

Das Ziel der Einführung eines verfassungsgemäßen **Paritäts-Gesetzes** werden wir weiterverfolgen.

Queeres Leben

Berlin bleibt **Regenbogenhauptstadt**. Die Koalition wird die „Initiative geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ (IGSV) mit den **LSBTIQ*-Communities** ausbauen und verankern, Mehrfachdiskriminierung entgegenwirken sowie neue Handlungsfelder erschließen. 2023 wird ein aktualisierter IGSV-Maßnahmenplan verabschiedet. Projektförderung wird noch stärker intersektional angelegt. Maßnahmen werden stadtweit und bezirklich umgesetzt. Zur Weiterentwicklung wirksamer Handlungskonzepte wird eine Studie zur „Wohnungslosigkeit von LSBTIQ*“ in Auftrag gegeben und ein eigenes Projekt zur Unterbringung von wohnungs- und obdachlosen LSBTIQ* auf den Weg gebracht.

Die Koalition fördert niedrigschwellige und bezirksübergreifende **Angebote zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation für queere Personen mit Migrationsgeschichte**, mit oder ohne Fluchterfahrung und unabhängig ihrer Bleibeperspektive. Diese Angebote werden noch stärker in der IGSV verankert.

Die Koalition setzt sich weiter für **lesbische Sichtbarkeit** und Teilhabe sowie für die gezielte Unterstützung von lesbischen Strukturen ein. Neue Projekte und der Preis für lesbische Sichtbarkeit werden fortgesetzt, die Antigewaltarbeit ausgebaut und neue Handlungsfelder erschlossen. Die Koalition wird den Sorgerechtsentzug bei lesbischen Müttern mit einer Studie historisch aufarbeiten.

Die Koalition stärkt die **Sichtbarkeit und Selbstbestimmung von trans, inter und nicht-binären Menschen** und baut in Schulen, Hochschulen und der Verwaltung Hürden für eine vollumfängliche Berücksichtigung der geschlechtlichen Identität ab.

Die Koalition wird zudem die besonderen Bedarfe von bisexuellen Berliner*innen berücksichtigen und gemeinsam mit ihnen Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Sichtbarkeit entwickeln.

Beratungsangebote für Regenbogenfamilien werden weiter gestärkt und das Personal in Gerichten und Jugendämtern geschult, um Diskriminierung insbesondere für Regenbogen-Pflegefamilien abzubauen.

Die **Präventions- und Antigewaltarbeit zum Schutz queerer Personen wird ausgebaut** und um ein eigenes Beratungsangebot für trans, inter und nichtbinäre Betroffene erweitert. Weitere Krisenwohnungen, auch bei häuslicher Gewalt in queeren Partnerschaften, werden eingerichtet.

Die Koalition schützt **diskriminierungssensible Begegnungsräume und Safer Spaces** vor Verdrängung, erhöht die Barrierefreiheit und unterstützt queere Veranstaltungen im öffentlichen Straßenraum.

Die Koalition stärkt die **Fachstellen für queere und intersektionale Bildung**. Lehr- und Lernmaterialien werden LSBTIQ*-sensibel überarbeitet und queere Vielfalt in allen pädagogischen Ausbildungen gefördert.

Feministische und queere Perspektiven und die Geschichten emanzipatorischer Bewegungen werden in den Kultureinrichtungen gestärkt und im Stadtbild sichtbarer gemacht. Der Queer History Month wird weiterentwickelt. Anlässlich des 90. Jahrestages der Zerstörung des Instituts für Sexualwissenschaften wird ein Schwerpunkt auf dessen Bedeutung in Form einer Denkschrift gelegt.

Die Koalition steht für die **Rechte** und den **Schutz queerer Menschen weltweit** ein, insbesondere für die bedrohten queeren Communities in Polen und Ungarn. Sie wird das Engagement im "Rainbow Cities Network" fortsetzen. Im Rahmen der Städtepartnerschaften sollen Akteure, die die Rechte queerer Menschen schützen, besonders gewürdigt werden.

Der Abgeordnetenhausbeschluss zu Berlin als LSBTIQ*-Freiheitszone wird umgesetzt.

Antidiskriminierung

Die Koalition baut das „Landesprogramm Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ aus und **verstetigt die Antidiskriminierungs-, Beratungs- und Empowermentstrukturen der Zivilgesellschaft**. Dabei steht eine intersektionale Perspektive im Vordergrund.

Der Berlin-Monitor wird in zweijährigem Turnus fortgeführt.

Die Koalition wird das Diversity-Landesprogramm fortentwickeln und erfolgreiche Maßnahmen verstetigen. Dazu gehören auch unabhängige diskriminierungskritische Untersuchungen der internen Organisationsstrukturen und -abläufe, der Personalentwicklung sowie die Implementierung von Antidiskriminierungs- und Diversitätsstrategien in allen Verwaltungen und ein datenbasiertes Monitoring. Zudem wird ein „Diversitäts-Check“ eingeführt.

Die Koalition richtet eine **Fachstelle gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt** unter Einbeziehung des Antidiskriminierungsnetzwerks Berlin ein.

Auf Bundesebene setzt sich die Koalition dafür ein, dass das Antidiskriminierungsrecht novelliert und im Hinblick auf öffentlich-rechtliches Handeln erweitert wird.

Die Koalition wird das **Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG)** unter Einbindung der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Jahr 2024 evaluieren und weiterentwickeln. Die LADG-Ombudsstelle wird in ihrer Verwaltungsunabhängigkeit gestärkt. Im Rahmen der Evaluation wird geprüft, inwieweit die LADG-Ombudsstelle ein Initiativrecht erhalten kann.

Die Koalition führt den „**Fonds zur Unterstützung Betroffener extremistischer Gewalt**“ weiter und evaluiert ihn.

Zum **Schutz vor Diskriminierung im Netz** wird die Koalition **digitale Prävention und Opferhilfe** durch modellhafte Projekte mit innovativen medienpädagogischen Ansätzen weiterentwickeln und stärken.

Die Koalition setzt eine **Enquete-Kommission gegen Rassismus und Diskriminierung** ein, um unter Beteiligung von Zivilgesellschaft und Expert*innen strukturellen Rassismus und Diskriminierungen in Gesellschaft und staatlichen Einrichtungen aufzudecken und Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Um der Bedrohung von Jüdinnen und Juden entgegenzutreten, wird die Landeskonzeption zur **Antisemitismus-Prävention** mit der Zivilgesellschaft stetig weiterentwickelt.

Im Rahmen der „UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ werden die im Konsultationsprozess mit der Zivilgesellschaft erarbeiteten Maßnahmen gegen anti-Schwarzen Rassismus umgesetzt. Die Errichtung eines Schwarzen Community-Zentrums wird gefördert.

Die Expertenkommission zu antimuslimischem Rassismus wird die Koalition fortführen, institutionell verankern und mit ihr eine ressortübergreifende Handlungsstrategie gegen antimuslimischen Rassismus auf den Weg bringen. Sie enthält mindestens Monitoring, eine Sensibilisierungskampagne sowie die Stärkung der bestehenden Beratungs- und Empowermentstrukturen.

Die Koalition erarbeitet mit den von Rassismus betroffenen Communities, wie der Begriff „Rasse“ aus Art. 10 der Berliner Verfassung und weiteren landesrechtlichen Regelungen zugunsten einer den Schutzbereich der rassistisch motivierten Diskriminierung umfassenden Formulierung ersetzt werden kann.

Religion

Die Koalition betrachtet **Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften als bereichernde Partner im Einsatz für den gesellschaftlichen Zusammenhalt**. Sie setzt sich für eine kulturell und religiös vielfältige Erinnerungskultur ein.

Die Unterstützung für Projekte der religionsübergreifenden Verständigung, wie den christlich-jüdischen Dialog sowie das „**House of One**“ oder die „Drei-Religionen-Kita“ wollen wir auf Landes- und Bezirksebene fortführen.

Die Koalition engagiert sich für den Erhalt der in den Kiezen für soziale und integrative Arbeit wichtigen Orte und Räume und unterstützt die Einrichtung von Gemeinwesen-zentren. Die Sanierung der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche wird weiter unterstützt.

Das **wachsende jüdische Leben unserer Stadt soll in seiner Vielfalt weiter gefördert und sichtbar gemacht werden**. Die Koalition will wichtige Baumaßnahmen zur Stärkung des Jüdischen Gemeindelebens unterstützen und wird notwendige Sicherheitsleistungen zum umfassenden Schutz jüdischer Einrichtungen gewährleisten.

Zur Stärkung der Teilhabe und Sichtbarkeit von Muslim*innen wird ein Landeskonzept Muslimisches Leben in Berlin entwickelt und das Islamforum mittels einer eigenständigen Koordinierungsstelle gestärkt.

Die Koalition prüft eine Änderung des Berliner Gesetzes über die Sonn- und Feiertage, so dass Angehörige von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften an bestimmten Feiertagen ihres Bekenntnisses vom Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis ganztägig freigestellt werden können.

Die Koalition wird die Zusammenarbeit mit säkularen Weltanschauungsgemeinschaften weiterentwickeln.

12. Öffentliche Sicherheit

Freiheit und der **Schutz der Grundrechte** sind Grundwerte der Koalition. Wir sind ihnen verpflichtet und sie sind Maßstab unseres Handelns. Wer von Kriminalität bedroht ist oder Angst hat, handelt nicht frei. Sicherheit ist neben Abwesenheit von Gewalt und Verbrechen, auch **Schutz vor sozialem Abstieg, Armut und Ausgrenzung**. Deshalb stärken wir den Ordnungsämtern, der Polizei, den Strafverfolgungsbehörden und der Justiz genauso wie der Zivilgesellschaft, die für unsere Freiheit und Demokratie eintritt, den Rücken. Wir wollen, dass alle in Berlin sicher leben und nicht nur die, die sich persönliche Sicherheit leisten können. Transparentes Handeln und **Vertrauen in die Polizei** sind Grundlage für eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung. Die besonderen Belastungen für Polizei, Justiz und Rettungsdienst wollen wir auch durch Arbeitsplatzgestaltung anerkennen und **Kinderbetreuung für Mitarbeiter*innen im Schichtdienst** sowie professionelle Unterstützung bei psychischen Belastungen anbieten, die auch helfen soll, negative berufliche Erfahrungen vorurteilsfrei zu reflektieren.

Die Koalition wird **mehr Personal bei der Polizei** und den Strafverfolgungsbehörden im Rahmen des geplanten Stellenaufwuchses einstellen. Wir stehen zu den Institutionen einer modernen Berliner Sicherheitsarchitektur und werden deren Arbeitsweise evaluieren.

Bevölkerungszuwachs, altersbedingte Abgänge und wachsende Aufgaben machen bei der Polizei und Feuerwehr weiterhin das Ausschöpfen der vollen Ausbildungskapazitäten und besonders im Rettungsdienst auch neue Stellen notwendig.

Die unabhängige Struktur der Polizeiausbildung an der Hochschule für Wirtschaft und Recht bleibt erhalten. Zur Erhöhung der polizeilichen Präsenz und Ansprechbarkeit werden wir die **Kontaktbereichsbeamt*innen** auf das gesamte Stadtgebiet ausdehnen. Wir wollen die **Fahrradstreifen** verdreifachen und auf alle Bezirke ausdehnen. Zur gezielten Kriminalitätsbekämpfung werden weitere Wachen eingerichtet. Der zentrale Objektschutz wird verbessert.

Wir werden die **Sondersanierungsprogramme für Polizei und Feuerwehr** fortsetzen und vor allem die Instandsetzung oder Sanierung von sanitären Einrichtungen finanziell absichern. Wir wollen für die **Freiwillige Feuerwehr** notwendige Neubauten sowie die Errichtung der kooperativen Leitstelle und den Neubau der Berliner Feuerwehr- und Rettungsdienstakademie (BFRA) auf dem ehemaligen Flughafen Tegel finanziell absichern. Wir wollen die Planungen für das Kriminaltechnische Institut (KTI) vorantreiben.

Wir wollen das **Schießstättensanierungsprogramm** fortsetzen und sichern eine weitere Entschädigung der von gesundheitlichen Belastungen Betroffenen aus den früheren Schießständen ab.

Der Einsatz von **Bodycams** wird fortgesetzt und finanziell abgesichert.

Wir wollen die Chancen einer jüngeren, weiblicheren, diverseren und diskriminierungskritischen Polizei nutzen und diese Entwicklung vorantreiben. In der Polizei soll sich die Diversität der Berliner Stadtgesellschaft abbilden; rechtsextremes, rassistisches, queerfeindliches und antisemitisches Gedankengut hat keinen Platz. Wir wollen die Aus- und Fortbildung sowie die Supervision verstärken und werden die **Rassismus- und Rechtsextremismusstudie** fortführen.

Die Koalition wird die Stelle der/des **Bürger- und Polizeibeauftragten** schnellstmöglich besetzen und eine gute Stellen- und Sachausstattung und die Wahrnehmung der Befugnisse sicherstellen.

Der **Rettungsdienst** muss die Herausforderungen der wachsenden und alternden Bevölkerung als Teil der Gesundheitsversorgung bewältigen können. Hierzu wollen wir die Anreize für Telemedizin stärken und eine bessere Behandlung durch die Notfallsanitäter*innen direkt vor Ort ermöglichen. Für Menschen, die sich in einem psychischen Ausnahmezustand befinden, wollen wir als Reaktion auf Notrufe multi-professionelle Kriseninterventionsteams in einem Modellprojekt einführen, an den Rettungsdienst anbinden und noch in dieser Legislatur evaluieren. Die Leistungsfähigkeit des Rettungsdienstes soll extern evaluiert werden.

Die Koalition unterstützt die Berliner Polizei, Feuerwehr und Justiz beim Erreichen der Klimaziele. Wir werden alle Beschaffungen, insbesondere bei der notwendigen Erneuerung der Fahrzeugflotte und des Gebäudebestands möglichst klimaneutral gestalten und verbindliche Klimaschutzkonzepte entwickeln.

Die Koalition wird durch ein **Landespräventionsgesetz** die Präventionsarbeit gegen häusliche Gewalt, Gewalt im öffentlichen Raum und im Internet sicherstellen. Wir stärken bezirkliche Präventionsräte und das **Landeskonzept „Berlin gegen Gewalt“**.

Der Schutz von öffentlichen Plätzen soll durch bauliche Konzepte, etwa durch Stadtmöbel und eine bessere Ausleuchtung erhöht werden. Die **Sicherheit von Parkanlagen** werden wir durch geeignete Maßnahmen erhöhen.

Die Erwähnung in sogenannten „Feindeslisten“ wollen wir konsequent verfolgen. Wir werden die frühzeitige Information über Bedrohungen verbessern und den Schutz durch Meldesperren stärken.

Wir werden ein **Landesopferschutzgesetz** verabschieden, durch das Opfer von Straftaten einen Anspruch auf Beratungs- und Unterstützungsleistungen erhalten und die Istanbul-Konvention umsetzen. Täterarbeit ist präventiver Opferschutz und muss ausgeweitet werden.

Wir wollen eine*n **unabhängigen Landesbeauftragte*n für Fragen der sexualisierten Gewalt** nach Vorbild des Bundes berufen.

Organisierte Kriminalität untergräbt die Grundwerte unserer Gesellschaft und **muss** daher entschieden und evidenzbasiert **bekämpft werden**. Die Delikte der Organisierten Kriminalität reichen von Mord und Raub über Wirtschafts-, Finanz- und Steuerkriminalität, Schutzgelderpressung bis zu organisiertem Drogen-, Waffen- und Menschenhandel und organisierter sexueller Ausbeutung.

Die Koalition wird den **Kampf gegen die Organisierte Kriminalität** in allen Phänomenbereichen durch die gezielte Verfolgung von Geldwäsche und die Vermögensabschöpfung fortsetzen und verstärken. Bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität bleibt der Fokus auf tatsächlich kriminellen Strukturen gerichtet.

Den bestehenden Fünf-Punkte-Plan zur Bekämpfung von Organisierter Kriminalität mit der engen behördenübergreifenden Kooperation zwischen Polizei, Justiz, Bezirken, Bundes- und Landesbehörden führen wir weiter.

Die Polizei wird gegen **Verstöße im Straßenverkehr und Autorennen** im Straßenverkehr noch entschiedener vorgehen und Autos noch häufiger einziehen. Dazu soll in dieser Legislaturperiode eine größtmögliche Anzahl zusätzlicher stationärer und mobiler Blitzer – mindestens aber 60 Anlagen – in Betrieb genommen werden. Wir prüfen eine datenschutzgerechte und zweckbezogene digitale Lösung zur Ahndung von Verkehrsdelikten im ruhenden Verkehr. Eine technische Stärkung der Bußgeldstelle werden wir gewährleisten. Verstöße gegen die Straßenverkehrsordnung (StVO) wird die Koalition stärker kontrollieren und ahnden. Im Rahmen der vorhandenen Ressourcen in den Ordnungsämtern ist ein **Fachbereich „Parkraumbewirtschaftung und Überwachung Ruhender Verkehr“** einzurichten. Dieser Prozess ist bis spätestens 2023 abzuschließen. Die Schwerpunkteinsätze der Polizei werden wir im Sinne der Verkehrssicherheit verstärkt fortführen.

Die Koalition wird sich im Bund für ein Überlassungsverbot hochmotorisierter Fahrzeuge für Fahranfänger*innen einsetzen. Zur Beseitigung fahruntüchtiger Boote wollen wir ein Konzept erarbeiten, das auch Angebote für Hilfen für dort lebende Menschen umfasst.

Die gemeinsame Strategie von Polizei und Justiz zur **Bekämpfung des Fahrrad-diebstahls** im Kontext Organisierte Kriminalität wird fortgesetzt und intensiviert.

Personenkontrollen dürfen nur am Verhalten und nicht am äußeren Erscheinungsbild von Personen anknüpfen. Daher werden wir das **Verbot von racial profiling** im Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG) verankern.

Die Koalition wird die Regelungen zur **Identitätsfeststellung an kriminalitätsbelasteten Orten (kbO)** angelehnt an die Bremer Regelung dahingehend ändern, dass die Kontrolle an das Verhalten anknüpfen muss und die Betroffenen auf Verlangen eine Kontrollquittung erhalten.

Eine flächendeckende Videoüberwachung, den Einsatz biometrischer Systeme oder automatisierte Entscheidungen lehnen wir ab.

Die Koalition wird zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung und damit öffentliche Orte sicherer werden, im ASOG bis Ende 2022 die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Polizei an begrenzten Orten unter Wahrung der Privatsphäre im direkten Wohnbereich der Anwohner*innen (zum Beispiel in Hauseingängen) in einem Teil der kriminalitätsbelasteten Orte (kbO) Videotechnik einsetzen kann. Ob die Ziele erreicht wurden und die Voraussetzungen weiter bestehen, muss nach jeweils sechs Monaten entschieden werden.

Bei der polizeilichen Datenverarbeitung gelten hohe Datenschutzstandards. Diskriminierungsrisiken werden im Interesse einer wirksamen Strafverfolgung minimiert. Zur Kriminalitätsbekämpfung setzen wir auf eine verbesserte Auswertung beschlagnahmter Massendaten und werden eine angemessene Personalausstattung und Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnik sicherstellen. Polizeiliche Datenerfassung und -verarbeitung soll systematisch überarbeitet und für die Bürger*innen nachvollziehbarer werden. Eine gesetzliche Benachrichtigungspflicht über die Speicherung, soweit dadurch die Strafverfolgung oder die Gefahrenabwehr nicht beeinträchtigt werden, wird eingeführt. Eng gefasste Sperrungs- und Löschungsfristen müssen implementiert und durchgesetzt werden. Die Ergebnisse justizieller Verfahren werden an die Polizei übermittelt und müssen von dieser in den jeweiligen Datenbanken umgesetzt werden. Abfragen aus polizeilichen Datenbanken werden regelmäßig überprüft.

Wir streben eine Erhöhung der Datenschutzstandards an. Dazu werden wir europäische Vorgaben weiter konkretisieren. Insbesondere muss offene Datenerhebung transparent sein, sensible Daten werden kategorisiert und besonders geschützt. Datenverarbeitungssysteme sind so zu programmieren, dass sie hohe Datenschutz-

standards direkt umsetzen. Wir wollen die Rechte der **Berliner Beauftragte*n für Datenschutz und Informationsfreiheit (BlnBDI)** stärken. Hierfür werden insbesondere die Durchsetzungsfähigkeit der BlnBDI in den Blick nehmen und prüfen, wie Datenschutzrechte der Betroffenen gegenüber privaten Akteur*innen effektiver durchgesetzt werden können. Weiterhin werden wir die Einrichtung einer Servicestelle „Datenschutzberatung“ prüfen, die sowohl die Verwaltung als auch Selbstständige, Kleinunternehmer*innen und Einzelpersonen als Ansprechpartnerin bei Fragen zu Datenschutzbestimmungen zur Seite steht und ein breites Bildungsangebot bereitstellt. Die Erkenntnisse aus Datenschutzfolgenabschätzungen der Senatsverwaltungen werden wir im Rahmen eines Pilotprojekts öffentlich zugänglich machen. Das Funkzellentransparenz-System (FTS) wird in den Regelbetrieb überführt. IT-Sicherheit und der Schutz informationstechnischer Systeme sind essenziell und brauchen klare Regeln und verbindliche Kooperationsstrukturen. Die Sicherheitsbehörden werden darauf hinwirken, alle ihnen bekannte Sicherheitslücken zu schließen. Wir wollen die **Cybersicherheit** zum Schutz vor Angriffen auf öffentliche Dienstleistungen in Berlin stärken und die Zusammenarbeit mit dem Bund intensivieren.

Die Koalition bekennt sich zum **Kampf gegen rechte Gewalt, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit** und gegen jegliche Form von **menschenfeindlichen Einstellungen und Bestrebungen**. Die **Stärkung zivilgesellschaftlicher Projekte** und die konsequente Bekämpfung von rechten und menschenfeindlichen Straftaten sowie von Hasskriminalität hat für uns als gesamtstaatliche Aufgabe besondere Priorität. Wir werden die „Zentralstelle Hasskriminalität“ der Staatsanwaltschaft stärken. Zivilgesellschaftliche Erkenntnisse nehmen wir ernst, stärken Präventionsmaßnahmen auch innerhalb der Berliner Verwaltung und ahnden Vorfälle konsequent.

Zur gezielteren Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Personen, die aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität Opfer werden, setzt sich die Koalition bei der Innenministerkonferenz (IMK) dafür ein, dass die Kriminalitätsstatistiken verlässliche Aussagen über häusliche, sexualisierte, frauenfeindliche und queerfeindliche Straftaten als geschlechtsbezogene Straftaten enthalten.

Digitale Gewalt ist echte Gewalt. Strafverfolgung, Prävention und Opferschutz werden dies berücksichtigen. Entsprechende Online-Beratungsangebote und die digitale Kompetenz von Schutzeinrichtungen für Betroffene von Gewalttaten werden wir voranbringen.

Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte werden mit ausreichenden technischen Mitteln ausgestattet und durch passende Maßnahmen und Ausbildungsangebote darauf hinwirken, dass eine erneute Opfererfahrung vermieden wird.

Wer Gewalt ausübt, kann für die Politik niemals Verhandlungspartner*in sein. Das gilt völlig unabhängig davon, unter welchem Deckmantel einer politischen Ausrichtung – ob rechts, durch Staatsdelegitimierer*innen, links oder religiös – sie ausgeübt wird.

Wir werden weiterhin im Sinne der Betroffenen alles für die Aufklärung der Neuköllner Anschlagsserie tun, auch mit der schnellstmöglichen Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Mit einem **Veranstaltungssicherheitsgesetz** werden wir die Sicherheitsstandards bei Großveranstaltungen verbessern. Die Koalition prüft die Beteiligung von Profivereinen und kommerziellen Großveranstaltungen an den Sicherheitskosten. Wir ermöglichen die Durchführung eines einjährigen Pilotprojekts zum sicheren Einsatz von Pyrotechnik beziehungsweise kalter Pyrotechnik bei Fußballspielen.

Wir bauen die **Katastrophenvorsorge** und die Instrumente des Krisenmanagements im Katastrophenfall aus und entwickeln einen strategischen Umgang mit Szenarien von Katastrophen oder Großschadensereignissen, insbesondere Folgen der Klimakrise oder Blackouts, und werden für andere Bedrohungslagen vorsorglich verbesserte Notfallpläne erstellen. Wir werden die Zusammenarbeit mit Betreibern der kritischen Infrastruktur und der Wirtschaft intensivieren und Katastrophenschutzzentren einrichten.

Der **Verfassungsschutz** muss zur Erfüllung seiner Aufgaben zielgerichtet fortentwickelt werden, auch um dem Handlungsbedarf aus der Aufarbeitung des Terroranschlags am Breitscheidplatz gerecht zu werden. Der Quellen- und Methodenschutz darf niemals über dem Schutz vor Gefahren für Menschen stehen. Wir werden die Arbeitsweise des Berliner Verfassungsschutzes wissenschaftlich mit dem Ziel einer verbesserten und effizienteren parlamentarischen Kontrolle, Transparenz und Effektivität als Frühwarnsystem evaluieren. Wir werden eine*n parlamentarische*n Beauftragte*n durch den Ausschuss für Verfassungsschutz einsetzen sowie präzisere gesetzliche Dokumentationspflichten bei der Aktenführung einführen. Die Art und Weise der Speicherung von Personendaten beim Verfassungsschutz werden wir im Rahmen des Verfassungsschutzgesetzes durch die/den Berliner Datenschutzbeauftragte*n überprüfen lassen.

Wir wollen den Besitz aller Art von illegalen Waffen bekämpfen, mehr Waffen einziehen und aus dem Verkehr bringen. Wir wollen auch die Kontrollen von legalem Waffenbesitz deutlich erhöhen und Verstöße dagegen konsequent ahnden. Wir werden uns im Bund für eine **Verschärfung des Waffenrechts** einsetzen, um zu verhindern, dass extremistische Personen in den Besitz von Waffen kommen.



Wir unterstützen Polizist*innen und Feuerwehrleute, die im Dienst angegriffen werden. Dazu gehört auch, dass wir unkontrolliertes und rücksichtsloses Böllern an Silvester weiter einschränken. Wir werden neben böllersfreien Zonen weitere Maßnahmen zur Eindämmung prüfen.

Die Koalition will die Versammlungsfreiheit stärken. Das neue Versammlungsfreiheitsgesetz wird in der Mitte der Wahlperiode mithilfe der Praxis und Rechtsprechung evaluiert.

Die Vorkommnisse bei der Wahl am 26. September 2021 werden vollumfänglich aufgearbeitet, so dass die kommenden Wahlen und Abstimmungen sicher und ordnungsgemäß durchgeführt werden.

13. Justiz

Die Koalition steht für eine **moderne, leistungsfähige, starke und unabhängige Justiz**, mit geordneten und fairen Verfahren. Effektiver Rechtsschutz muss professionell, in angemessener Zeit und unabhängig vom Einkommen gewährleistet werden.

Wir werden die Verfahrenslaufzeiten bei den Gerichten verkürzen. Deshalb werden die wir die Anzahl der Beschäftigten bei den Gerichten und den Geschäftsstellen bedarfsgerecht entwickeln. Wir wollen die Justizgebäude ertüchtigen und sicher für alle Mitarbeiter*innen der Justiz machen. Die Koalition wird den **Justiz-Campus in Moabit** unter Einbeziehung des Flächenpotenzials des aktuellen Parkhausstandortes weiterentwickeln und ein zwölftes Amtsgericht in Marzahn-Hellersdorf bauen. Das Verwaltungsgericht wird den neuen Standort im Kathreinerhaus in Schöneberg beziehen. Die Gerichts- und Staatsanwaltschaftsstrukturen und das Verfahrensrecht sollen überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Die Koalition wird die Struktur des Landgerichts ändern und ein selbständiges Strafgericht auf dem Justiz-Campus Moabit schaffen.

Den **Stellenaufwuchs der Berliner Justiz** in den vergangenen Jahren werden wir fortsetzen. Wir setzen uns für Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz ein, eine paritätische Besetzung des Richterwahlausschusses streben wir politisch an. Die Koalition baut das Fortbildungsangebot für Familienrichter*innen, Jugendstrafrichter*innen und Jugendstaatsanwält*innen aus, insbesondere hinsichtlich psychologischer und sozialwissenschaftlicher Fachkenntnisse, die für die Anhörung von Kindern in Gerichtsverfahren unerlässlich sind.

Die Koalition will eine breite Debatte über eine **Reform der Juristenausbildung** anstoßen. Die Koalition vereinbart daher eine Qualitätsoffensive in der Aus- und Fortbildung, zu der neben der Einführung der elektronischen Klausur zunächst im zweiten Staatsexamen auch die Förderung der Grundlagenfächer und der kritischen Rechtswissenschaft, die Auseinandersetzung mit NS-Justiz-Unrecht, von Diversity-Kompetenz, eine diskriminierungsfreie Ausbildung und eine zeitliche Streckung der Prüfungsleistungen gehören. Die Erhaltung des universitären Schwerpunktbereichs unterstützen wir.

Die Koalition wird die Attraktivität des Ausbildungsstandorts Berlin erhöhen und prüft für Auszubildende und Referendar*innen die **Einführung eines bedarfsgerechten Wohnzuschusses**. Wir öffnen die Ausbildung in der Justiz für Bewerber*innen auch ohne deutsche oder europäische Staatsangehörigkeit. Wir werden an einem Amtsgericht die Richterassistenz als Pilotprojekt erproben.

Die **Digitalisierung der Justiz** werden wir unter Einhaltung der hohen Datenschutzstandards vorantreiben. Die Koalition wird die organisatorischen und haushalterischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass der elektronische Rechtsverkehr und die elektronische Akte (E-Justice) auch in Eingangsregistraturen und den Geschäftsstellen planmäßig eingeführt werden können. Die **Videokonferenztechnik** wird mit dem Ziel weiter ausgebaut, dass in jedem Gericht eine ausreichende Anzahl von Sälen mit entsprechender Technik zur Verfügung steht. Die Zahlungsverfahren werden weiter digitalisiert. Wir streben eine bessere Dokumentation von Strafverfahren an. Die IT-Struktur wird in eine länderübergreifende Kooperation überführt. Wir werden das Justizportal weiterentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass ein Innovationszentrum Berlin für „Legal Tech Anwendungen“ gegründet wird.

Wir wollen die Geldwäsche-Aufsicht im Nicht-Finanzsektor und die **Taskforce Geldwäsche** am Landgericht weiter ausbauen. Der Senat wird sich weiter mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die Meldepflicht der Notar*innen erweitert und die Befugnisse der Aufsichtsbehörden gestärkt werden. Wir werden die Finanzämter für Fahndung und Strafsachen sowie für Körperschaften, das LKA 3 und die Hauptabteilung 4 der Staatsanwaltschaft stärken. Der Senat wird sich für ein bundesweites IT-basiertes automatisches Meldesystem einsetzen, um CumEx-ähnliche Geschäfte dauerhaft zu verhindern. Eingezogene Immobilien wollen wir auch weiterhin wo immer möglich einer Gemeinwohlnutzung zuführen. Wir halten an den **regionalisierten Jugendstaatsanwaltschaften** fest, um schnelle Verfahren zu gewährleisten („Neuköllner Modell“).

Die Koalition wird die Bildung einer spezialisierten Arbeitseinheit in der Berliner Staatsanwaltschaft veranlassen, die den Schwerpunkt betriebsverfassungsrechtliche Straftaten hat.

Wir werden den mit Betäubungsmitteln befassten Abteilungen der Staatsanwaltschaft entsprechend kriminalitätsbelastete Orte als Zuständigkeit zuordnen und Dezernent*innen als Ansprechpersonen für die zuständigen Direktionen und das LKA schaffen.

Moderner Vollzug braucht zukunftsfähige und sichere Gebäude. Wir werden weitere Anstrengungen bei der Sanierung unternehmen. Die Ausbildung für den Allgemeinen Vollzugsdienst werden wir auf dem bisherigen Niveau fortsetzen und zur Steigerung seiner Attraktivität eine neue Laufbahn prüfen.

Resozialisierung ist die beste Prävention und damit ein wichtiger Beitrag zu mehr Sicherheit. Daher wird die Koalition den Resozialisierungsgedanken gesetzlich weiter stärken. Die Resozialisierungsmaßnahmen werden früher angesetzt; die Ausbildung der Gefangenen, die Sozialarbeit und Bewährungshilfe schon während der Haft gestärkt.

Wir wollen die Suizidprävention verbessern. Die Digitalisierung von Hafträumen zur Verbesserung der Resozialisierungsbedingungen werden wir zügig vorantreiben. Der offene Vollzug ist am besten geeignet, die Inhaftierten auf ein Leben ohne Straftaten vorzubereiten. Den Anteil der Inhaftierten, die nach zwei Drittel der Haftzeit entlassen werden, wollen wir erhöhen und zu den anderen Bundesländern aufschließen. Besser als eine Inhaftierung ist die Vermeidung von Haft. Daher wird sich die Koalition dafür einsetzen, dass Ersatzfreiheitsstrafen seltener verbüßt werden müssen, indem Angebote der gemeinnützigen Arbeit statt Strafe verstärkt werden und der Umrechnungsmaßstab angepasst wird. Menschen, die eine Geldstrafe für kleinere Vergehen nicht bezahlt haben, sollen eine Ersatzfreiheitsstrafe in der Regel im **offenen Vollzug** verbüßen. Wir werden die Substitutionsbehandlung und die Behandlung von konsumassoziierten Infektionskrankheiten im Vollzug verbessern.

Die Koalition stärkt die Rechte von Kindern in gerichtlichen Verfahren. Wenn Kinder Opfer von Gewalt werden, sind sie nicht nur durch die Gewalt selbst, sondern oft auch durch anschließende Ermittlungsverfahren und Gerichtsprozesse besonders belastet. Die Koalition wird die **Gewaltschutzambulanz**, die **Kinderschutzambulanzen** und das **Projekt Childhood-Haus** verstetigen, die weitere Finanzierung sicherstellen und dem steigenden Bedarf Rechnung tragen. Der Ausbau der Gewaltschutzambulanz zu einem interdisziplinären Gewaltschutzzentrum wird angestrebt und eine digitale Gewaltschutzambulanz eingerichtet.

Konfliktbeilegung durch **Mediation an den Gerichten** wird die Koalition stärken. Durch kontinuierliche Fortbildung und Supervision sollen noch mehr Richter*innen nachhaltig zur erfolgreichen Durchführung solcher Verfahren befähigt werden. Die Gerichte sollen durch eine ausreichende personelle und sachliche Ausstattung unterstützt werden, um verstärkt Mediation anbieten können. „Verhandlungstechnik und Mediation“ soll Bestandteil der Jurist*innenausbildung werden.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass der Zugang zu Recht und Justiz verbessert wird und wird die laufende Studie fortsetzen. Jeder hat unabhängig von Rechtskenntnissen, Einkommen, Geschlecht, Hautfarbe, Bildungsgrad, sprachlichen Barrieren oder sozialem Kapital einen Anspruch auf verfahrensgerechte, diskriminierungsfreie und materiell richtige Entscheidungen. Die Lösung rechtlicher Auseinandersetzungen darf nicht privatisiert werden. Deswegen werden wir die **Beratungshilfen** und Rechtsantragstellen ausbauen. Wir werden an einem Amtsgericht ein Modellprojekt starten, bei dem Räumungsklagen durch Justizbedienstete zugestellt werden, um Versäumnisurteile aufgrund unterbliebener Kenntnisnahme zu vermeiden.

Die Koalition setzt sich im Bund für weitere Schritte zur **Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein und des Containerns** ein.



Das Lobbyregistergesetz wird evaluiert und die Regeln zur Mandatsausübung ähnlich den Regeln des Bundestags erweitert. Die staatlichen Stellen zur Korruptionsbekämpfung werden ausgebaut. Die Koalition passt das **Berliner Neutralitätsgesetz** in Abhängigkeit von der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts an.

14. Sport

Berlin ist die Hauptstadt des Sports. Das ehrenamtliche Engagement, insbesondere in den Vereinen, ist ein Grundpfeiler des sozialen Zusammenhalts der Stadt. Ziel ist es, das gemeinschaftliche Sporttreiben für alle zu unterstützen: Breitensport, sowohl im Verein als auch individuell organisiert, im Gesundheits-, Behinderten-, Freizeit-, Schul-, Hochschul- und Leistungssport. Teilhabe, Inklusion und Integration werden wir gewährleisten. Mit den **Special Olympics 2023** setzen wir einen Schwerpunkt auf Inklusion im Breiten- und Leistungssport. Mit Engagement und Verantwortungsbewusstsein hat sich der Berliner Sport der Corona-Pandemie gestellt, bei der Bewältigung der Folgen unterstützen wir weiter. Wir unterstützen den Sport auch dabei, seine ökologische Verantwortung wahrzunehmen und stärken Nachhaltigkeit als ein Grundprinzip. Die Belange des Sports vertreten wir ressortübergreifend.

Der förderungswürdige Sport mit seinen **Vereinen und Verbänden** leistet mit selbstorganisierter und vorwiegend ehrenamtlich getragener Arbeit einen großen gesellschaftlichen Beitrag. Die Koalition achtet und respektiert die Autonomie des organisierten Sports. Die mit dem **Landessportbund Berlin** geschlossene Fördervereinbarung wird die Koalition fortführen, finanziell fortschreiben und in den Ansprüchen an ökologische Nachhaltigkeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt, Gleichstellung, Integration, Inklusion und Digitalisierung weiterentwickeln. Wir unterstützen den Sport, auch in seinen Strukturen die gesellschaftliche Vielfalt abzubilden und mehr Frauen, jüngere Menschen, und Menschen mit Behinderungen und Migrationsbiografien einzubinden. Wir weiten das Förderprogramm zur hauptamtlichen Unterstützung auf mittelgroße Vereine und Zusammenschlüsse aus. Wir streben an, Beratung zur Akquise von Fördermitteln und zur sozioökologischen Nachhaltigkeit auszubauen. Wir weiten die hauptamtlichen Stellen für die Bezirkssportbünde auf eine Vollzeitstelle pro Bezirk aus.

Wir wollen eine unabhängige Anlaufstelle für physische, psychische und sexualisierte Gewalterfahrungen und Diskriminierung im Sport einrichten.

Für qualifizierte Bewegungsförderung sind ehren- und hauptamtliche Übungsleiter*innen und Trainer*innen entscheidend. Wir wollen sie in ihrer Arbeit unterstützen und die Rahmenbedingungen weiter verbessern. Transparente und digitale Vergabe und Auflistung von Sportstätten setzen wir zügig um. Um die dynamische Entwicklung des E-Sports zu begleiten, setzen wir den „**Runden Tisch E-Sport**“ fort.

Das Teilhabeprogramm führen wir fort, auch um mehr Zugang für Frauen, Mädchen, LSBTIQ*-Personen und geflüchtete Menschen zu schaffen.



Für die Koalition hat der **Sport von Kindern und Jugendlichen große Bedeutung für gesundes Aufwachsen**, Motorik, Teamgeist, Fairness und Respekt. Dafür ist Schulsport eine wichtige Grundlage, die wir stärken wollen. Wir werden die Programme zur Kooperation von Schulen und Kitas mit Sportvereinen, wie „Schule und Verein“, auch künftig fördern und weiterentwickeln. Die finanziellen Rahmenbedingungen werden wir schrittweise angleichen, verbessern und neue Kooperationen unterstützen. Das Programm „Berlin hat Talent“ wird auf die ganze Stadt ausgeweitet. Wir begrüßen die Bemühungen des Sports, den Kinderschutz zu stärken. Die Stärkung des Kinderschutzesiegels und weitere verpflichtende Fortbildungen sind dafür wichtige Maßnahmen.

Kein Kind soll die Schule ohne Schwimmbefähigung verlassen. Wir fördern die Schwimmbildung in den Schulen auch künftig durch Kooperationen mit dem Schwimmsport. Intensivschwimmkurse in den Ferien fördern wir weiter. Sie sollen für Schüler*innen aller Altersklassen angeboten werden und kostenlos sein. Wir werden die Schulschwimmzentren in allen Bezirken ausbauen und langfristig sichern.

Wir wollen **Neubau und Sanierungen der Sportanlagen vorantreiben**, nach hohen ökologischen Standards und mit umfassender Beteiligung durchführen und dafür verstärkt Bundesmittel akquirieren. Das **Sportstättenanierungsprogramm** wird verstetigt. Wir verfolgen das Ziel, die Berliner Sportanlagen und Bäder sukzessive inklusiv, barrierefrei und multifunktional zu entwickeln. Die Typensporthallen werden überarbeitet. Die Einrichtung von mindestens zwei inklusiven Sporthallen pro Bezirk treiben wir voran. Gleichzeitig prüfen wir Ausbaumöglichkeiten (zum Beispiel Dachflächen) und bessere Auslastungen bestehender Sportanlagen. Wir streben an, dass für jede aktiv genutzte Sportanlage, die aufgegeben werden soll, adäquater Ersatz zu schaffen ist. Die durch das Sportförderungsgesetz garantierte unentgeltliche Nutzung der Sportanlagen bleibt erhalten. Nutzungsmöglichkeiten für den nicht-organisierten Sport wollen wir erweitern und bekannter machen.

Wir werden die **bezirklichen Sportentwicklungspläne nutzen und daraus eine strategische Gesamtplanung für Berlin entwickeln**. Dabei werden wir die einzelnen großen Investitionsmaßnahmen der Sport- und Bäderlandschaft in die Priorisierung bedeutender Hochbauvorhaben einordnen.

Die zentral verwalteten Sportanlagen entwickeln wir sukzessive weiter. Im Olympiapark einschließlich des Olympiastadions und im Sportforum Hohenschönhausen werden wir Konzepte zu Klimaschutz, Nutzung, Erweiterung und Sanierung schrittweise umsetzen und die Anlagen stärker für die Öffentlichkeit nutzbar machen.

Wir wollen den **Jahn-Sportpark**, auf Grundlage der ermittelten sportfachlichen und inklusiven Bedarfe, zum Inklusionssportpark entwickeln. Ein Sportpark für Alle gewährleistet dabei die allgemeine, inklusive und integrative Nutzung. Wir werden die Planungsprozesse unter breiter Beteiligung der heutigen und zukünftigen Nutzer*innen und der Anwohner*innen zu einem breit akzeptierten Ergebnis führen. Der erneuerte Sportpark soll vorbildlich alle Anforderungen an eine inklusive, klimaneutrale und ökologisch nachhaltige Sportstätte erfüllen.

Im öffentlichen Raum schaffen wir mehr Bewegungsräume. Das Programm „**Sport im Park**“ werden wir verstetigen. Im Zuge der Nachnutzung des Flughafens Tegel wollen wir einen Sport- und Bewegungspark und weitere Sporräume in das Gesamtgelände TXL integrieren.

Wir bauen die Zugangshürden zur Nutzung des Vereinsinvestitionsprogramms ab und erhöhen so die Wirksamkeit.

Moderne und vielfältige Sportstätten in der ganzen Stadt, wie zum Beispiel am Mellowpark, am Europasportpark und für Wassersport, sind eine wichtige Grundlage für den organisierten Sport, Stützpunkte und Wettkampfstätten für neue olympische, paralympische und urbane Sportarten zu entwickeln. Die Koalition prüft die bessere Koordination der Vergabe der bezirklichen Eisflächen.

Die **Berliner Bäderbetriebe** werden sich auf der Grundlage des Bädervertrages im Sinne der Daseinsvorsorge und zur Erfüllung ihrer Aufgaben strukturell, personell und finanziell neu aufstellen. Die Vorhabenplanung zur Sicherung vorhandener Bäderstandorte wollen wir eng begleiten, langfristig ausrichten und finanzieren. Ziel ist es, dass Wasserfläche bedarfsgerecht zur Verfügung steht und kein Bad mehr dauerhaft geschlossen werden muss. Die Koalition stellt weiterhin eine sozial gerechte Tarifsatzung sicher und unterstützt auch künftig den Super-Ferien-Pass, der Kindern freien Eintritt in die Bäder ermöglicht.

Unter Berücksichtigung der Priorisierung großer Hochbaumaßnahmen und zur Verbesserung der Bäderversorgung wollen wir den Bau der Multifunktionsbäder in Pankow und Mariendorf sowie einer Schwimmhalle in Spandau und eines Kombibades in Marzahn-Hellersdorf weiterverfolgen. Den Ersatzneubau an der Holzmarktstraße wollen wir absichern. Kooperationen landeseigener Unternehmen prüfen wir auch für weitere Standorte. Zur Überbrückung von Versorgungslücken, insbesondere für den Kita-, Schul- und Vereinssport, prüfen wir standortkonkret die Errichtung weiterer temporärer Bäder, wie am Prinzenbad, bzw. eine Überdachung von Sommerbädern wie an der Seestraße.



Berlin gehört zu den weltweit führenden Sportmetropolen. Deshalb entwickeln wir das Konzept Sportmetropole 2024 weiter und bewerben uns weiterhin um die Austragung von großen nationalen und internationalen Sportveranstaltungen – insbesondere auch im Parasport. Die **Special Olympics 2023 in Berlin** nutzen wir, um dem inklusiven Sport unter Beteiligung der Verbände in unserer Stadt einen nachhaltigen Entwicklungsschub zu geben, gemeinsam Strukturen zu etablieren und noch mehr Berliner*innen mit und ohne Beeinträchtigungen für das gemeinsame Sporttreiben zu begeistern.

Sportgroßveranstaltungen werden wir zukünftig klimaneutral, ökonomisch und sozial nachhaltig umsetzen. Wenn zukünftig das Internationale Olympische Komitee (IOC) seine Vergabe-Richtlinien grundlegend reformiert und wenn der Deutsche Olympische Sportbund sowie die Bundesregierung zur Entscheidung kommen, dass sich Deutschland mit einem nachhaltigen Konzept ohne Gigantismus um die Durchführung von olympischen und paralympischen Spielen bewerben soll und insofern der Bund die notwendigen Infrastrukturinvestitionen finanziert, stehen wir dem offen gegenüber.

Neben Großereignissen und vielen Bundesligisten quer durch alle Sportarten sind Profisportvereine Aushängeschilder für die Sportmetropole Berlin. Die Zusammenarbeit mit ihnen in unterschiedlichen Programmen setzen wir fort.

Vorbilder aus dem Leistungssport sind wichtig, um vor allem Kinder und Jugendliche für Sport zu begeistern. Deshalb unterstützen wir unsere Leistungssportler*innen und den Nachwuchs im System aus sportbetonten Schulen, Eliteschulen des Sports und ihren Internaten, Landes- und Bundesstützpunkten sowie dem Olympiastützpunkt besonders. Dabei ist für uns wichtig, duale Karrieren zu ermöglichen und auszubauen: auch in der Verwaltung und in landeseigenen Betrieben. An den Eliteschulen des Sports fördern wir den Erwerb von Übungsleiter*innen-Lizenzen. Die Profilquote Sport hat sich im Grundsatz bewährt, in einzelnen Bereichen steuern wir aber nach und passen sie an die Bedingungen des Bachelor- und Master-Systems an, um noch mehr Sportler*innen das Studium in Berlin zu ermöglichen. Um Nachwuchsmangel bei den Trainer*innen der Landesleistungszentren zu begegnen, wollen wir attraktive Arbeitsbedingungen ermöglichen, Diversität fördern und ihre Vergütung schrittweise finanziell an das Lehramt angleichen, wenn sie dafür die Voraussetzungen erfüllen.

15. Kultur und Medien

Kunst, Kultur und Kreativität prägen das Selbstverständnis und die Lebensqualität unserer Stadt maßgeblich mit. Die Koalition wird die einmalige Kulturlandschaft Berlins mit ihren Theatern, Opern, Orchestern, Museen, Gedenkstätten und Literaturhäusern, ihren Clubs und Veranstaltungsstätten, ihrer Kreativwirtschaft und ihrer innovativen Freien Szene sichern und stärken, in und nach der Pandemie. Die Koalition ist in ihrer **Kultur- und Medienpolitik** den Grundsätzen von **Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, fairer Vergütung, Equal Pay, ökologischer Nachhaltigkeit, Gleichstellung, Diversität und Inklusion** verpflichtet. Dazu gehören gute Arbeitsbedingungen und eine soziale Absicherung der Kulturschaffenden ebenso wie die Sicherung nicht-kommerzieller Freiräume für Kunst und Kultur in unserer sich wandelnden Stadt.

Berlin und Brandenburg sind die **führende Film- und Medienregion Deutschlands**. Die Koalition wird sie weiterhin nachhaltig stärken.

Die Koalition bekennt sich zu partizipativen Verfahren und wird die Berliner Kulturschaffenden auf Augenhöhe kooperativ beteiligen. Um möglichst vielen Menschen unserer Stadt die Teilhabe an kulturellen Angeboten jeder Art zu ermöglichen, wird die Koalition soziale Zugangshürden abbauen und einen Schwerpunkt auf dezentrale, wohnortnahe Kulturangebote legen.

Die Koalition wird ein pandemiebedingtes **Neustartprogramm Kultur** für die kommenden Jahre auflegen, in Ergänzung zu den Bundesprogrammen. Im Jahr 2022 wird Berlin in Kooperation mit allen Bezirken einen stadtweiten **Kultursommer** und ein **Jugendkulturticket** für Unter-21-Jährige ermöglichen und dabei ein Augenmerk auf Kinder- und Jugendtheater legen. Kultureinrichtungen und freie Kulturschaffende wollen wir bei der Wiederaufnahme ihrer Arbeit unterstützen, etwa durch Sonderstipendien, Hilfen bei Kredittilgungen, Mietzuschüsse und pandemiebedingte Investitions- und Programmhilfen.

Tarifierhöhungen in geförderten Einrichtungen werden auch zukünftig ausgeglichen und gehen nicht zulasten der künstlerischen Produktion. Die Koalition wird sich gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, die soziale Absicherung von (solo)selbstständigen Künstler*innen zu verbessern. Faire Vergütung wird weiterhin durch Mindestlöhne und Mindesthonorare sichergestellt. Die Koalition wird die Rahmenbedingungen und Richtwerte für Honoraruntergrenzen gemeinsam mit den Verbänden weiterentwickeln. Dadurch und durch die Herstellung von Transparenz bezüglich der Einkommenssituation in den Kultureinrichtungen wird die Koalition dem **Gender Pay Gap** entgegenwirken. Die Koalition hat das Ziel, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in allen Bereichen künstlerischer Arbeit zu verbessern und wird nach einer

Analyse geeignete Maßnahmen umsetzen. Berlin setzt sich für ein wertschätzendes und diskriminierungsfreies Arbeitsklima in den Kultureinrichtungen ein, die Einrichtung einer Ombuds- und Beschwerdestelle auf Landesebene wird geprüft. Die Koalition wird in einem partizipativen Verfahren das **Modellprojekt FAIRSTAGE** umsetzen und weiterentwickeln.

Räume zur künstlerischen Produktion und Präsentation sind eine entscheidende Ressource. Für die Koalition hat die Sicherung, Sanierung, Modernisierung nach ökologischen Kriterien und Schaffung neuer Räume hohe kulturpolitische Priorität. Sie wird daher das Kulturmodernisierungsprogramm fortsetzen und weiterhin Räume für die künstlerische Produktion und Präsentation sichern und zu bezahlbaren Mieten zur Verfügung stellen. Hierfür wird das Anmietprogramm, zu dem auch das Atelier- sofortprogramm des Atelierbüros gehört, gestärkt und das Arbeitsraumprogramm für die Freie Szene weiterausgebaut. Arbeits-, Proben- und Präsentationsräume sollen barrierefrei gestaltet werden. Dazu bedarf es einer spezifischen Förderung. Unser Ziel ist, Kulturräume primär in Landesliegenschaften zu sichern.

Berlin braucht ein **Kulturkataster** und verbindliche Kriterien, um kulturelle Zwischen- nutzung in leerstehenden Landesliegenschaften zu ermöglichen. Für die geförderten Kultureinrichtungen wird die Koalition betriebsnotwendige Infrastrukturen wie Probebühnenzentren und zentrale Depots langfristig sichern. Mit den Bezirken wird die Koalition auf der Grundlage der Ergebnisse eines Gebäudeskans ein Sanierungs- und Entwicklungsprogramm für die bezirkliche Kulturinfrastruktur prüfen.

Die Koalition hält an der **Sanierung der Komischen Oper** fest und wird die Planung des **Neubaus einer Zentral- und Landesbibliothek** 2026 beginnen. Sie wird die Entwicklung der Alten Münze als öffentliche Liegenschaft zu einem künstlerischen Produktions- und Präsentationsort in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft gemeinsam mit den bisher beteiligten Akteur*innen weiter vorantreiben und den Ort dauerhaft als Kulturstandort sichern.

Die Koalition will **dezentrale und niedrigschwellige Kulturangebote** in der ganzen Stadt bereitstellen. Bibliotheken als „Dritte Orte“ sollen stadtweit ausgebaut und gestärkt werden. Die Bibliotheksentwicklungsplanung wird unter besonderer Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten schrittweise umgesetzt. Dazu gehört ein im Diskurs mit den Akteur*innen über ein zu erarbeitendes **Bibliotheksgesetz**, das die Bibliotheksversorgung sichert. Für die bezirkliche Kulturarbeit wird die Koalition mit den Bezirken fachliche, finanzielle und personelle Mindeststandards als feste Planungsgrößen entwickeln und festlegen. Kultur soll in allen Bezirken verbindlicher Bestandteil bei der Fortschreibung der Sozialen Infrastruktur-Konzepte (SIKos) sein.

Kulturelle Bildung ist für die Koalition der Schlüssel zu gelingender Teilhabe. Als wichtige Akteur*innen sollen Kinder-, Jugend- und Puppentheater gleichmäßiger dezentral in den Bezirken etabliert und sogenannte „weiße Flecken“ reduziert werden. Die vorhandenen Strukturen will die Koalition sichern und stärken. Die Koalition strebt an, an den Musikschulen den Anteil der Festanstellungen weiter zu erhöhen und die Entgelte erschwinglich zu halten.

Die Koalition wird Maßnahmen ergreifen, damit sich die **gesellschaftliche Vielfalt in der Kulturförderung**, in Jurys, in den Angeboten, Leitungspositionen und Aufsichtsgremien der öffentlichen Kultureinrichtungen stärker abbildet. Alle Maßnahmen zur Diversitätsförderung werden intersektional gedacht. Den **Diversitätsfonds** (Impact Förderung) und das Projektbüro Diversity Arts Culture wird die Koalition stärken. In den Projektförderprogrammen wird **Diversität und Gleichstellung** neben künstlerischer Qualität zu einem entscheidenden Kriterium. Mit den institutionell geförderten Einrichtungen beschließt der Senat verbindliche Zielvereinbarungen zur Förderung von Diversität und Gleichstellung, wozu entsprechende Berichte zu den Haushaltsberatungen vorgelegt werden. Berlin führt **transparente Verfahren zur Besetzung von Leitungspositionen** ein und wird alternative Intendanz- und Leitungskonzepte jenseits klassischer Ein-Personen-Intendanzen auch zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern. Die Koalition wird den Anteil von **Frauen in Leitungspositionen** in Berliner Kulturinstitutionen erhöhen. Doppelspitzen werden mindest-paritätisch besetzt. Personalverantwortliche und Leitungspersonal in Kultureinrichtungen werden kontinuierlich diskriminierungskritisch fortgebildet. Die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG), Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG), Landesgleichberechtigungsgesetzes (LGBG) und Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) in den Kultureinrichtungen wird im Rahmen einer Berichtspflicht dokumentiert. Mit **Diversity-Strategien** und Outreach-Programmen werden die Einrichtungen neue Zielgruppen ansprechen. Die Koalition wird dem „Gender-Show-Gap“ und der Unterrepräsentanz von Frauen in allen Kunstsparten entgegenwirken – gegebenenfalls auch in Form einer Quote. Die Koalition setzt sich dafür ein, dass Menschen mit Behinderungen aktiv als kulturelle Akteur*innen einbezogen und unterstützt werden. Dazu gehört, sie als Künstler*innen zu fördern, sie früh in die kulturelle Bildung einzubeziehen und auch sie als Publikum stärker anzusprechen. Künftige Förderinstrumente wird die Koalition barrierearm gestalten und bestehende Instrumente dahingehend evaluieren. Um kulturelle Teilhabe für alle zu ermöglichen, werden wir den **eintrittsfreien Sonntag** fortführen und Kontingente des **3-Euro Tickets** schaffen.

Die Koalition wird die **Berliner Kulturförderung** evaluieren und gegebenenfalls neu justieren. Dabei ist das Verhältnis zwischen institutioneller Förderung und der Förderung der freien Künste/Freien Szene im Sinne größerer Fördergerechtigkeit zu überprüfen. Dafür wird die Koalition ab 2022 die Förderinstrumente und -strukturen

gemeinsam mit Vertreter*innen der Verbände und Kulturorte evaluieren. Aspekte der Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und ökologischen Nachhaltigkeit sollen förder-
topfübergreifend verankert werden. Ergebnisse bereits abgeschlossener partizipati-
ver Verfahren, wie des Runden Tisches Tanz sollen weiterhin berücksichtigt werden.
Das Verhältnis zwischen Landes- und bezirklicher Kulturförderung bedarf verbind-
licher Kriterien und Standards sowie verlässlicher Strukturen und Prozesse. Die Koa-
lition bringt in dieser Legislatur ein **Bibliotheks- und ein Musikschulfördergesetz** auf
den Weg. Die Koalition wird überdies prüfen, ob es weiteren Regelungsbedarf im
Rahmen eines Kulturfördergesetzes gibt. Für die Landesmuseen wird die Koalition
einen Ausstellungs- und Ankaufsfonds einrichten. Der Projektfonds Urbane Praxis
wird verstetigt. Chöre und freie Orchester sind ebenso Teil der Berliner Kulturland-
schaft wie die Pop- und Clubkultur. Die Koalition verpflichtet sich zu deren weiterer
Förderung. Zudem wird die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Spartenverbän-
den, -zusammenschlüssen und Initiativen gestärkt.

Die Koalition bestärkt die Berliner Kultureinrichtungen darin, ihre **digitalen Angebote**
von der Produktion über die Präsentation bis zur Archivierung weiterzuentwickeln –
nicht zuletzt im Sinne einer besseren **Resilienz und kulturellen Teilhabe**. Insbeson-
dere kleinere Kultureinrichtungen werden wir bei der Digitalisierung unterstützen
In allen Einrichtungen sollen Breitbandanschlüsse realisiert werden. Die Koalition setzt
sich gemäß der Bibliotheksentwicklungsplanung für eine Verstetigung der zusätz-
lichen Digitalisierungsmittel für die Stadtteilbibliotheken und für die Einrichtung
der Servicestelle der Berliner Musikschulen ein. Um Kulturschaffende im Bereich der
Digitalisierung besser selbst zu befähigen, wird die Koalition „KulturBDigital“ verste-
tigen und das Förderprogramm Digitale Entwicklung des Kulturbereichs fortsetzen.
Das Projekt Kultur-Ticketing wird fortgesetzt. Das kulturelle Erbe Berlins sichert die
Koalition auch mit der weiteren Förderung des Forschungs- und Kompetenzzentrums
Digitalisierung Berlin (digiS).

Die Koalition ist sich der **historischen Rolle Berlins** bewusst und wird weiterhin kritisch
an die koloniale Vergangenheit, den Nationalsozialismus und das geteilte Berlin erin-
nern. Die **Erinnerung an die Demokratieggeschichte** wird die Koalition fördern. Berlin
wird mit Bund und Zivilgesellschaft die Kolonialvergangenheit durch einen zentralen
Gedenkort sowie durch dezentrale Projekte wie das „dekoloniale Denkzeichen“ beim
Global Village kritisch aufarbeiten. Das dekoloniale gesamtstädtische Aufarbeitungs-
und Erinnerungskonzept wird die Koalition in Zusammenarbeit mit postmigrantisch-
diasporischen Communities und der Koordinierungsstelle „Decolonize Berlin“ ressort-
übergreifend umsetzen. Unabhängige Provenienzforschung in Museen, Archiven und
Instituten soll Restitutionsverfahren erleichtern. Berlin wird gemeinsam mit dem Bund
das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit weiterentwickeln. Weitere wichtige
Bildungs- und Erinnerungsorte sind der Campus für Demokratie, das ehemalige
Polizeigefängnis Keibelstraße und der Friedhof der Märzgefallenen.

Die Koalition wird den **80. Jahrestag des Tages der Befreiung am 8. Mai 2025 als einmaligen gesetzlichen Feiertag** begehen.

Berlin ist Deutschlands größte Kulturmetropole. Den internationalen Erwartungen an das kulturelle Leben der Hauptstadt wird Berlin gemeinsam mit dem Bund gerecht. Berlin befördert die Bund-Länder-Aufgabe der Reform der Stiftung Preußischer Kulturbesitz engagiert mit, um Infrastruktur und Stiftungsbetrieb eine Perspektive zu geben. Die Koalition verfolgt das Ziel, den Berliner Finanzierungsanteil berechenbar und leistbar zu gestalten. Erinnerungspolitische Projekte (z. B. Gedenkort/Dokumentationszentrum zu Kolonialismus) und herausgehobene Kulturliegenschaften will die Koalition gemeinsam mit dem Bund voranbringen. Die Koalition verfolgt weiter das Ziel, die Rieckhallen als öffentlichen Ausstellungsort zu sichern.

Die Koalition will der **Einwanderung** des 20. und 21. Jahrhunderts einen höheren Stellungswert in der gemeinsamen Erinnerungskultur geben und dies stärker zum Gegenstand der Ausstellungs- und Museumslandschaft machen. Dazu soll bis Ende 2023 ein Konzept für eine angemessene museale Würdigung und Darstellung erarbeitet werden. Gemeinsam mit dem Landesbeirat für Partizipation und Vertreter*innen entsprechender Selbstorganisationen soll ein Fonds für Ausstellungsprojekte der Berliner Museen etabliert werden. Ferner prüfen wir die Einrichtung eines „**Migrationsmuseums**“.

Am **Anhalter Bahnhof** soll ein spendenfinanziertes **Exilmuseum** als neuer Gedenkort für die Geflüchteten aus dem NS-Deutschland entstehen. Die Koalition wird sich auf Bundesebene für eine Beteiligung des Bundes einsetzen.

In der **digitalen Gesellschaft** ändert sich das **Mediennutzungsverhalten**. Berlin wird sich für eine **Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks** einsetzen, sodass durch **Qualität und Transparenz** die Beitragsakzeptanz steigt. Gemeinsam mit Brandenburg wird die Koalition zeitnah den **rbb-Staatsvertrag** novellieren und dabei die gesetzliche Beauftragung seiner Angebote neu normieren. Dazu gehört die Möglichkeit der Werbezeitenreduzierung. Die Koalition wird auf gleiche Mitbestimmungsrechte für Feste Freie im rbb-Personalrat hinwirken. Der Rundfunkrat ist so zu erweitern, dass die gesellschaftliche Diversität besser abgebildet wird. Die Angebote des rbb sollen sich an der Vielfalt der Gesellschaft orientieren, Diskriminierungen entgegenwirken und alle Bevölkerungsgruppen erreichen. Dabei wird der rbb auf Barrierefreiheit sowie auf Nachhaltigkeit achten. Die Koalition setzt sich dafür ein, Kooperationen kartell- und umsatzsteuerrechtlich besser zu ermöglichen, und wirkt darauf hin, dass bei der Ermittlung des Finanzbedarfs die Besonderheiten von Rundfunkanstalten wie dem rbb besser berücksichtigt werden.



Berlin ist Film- und Kinostadt Nummer Eins in Deutschland und bekennt sich zum Beschluss „**filmfreundliche Stadt**“. Die Koalition wird eine **zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen** („one stop solution“) einrichten. Die Förderung von Kinder-, Dokumentar- und künstlerischem Film sowie Kurz- und Animationsfilmen erhält einen besonderen Stellenwert. Voraussetzung ist ein deutlich stärkeres Engagement des Medienboards in diesem Bereich. Arbeitsrecht und Sozialstandards sowie die Kriterien nachhaltiger Filmproduktion („Green Motion“) müssen eingehalten werden. Die Fördermittel transparent vergeben. Die Koalition wird sich für eine Aufstockung der Bundesmittel beim Deutschen Film- und Fernsehfonds (DFFF) einsetzen und den Berliner Anteil am Filmausfallfonds dem Pandemierisiko anpassen. Die Koalition wird die Förderung für Filmfestivals ausbauen, auch mit Blick auf eine faire Bezahlung. Zudem wird die Vernetzung der Filmfestivalstädte ausgebaut. Die Koalition setzt sich beim Bund für weitere Berlinale-Sommerspecials ein. Um Berlins vielfältige Kinolandschaft zu erhalten, will die Koalition insbesondere die **Programmkinos dauerhaft sichern und stärken**. Die Deutsche Film- und Fernsehakademie (dffba) soll dauerhaft abgesichert werden.

Die **Mediengruppe Berlin-Brandenburg (Mabb)** wird den wachsenden Aufgaben angepasst und wird Medienkompetenz fördern, Jugendschutz stärken und journalistische Ausbildung sichern. Der Vorwegabzug wird reduziert. Die Koalition stärkt die Mabb, um Hate Speech, Manipulation und Desinformation härter zu sanktionieren und **mediale Angebote auf Basis neuer Technologien** gleichen Regeln zu unterwerfen. Die **Medienkompetenz** im Umgang mit Presse, öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk, Online-Angeboten, sozialen Netzwerken, Plattformen und Streaming, interaktiven Medien und Endgeräten, wird in allen Altersgruppen gestärkt, besonders Kita- und Schulprojekte werden gezielt gefördert. Die barrierefreie, internetunabhängige und resiliente Empfangbarkeit der Rundfunkanbieter wird verbessert. Dazu gehört der **Erhalt der Frequenzen 470 bis 694 MHz für Rundfunk und Kultur**. Die Koalition setzt sich für die Weiterentwicklung nachhaltiger Strukturen freier Radios ein.

Berlins reiches **Denkmal-Erbe aus allen Zeitschichten** gibt Orientierung und Identität. Die **Denkmalpflege** muss die aktuellen Anforderungen einer wachsenden und lebendigen Stadt in ihre Arbeit integrieren. **Denkmalschutz und Klimaschutz** sind kein Widerspruch, sondern ergänzen sich mit ihrem Anspruch der Ressourcenökonomie. Für den baukulturell wertvollen Bestand Berlins werden neue Wege der klimagerechten und barrierefreien Sanierung entwickelt. Der Modernisierungsprozess der Denkmalbehörden soll fortgesetzt werden. Dazu zählt neben Qualifizierungen und der Revision der Denkmaltopografie auch die Digitalisierung bei der Erfassung und Bereitstellung von Daten sowie in Antragsverfahren.



Vermittlung und Information sind Basis für **Partizipation in der Denkmalpflege und Teilhabe** der Öffentlichkeit. Das Landesdenkmalamt wird für mehr Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlung gestärkt. Die Vermittlung industriekulturellen Erbes mit dem Berliner Zentrum für Industriekultur (bzi) bleibt ein Schwerpunktthema und die neu etablierte Jugendbauhütte wird mit einer neuen Werkstatt weiterentwickelt. Archäologie und Bodendenkmalpflege können in besonderer Weise Berliner Stadtgeschichte vermitteln. Die eingereichten Welterbevorschläge werden weiterverfolgt.

16. Bildung, Jugend und Familie

Die Koalition wird der **Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen** und der **Überwindung sozialer Benachteiligung** und ihrer Folgen, auch als Konsequenz der Corona-Pandemie, Priorität einräumen. Das schließt die stärkere Berücksichtigung von Kinder-, Jugend- und Familieninteressen in allen Ressorts ein.

Die Koalition wird die **Berliner Strategie zur Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut** konsequent weiterverfolgen und ressortübergreifend verwirklichen. Die von der Koalition 2016 initiierte Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut wird ihre Arbeit unter Beteiligung der Öffentlichkeit fortsetzen, ausgestattet mit operativen Ressourcen.

Die Grundlagen für die Bildungs- und Teilhabechancen unserer Kinder werden in den ersten Lebensjahren gelegt. Von Anfang an in der Familie, später unterstützt durch die Kita. Ziel der Koalition ist es, den **Rechtsanspruch aller Kinder auf einen frühzeitigen Besuch in Kita oder Kindertagespflege** zu gewährleisten und alle Familien dabei zu unterstützen. Die Koalition setzt Elternarbeit fort und prüft die Einführung von Kita-Sozialarbeit durch pädagogische Fachkräfte. Die Koalition prüft die Einführung eines Budgets für Einrichtungen in schwieriger Lage und die Möglichkeit zur Mehrfachnutzung sozialer Infrastruktur, um die Integration von Familienzentren zu ermöglichen.

Die Koalition setzt das **Kitaausbauprogramm** bedarfsgerecht mit einem Schwerpunkt auf den kommunalen Landesanteil fort. Die bereits verabredeten Mittel für Kita-ausbau und -sanierung soll im Haushaltsplan festgeschrieben werden.

Die Koalition setzt auf einen **Dreiklang von Kita-Ausbau, Qualitätsverbesserung und Sicherung der Gebührenfreiheit**. Das Bildungsprogramm wird weiterentwickelt und ein stufenweiser Einstieg in die Digitalisierung begonnen. Medienpädagogische Angebote in Ausbildung, Qualifizierung und im pädagogischen Alltag werden flächendeckend eingeführt. Die **Verbesserung der Sprachförderung** etwa durch den Ausbau der Sprachkitas durch Bund und Land, hat für die Koalition hohe Priorität. Eine Evaluation und Fortentwicklung der Zuschlagstatbestände zu einer stärkeren Fokussierung auf sozial benachteiligte Kinder wird mit der Erarbeitung eines neuen Sozialindikators und einer individuellen Sprachförderung angestrebt.

Die Koalition baut **Angebote flexibler Betreuung** und der **ergänzenden Kindertagespflege** aus. Die Möglichkeiten des Quereinstiegs und der berufsbegleitenden Ausbildung wird die Koalition mit einem Qualifizierungsangebot begleiten. Das **Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB)** wird durch die

Koalition gestärkt. Die Koalition setzt sich im Bund dafür ein, die Finanzierung von Maßnahmen aus dem Gute-Kita-Gesetz und dem Aufholprogramm des Bundes fortzusetzen.

Die Koalition wird die Rechte junger Menschen stärken. Wir werden die Initiative für eine **Senkung des Wahlalters auf 16** ergreifen.

Die Koalition wird eine **Jugendstrategie** entwickeln. Die Umsetzung des Jugendförder- und Beteiligungsgesetzes und die Erarbeitung der **Jugendförderpläne** werden begleitet. Die Koalition achtet auf die Umsetzung der Standards Umfang und Qualität. Dies gilt auch für das **Familienfördergesetz**.

Die Koalition startet eine **Offensive für politische Bildung**, insbesondere durch die Stärkung des Jugenddemokratiefonds, die weitere Förderung der Jugendverbandsarbeit, den Ausbau der selbstorganisierten Jugendarbeit, die Umsetzung der Engagementstrategie und durch ein Konzept zur **Stärkung der Jugendbildungsstätten**. Ebenso wird ein Konzept zur Stärkung der Jugendfreiwilligendienste erarbeitet. Es wird angestrebt, mehr Plätze und ein einheitliches Taschengeld für alle Freiwilligendienstleistenden zu ermöglichen.

Die Koalition sichert bestehende und schafft **neue Angebote für queere Jugendliche** in unversorgten Stadtquartieren. Die Koalition wird die notwendigen Kapazitäten zur Versorgung, zum Schutz und zur Integration von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen sicherstellen.

Die Koalition erarbeitet eine **Digitalisierungsstrategie**, die alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe einschließt. Berücksichtigt werden die Fachverfahren und die Aus-, Fort- und Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte sowie die Umsetzung des Jugendmedienschutzgesetzes.

Die Koalition stärkt die **Kinder- und Jugendsozialarbeit**. Die Angebote der Jugendberufshilfe bleiben gesichert. Für aufsuchende Angebote und Coaching stehen in den nächsten Jahren Mittel in bisheriger Höhe zur Verfügung.

Die Koalition baut die Familienförderung weiter aus. Die **Familienzentren**, die Familien-erholung, die Angebote für queere Familien, die Stadtteilmütter sowie die aufsuchenden und medialen Angebote wollen wir stärken. Das Familienportal soll weiterentwickelt werden.

Die **Familienservicebüros** werden in den Bezirken für alle die Familie betreffenden Leistungen eingerichtet und ausgebaut. Die Koalition baut Angebote zur Unterstützung

von alleinerziehenden Eltern ressortübergreifend aus. Die Corona-Pandemie zeigt, dass die psychosoziale Versorgung in Berlin verbessert werden muss. Die Angebote des Care- und Casemanagements werden gestärkt.

Die **Berliner Jugendämter** unterstützen und begleiten Kinder, Jugendliche und deren Familien. Sie sind Garanten des Kinderschutzes. Wir streben eine Stärkung der personellen Besetzung an. Dazu werden mit den Beteiligten Standards für die Rahmenbedingungen der Arbeit entwickelt.

Das Netzwerk Kinderschutz wird weiterentwickelt. Der **Kinderschutz** insbesondere an Schulen und ASOG-Einrichtungen wird gewährleistet. Im Kinderschutz, bei den frühen Hilfen und im Kitabereich ist ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst unabdingbar. Die Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe wird weiterentwickelt. Die Koalition wird die **Pflegekinderhilfe stärken**, weiterentwickeln und die **Bedingungen für Pflegefamilien weiter verbessern**. Die Hilfen zur Erziehung werden qualifiziert. Die Koalition wird prüfen, kommunale Angebote im Bereich der Hilfen zur Erziehung bereitzustellen. Diese sollen die Angebote der freien Träger ergänzen. Die Personalbemessung in stationären Angeboten wird die Koalition evaluieren. Die Schnittstellen zwischen Psychiatrie, Hilfen zur Erziehung und Schulbereich werden qualifiziert.

Die Koalition wird **Careleaver** weiterhin unterstützen. Die Anlaufstelle für ehemalige Heimkinder wird die Koalition absichern. Die Angebote für Kinder und Jugendliche mit multikomplexen Problemlagen und deren Eltern werden qualifiziert. Flexibudgets, Innovationsfonds und andere präventive Angebote wird die Koalition weiterentwickeln. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wird gesichert.

Die Koalition **stärkt die Rechte junger Menschen**. Sie wird den gesetzlich festgelegten Anspruch auf Flächen und Räume durch Standardfestsetzung konkretisieren, in den Jugendförderplänen ausweisen und in der Infrastrukturplanung, auch im Rahmen von Mehrfachnutzungen, berücksichtigen. In städtebaulichen Verträgen soll die **langfristige Sicherung sozialer Infrastruktur** berücksichtigt werden. Um soziale Infrastruktur in den Bezirken zu sichern wird die Koalition prüfen, wie Bezirke als Bauträger gestärkt werden können. Die Koalition wird gemeinsam mit den Bezirken und den Trägern der Einrichtungen ein Konzept für **Sanierung und Neubau von Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen** entwickeln. Die Koalition setzt das **Spielplatzsanierungsprogramm** fort.

Gute Arbeit und Bezahlung nach Tarif in allen Bereichen der Kinder- und Jugendhilfe ist uns wichtig.

Schule

Zur Gewinnung, Aus- und Fortbildung von pädagogischem Fachpersonal werden wir alle Möglichkeiten ausschöpfen, die einen **nachhaltigen Personalaufwuchs ermöglichen**. Dazu gehört auch eine Verbeamtung von Lehrer*innen. Zum Nachteilsausgleich wird ein Lösungsmodell für diejenigen entwickelt, die nicht verbeamtet werden können oder wollen.

Um diese **Option der Verbeamtung** möglichst vielen Lehrkräften zu eröffnen, wollen wir temporär die Altersgrenze der Verbeamtung für Lehrkräfte auf 52 Jahre erhöhen und werden die entsprechenden rechtlichen Voraussetzungen schaffen. Der durch die Option der Verbeamtung einhergehende Systemwechsel wird im Sinne der Generationengerechtigkeit durch die Einrichtung eines Pensionsfonds ergänzt. Die Option der Verbeamtung wird temporär allen Lehrkräften im Berliner Schuldienst eröffnet, die die Voraussetzungen erfüllen und dauerhaft als Option im Zuge der Einstellung beibehalten. Für Funktionsstellenträger*innen wollen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit Verbeamtung in der bisherigen Eingruppierung erfolgen kann. Die Verbeamtungsoption für Quereinsteigende wird geprüft.

Zu den Maßnahmen zur Erhöhung des Fachpersonals gehören auch die **Verbesserung des Übergangs ins sowie die Ausbildungsbedingungen während des Referendariats**. Die Koalition wird die Castingverfahren evaluieren und prüfen, wie eine Gleichverteilung gut ausgebildeter Lehrkräfte besser gewährleistet werden kann.

Die Koalition wird für **Pädagog*innen mit einem Berufsabschluss aus dem Ausland**, die nur ein Fach der Berliner Schule studiert haben, den Berufseinstieg ermöglichen sowie die **Möglichkeit schaffen, sich berufsbegleitend weiter zu qualifizieren**.

Die Koalition wird die Profession der Pädagogischen Unterrichtshilfen, Grundschullehrkräfte mit Lehrbefähigung für untere Klassen nach Recht der DDR, Lehrkräfte für Fachpraxis, Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung und andere Pädagog*innen, die die Voraussetzungen für eine Höhergruppierung nicht erfüllen, weiterqualifizieren, um eine bessere Eingruppierung zu ermöglichen.

Die Koalition wird Möglichkeiten schaffen, bei der Neubesetzung von freien Schulleitungs- und anderen Funktionsstellen fachliche Qualifikationen gegenüber laufbahnrechtlichen Voraussetzungen zu stärken.

Die Koalition wird ein Konzept entwickeln, wie die Bildungserfolge durch den Einsatz von **multiprofessionellen Kollegien** verbessert werden können und wird das Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ fortführen.

Die Anleitungsstunden für Erzieher*innen erfolgen weiterhin analog zur Kita.

Die Koalition wird für alle Schüler*innen konkrete Möglichkeiten der **Beteiligung am schulischen Alltag und der Schulorganisation ausbauen** sowie zur Teilnahme ermutigen. Allen Schulen wird ermöglicht, bis zur neunten Klasse auf Grundlage der Kultusministerkonferenz-Bildungsstandards standardisierte schriftliche Rückmeldungen zur Lern-, Leistungs- und Kompetenzentwicklung zu geben. Darüber wird regelmäßig von der Schulgemeinschaft abgestimmt.

Die Koalition wird die **Profilschulen stärken** und die Heterogenität ihrer Schüler*innenschaft ausweiten. Für solche mit dem Profil Sport, Tanz oder Artistik werden Präventions- und Gesundheitskonzepte schulgesetzlich festgeschrieben und ihre Einhaltung kontrolliert.

Unser Ziel ist es, **Berliner Schulen diskriminierungsfrei** zu gestalten. Dafür wird die Koalition das pädagogische Personal diverser aufstellen, die **Rahmenlehrpläne und Lehr- und Lernmaterialien rassistisch- und kolonialkritisch überarbeiten** und Fortbildungen zu diesen Themenfeldern aus- und aufbauen. Die Koalition setzt sich ebenso für starke Diversity- und Queerkompetenzen in allen pädagogischen Berufen ein und stärkt das Themenfeld der sexuellen Vielfalt und Identität. Die Koalition wird diskriminierungskritische Konzepte an allen Schulen etablieren und die schulinternen verbindlichen Beschwerde-, Aufarbeitungs- und Fortbildungsstrukturen stärken, insbesondere verpflichtende Fort- und Weiterbildung für Schulleitungen und Schulaufsichten.

Die Stelle der/des Antidiskriminierungsbeauftragten bei der Senatsverwaltung für Bildung stärken wir und konkretisieren die Zuständigkeiten zwischen ihr und der Schulaufsicht. Die/Der Beauftragte beschäftigt sich mit der strukturellen diskriminierungskritischen Entwicklung von Schule im Land Berlin. Für den Bildungsbereich wird eine unabhängige Beschwerdestelle beim Parlament angesiedelt.

Für die **Förderung der Mehrsprachigkeit** wird die Koalition den Erstsprachlichen Unterricht um weitere Sprachen ausbauen, in der Oberschule fortführen, sowie deren Einbringung als 2. oder 3. Fremdsprache ermöglichen. Dabei ist zu prüfen, ob das erfolgreiche Angebot der **Staatlichen Europaschule Berlin (SESB)** um weitere Sprachen und Standorte, insbesondere in den östlichen Bezirken, ausgebaut werden kann. Im Modellversuch werden Einzugsgebiete und neue SESB-Zweige verzahnt.

Die Koalition wird **geflüchtete Kinder und Jugendliche** nach möglichst kurzer Verweildauer in Willkommensklassen in den Regelschulbetrieb integrieren.

Für Bezirksregionen mit besonders schwieriger sozialer Lage wird ein **Modellprojekt „Zukunftskieze“** ausgelobt, in das die Erfahrungen aus der Entwicklung der Campusschulen einfließen.

Zur Qualitätssteuerung werden Lernerfolge im Längsschnitt erfasst und die Messinstrumente um persönlichkeitsbildende, partizipative und demokratische Elemente der Schule sowie das Gelingen von Übergängen erweitert. Ein **zentrales Element der Qualitätssteuerung werden Zielvereinbarungen** in Verbindung mit regelmäßigen **datenunderstützten Beratungsgesprächen** zwischen Schule und Schulaufsicht sein.

Die Strukturen der Schulaufsicht, Schulinspektion, des Instituts für Schulqualität (ISQ) sowie der Fort- und Weiterbildung werden reformiert und stärker miteinander verzahnt. Eine regelmäßige interne und externe Schulevaluation aller Schulen gehört zum professionellen Selbstverständnis von Schulen. Das ISQ wird gestärkt und ausgebaut. Ein zentraler Baustein einer neuen Qualitätsstrategie ist die Einrichtung eines Berliner Landesinstituts für Aus-, Fort- und Weiterbildung für die Beschäftigten an Berliner Schulen. Das neue Landesinstitut wird innovative Angebote unter anderem zu Themen wie digitale Bildung, inklusive Pädagogik sowie spezifische Formate für die Berufsbildung entwickeln. Die Bildungskooperation mit dem Land Brandenburg wird auf eine neue vertragliche Grundlage gestellt.

Die Koalition wird das **Konzept zur sozialindexbasierten Ressourcenzuweisung** weiterentwickeln zu einem System der Schultypisierung, das die strukturellen Belastungen der Schulen und deren Umfeld mehrdimensional beschreibt. Das Merkmal „nichtdeutsche Herkunftssprache“ wird nicht mehr für Einzelschulen veröffentlicht. Die besondere Ressourcenzuweisung für diese Schulen und das Bonus-Programm werden beibehalten und weiterentwickelt. Die Berlin Challenge wird für alle Gebiete in schwieriger Lage geöffnet. Die Brennpunktzulage wird schrittweise in Entlastungsstunden für Lehrkräfte umgewandelt.

Inklusion bedeutet für die Koalition die Umsetzung einer Pädagogik, die alle Schüler*innen in ihrer Individualität wertschätzt, ihre Bedürfnisse achtet, Stärken erkennt, sie fördert und Vielfalt als Chance für erfolgreiches gemeinsames Lernen versteht. Ziel ist es, **alle Schulen des Landes Berlin**, einschließlich der Gymnasien, **zu inklusiven Schulen weiterzuentwickeln**. Dafür wird ein zeitbezogener Stufenplan für die nächsten relevanten Schritte erarbeitet. Wir fördern das Inklusive Gymnasium in einem Modellprojekt. Der Ausbau der vorgesehenen 36 Schwerpunktschulen soll in dieser Wahlperiode abgeschlossen werden. Das in § 37 Abs. 1 Schulgesetz verankerte Recht auf Besuch einer Regelschule wird die Koalition konsequent anwenden.

Die verlässliche Grundausrüstung in der Grundstufe wird evaluiert, bevor sie auf die Oberschule übertragen wird. Festgestellter sonderpädagogischer Förderbedarf soll künftig auch für den Ganztag und für den Übergang aus der Grundstufe gelten.

Die Koalition entwickelt rechtskreisübergreifende Standardverfahren für die Schul- und Hilfeplanung und ein Produkt Schulbezogene Jugendhilfe.

Die Koalition bekennt sich zu multiprofessionellen Teams als Gelingensbedingung für die inklusive Schule. Für den Einsatz von Schulhelfer*innen, Betreuer*innen und Schulassistenzen sowie für die medizinische Versorgung von Schüler*innen wird die Koalition die rechtlichen Voraussetzungen schaffen und die Beantragungsmöglichkeiten erleichtern. Die Koalition verfolgt das Ziel, die Zahl und Ausbildungskapazitäten für pädagogische Unterrichtshilfen und Schulassistenzen zu erweitern. Die Koalition wird die Arbeit der Schulpsychologischen und Inklusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungszentren (SIBUZe) evaluieren und prüfen, die Anzahl der Schulpsycholog*innen zu erhöhen.

Die Koalition stärkt das **ganztägige Lernen** an Schulen mit einer **Qualitätsoffensive**. Die Standards werden mit Hilfe einer Stärkung der Serviceagentur Ganzttag implementiert. Die Bundesmittel für den Ganzttag stehen zur qualitativen Ganzttagentwicklung zur Verfügung. Die Verlässliche Halbtagsgrundschule (VHG) soll zu einer verlässlichen Ganzttagsschule verlängert werden.

Die Koalition wird die Kostenbeteiligungsfreiheit für die ergänzende Förderung und Betreuung auf die Jahrgangsstufe 3 ausweiten (F54).

Die Koalition entwickelt ein Konzept, das Vernetzung mit außerschulischen Partner*innen im Sozialraum im Rahmen des ganztägigen Lernens stärkt und in Abstimmung mit den Bezirken Mehrfachnutzungen und Öffnungen außerhalb der schulischen Nutzungszeit ermöglicht. Die Koalition wird die **außerschulische Bildung** und deren Lernorte, an denen sie stattfinden stärken. Sie will die staatlichen Einrichtungen der außerschulischen Bildungsarbeit – Jugendkunstschulen, Jugendverkehrsschulen, Gartenarbeitsschulen und Musikschulen – nachhaltig sichern. Die Vermittlung kultureller Bildung ist der Schlüssel für kulturelle Integration und Teilhabe und muss deshalb gestärkt werden. Die Koalition unterstützt die Weiterentwicklung der Umweltbildung in Berlin und wird die grünen Lernorte weiterhin sichern. Sie setzt sich für Bildung für nachhaltige Entwicklung ein und steuert die Umsetzung des Weltaktionsprogramms der UNESCO im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Koalition **stärkt die sechsjährige, inklusive Grundschule** und wird die Begabungsförderung vor allem in den Klassen 5 und 6 ausbauen sowie ein Konzept zur Weiterentwicklung der Qualität als „Schulen für alle“ entwickeln. Unser Ziel sind bessere Lernbedingungen und höhere Lernerfolge insbesondere dort, wo die Lage schwierig ist. Dazu wird die Koalition die Funktionsstellen ausbauen.

Die Aufnahmekriterien an Grundschulen werden im Hinblick auf Geschwisterkinder- und Härtefallregelungen überarbeitet. Der Übergang an Integrierten Sekundarschulen (ISS) und Gemeinschaftsschulen (GemS) wird reformiert, um die Heterogenität an den übernachgefragten Schulen zu erhöhen. Die Gymnasien sollen künftig Verantwortung für den Bildungserfolg aller aufgenommenen Schüler*innen übernehmen. Daher werden wir das Probejahr und das Abschulen durch geeignete Maßnahmen zur Eignungsfeststellung für Kinder ohne Gymnasialempfehlung ersetzen und die Gymnasien umfassend bei der Umsetzung unterstützen.

Die Koalition wird die **Gemeinschaftsschule** durch Erarbeitung und Umsetzung eines Förderkonzepts gezielt unterstützen und **als eigenständige Schulart qualitativ und quantitativ weiterentwickeln**. Es wird eine wissenschaftliche Begleitung der GemS als Längsschnittstudie (1-13) durchgeführt. Wir werden den Bau neuer GemS sowie Fusionen von Grund- und Oberschulen mit klaren Qualitätskriterien und Mindeststandards vorantreiben. Dazu sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen derart angepasst werden, dass dem Land die prozesssteuernde Rolle bei der Einrichtung ermöglicht wird. Die Koalition entwickelt ein Startprogramm, mit dem für den Zeitraum der Schulumwandlung zusätzliche finanzielle Mittel, und eine enge Prozessbegleitung als Unterstützung und Anreiz zur Umwandlung bereitgestellt werden.

In Bezug auf **Schulen in freier Trägerschaft** wird die Koalition eine schulgesetzliche Änderung vornehmen. Die Koalition prüft, ob und wie diejenigen freien Schulen, die bestimmte Kriterien wie zum Beispiel Grad der sozialen Durchmischung bzw. Inklusion, faire Arbeitsbedingungen sowie gemeinsames Verständnis von Qualitätssteuerung erfüllen, zusätzlich gefördert werden können.

Die Koalition ermöglicht allen allgemeinbildenden Schulen, dass sie entweder mit einer eigenen gymnasialen Oberstufe oder einer Verbundoberstufe mit weiterführenden allgemein- und berufsbildenden Schulen zu allen Abschlüssen führen.

Die Abschlüsse und Übergangskriterien an der Schnittstelle zur gymnasialen Oberstufe und die Prüfung zum Mittleren **Schulabschluss** (MSA) werden evaluiert und gegebenenfalls verändert. Bei den MSA-Prüfungen wird der Asynchronität der Schularten Rechnung getragen.

Die Koalition wird die **Berliner Schulbauoffensive** fortführen. Holzbau soll dabei verstärkt zum Einsatz.

Die Koalition strebt eine **Beschleunigung der Schulbauoffensive** bei den Großsanierungen an. Um das Ziel eines ausgewogenen Schulnetzes zu erreichen, wird eine gesamtstädtische Planung für weiterführende Schulen erstellt. Zusätzliche Bau- sowie Finanzierungskapazitäten werden geprüft.

Eine überbezirkliche Dringlichkeitsliste und Ausweichkonzepte werden erarbeitet. Das **Mensenprogramm** wird verstärkt fortgeführt. Die Ressourcen, wie die der drei Regionalverbände sowie der Gemeinsamen Geschäftsstelle, werden in eine gemeinsame Landesstruktur überführt und die Task Force in ihrer Entscheidungsbefugnis gestärkt. Baukolloquien arbeiten regelhaft und die Geschäftsprozesse werden optimiert. Hohe Priorität hat die Entwicklung einer datenbankgestützten Bedarfsplanung und eines Controllings.

Die Koalition treibt die **Schuldigitalisierung** prioritär voran. Die Schulbau-Steuerungsgremien und bauliche Digitalisierung werden zusammengeführt. Für den WLAN-Betrieb und das verfahrensunabhängige IKT wird das IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) strukturell ertüchtigt.

Die Positivliste von digitalen Anwendungen sowie die **digitale Lehr- und Lernmittelverordnung** werden erarbeitet und die Schuldatenverordnung aktualisiert. Die Weiterentwicklung der Berliner Lehrkräfte-Unterrichts-Schul-Datenbank (LUSD) und der Anschluss der Schulen werden vorangetrieben.

Die Koalition entwickelt ein sozialverträgliches, technisch standardisiertes „**Endgeräts-Service**“-Modell für Schüler*innen. Es werden nachhaltige und datenschutzkonforme Endgeräte, vorrangig „Convertibles“ sogenannte Hybrid-PCs, beschafft. Die Endgeräte der Pädagog*innen werden administrativ wie edukativ nutzbar gemacht.

Der **Beirat Digitalisierung** und der **Runde Tisch Medienbildung** werden zusammengefasst und beteiligungsorientiert weiterentwickelt. Die Koalition wird **ein landesweites Medienkompetenzzentrum als Netzwerkstelle** einrichten. Der Lernraum Berlin wird konzeptionell weiterentwickelt.

Die Koalition wird die **Berufsbildung in den Oberstufenzentren (OSZ) und beruflichen Schulen** im Sinne der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung stärken und duale Ausbildungs-, Qualifikations- und Studienangebote sowie Übergänge in berufliche Bildungsgänge fördern. Der aktuelle Stand der technischen Ausstattung wird durch ein Konzept der Ersatzbeschaffung aufrechterhalten. Um den strukturellen Herausforderungen der Zukunft in der beruflichen Bildung begegnen zu können, wird ein **Schulentwicklungsplan für die beruflichen Schulen** erstellt. Die Schulaufsicht über die privaten beruflichen Schulen wird gewährleistet. Willkommensklassen sind als Regel-Bildungsgang zu etablieren.

Die Koalition fördert die Verzahnung von beruflicher und allgemeiner Bildung und unterstützt entsprechende Modellvorhaben insbesondere in den Sekundarstufen I & II sowie die weitere Verbreitung von Verbundoberstufen mit OSZ.

Die Zuständigkeit für Berufsorientierung und den Übergang Schule-Beruf muss zukünftig in der Senatsbildungsverwaltung liegen, um Sollbruchstellen zu vermeiden.

Die Berufs- und Studienorientierung an allen Schulen, auch an Gymnasien und OSZs wird gestärkt, unter anderem durch den Ausbau des Produktiven Lernens. Die Koalition entwickelt ein Konzept zur Stärkung des Wirtschaft-Arbeit-Technik-Unterrichts. Die Berufs- und Studienorientierung-Teams und -Tandems an den Schulen werden weiterentwickelt. Die Jugendberufsagentur wird gestärkt.

Auf dem Weg zur **Ausbildungsplatzgarantie** verpflichtet sich die Koalition, jedem Jugendlichen, der keinen Ausbildungsplatz gefunden hat, nach Ende des 10. Pflichtschuljahres für mindestens ein Jahr ein garantiertes Angebot der Berufsausbildungsvorbereitung zu machen. Grundlage ist die „Verordnung zur Einführung der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung“ aus dem Jahr 2019.

Bei der Umsetzung der Ausbildungsplatzgarantie hat dabei immer die betriebliche, duale Ausbildung Priorität. Dort wo ein ausreichendes **duales Ausbildungsplatzangebot** in der Wirtschaft nicht vorhanden ist, werden subsidiäre Angebote eröffnet. Hierbei sollen die Berufsfachschulen als Ergänzung zu den dualen Ausbildungsgängen qualitativ verbessert und angebots- und arbeitsmarktorientiert an den beruflichen Schulen aufgestellt werden.

Die Koalition sichert den Bedarf an qualifizierten Fachkräften in der mittleren Führungsebene in Betrieben durch die Weiterentwicklung der Fachschulen sowie das Duale Studium an beruflichen Schulen.

In dieser Wahlperiode wollen wir durch eine abgestimmte Strategie die Institutionen und Angebote der **Erwachsenenbildung** stärken. Institutionen des zweiten Bildungsweges, die eine Vielzahl von nachträglichen Schulabschlüssen ermöglichen, gehören selbstverständlich dazu. Die Koalition unterstützt die **Digitalisierungsstrategie der Berliner Volkshochschulen** („Erweiterte Lernwelten“), um den Wandel zu einer nachhaltigen und digital erweiterten Bildungskultur zu ermöglichen. Die Koalition entwickelt die aktuellen Konzepte für Dritte Orte in Bereichen des lebenslangen Lernens weiter. Wir stärken die **Landeszentrale für politische Bildung** als wichtigen Akteur der Demokratiebildung in Berlin.

Die Koalition will die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Volkshochschulen weiter verbessern. Sie setzt den Dialog mit den entsprechenden Akteur*innen dazu fort.

17. Wissenschaft, Forschung und Hochschulen

Die Koalition bekennt sich zu **Berlin als Wissenschaftshauptstadt** sowie als Wissenschafts- und Forschungsstandort von weltweiter Bedeutung und wird ihn in seiner Vielfalt und Strahlkraft weiterentwickeln. Wir stärken die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Gesellschaft und nutzen stärker wissenschaftliche Erkenntnisse, um die zentralen Herausforderungen der Zukunft unserer Stadt zu bewältigen.

Hochschulen sind Orte der Wissenschaft und Exzellenz sowie von Vordenker*innen für die sozial-ökologische Transformation unserer Stadt. Um ihre gesellschaftliche Rolle zu erfüllen, müssen sie auch als soziale, öffentliche und inklusive Orte gestaltet sein.

Berlin braucht hoch qualifizierte, kreative und junge Menschen, um den großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit auch künftig entsprechen zu können. Wir werden das hohe Niveau von fast **200.000 Studierenden** an staatlichen und privaten Hochschulen halten. Für die 170.000 Studierenden an staatlichen Hochschulen wird die Koalition die Gebührenfreiheit erhalten. Gegenüber dem Bund setzen wir uns für ein modernes, alters-, elternunabhängiges BAföG ohne Verschuldungskomponente ein.

Die Stärke der Berliner Wissenschafts- und Forschungslandschaft liegt in ihrer Vielfalt. Besonders die Kombination von Universitäten, außeruniversitären und freien Forschungseinrichtungen sowie der Forschungseinrichtungen der Wirtschaft macht die Wissenschaftshauptstadt Berlin innovativ und attraktiv. Sie ist zugleich Labor für Innovation und Nachhaltige Entwicklung.

Der **Zugang von benachteiligten Gruppen**, wie unter anderem von Kindern aus Nicht-akademikerfamilien und Geflüchteten, an den Hochschulen soll verbessert werden, indem wir die Unterstützungs- und Beratungsmöglichkeiten ausbauen und durch Programme und Kooperationen ergänzen, die zur Aufnahme eines Studiums motivieren. Die Koalition wird das Berliner Zulassungsrecht prüfen, so dass es sozial durchlässig und gendergerecht ausgestaltet wird und Hürden auf das fachlich unbedingt Notwendige beschränkt werden.

Wir wollen zudem das **Orientierungsstudium** weiterentwickeln. Hierüber soll auch internationalen Studierenden und Geflüchteten die Möglichkeit zum Erwerb notwendiger Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium durch gebührenfreie Angebote der Hochschulen geboten werden. Wir wollen die Unterstützungsleistungen der psychologischen Beratung und Sozialberatung der Hochschulen sowie des Studierendenwerks erweitern. Die Funktions- und Handlungsfähigkeit des Studierendenwerks werden wir durch den Landeszuschuss absichern.

Die Koalition will die Selbstbestimmung von Lehrenden und Studierenden unter anderem durch Verringerung der Prüfungslast stärken. Gute Lehre wollen wir mit einem Ausbau der hochschulischen Fort- und Weiterbildungen stützen, insbesondere den anhaltenden Erwerb fachdidaktischer Kompetenzen. Auch unterstützen wir die Weiterentwicklung und Implementierung **digitaler und hybrider Lehr- und Prüfungsformate**. Insbesondere beim Ausbau der dualen Studiengänge sollen asynchrone Lernformate angemessen angeboten und integriert werden, um ein zeitgemäßes Studieren unter Berücksichtigung der individuellen Lebensgestaltung zu ermöglichen.

Die **Mitbestimmung der Studierenden** und die Rolle der Kommissionen für Lehre und Studium wollen wir durch die verbindliche Wirkung ihrer Entscheidungen stärken. Wir unterstützen die bestehenden Professionalisierungsentwicklungen der Studierendenvertretungen.

Ein **erfolgreicher Wissenschaftsstandort Berlin** muss für leistungsstarke und kreative Wissenschaftler*innen attraktiv sein. Sie auszubilden und weiterzuentwickeln, zu gewinnen und zu halten ist von entscheidender Bedeutung.

Haushaltsfinanzierte, promovierte Wissenschaftler*innen in Mittelbau und Professorenenschaft erhalten nach der zweiten Qualifikationsphase grundsätzlich eine Perspektive auf Entfristung, wenn sie sich in einem qualitätsgesicherten Verfahren bewähren. Die Koalition strebt an, frühzeitige Karriereperspektiven bei Berufungen über die Nutzung von **Tenure-Tracks** auszubauen.

Die Koalition unterstützt die Hochschulen darin, nachhaltige Personalstrukturen Department- bzw. Faculty-Strukturen mit flacheren Hierarchien und kooperativem Teilen der Ressourcen auf Ebene der Institute beziehungsweise Fachbereiche zu entwickeln. Sie wird die Hochschulen bei der Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Berliner Wissenschaft unterstützen und notwendige gesetzliche Präzisierungen vornehmen. Die Koalition modernisiert die Lehrverpflichtungen.

Die Koalition prüft die Einrichtung eines künstlerisch-wissenschaftlichen Promotionsrechts für Kunsthochschulen. Das „Forum Gute Arbeit“ an den Berliner Hochschulen wird für die Unterstützung des Strukturwandels und für die Vorbereitung und Umsetzung der Hochschulverträge weiterentwickelt. Die Professionalisierung des Wissenschaftsmanagements soll gefördert werden.

Es ist Ziel der Koalition, **mindestens 50 Prozent** aller Stellen und Funktionen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit **Frauen** zu besetzen und den Gender-Pay-Gap zu überwinden. Wir verstetigen das Berliner Chancengleichheitsprogramm. Außerdem entwickeln wir das Elsa-Neumann-Stipendium des Landes Berlin weiter.

Beides zusammen richten wir auf die Umsetzung der neuen Personalstrukturen aus. Wir wirken darauf hin, dass gender- und diversitätsensible Inhalte als verbindlicher Bestandteil von Fort- und Weiterbildungen, insbesondere für die Lehrenden und Mitglieder von Auswahlkommissionen alle Statusgruppen betreffend, verankert werden. Die Koalition hat das Ziel, dass Ostdeutsche auch in der Wissenschaft angemessen repräsentiert sind und unterstützt ein entsprechendes Monitoring für evidenzbasierte Maßnahmen zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit. Wir wollen weiterhin die Aufnahme und finanzielle Unterstützung geflüchteter Wissenschaftler*innen ermöglichen sowie geflüchtete Studierende im Rahmen des Gesamtkonzepts zur Integration und Partizipation unterstützen.

Ziel der Koalition ist es, die Versäulung der Wissenschaft weiter abzubauen und Kooperationen von Universitäten, Hochschulen für Angewandte Wissenschaften sowie der außeruniversitären Forschung und freien Instituten zu fördern. Die **Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg** werden wir über neue Kooperationen in den Bereichen der Forschung und Lehre voranbringen.

Wir wollen die **Zusammenarbeit mit internationalen Partnern**, unter anderem im Rahmen der Berlin-Queensland-Alliance zum Thema Digital Health oder der Oxford-Berlin Kooperation OXBER ausbauen, um die Attraktivität des Standortes für internationale Wissenschaftler*innen in allen Karrierestufen zu stärken.

Die vorhandenen Kompetenzen im Bereich der **Klimaforschung** in Berlin wollen wir zusammenführen und mit geeigneten lokalen, nationalen und internationalen Partner*innen verbinden, um ein weltweit führendes Zentrum entstehen zu lassen und gleichzeitig die einzigartigen Voraussetzungen der Modellregion Berlin-Brandenburg zu nutzen und die notwendigen Transformationsprozesse voranzutreiben. Die Koalition sichert die notwendigen Mittel für den **Aufbau des Climate Change Centers** für den endgültigen Haushalt zu. Lehre und Forschung zur Digitalisierung, der Anpassung an den Klimawandel und der Transformation der Energieversorgung sind wichtige Zukunftsthemen in diesem Bereich.

Forschung und Transfer an **Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW)** werden weiter ausgebaut. Der an den Berliner HAWen entstehende Mittelbau stärkt weiterhin die anwendungsnahe Forschung, indem sowohl Qualifizierungsstellen als auch unbefristete Dauerstellen geschaffen werden. Die Koalition unterstützt die Hochschulen, das Ziel von 0,25 Stellen pro Professur zu erreichen.

Wir werden die **international renommierte Charité** unterstützen und absichern, um bestmögliche Bedingungen in Forschung, Lehre und Versorgung zu bieten und die Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern.

Die großen Investitionsmaßnahmen im Bereich Wissenschaft und Forschung werden wir in die Priorisierung bedeutender Berliner Hochbauvorhaben einordnen. Schwerpunkte der Weiterentwicklung liegen auf einem neuen Standort des Nationalen Centrum für Tumorerkrankungen (NCT), der Errichtung des Deutschen Herzzentrums der Charité (DHZC), der Evaluierung des Berlin Institut of Health (BIH) und dem Ausbau der Berlin School of Public Health. Wir wollen die Kooperation zwischen Charité und Vivantes in Forschung, Lehre, Digitalisierung, Ausbildung und Verwaltung weiterentwickeln und die Rolle der Universitätsmedizin zwischen Wissenschafts- und Gesundheitssystem stärken.

Die Berliner Universitäten haben ihre enorme Leistungsstärke als Verbund im Rahmen der **Exzellenzstrategie** eindrucksvoll bewiesen. Die Koalition wird die Kooperation der Berliner Universitäten und der Charité in der Berlin University Alliance (BUA) im Rahmen der Fortschreibung der Hochschulverträge weiter begleiten und unterstützen, um die Weiterentwicklung und Fortsetzung der Erfolge sicherzustellen und auch bei kommenden Auswahlrunden des Wettbewerbs wieder erfolgreich Forschungscluster einzuwerben.

Die Rolle der **Einstein Stiftung** in der und für die vielfältige Wissenschafts-Landschaft Berlin und die Erforschung von Zukunftsthemen in Berlin wird strukturell weiterentwickelt. Die Mittelverwendung der Stiftung wollen wir flexibler und kooperationsfähiger gestalten, sowie in besonderen Fällen weitere Mittel für neue Forschungszentren zur Verfügung stellen. Die Strategie der Matching-Funds und die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft wird fortgesetzt.

Die Koalition wird weiterhin in die **Vielfalt der Wissenschaftshauptstadt** investieren, Kooperationen im Forschungsraum Berlin-Brandenburg festigen und prüft die Ansiedlung weiterer Institute. Um die Synergien und Potenziale dieser Vielfalt noch besser zu heben, wollen wir Kooperationen und Vernetzungen inklusive Antrags-Kofinanzierung zwischen den verschiedenen Akteursgruppen in der vielfältigen Berliner Forschungslandschaft fördern. Damit sollen auch Möglichkeiten von Horizon Europe ausgeschöpft und internationale Gelder an den Wissenschaftsstandort Berlin geholt werden.

Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass Hochschulen, Industrieunternehmen und IT-Dienstleister in Innovationsnetzwerken noch besser vernetzt werden. Die Zusammenarbeit unterstützen wir durch Forschungsk Kooperationen, Förderung von dualen Studiengängen und begleitete Abschlussarbeiten von Studierenden. Bestehende Barrieren für Ausgründungen, Transfer und Patentanmeldungen aus Hochschulen werden wir abbauen.

Die Koalition wird den intensiven **Transfer zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft** ausbauen. Die Wissenschaftskommunikation wollen wir mit den Institutionen in der Wissenschaft und Forschung fortsetzen.

Die Koalition wird das Institut für Angewandte Forschung IFAF unterstützen und die Förderung verstetigen.

Wir prüfen die Unterstützung der Gründung einer **Humanistischen Hochschule**, auch um zusätzliche Fachkräfte im Bereich der sozialen Arbeit und Pädagogik auszubilden.

Die Koalition wird die **sozial-ökologische Forschung** in und für Berlin weiterhin durch das sozial-ökologische Forschungsprogramm, die Verstetigung der Förderung des Ecornet Forschungsverbundes Wissen.Wandel.Berlin und die Umsetzung des Wissenschafts-Forum der Zivilgesellschaft Berlin fördern. Um der besonderen Bedeutung der sozial-ökologischen Forschung für das Land Berlin gerecht zu werden, bauen wir die hierfür vorgesehenen Mittel aus.

Die Koalition unterstützt die weitere **Einwerbung von Forschungsvorhaben und -verbänden**: Berlin Institute for the Foundations of Learning and Data (BIFOLD), Quantentechnologie, Nationalen Hochleistungsrechnen am Zuse Institut Berlin und Nationale Forschungsdateninfrastruktur, Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. Wir wollen die Voraussetzungen für gemeinsame Berufungen auch in Berlin schaffen.

Die Koalition wird das bewährte Instrument der **Hochschulverträge** weiterentwickeln und den Verhandlungsprozess auf der Grundlage des neuen Hochschulgesetzes transparenter gestalten. Dazu werden die Grundfinanzierung gestärkt, Fehlanreize bereinigt sowie Leistungskriterien angepasst. Die Koalition wird aus Landesmitteln die jährliche Steigerung der Hochschulvertragsmittel von mindestens 3,5 Prozent fortführen, um Preissteigerungen abzufangen sowie den Hochschulen Planungssicherheit zu bieten. Die Koalition will gute Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen und das Prinzip nachhaltige Hochschule zu durchgehenden Prinzipien der Hochschulfinanzierung ausbauen.

Wir wollen den Investitionsstau der Berliner Hochschulen bei Immobilien und Infrastruktur mittelfristig auflösen und dabei Nachhaltigkeit, Sanierung, Klimaneutralität und -resilienz, wie auch die Digitalisierung ins Zentrum stellen. Die Koalition wird dazu, unter Einbeziehung des 6-Punkte-Sofortplans des Berliner Senats, die Priorisierung der notwendigen Maßnahmen aller staatlichen Hochschulen vornehmen.

Wir werden die Einwerbung von Fördermitteln nach Art. 91b GG unterstützen und eine Initiative auf Bundesebene starten, um den Bund paritätisch an etwaigen Kostensteigerungen zu beteiligen.

Zur Bewältigung der Herausforderungen der **Digitalisierung** wollen wir unsere Hochschulen im Rahmen der Hochschulverträge unterstützen.

Wir stärken den Bereich der **IT-Sicherheit** durch die Besetzung der hauptamtlichen IT-Sicherheitsbeauftragten und die Einrichtung eines unabhängigen Forums dieser IT-Sicherheitsbeauftragten mit gemeinsamer Berichtspflicht an den Senat. Durch einen sozial ausgestatteten Digitalpakt, der den Bund mit einschließt, bauen wir Zugangs- und Nutzungshürden für Studierende ab. Zudem fördern wir den Zugang aller Mitglieder der Hochschulen zu digitalen Angeboten aller Bibliotheken.

Die Koalition will die bereits vereinbarte Anzahl von **2.000 Absolvent*innen im Lehramt** durch Verbesserungen im Studium erreichen. Wir wollen eine präzisere Bedarfsprognostik für Lehrkräfte entwickeln und in die verbindliche Kapazitätsplanung einbeziehen. Darüber hinaus prüfen wir, ob eine verbindliche Bedarfsorientierung gesetzlich verankert werden kann.

Wir setzen die **Fachkräfteoffensive** fort und werden die Studienplatzkapazitäten bedarfsgerecht erhöhen und zusätzlich finanzieren, um die Fachkräftebedarfe auch in zehn Jahren strukturell zu sichern.

Das Sonderprogramm Beste (Lehrkräfte-)Bildung für Berlin wird verstetigt. Den Quereinstiegs-Master werden wir ausbauen. Die Koalition strebt zudem einen bundesweiten Staatsvertrag zur bedarfsgerechten Lehrkräfteausbildung an.

Die Koalition will weiter gezielt Ausbildungs- und Studienkapazitäten bereitstellen, um dem andauernden Fachkräftebedarf in den Berliner Verwaltungen, Betrieben der Daseinsvorsorge, Schulen und anderen pädagogischen, medizinischen und sozialen Feldern entgegenzutreten.

Als Grundlage für die Senkung von Studienabbrüchen wird eine Evaluation zum Studien- und Ausbildungsverlauf beauftragt. Zur Verbesserung der Qualität des Lehramtsstudiums, insbesondere der Erhöhung und Verbesserung professionsbezogener Angebote, reformieren wir das Lehrkräftebildungsgesetz und die Lehramtszugangsverordnung.

Zur Evaluation des aktuellen Lehramtsstudiums gehört auch, alternative Wege ins Lehramt offen zu diskutieren, frühe Praxisphasen und eine Reform bis hin zur optionalen Einführung des Bachelors of Education als erste Studienphase zu prüfen.

Die im Lehrkräftebildungsgesetz gegebene Möglichkeit, beim Grundschullehramt mit den Fächern Musik oder Kunst zwei statt drei Fächer zu studieren, wird die Koalition verstärkt nutzen. Wir prüfen die Kooperation mit Hochschulen für Angewandte Wissenschaften für die Ausbildung von Lehrkräften für berufliche Schulen.

18. Wirtschaft

Die Koalition will Berlin zu einem der **bedeutendsten Wirtschafts- und Technologiestandorte Europas** und die Berliner Wirtschaft zu einem Vorbild für nachhaltiges Wirtschaften entwickeln, die Metropolenregion stärken und unterstützt die notwendige Transformation zu Klimaneutralität und Digitalisierung, bei der **Innovationen, soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit** im Fokus stehen. Dabei agiert die Koalition im europäischen Rahmen des „EU Fit for 55“ Programms und des EU Green Deal.

Die Koalition setzt die Corona-Hilfe für die von der Pandemie betroffenen Bereiche der Berliner Wirtschaft unter Berücksichtigung der Unterstützung der EU und des Bundes fort. Mit einem **Zukunftsprogramm „Neustart Berlin“** werden wir einen besonderen Fokus auf das Gastgewerbe, die Hotel- und Veranstaltungswirtschaft, die Messe, den Einzelhandel sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft legen. Bei der Ausgestaltung der Konjunkturprogramme berücksichtigen wir soziale und ökologische Zielstellungen sowie wirtschaftliche mittelfristige Folgen. Die Digitalisierung sowie Vernetzung der Unternehmen mit Wissenschaft, Forschung und Stadtgesellschaft sind dabei Schwerpunkte. Es gilt für uns der Grundsatz öffentliches Geld für gute Arbeit. Die Koalition überprüft die Förderprogramme hinsichtlich der Frage, wie die Kriterien der guten Arbeit festgesetzt werden können. Ziele sind, Arbeitsplätze zu sichern, Leiharbeit zu reduzieren und die Tarifbindung der Unternehmen sowie die tariflichen Arbeitsbedingungen zu stärken. Mit Blick auf die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie prüfen wir, wie wir die Bedingungen für den Einzelhandel erleichtern können. Um die **Gastronomie** zusätzlich zu **entlasten**, wird die Koalition für die Sondernutzung des Straßenlands in 2022 das Erheben von Gebühren aussetzen. Der Gebührenausschuss wird den Bezirken erstattet.

In Abhängigkeit von den laufenden gerichtlichen Verfahren zum Ladenöffnungsgesetz werden wir die bestehenden Regelungen zur Sonntagsöffnung rechtssicher gestalten.

Die Koalition steht für eine klare **Willkommenskultur für Unternehmen**. Die Verwaltung muss sich auch als Partnerin und Dienstleisterin für Unternehmen in der Stadt verstehen. Senats- und Bezirksverwaltungen sollen besser zusammenarbeiten, Ermessensspielräume nutzen und Prozesse möglichst standardisieren und digitalisieren.

Die Koalition bündelt die Verantwortung für die Vergabeorganisation und reduziert die Anzahl der Vergabestellen. Innovative, nachhaltige, faire und an den Kriterien der guten Arbeit ausgerichtete Vergabe wird in den zentralen Vergabestellen geschult, und eine Kultur der Entscheidungsfreude etabliert, damit der vorhandene gesetzliche Rahmen ausgeschöpft werden kann. Die Kompetenzstelle „Faire Vergabe“ wird gestärkt.

Die zuständige zentrale Kontrollgruppe wollen wir stärken. Sie soll vermehrt Stichprobenkontrollen und anlassunabhängige Prüfungen durchführen und Hinweisen der Sozialpartner nachgehen.

Die Koalition unterstützt die Internationalisierung Berliner Unternehmen und internationale Wirtschaftskooperationen mit anderen Regionen weiter. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Startups werden bei der Suche nach weltweiten Ziel- und Potenzialmärkten unterstützt.

Die Koalition unterstützt insbesondere Berliner KMU bei der digitalen Transformation. Die **Digitalagentur** wird dazu unter anderem im Themenfeld IT-Sicherheit weiter ausgebaut, die Digitalprämie fortgeführt und die Kooperation von Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnik- und der Start-up-Szene mit Industrieunternehmen intensiviert. Die **Gigabitstrategie des Landes Berlin** wird fortgeführt, dem Ausbau von Glasfaseranschlüssen und des Gigabitnetzes durch standardisierte Genehmigungsverfahren hohe Priorität eingeräumt. Das Breitband-Kompetenz-Team (BKT) und das Berliner Breitband Portal wird gestärkt. Das **kostenlose, frei zugängliche WLAN** in Berlin wird ausgebaut. Berlin entwickelt eine Digital- und Smart City-Strategie nach den Grundsätzen der „Declaration of Cities Coalition for Digital Rights“.

Damit die **Messe Berlin** ihre zentrale Rolle als großer öffentlicher Messe- und Kongressveranstalter behalten kann, muss sie zukunftsfähig werden. Bei der Erneuerung ihrer Strategie wird sie auch mit Ressourcen unterstützt. Der Masterplan muss an die Anforderungen der Digitalisierung und die Umstände nach der Corona-Pandemie angepasst werden. Messe- und Kongressgeschäfte werden wir mit der Fortführung des Kongressfonds unterstützen, der um den Schwerpunkt „Messe von Morgen“ für experimentelle Formate erweitert wird. Kooperationen mit der Tempelhof Projekt GmbH sollen ausgebaut werden und zusätzliche Leitmessen und nationale sowie internationale Kongresse angeworben werden.

Gemeinsam mit Brandenburg und dem Ausrichter wollen wir prüfen, inwieweit wir für die Internationale Luft- und Raumfahrt Ausstellung (ILA) eine innovative, zivile, nachhaltige und eine kostendeckende Konzeption entwickelt werden kann.

Die Koalition will **starke kommunale Unternehmen** mit hochwertigen gemeinwohlorientierten Leistungen. Besonders die Anstalten des öffentlichen Rechts (BWB, BSR, BVG) sind gefordert, einen Beitrag zu Klimaneutralität, Verkehrswende und bezahlbaren Preisen für öffentliche Güter der Daseinsvorsorge zu leisten.

Die Koalition will die **Attraktivität von Einkaufsstraßen** steigern durch: Hybride Modelle von stationärem und online-gestütztem Handel, städtebauliche Maßnahmen

(zum Beispiel Pickup-Stationen), Weiterbildung der Beschäftigten und der kleinen und mittleren Unternehmen selbst (Digitalisierungslotsen), Förderung von lokalen Marktplätzen (Online-Plattformen) und Maßnahmen zum Erhalt oder Weiterentwicklung ausgewählter klassischer Kaufhausstandorte und Malls. Das Berliner Immobilien- und Standortgemeinschafts-Gesetz (BIG) werden wir evaluieren, Partizipation stärken und bis Ende 2022 rechtssicher ausgestalten.

Die Koalition ist sich einig im Ziel, **Handwerksbetriebe** und ihre Flächen zu schützen. Die Meistergründungsprämie und das Aktionsprogramm Handwerk werden wir fortführen und neue Gewerbehöfe sowie Meistermeilen in Berlin erproben. Das mit der Handwerkskammer Berlin gegründete Reparaturnetzwerk wird weiter ausgebaut und die Städtepartnerschaften mit dem Globalen Süden genutzt, um Handwerkspartnerschaften zu initiieren.

Die Koalition wird die Meisterausbildung von Frauen und unterrepräsentierten Gruppen unterstützen.

Die Koalition wird dem Gewerbeflächenmangel entschlossen entgegentreten und den **Stadtentwicklungsplan Wirtschaft2030** fortentwickeln. Die Berliner Mischung soll durch den landeseigenen Gewerbeflächenbestand gesichert werden.

Die Koalition will, dass mehr **Ideen und Produkte „Made in Berlin“** auch in Berlin erprobt und zur Anwendung gebracht werden.

Die Koalition wird Reallabore beispielsweise für innovative Technologien in Berlin ermöglichen und prüft, wo rechtliche Experimentierklauseln helfen. Genehmigungsprozesse für Reallabore werden möglichst standardisiert und über eine zentrale Internetplattform sichtbar.

Berlin ist **Start-up-Hauptstadt** und Zentrum von Innovation und Nachhaltigkeit. Die Koalition wird die Innovationsförderung bei der Investitionsbank (IBB) für die klimafreundliche Transformation der Produkte und der Unternehmen nutzen. Dabei werden Möglichkeiten, bei der Wirtschaftlichkeitsberechnung zu fördernder Projekte die Klimakosten zu internalisieren, geprüft.

Die **Start-up-Agenda** wird weiterentwickelt und mit bestehenden Strategien und Bestandsunternehmen verzahnt. Zum Monitoring soll das Projekt der Start-up-Map fortgesetzt werden. Die Koalition verbessert die Gründungsberatung nach dem Vorbild des „Digital Innovation Office“ in Barcelona. Die Wirtschaftsförderung unterstützt kleine und mittlere Unternehmen auf dem Weg der ökologischen, sozialen und digitalen Transformation.

Die Koalition will die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Berlin und Brandenburg intensivieren, die gemeinsame Innovations- und Clusterstrategie (innoBB 2025) ausbauen und die Metropolregion zusammenhängend weiterentwickeln. Gemeinsam mit Brandenburg streben wir eine Kooperationsstrategie und den Aufbau einer regionalen Produktionskette für Holzbau und ökologische Baustoffe an. Die Koalition wird mit Brandenburg darüber beraten, die bestehende Clusterstrategie um die Themen Holzbau, Green Economy zu erweitern und wirbt für einen neuen clusterübergreifenden Fokus zu Kreislaufwirtschaft. Auch die gemeinsame Entwicklung von Innovationskorridoren entlang des Siedlungssterns und seiner Bahn- und Schiffsverbindungen und Korridore von Berlin in die Lausitz, in Richtung Stettin und in Richtung Prignitz streben wir an. Zur Weiterentwicklung der Region wird auch der Flughafen BER mit Langstreckenverbindungen beitragen.

Die Koalition wird die Rahmenbedingungen für die „**Soziale Solidarische Ökonomie**“ verbessern, verstetigt die eingerichtete Informations-, Beratungs- und Vernetzungsstelle „Social Economy Berlin“, verbessert den Zugang zu öffentlichen Aufträgen und Förderung und unterstützt die Akteure des nachhaltigen Wirtschaftens dabei, einen eigenen Ort für nachhaltiges Wirtschaften zu schaffen.

Die Koalition unterstützt die Unternehmen in Berlin bei den Herausforderungen der **sozial-ökologischen Transformation** in Richtung Klimaneutralität. Die Koalition hat das Ziel, den Anteil hochwertiger industrieller Fertigung in Berlin zu erhöhen und Wertschöpfungsketten zu erweitern. Die Transformation wird so ausgestaltet, dass auch Qualifizierungsmaßnahmen Beschäftigung sichern.

Der **Masterplan Industriestadt Berlin** wird weiterentwickelt. Der bei der Regierenden Bürgermeisterin angesiedelte Steuerungskreis Industriepolitik wird zu einem dauerhaften Transformations-Beirat unter Einbindung der Sozialpartner*innen und der für Wissenschaft, Wirtschaft, Arbeit und Klimaschutz zuständigen Senatsverwaltungen ausgebaut. Zur Unterstützung der Wirtschafts- und Sozialpartner bei der Umsetzung der Projekte des ESF wird in Berlin eine Kontakt- und Beratungsstelle eingerichtet. Die Koalition weist auf den elf Berliner Zukunftsorten Flächen für die Industrie aus. Das in Oberschöneweide geplante Innovations- und Technologiezentrum Industrie 4.0 wird gemeinsam mit der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft umgesetzt.

Die Koalition prüft die Möglichkeit, das bestehende Konstrukt der Turn-Around-Gesellschaft auf größere Unternehmen auszuweiten, um diese durch den Erwerb von Beteiligungen bei der Transformation zu unterstützen.

Die Koalition bekennt sich dazu, die elf Zukunftsorte als Standorte für ökologisch nachhaltige, wissensbasierte Produktion und Dienstleistungen auszubauen und weiterzuentwickeln. Daneben wird die Koalition die Profile der für Produktion geeigneten Flächen herausarbeiten, um alle zukunftsweisenden Produktionsorte und Unternehmensnetzwerke in der Stadt zu halten. Die Koalition wird über einen **Innovationskorridor** den Flughafen BER und Tesla im Südosten Berlins mit den Zukunftsorten Döbbershof und Schöneeweide konzeptionell verbinden. Die Koalition bekennt sich zur weiteren Entwicklung und zum schnellen Ausbau der **Urban Tech Republic – Berlin TXL** und der **Siemensstadt 2.0**.

Berlin ist die **FinTech-Hauptstadt Deutschlands**. Der Aufbau einer Berlin Finance Initiative wird unterstützt, insbesondere im Bereich der „sustainable finance und gender diversity“. Die Förderungswürdigkeit einzelner FinTechs messen wir daran, ob ihre Produkte und Geschäftsmodelle der Realwirtschaft und den ökologischen und sozialen Zielen zugutekommen.

Um den Anteil der **Gründerinnen** deutlich zu erhöhen, wird die Koalition Netzwerkveranstaltungen finanziell unterstützen, Coachingprogramme und Beratungsstrukturen ausbauen sowie deren Qualität sichern. Die Koalition wird den Zugang von Frauen zu Fremdkapital erleichtern. Dazu beseitigen wir bestehende Hemmnisse in den existierenden Programmen, stärken den Fördernavigator, schaffen einen neuen Fonds für Frauen und einen regelmäßigen Gründerinnenreport. Weiterbildungsprogramme sollen bezuschusst werden, insbesondere solche, die Frauen den Weg in Führungspositionen ebnen. Die Unternehmerinnen-Akademie wird verstetigt.

Die **migrantische Ökonomie** ist eines der starken Potenziale der Stadt. Diese Unternehmen verfügen über Ressourcen, die wir ausbauen und stärken wollen. Dazu gehören qualifiziertes Personal und passgenaue Qualifizierungs- und Förderangebote. Stipendien und Fonds sollen zur Gründung ermutigen, Auswahlgremien werden divers besetzt. Der Preis „Vielfalt unternimmt“ wird dauerhaft verankert. Die Koalition prüft, wie diskriminierungsfreie und anonymisierte Bewerbungen auf Förderprogramme ermöglicht werden können.

Die Koalition unterstützt die **Transformation der Wirtschaft in eine geschlossene Kreislaufwirtschaft**, abgeleitet vom European Green Deal. Wir werden uns für die Förderung der Projekte einsetzen, die diesen Wandel vorantreiben, wie unter anderem Repair Stores und Cafés oder Sharing Plattformen). Die Koalition beteiligt sich an der Entwicklung und Einführung von internationalen Produktlabels beziehungsweise Zertifizierungssystemen zu Circular Economy. Gemeinsam mit Brandenburg soll Berlin sich den europäischen Initiativen „Intelligent Cities Challenge“ sowie „Kreislauforientierte Städte und Regionen“ anschließen.

Die Koalition wird sich dafür einsetzen, dass Hochschulen, Industrieunternehmen und IT-Dienstleister in Innovationsnetzwerken noch besser vernetzt werden.

Die Koalition unterstützt **Berlin Partner** dabei, die Ansiedlung und Erweiterung von innovativen Unternehmen zu forcieren. Die Koalition wird in 2022 die externe Evaluation von Berlin Partner mit Blick auf Nachhaltigkeit und dem Anspruch, dass Wirtschaftsförderung die ganze Breite der Berliner Wirtschaft adressiert, einleiten, um Anpassungen vorzunehmen.

Die Koalition berücksichtigt die **Kultur- und Kreativwirtschaft** künftig stärker in der **Clusterstrategie** und fördert gute Arbeitsbedingungen in der Branche. Die Koalition schafft klare Ansprechstrukturen für die Kreativwirtschaft, setzt sich für die Etablierung einer publikumsorientierten Games-Leitveranstaltung ein, stärkt Berliner Kunstmessen und bekennt sich zur filmfreundlichen Stadt. Wir bauen für die wachsende Kreativwirtschaft Förderstrukturen aus, um insbesondere auf höhere Nachhaltigkeit, zum Beispiel Green IT in der Branche hinzuwirken und als UNESCO City of Design Schlüsselveranstaltungen der Designbranche gezielt nach Berlin zu holen. Die Koalition errichtet eine Plattform, auf der sich Unternehmen der Berliner Kreativwirtschaft sammeln können. Der **Fashion Hub** wird eröffnet und beginnt seine Arbeit. Die Koalition wird einen regelmäßigen Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht veröffentlichen.

Die Koalition wird das **Tourismuskonzept 2018+** für Berlin fortschreiben und den Bürger*innenbeirat einrichten. Der **Runde Tisch Tourismus** wird fortgesetzt, um insbesondere nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus zu ermöglichen. Die Koalition unterstützt **visitBerlin** dabei, einen zentralen touristischen Datenhub für Berlin aufzubauen. Die Koalition wird die Instrumente der Tourismusförderung nutzen, um Arbeitsbedingungen in der Branche zu verbessern. Gemeinsam mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) werden wir den HOGA Campus entwickeln. Ein **branchenspezifischer Fonds „Ökologischer Tourismus“** wird eingerichtet, um Hotels, Restaurants und touristische Einrichtungen dabei zu unterstützen, den Ressourcenverbrauch zu senken, die Energieeffizienz zu steigern und Barrierefreiheit zu verbessern. Mit einem Hotelentwicklungskonzept soll die Ansiedlung von neuen und bereits geplanten Beherbergungsbetrieben stadtweit gesteuert werden. Die Koalition wird ein Wassertourismuskonzept entwickeln und in Zusammenarbeit mit Brandenburg fortentwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund die Funktionsfähigkeit der Schleusen in und um Berlin sicherstellt.

19. Verwaltung

Die Koalition wagt für die Berliner Verwaltung einen **neuen Aufbruch**, stellt die Verwaltung für alle Berliner*innen und Unternehmen bürgerorientiert, barrierefrei, mehrsprachig, schnell und effizient auf und stattet sie entsprechend aus. Eine **neue Führungskultur** ermöglicht den Beschäftigten eine konstruktive, wertschätzende, ergebnisorientierte, behörden- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit.

Mit einer Verwaltungsreform werden Prozesse und Verfahren vereinfacht, beschleunigt und **Zuständigkeiten von Land und Bezirken** klar geregelt. Den Senatsverwaltungen obliegt die gesamtstädtische, ministerielle Steuerung und Ergebnisverantwortung in den von ihnen verantworteten Politikfeldern. Sie nehmen die ganze Aufgabe in den Blick, unabhängig von den fachlichen Zuständigkeiten und davon, welche Behörden tätig werden. Sie fördern konstruktive Kooperationen und das Erreichen der vereinbarten Ziele. Bezirksämter kennen die Situation in den Kiezen am besten und werden in ihrer Verantwortung gestärkt. Landesämter (Sonderbehörden) nehmen operative Aufgaben auf Landesebene wahr, die wegen ihrer Spezialisierung, ihres Umfangs oder Relevanz für eine Ausführung in den Bezirksämtern ungeeignet sind.

Die **planerische, strategische und koordinierende Rolle der Senatskanzlei** in Grundsatz- und gesamtstädtischen Angelegenheiten wird gestärkt. Die Erfahrungen aus dem Zukunftspakt Verwaltung werden dabei berücksichtigt.

In einem neuen Gesetz über die Aufgabenverteilung der Berliner Verwaltung werden die Verantwortlichkeiten der Verwaltung festgelegt, welches vor allem das bisherige Allgemeine Zuständigkeitsgesetz (AZG) ersetzt. Das Geschäftsprozessmanagement wird zur Verbesserung der Zusammenarbeit, Vereinfachung und Beschleunigung genutzt. Experimentelle Formen der Zusammenarbeit werden erprobt. Davon unabhängig werden die im Koalitionsvertrag bereits vereinbarten Änderungen des AZG kurzfristig umgesetzt.

Ziel- und Projektvereinbarungen sind Grundlage der **gesamtstädtischen Steuerung** und Zielerreichung. Darin werden kooperative Ziele, die Umsetzung, erforderliche Ressourcen, Steuerungsgremien sowie Monitorings zur Wirksamkeit verabredet. Alle Behörden versprechen eine vergleichbar gute Qualität in ihren Dienstleistungen. Soweit Bezirksämter staatliche Aufgaben und Aufgaben von gesamtstädtischer Relevanz auch im Rahmen von Zielvereinbarungen wahrnehmen, wird im Interesse einer höheren Verbindlichkeit mit dem Steuerungsinstrument der zweckgebundenen Budgetzuweisung gearbeitet. An gesamtstädtischen Projekten werden Expert*innen aus Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und/oder dem dritten Sektor beteiligt.

Die Koalition wird im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Gesetzentwurfs über die Aufgabenverteilung der Berliner Verwaltung im Jahr 2022 über Verfassungsänderungen für ein besseres Funktionieren der Verwaltung beraten und die notwendigen Schritte dafür einleiten. Hierzu wird die Koalition das Gespräch mit den demokratischen Parteien der Opposition suchen. Auch die Stärkung der Bezirksbürgermeister*innen und das politische Bezirksamt sollen dabei diskutiert werden.

Personal

Gute Arbeitsbedingungen, gute Vergütung der Beschäftigten und eine verantwortungsbewusste Entscheidungs- und Fehlerkultur sowie gut ausgebildete und motivierte Beschäftigte sind Grundlage für eine effektive und funktionierende Verwaltung sowie für die Personalgewinnung und -bindung. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Angebote für verschiedene Lebensphasen oder Gütesiegel werden ergriffen.

Das Personalvertretungsgesetz wird weiterentwickelt, eine Hauptfrauenvertretung wird neu geschaffen. Die Koalition unterstützt Bemühungen, **von Rassismus betroffenen Menschen** bei der Personalvertretungsarbeit besser einzubinden.

Es erfolgt eine Prozessvereinheitlichung in Bezug auf die Personalaktenführung.

Die Berliner Verwaltung öffnet sich konsequent der **Diversität der Stadtgesellschaft** und entwickelt ihre Strukturen diskriminierungskritisch weiter. Hierzu führt sie einen Diversitäts-Check ein. Entsprechend des Partizipationsgesetzes werden positive Maßnahmen für unterrepräsentierte Gruppen eingeführt. Dazu werden die Leitstelle Diversity und die Diversity-Ansprechpersonen gestärkt, das Diversity-Landesprogramm weiterentwickelt und eine entsprechende Kategorie des Verwaltungspreises geschaffen.

Um **Parität** zu erreichen, werden mehr Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen und in der Verwaltung mit Frauen besetzt. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte wird deutlich erhöht. Zur Verbesserung der Situation transgeschlechtlicher Menschen in der Berliner Verwaltung erarbeitet diese Transitionsrichtlinien.

Der Anteil von Auszubildenden mit Behinderung wird signifikant erhöht und die Verwaltungsvorschriften über die Inklusion von **Menschen mit Behinderung** werden evaluiert. Diskriminierungen gegenüber Mitarbeiter*innen stellt sich die Berliner Verwaltung aktiv entgegen. Den AGG-Beschwerdestellen werden ausreichend sachliche und personelle Mittel zur Verfügung gestellt.

Das in der vergangenen Legislatur erreichte Niveau der **Bezahlung im Öffentlichen Dienst** soll gehalten werden – mindestens dem Besoldungsdurchschnitt der Länder entsprechend und durch die Übernahme der Tarifergebnisse für die Länder. Die Mitgliedschaft in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat für die Koalition hohe Priorität. Die Koalition verhandelt in der TdL mit dem Ziel, die spezifische Situation insbesondere in größeren Städten TdL-konform abbilden zu können. Parallel prüft sie alle Möglichkeiten TdL-konformer Alternativen, die den Beschäftigten direkt zugutekommen. Die Koalition wird den begonnenen Weg zu vereinheitlichten und angemessenen Stellenbewertungen für identische Aufgaben im Land Berlin weiterführen.

Es wird bis Ende 2023 ein einheitliches **Berliner Landesbesoldungsgesetz** erarbeitet. Zur Förderung beruflicher Wechsel soll wie beim Bund und in anderen Ländern ein Berliner Altersgeldgesetz für Beschäftigte geschaffen werden. Die Koalition strebt an, Wohnraum insbesondere für Beamtenanwärter*innen, Auszubildende und Studierende als einen zusätzlichen Anreiz bereitzustellen. Einstellung, Qualifizierung und Entwicklung der (Nachwuchs-)Führungskräfte wird ein Schwerpunkt dieser Wahlperiode.

Die Potenziale der Beschäftigten und die Befähigung zu interdisziplinärem Arbeiten sind Grundlage **moderner Personalentwicklung**, insbesondere für Führungskräfte. Verwaltungsebenenübergreifender Austausch wird zum Instrument der Personalentwicklung und -motivation ausgebaut und perspektivisch zur Voraussetzung für Führungskräfte.

Die Verwaltungsakademie Berlin (VAK) bleibt teilrechtsfähige Anstalt und im neuen Verwaltungsrat, bisher Vorstand, werden die Behörden, die Beschäftigtenvertretungen, die Hörer*innen und die Dozent*innen vertreten bleiben. Die Zahl der Grundlagenseminare wird verbindlich an den Bedarfen orientiert. Seminare und Workshops zu interkultureller Kompetenz, Demokratiebildung und Bürgerbeteiligung und zur Sensibilisierung der Mitarbeiter*innen (insbesondere mit Bürgerkontakt) für die Konfrontation mit Verschwörungsmethoden und Rassismus werden in das Portfolio der VAK aufgenommen.

Die Koalition forciert die **Verbesserung des Arbeitsumfeldes** durch die **Sanierung der Verwaltungsgebäude**, die Arbeitsplatzausstattung inklusive der Technik und schafft barrierefreie Raumkonzepte für kreatives gemeinsames Arbeiten und Co-Working-Spaces. Partizipative Verfahren binden die Beschäftigten bei Maßnahmen zur Verbesserung des Arbeitsumfeldes ein.

Die Koalition unterstützt das Recht auf mobiles Arbeiten, Telearbeit und Homeoffice und setzt sich für mehr Familienfreundlichkeit, Motivation und Kreativität ein.

Präventive Maßnahmen zur Förderung und zum Erhalt von Gesundheit und Arbeitsfähigkeit werden verstärkt und das Eingliederungsmanagement durch strukturierte Betreuungsangebote verbessert.

Innovative, konkrete und effektive Vorschläge wirken dem **Fachkräftemangel** aktiv entgegen und erleichtern künftig den **Quereinstieg**. Die Einstellung von Fachkräften wird durch innovative Rekrutierungsmaßnahmen erleichtert, Personalentwicklungshemmnisse werden identifiziert und aufgelöst. Wir fördern Mehrsprachigkeit und interkulturelle Kompetenzen, unter anderem durch Austauschprogramme insbesondere mit europäischen Partnerstädten. Kooperationen und duale Studienangebote mit den Hochschulen und Universitäten werden ausgebaut, um die Anzahl der Nachwuchskräfte zu erhöhen. Begleitende Qualifizierungen für Quereinsteiger*innen werden bereitgestellt. Alle Personalmarketingaktivitäten werden mithilfe der Arbeitgebermarke **HAUPTSTADT MACHEN** kommuniziert. Es werden kontinuierlich crossmediale Angebote entwickelt und umgesetzt. Die Ausbildungsplatzkapazitäten sollen erhöht werden.

Das **Pensionseintrittsalter** soll auf 67 Jahre angehoben werden. Der Übergang in den Ruhestand soll flexibilisiert werden.

Bezirke

Ob Bürgeramt, Kitaplatz oder Bibliothek: Die **Bezirke sind das Fundament unserer Stadt**. Daher wird die Koalition das Konnexitätsprinzip konsequent umsetzen und das Finanzierungs- und Finanzaufweisungs-system reformieren. Für die bedarfsgerechte Steuerung zusätzlicher Personalmittel wird die Arbeitsgemeinschaft Ressourcensteuerung weiterentwickelt. Die in der Bezirksverwaltung geltende Kosten- und Leistungsrechnung wird als Controlling-Instrument weiter qualifiziert und systematische Fehlanreize werden aufgelöst. Leistungs- und Qualitätskriterien müssen künftig stärker eine Rolle spielen. Eine Arbeitsgruppe aus Parlament, Senat und Bezirken wird für ausgewählte Bereiche exemplarisch Vorschläge erarbeiten.

Die Koalition wird Anreize für **soziales, klimafreundliches und ressourcensparendes Haushalten** in die Logik der Bezirksfinanzierung aufnehmen. Zudem prüft sie für welche Querschnittsbereiche in der Hauptverwaltung ein vergleichbares Controlling etabliert werden kann.

Das Budgetierungsverfahren wird vereinfacht und an Ziel- und Projektvereinbarungen gekoppelt. Dabei richtet die Koalition unter anderem die Eingriffsinstrumente (beispielsweise budgetunwirksame Kosten, Medianfaktor, Finanzierungssystem T-Teil)

neu aus. Wie bisher entscheidet der Senat über den Bezirksplafonds. Darüber hinaus will die Koalition die Finanzausstattung der Bezirke künftig stärker an die Gesamtentwicklung des Landes koppeln.

Die Überschüsse der Jahresabschlüsse sollen in Rücklagen umgewandelt werden, damit diese bei der Aufstellung des Haushalts und der Durchführung aktiviert werden können. Die Koalition will die Bezirke in die Lage versetzen, mit ihren vorhandenen Rücklagen flexibel umzugehen.

Die Koalition setzt den Weg, „Sonderprogramme“ in die Regelfinanzierung zu integrieren, fort.

Digitalisierung

Digitalisierung ist Schwerpunkt dieser Legislatur. Die Verantwortlichkeiten für die **Digital- und die Smart City Strategie** sowie die Digitalisierung der Verwaltung/ Informations- und Kommunikationstechnologie-Steuerung (IKT) werden in einer Organisationseinheit zusammengeführt. Die Koalition richtet einen „Chief Digital Officer“ ein, dem das für die Aufgabenerfüllung benötigte Personal und Budget bereitgestellt wird.

Jede Senatsverwaltung unterhält eine Stabsstelle Digitalisierung. Die Steuerung und Koordinierung der bezirklichen Digitalisierungsaktivitäten werden bei den Bezirksbürgermeister*innen in einer geeigneter Einheit gebündelt. Die interne Beratungseinheit in der Verwaltungsakademie (VAK) Berlin wird um eine Einheit mit Expertise in Service Design, Transformation und Kollaboration ergänzt.

Mit einer Novelle des E-Government-Gesetzes Berlin (EGovG Bln) im Jahr 2022 wird die Koalition den IKT-Lenkungsrat durch handlungsfähige, ebenenübergreifende Gremienstrukturen ersetzen und in Zuge dessen die Rolle des/der Landesbeauftragten für IT-Sicherheit als unabhängige Stelle prüfen.

Die Beschäftigten, für die Digitalisierung eine Änderung ihrer Arbeitsweise und -kultur bedeutet, werden einbezogen.

Die Technologiestiftung Berlin und das CityLAB Berlin wird die Koalition als Schaltstelle für die Umsetzung der wesentlichen Elemente der Digitalpolitik nutzen. Die stiftungsseitigen Voraussetzungen dafür will sie bis Ende 2022 schaffen. Im CityLAB baut die Koalition Infrastruktur und Personal für technisches Prototyping auf. Unter Einbindung der lokalen Wirtschaft fördert die Koalition die Einrichtung zusätzlicher,

gegebenenfalls mobiler Labore in den Kiezen. Lokale Innovationsprojekte und Real-labore werden unterstützt.

Berlin wird Mitglied im bundesweiten Netzwerk GovTech Campus Deutschland e.V., welches die Verwaltungsdigitalisierung vorantreibt.

Die Koalition wird das IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ) Berlin strukturell umbauen, seine Leistungsfähigkeit erhöhen und den kulturellen Wandel zu einem **kundenorientierten Dienstleister** konsequent voranbringen. Das ITDZ-Gesetz wird mit diesem Ziel novelliert.

Investitionen in die Modernisierung und Standardisierung (auch der Schnittstellen) der Technik der Berliner Verwaltung wird die Koalition verstärken. Alle IKT-Basisdienste werden beim **ITDZ Berlin** beauftragt. Die Migration des IKT-Betriebes zum ITDZ Berlin wird beschleunigt. Auch bei noch dezentralem Betrieb wird der „BerlinPC“ als mobiler Standardarbeitsplatz (one-device-Strategie) ausgerollt. Zur Finanzierung der Leistungen des ITDZ Berlin wird mit dem Haushalt 2022/23 ein verbindliches Finanzierungsmodell realisiert, das Betrieb, Erst- und Ersatzinvestitionen für die IKT des Landes Berlin beinhaltet. Die Koalition wird in 2022 ein umfassendes Berichts- und Controllingsystem für die IKT-Infrastruktur sowie die Fachverfahren umsetzen, um dauerhaft eine erweiterte IT-Bestands- und Planungsübersicht, inklusive der IT-Fachverfahren, und einer Software-Lizenzübersicht zu erhalten.

Die **Weiterentwicklung der IT-Fachverfahren** erfolgt in der Verantwortung der Senatsverwaltungen und in enger Abstimmung mit den beteiligten Landesämtern und Ämtern in den Bezirken sowie der IKT-Steuerung und dem ITDZ Berlin. Sinnvolle Ausnahmen für einen Betrieb von Fachverfahren außerhalb des ITDZ Berlin werden ermöglicht. Die Grundsätze von (Netz-)Segmentierung und Redundanz müssen auch bei der Zentralisierung der IT gewahrt bleiben.

Die Koalition wird die **elektronische Akte** schnellstmöglich, spätestens bis Ende 2024 flächendeckend umsetzen. Um die Zusammenarbeit zwischen den Ressorts und mit der Stadtgesellschaft zu unterstützen, wird bis 2023 ein Basisdienst „digitale Kollaborationswerkzeuge“ mit Messenger und Dateienmanagement eingeführt. Beim ITDZ wird eine einheitliche Nutzerverwaltung bis Frühjahr 2023 beauftragt.

Verwaltungsabläufe und Services sollen niedrigeschwellig sowie intuitiv sein („Lebenslagenprinzip“). Das **Stadtportal berlin.de** wird unter Einbezug externer Expertise neu aufgestellt – nutzerfreundlich, barrierefrei und mehrsprachig. Das Portal Mein.berlin.de wird modernisiert und um weitere Tools zur digitalen Partizipation und zivilgesellschaftliche Vernetzung erweitert.

Berlin arbeitet aktiv mit Bund und Ländern zur konsequenten Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zusammen. Die Bürger*innen sollen alle in der Berliner Verwaltung über sie gespeicherten Daten zentral einsehen und anderen Stellen in der Verwaltung zur Verfügung stellen können.

Die Koalition setzt das Geschäftsprozessmanagement beschleunigt fort und priorisiert dabei ressortübergreifend. Sie führt in der Rechtssetzung im Rahmen der Ressortabstimmung einen transparenten „Digital-Check“ ein.

Die Digital-Strategie des Landes Berlin liefert als Dachstrategie standardisierte Prozesse, Methoden und Verfahren für erfolgreiche Digitalprojekte. Die Smart-City-Strategie ist darin integriert und beschreibt Wege, wie Berlin mit Technologie Gemeinwohlorientierung, Teilhabe und Resilienz erreicht. Die Koalition richtet ein **Digitalisierungs-Dashboard** für alle Vorhaben der Digital-Strategie und Verwaltungsdigitalisierung ein, in das jede Verwaltung mindestens drei zentrale Projekte einstellt und deren Fortschritt dort transparent gemacht wird. Die Koalition bindet Unternehmen mit Landesbeteiligung ein.

Als Mitglied der „Cities Coalition for Digital Rights“ setzt sich Berlin für gleiche Rechte online wie offline ein.

Der **Ausbau von Glasfaser, 5G und symmetrischer Gigabitanschlüsse** im Rahmen der Gigabitstrategie werden koordiniert und beschleunigt. Das Breitband-Kompetenz-Team und das Berliner Breitband Portal werden gestärkt und das kostenlose, frei zugängliche WLAN ausgebaut. Die Freifunk-Initiative wird weiter unterstützt.

Öffentliche Gebäude mit regelmäßigem Publikumsverkehr erhalten auch zugängliche Terminals.

In den Verwaltungen werden **Open Data Beauftragte und Chief Data Scientists** benannt. Die Open Data Informationsstelle wird die Koalition weiterentwickeln und ausbauen. Ein Berliner Data Hub soll basierend auf der bestehenden Geodateninfrastruktur aufgebaut werden. Bestehende Open Data Projekte des Landes Berlin werden integriert.

Die Koalition wird das Berliner Datenschutzgesetz evaluieren. Die Kontrollrechte der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit werden sichergestellt und bei ihr eine **Servicestelle „Datenschutzberatung“** geschaffen. Die Koalition prüft eine Bildungseinrichtung für Datenschutz (Datenschutzakademie). In einem Pilotprojekt macht sie die Erkenntnisse aus Datenschutzfolgenabschätzungen aus allen Senatsverwaltungen öffentlich.

Die Koalition fördert den Aufbau kommunaler Infrastruktur im Bereich der Sensorik, der Datennetze wie Long Range Wide Area Network (LoRaWAN) und der gemeinsamen Nutzung von Rechenzentren und Breitbandnetzen. Die hierfür nötigen rechtlichen Rahmenbedingungen werden geschaffen.

Für eine digital souveräne Stadt sind Open Source und offene Standards unverzichtbar. Die Koalition wird bei jeder Softwarebeschaffung nach **Open Source Alternativen** suchen und speziell für die Verwaltung erarbeitete Software unter freien Lizenzen der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Auch zentrale Förderprogramme für IT-Projekte sollen diesen Ansatz verfolgen. Open Data, Open Application Programming Interface, Creative Commons Lizenzen für digitale und Open Access Lizenzen für wissenschaftliche Dokumente sollen wo möglich verwendet werden. Bei Beschaffungen werden alle Kosten über den gesamten Betriebszeitraum als Kriterium der Wirtschaftlichkeit berücksichtigt, einschließlich der Möglichkeit zur Anpassung und Erweiterung (Baukastenprinzip). Dies gilt auch für Cloud-Technologien. Die Nichtbeschaffung von Open Source muss begründet werden.

Der „BerlinPC Open Source“ soll als Referenz für alle entsprechenden Ausschreibungen dienen. Innovative Beschaffungsinstrumente wie vorkommerzielle Auftragsvergaben und Innovationspartnerschaften setzt die Koalition zur Weiterentwicklung von Produkten ein, bei denen erst mittel- und langfristig eine Marktreife erreicht werden kann.

Ressourcenschonung, Arbeits- und Umweltbedingungen in der Produktion, der durch Mehrbedarf an Rechenleistung steigende Energieverbrauch, Erweiter- und Reparierbarkeit werden ebenso berücksichtigt. Reparaturshops werden gefördert und eine Reparatur-Prämie eingeführt. Berlin setzt sich für ein Recht auf Reparatur ein. Die Koalition richtet einen Open Source Fonds zur Finanzierung von Entwicklungs-Communities ein, die das Land Berlin braucht, um Anwendungen zu pflegen und weiterzuentwickeln. Beim ITDZ Berlin wird ein „Kompetenzzentrum Open Source“ eingerichtet, Synergiepotenziale in länderübergreifenden und internationalen IT-Kooperationen werden nutzbar gemacht.

Qualitätssichernde Prozesse, Tests und Dokumentationspflichten sollen sicherstellen, dass die öffentliche Verwaltung nur objektive und diskriminierungsfreie Algorithmen (auch bei Künstlicher Intelligenz) einsetzt. Beim Aufbau eines Berliner Algorithmen-Registers prüft die Koalition die Zusammenarbeit mit dem Algorithm Register von Amsterdam und Helsinki im Rahmen der Cities Coalition.

Die Koalition wird eine umfassende **IT-Sicherheitsstrategie** für das Land Berlin erarbeiten, die die Gefahren für Bürger*innen, Verwaltung, Demokratie, Wirtschaft und Infrastruktur durch Cyberkriminalität, Schwachstellen und digitale Gewalt gleicher-

maßen berücksichtigt. Von digitaler Gewalt sind Frauen und Angehörige marginalisierter Gruppen übermäßig stark betroffen. Die Hilfs- und Beratungsstellen wird die Koalition mit Landesmitteln unterstützen.

Projekte zur Verwaltungsmodernisierung

Die Koalition sichert, dass Bürgerinnen und Bürger innerhalb von 14 Tagen über das ganze Jahr einen **Termin beim Bürgeramt** bekommen können. Mit **ämterübergreifenden Kiezbüros** und mobilen Serviceangeboten für besondere Lebenslagen erleichtert Berlin Bürgerinnen und Bürgern Kontakte mit Ämtern.

Bei den Digitalisierungsprojekten sollen die Bürgerdienste höchste Priorität haben. Mit Online-Angeboten erweitert die Koalition den Service und unterstützt zum Beispiel über vorsorgliche Terminerinnerungen eine gleichmäßige Auslastung. Weitere Entlastung erhalten die Bürgerämter, indem Die Koalition ihre Aufgaben überprüft und zusätzliche Standorte einrichten. Dafür werden bis zu 100 weitere Mitarbeiter*innen eingestellt. Ein Springerpool wird eingerichtet, um Überlastung bei kurzzeitigen Saisonspitzen zu vermeiden. Die Koalition ändert das Kirchenaustrittsgesetz, um Austritte im Online-Verfahren zu ermöglichen.

Das Projekt **zukunftsfähige Ordnungsämter** aus dem Zukunftspakt Verwaltung führt die Koalition weiter. Für die Ordnungsämter strebt die Koalition eine Zielvereinbarung an, um landesweit ein hohes Niveau beim **Verbraucherschutz**, bei der Überwachung des ruhenden Verkehrs, der **Sauberkeit und der Ordnung im öffentlichen Raum** zu entwickeln. Für die Gewerbeüberwachung entwickelt die Koalition einen Organisationsvorschlag.

Die Koalition wird „Ordnungsamt-Online“ in allen Ämtern zur Anwendung bringen und nach dem Vorbild der Digitalisierungs- und Dialog-App „Sag’s Wien“ weiterentwickeln, um eine einheitliche Bearbeitung sicherzustellen. Die kommunalen Unternehmen bezieht sie ein. Doppelzuständigkeiten mit der Polizei will die Koalition unter Stärkung der bewährten Verbundeinsätze abbauen.

Die **Zuständigkeit für Planung, Bau und Instandhaltung der Hauptverkehrsstraßen** für den gesamten Querschnitt, sowie für die Fahrradstationen und Fahrradparkhäuser geht von den Bezirken an den Senat über. Im für Verkehr zuständigen Senatsressort wird eine zentrale Organisationseinheit aufgebaut um die neuen Aufgaben gebündelt zu bewerkstelligen. Diese wird mit den notwendigen Personal- und Finanzressourcen ausgestattet. Dabei wird auch der Aufbau eigener kommunaler Baukapazitäten geprüft.

Die Geschäftsprozesse von Zuwendungen wird die Koalition optimieren, entbürokratisieren und mit einheitlichen IT-Fachverfahren bis 2023 unterstützen. Sie wird zur **Entbürokratisierung** Gemeinkostenpauschalen für alle Zuwendungsprojekte prüfen. Geprüft wird auch, welche dieser Aufgaben bei einem oder mehreren Dienstleistern im Sinne von „Shared Services“ in der Verwaltung gebündelt werden können. Ein digitales Tarifregister wird die Kontrolle von Tariftreue und Besserstellungsverbot deutlich erleichtern.

Die Koalition bündelt, qualifiziert und beschleunigt die **Vergabepaxis**, sie optimiert die Prozesse und die IT-Unterstützung und entwickelt Vergabestellen für besonders relevante Warengruppen und Dienstleistungen. Es wird ein landesweiter „Webshop“ zur Deckung gleichartiger Bedarfe eingerichtet.

Für eine **faire Umsetzung der Tariftreueklausel** bei mehrjährigen Vergaben wird die Koalition bei laufenden Verträgen eine verbindliche Preisanpassungsklausel einführen. Innerhalb der bestehenden gesetzlichen Regelungen wird bei Ausschreibungen von Bauleistungen die Vorlage einer qualifizierten Sozialkassenbescheinigung der SOKA Bau und eine elektronische Arbeitszeiterfassung vorgegeben.

Die Koalition wird im Jahr 2022 ein **Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild** einführen, dabei die hohen Standards des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes erhalten und einen umfassenden Rahmen für die Leitlinie „Open by default“ für die öffentlichen Daten setzen.

Die Koalition will die **Schulen mit ausreichendem Reinigungspersonal** ausstatten, dieses Personal angemessen bezahlen und an die jeweiligen Schulstandorte binden. Die Koalition weitet das Berliner Pilotprojekt zur Tagesreinigung und das bundesweite Projekt zur Schulreinigung 2022 aus und setzt auf dieser Basis ab 2023 die **schrittweise Kommunalisierung** um.

Die Koalition entwickelt den Maßnahmenplan der **CO₂-neutralen Verwaltung** mit dem Ziel einer klimapositiven Bilanz weiter und berichtet öffentlich. Ein Anreizsystem forciert die Umsetzung der Maßnahmen.

In den kommenden Jahren steigern die Leitungsbetriebe weiter ihre Investitionen in den **Ausbau kritischer Infrastrukturen** (insbesondere zum Beispiel Strom, Daten, Wasser/ Abwasser). Die Koalition prüft gemeinsam zwischen Hauptverwaltung und Bezirken Möglichkeiten zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren/ Prozessen beim Ausbau kritischer Infrastrukturen. Sie erhöht damit die Versorgungssicherheit und stärkt den Wirtschaftsstandort Berlin.

20. Haushalt und Finanzen

Unsere Finanzpolitik legt die Grundlage für **gute öffentliche Leistungen** für die Bürgerinnen und Bürger. Sie soll gewährleisten, dass die erforderliche Infrastruktur für die Menschen in unserer Stadt heute und in der Zukunft zur Verfügung steht und muss zukünftige finanzielle Gestaltungsspielräume im Blick behalten – weil Finanzpolitik Politik für die Zukunft ist.

Die finanzielle und wirtschaftliche Lage des Landes Berlin hat sich während der Corona-Pandemie verändert. Der Landeshaushalt wird so ausgestaltet, dass gilt: **Wir sparen uns nicht aus der Krise heraus, sondern investieren.** Dafür haben wir uns auf eine verantwortungsvolle finanzpolitische Strategie verständigt, die über die gesamte Wahlperiode trägt. Wir setzen dabei Schwerpunkte und priorisieren unsere Maßnahmen in allen Politikfeldern. Dafür müssen rechtliche und fiskalische Spielräume konsequent genutzt und mit den gesetzten Schwerpunkten in Einklang gebracht werden.

In der Pandemie hat das Land entschlossen gehandelt. Von den nach der Schuldenbremse zulässigen Notfallkrediten hat Berlin umfassend Gebrauch gemacht, um den Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu gewährleisten, die Berliner Wirtschaft zu unterstützen, die Investitionen fortzuführen und wegbrechende Steuereinnahmen zu kompensieren. Diesen Weg wird die Koalition so lange fortsetzen, wie dies mit Blick auf die **Pandemie-Lage** erforderlich ist. Es ist ökonomisch vernünftig, in einer Krise mit der Finanzpolitik antizyklisch zu reagieren.

Die Koalition hat das Ziel, bis zum Ende der Legislaturperiode den strukturellen Ausgleich des Haushalts herbeizuführen. Um die Belastungen für die Zukunft gering zu halten, wird die Koalition **Kredite nur im notwendigen Umfang** aufnehmen. Pandemiebedingte Notfallkredite, die nicht ausgeschöpft werden müssen, werden getilgt. Dabei nutzen wir die Spielräume der Schuldenbremse. Wir sichern einen moderaten Anstieg der Personal- und Sachausgaben und priorisieren unsere Investitionen.

Die Koalition wird ihre finanzpolitischen Entscheidungen auch an den **Klimazielen** messen. Das gilt insbesondere für die Ausgestaltung des Investitionshaushalts. Ein deutlicher Schwerpunkt liegt in den Bereichen Verkehr und Gebäudeenergie.

Wir werden in den kommenden zwei Jahren gemäß der Finanzplanung für 2021 bis 2025 insgesamt jährlich durchschnittlich ca. 2.000 neue Stellen, insbesondere in den Bereichen Bildung, innere Sicherheit, Soziales und Integration schaffen.

Bis zu 300 weitere Stellen werden für die Umsetzung der qualitativen Verbesserung im Koalitionsvertrag jährlich zur Verfügung gestellt, insbesondere für Bürgerdienstleistungen und die Bezirke.

Wir streben an, die konsumtiven Sachausgaben in dieser Legislatur um jährlich ca. 450 Millionen Euro zu erhöhen.

Die Koalition wird die Möglichkeit der notfallbedingten Kreditaufnahme ausnutzen, um in den kommenden Jahren auf die Folgen der Corona-Krise reagieren zu können.

Die Koalition wird das **Berliner Schuldenbremsengesetz** in Hinblick auf die Ausgestaltung der Konjunkturkomponente und deren Definition der Normallage und Konjunkturpolitische Potenziale hin überprüfen. Dies kann auch Anpassungen der Berechnung des Produktionspotenzials zur besseren Abschätzung eines vollausgelasteten Arbeitsmarkts umfassen.

Die **Pandemieentwicklung** und die daraus resultierende Notlage führen zu einer **Neubetrachtung der Laufzeiten des Tilgungsplans der Notfallkredite**. Die Tilgung der Notfallkredite sollte in dieser Legislatur nicht den Haushalt belasten. Auch eine Sondertilgung Ende 2023 aus der Pandemierücklage kommt in Betracht.

Sollte es im Rahmen der Jahresabschlüsse zu Finanzierungsüberschüssen kommen, werden diese mindestens hälftig für Investitionsvorhaben gebunden. Hierfür wird die Koalition das Gesetz zum **Sondervermögen Infrastruktur der Wachsenden Stadt** ändern. Mit Beginn der zweiten Jahreshälfte wird geprüft, ob insoweit ein Nachtragshaushalt erforderlich ist.

Vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen und der Unterdeckung in der Investitionsplanung, hat sich die Koalition auf eine Neu-Priorisierung, insbesondere hinsichtlich ihrer zeitlichen Abfolge, verständigt. **Großprojekte** werden auf ihre Umsetzbarkeit geprüft und finanziell begrenzt. Die **Schulbauoffensive** bleibt ein prioritäres Projekt der Koalition; sie entwickelt sich im Rahmen der jährlich zur Verfügung gestellten Mittel. Der Compartment-Raumstandard findet nur beim Schulneubau Anwendung. Wir streben eine Investitionsquote aus dem Kernhaushalt in Höhe von circa acht Prozent an. Berlin wird in den kommenden zwei Jahren jährlich mindestens drei Milliarden Euro investieren.

Die Koalition wird den Weg fortsetzen, **Investitionen über landeseigene Unternehmen** zu finanzieren. Neben beispielsweise der Tegel-Projekt GmbH wird dies für weitere Unternehmen und Extrahaushalte geprüft.

Die Koalition beabsichtigt – analog zur bereits bestehenden Berliner Bodenfonds GmbH – die Gründung einer Investitionsgesellschaft. Kreditermächtigungen sowie Umfang und Zweck werden auf Vorschlag des Senats durch Beschluss des Abgeordnetenhauses festgelegt. Die Koalition prüft darüber hinaus, einzelne Investitionsvorhaben für bestimmte öffentliche Zwecke verstärkt über kreditgestützte Fonds und Sondervermögen zu finanzieren. Dabei kann die IBB ihre Kompetenzen verstärkt einbringen. Die konkrete Ausrichtung dieser Fonds und Vermögen sowie die Rahmenbedingungen ihrer Bewirtschaftung werden transparent ausgestaltet sowie einer parlamentarischen Zustimmung und Kontrolle unterzogen.

Wir bauen **Sustainable Finance** im Land Berlin aus. Der Senat und die landeseigenen Betriebe prüfen hierzu bis zum Ende der Legislaturperiode Nachhaltigkeitsanleihen (Green and Social Bonds) aufzunehmen und sie am Kapitalmarkt zu platzieren. Des Weiteren werden Finanzanlagen im Bereich der Versorgungsrücklagen und Sondervermögen noch stärker als bislang an ethischen und ökologischen Kriterien ausgerichtet.

Die Koalition strebt an, bei der IBB eine zentrale ESG (Environment, Social, Governance Anlagekriterien) Datenbank für die Umsetzung aufzubauen, die Landesbeteiligungen und -Unternehmen zur Verfügung steht. In diesem Zusammenhang werden wir prüfen, Förderbedingungen an den Kriterien der EU-Taxonomie auszurichten.

Die Koalition wird einen **landesweiten Beteiligungshaushalt** für Investitionen einführen und erstmalig mit dem Doppelhaushalt 2022/2023 umsetzen. Das Volumen beträgt insgesamt 25 Millionen Euro ab dem Jahr 2023.

Die **Grundsteuerreform** soll aufkommensneutral gestaltet werden, dabei sollen soziale Härten vermieden werden. Im ersten Halbjahr 2022 wird die Koalition die Art und Weise der weiteren Umsetzung der Grundsteuerreform festlegen. Die Einführung der Grundsteuer C wird angestrebt, um eine Spekulation mit unbebauten baureifen Grundstücken steuerlich zu belasten. Die Koalition wird sich im Bund dafür einsetzen, dass die Umlagefähigkeit abgeschafft wird.

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass in der Metropolregion Berlin-Brandenburg die Gewerbesteuersätze harmonisiert werden. Eine Möglichkeit dazu ist eine Selbstverpflichtung Berlins und der Umlandgemeinden über einen Mindesthebesatz von 300 Punkten. Die Koalition prüft, den Grunderwerbssteuerhebesatz mit Brandenburg zu synchronisieren und berücksichtigt dabei mögliche bundesgesetzliche Änderungen für eine Erhöhung der Freibeträge bei selbstgenutztem Wohneigentum.

Die Koalition setzt sich weiter dafür ein, sogenannte **Share-Deals**, als Weg zur Umgehung der Grunderwerbssteuerpflicht und des kommunalen Vorkaufsrechts, wirksam einzudämmen. Zudem wollen wir, dass die Grunderwerbsteuer in der Art ausgestaltet wird, die eine Differenzierung nach Nutzungsart und Eigentumsart ermöglicht.

Die Koalition wird Vorschläge für eine progressive Steuer auf überdurchschnittlich hohe Mieteinnahmen prüfen. Eine Umlage auf Mieter*innen soll dabei ausgeschlossen sein.

Die Koalition strebt an, Gebühren für Verwaltungsleistungen grundsätzlich kosten deckend auszugestalten. Bußgelder und Umweltabgaben werden wir im Abgleich mit Daten aus anderen Ländern evaluieren.

Die Koalition wird bis Ende 2023 die Prüfquote bei Steuerpflichtigen mit bedeutenden Einkünften inklusive zielgerichteter Prüfungen von Hochrisikofällen verdoppeln. Die Prüfquote bei Körperschaften wollen wir bis zum Ende der Wahlperiode ebenfalls substanziell erhöhen. Dafür verbessern wir Schritt für Schritt die Voraussetzungen. Wir stärken die Verfolgung von Wirtschaftskriminalität und Geldwäsche durch einen Ausbau der entsprechenden Ressourcen beim Finanzamt für Fahndung und beim Finanzamt für Körperschaften.

Die Koalition bekennt sich zur **neuen Liegenschaftspolitik** und wird diese weiterentwickeln. Dafür führt die Koalition ein Bodensicherungsgesetz als die rechtliche Grundlage für ein grundsätzliches Veräußerungsverbot von Liegenschaften in Landesvermögen ein. Auf mittelbare Landesunternehmen werden die Zustimmungsvorbehalte des Parlaments erstreckt.

Wir halten daran fest, dass **landeseigene Grundstücke** grundsätzlich nur im Erbbau recht vergeben werden. Über Ausnahmen entscheidet das Abgeordnetenhaus. Ferner legt der Senat ein Modell vor, wie eine weitere Flexibilisierung der Erbbaurechtsbedingungen, insbesondere der Erbbauzins-Berechnungen, die sich an den wirtschaftlichen Möglichkeiten der öffentlichen Hand wie der potentiellen Nutzungen orientieren, erreicht werden kann.

Die Konzeptverfahren wollen wir so weiterentwickeln, dass sie schneller und weniger aufwendig sind. Wo immer es im Sinne der öffentlich gewollten Nutzung ist sollen auch Direktvergaben möglich bleiben, gegebenenfalls mit vorgeschalteten Juryverfahren. Derartige Vergaben werden parlamentarisch entschieden.

Die Koalition hält am **kontinuierlichen Ankauf von Grund und Boden**, einschließlich der Möglichkeit von Paketankäufen aus Bundesvermögen (zum Beispiel Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) oder Deutsche Bahn) oder im Rahmen von

Vorkaufsrechten, im Sinne einer strategischen Bodenbevorratung fest. Dafür wird die Koalition die Berliner Bodenfonds GmbH als Instrument des kreditfinanzierten Ankaufs weiterentwickeln.

Die Koalition versteht das kommunale Vorkaufsrecht auch weiterhin als wichtiges Instrument auch im Sinne ihrer mieten- und wohnungspolitischen Ziele.

Angesichts der besonderen Bedeutung von Grund und Boden für die Entwicklung der Stadt wird die Koalition mehr Transparenz schaffen und die Zivilgesellschaft stärker einbeziehen. Dies soll mit einem Bodenbeirat bei der Berliner Bodenfonds GmbH und einem öffentlich einsehbaren Liegenschaftskataster für das direkte und indirekte Landeseigentum umgesetzt werden. Dieses Kataster soll perspektivisch auch private Liegenschaften einbeziehen.

Die Eigenwirtschaftlichkeit des **Sondervermögens Daseinsvorsorge (SODA)** ist zu stärken. Sanierungsstau und Leerstand sind abzubauen, Flächenpotenziale zu heben und die Investitionsmöglichkeiten zu optimieren. Es wird geprüft, wie dies mit Haushaltsmitteln oder schuldenbremsenneutral kreditfinanziert erreicht werden kann, um Liegenschaften für die wirtschaftliche Vermietung an Dritte zu ertüchtigen. Landesnahe Nutzungen sollen bei der Herrichtung durch die zuständigen Fachverwaltungen finanziell unterstützt werden, sodass anschließend ein wirtschaftlicher Betrieb möglich ist. Das SODA kann für die Bewirtschaftung unwirtschaftlicher Liegenschaften temporär einen Zuschuss aus dem abgebenden Vermögen oder dem Haushalt erhalten. Überschüsse verbleiben grundsätzlich im Sondervermögen. Der Senat prüft, wie Investitionen auch im **Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB)** bzw. Investitionen durch die BIM kreditfinanziert werden können.

Die Koalition wird die **Gesamtstädtische Steuerung der Unterbringung der Verwaltung (GSUV)** weiterentwickeln. Dafür wird das Modell der Flexiblen Arbeitsorte ausgebaut, etwa durch die weitere Umstellung von Flächenvermietung auf Arbeitsplatz-Vermietung sowie die Schaffung mindestens eines nutzerneutralen Verwaltungs-HUB. Homeoffice-Möglichkeiten, digitales und mobiles Arbeiten sowie einer Anpassung der GSUV-Strategie in Bezug auf zukünftige Raumbedarfe vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Pandemie ausgebaut. Die Koalition strebt eine vorrangige Nutzung landeseigener Liegenschaften an. Anmietungen sollen vermieden, gegenteilige Bedarfe müssen mittelfristig geplant und frühzeitig angemeldet werden. Die BIM soll Investitionen zu Gunsten einer effektiveren Unterbringung der Verwaltung und anderer öffentlicher Nutzungen im Rahmen ihrer Wirtschaftlichkeit eigenständig umsetzen können.

Die **landeseigenen Unternehmen** müssen wirtschaftlich gut aufgestellt und leistungsfähig sein. Wichtig dafür sind die Unternehmenskultur und die Auswahl der Führungskräfte für die Unternehmen. Personalauswahlverfahren sind ein entscheidender Erfolgsfaktor für unsere Unternehmen und Beteiligungen. Die Beteiligungsrechte und überprüfbare Transparenz stellen wir durch gemeinsame Grundsätze zu Anforderungen an Auswahlverfahren sicher. An der Auswahl von Vorständen sollen wie bislang mehr als eine Senatsverwaltung, Beschäftigtenvertretungen und externe Expertise beteiligt sein. Wir entwickeln die Zielbilder der Unternehmen weiter und sichern sie durch Zielvereinbarungen ab. Das Beteiligungscontrolling, auch über das Abgeordnetenhaus, muss an der Wirtschaftlichkeit der Unternehmen ausgerichtet sein und weiter qualifiziert werden.

Mit unseren Landesunternehmen sichern wir Gute Arbeit, schaffen duale Ausbildungs- und Studienplätze und gehen bei Frauenförderung und Diversität mit gutem Beispiel voran. Die Privatisierung landeseigener Unternehmen schließen wir aus. Im Abgeordnetenhaus streben wir an, eine Privatisierungsbremse durch eine Zweidrittelmehrheit in der Landesverfassung zu verankern.

Die Koalition wird den Landesunternehmen die coronabedingten Verluste ausgleichen. Mit Blick auf die Unterdeckung wird die Koalition **coronabedingte Notfallkredite** aufnehmen und dem Haushalt 2022/23 in einer qualifiziert gesperrten Rücklage zuführen. Solange die Zahl der Flugpassagiere, der Fahrgäste im ÖPNV, der Messeaussteller und -besucher, Besucher landeseigener Einrichtungen einschließlich Kultur und der Patienten (ohne Corona) nicht annähernd den Vorkrisenstand erreicht hat, sollen die damit verbundenen Verluste oder Kapitalbedarfe der betroffenen landeseigenen Unternehmen aus der Rücklage – soweit rechtlich möglich – ausgeglichen werden. Die Unternehmen sind ihrerseits verpflichtet, vorrangig alle Coronahilfen des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit zu sichern, soweit sie ihnen zustehen. Wir gehen davon aus, dass damit aus heutiger Sicht alle derzeitigen coronabedingten Bedarfe der Beteiligungsunternehmen abgedeckt sind. Zur Stabilisierung der Unternehmen prüft die Koalition zudem die Möglichkeit der Aufnahme von Transaktionskrediten.

Die Koalition will die **parlamentarische Kontrolle** durch den Hauptausschuss über die Bereiche Landesbeteiligungen, Extrahaushalte und Investitionen intensivieren.

21. Berlin im Bund und Europa

Berlin ist die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland und Metropole im vereinten Europa. Daraus erwächst die Verpflichtung, unser Land als demokratische, vielfältige und weltoffene Stadt zu repräsentieren. Die Koalition nimmt die damit verbundenen Aufgaben als Hauptstadt an und wird gemeinsam mit der Bundesregierung daran arbeiten, sie dauerhaft und sachgerecht zu erfüllen.

Als Sitz der Bundesregierung, des Bundestages und des Bundesrates wird Berlin eine gute, partnerschaftliche Beziehung zu den Bundesbehörden und Vertretungen der Länder pflegen.

Die Koalition wird mit dem Bund Gespräche mit dem Ziel aufnehmen, bereits in den laufenden Hauptstadtfinanzierungsvertrag zusätzliche Projekte aufzunehmen, an denen es ein gesamtstaatliches Interesse gibt, so dass eine finanzielle Beteiligung des Bundes in Frage kommt. Gegenstand dieser Gespräche können zum Beispiel die Grundsanierung großer kultureller und anderer Einrichtungen der Stadt oder übergeordnete Verkehrsprojekte sein.

Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Stärkung der Steuergerechtigkeit, gegen Steuervermeidung, für eine solidarische Reform der Erbschaft- und Schenkungssteuer sowie für die Wiedereinführung der Vermögensteuer ein.

Sollte auf Bundesebene eine Entschuldung der Kommunen beschlossen werden, wird sich die Koalition dafür einsetzen, dass dabei auch die Stadtstaaten angemessen berücksichtigt werden.

Metropolregion Berlin-Brandenburg

Die Länder Berlin und Brandenburg bilden eine gemeinsame Metropolregion, die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg. Die Hauptstadtregion hat sich zu einer der prägendsten und dynamischsten Metropolregionen in Deutschland und Europa entwickelt. Beide Länder haben beste Voraussetzungen, vorhandene Ressourcen, Potenziale, Stärken und Chancen gemeinsam zu identifizieren und zu nutzen.

Die Metropolregion Berlin-Brandenburg steht vor einem gewaltigen Innovations- und Transformationsprozess in den Bereichen Energie, Wirtschaft, Verkehr und Klimaschutz. Die gemeinsame Wissenschafts- und Forschungslandschaft in der Metropolregion ist breit, vielfältig und exzellent aufgestellt und kann ihren Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen leisten. In zahlreichen Bereichen nimmt sie

weltweit eine Spitzenposition ein. Eine enge und zukunftsorientierte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft sollte noch mehr als bisher zum Markenkern der Metropolregion Berlin-Brandenburg werden.

Die Koalition verfolgt das Ziel, die Abstimmung, gemeinsame Kommunikation und Zusammenarbeit mit Brandenburg auszubauen und weiterzuentwickeln. Die Koalition unterstützt die Idee, einen gemeinsamen Ausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses und des Brandenburger Landtags zu bilden, der über Strategien für die Entwicklung der Metropolregion berät und diese weiterentwickelt. Beide Landesregierungen tagen mindestens einmal im Jahr gemeinsam, um eine enge Abstimmung und Koordination in wichtigen Politikfeldern vorzunehmen und die Hauptstadtregion gemeinsam voranzubringen. In die politische und gesellschaftliche Zusammenarbeit sollen sowohl Brandenburger Landkreise und Kommunen sowie Berliner Bezirke als auch gesellschaftliche Organisationen und die Zivilgesellschaft einbezogen werden. Die Koalition begrüßt die Zusammenarbeit im kommunalen Nachbarschaftsforum.

Der von beiden Landesregierungen in diesem Jahr beschlossene „Strategische Gesamtrahmen Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“ ist eine wichtige Grundlage für die Intensivierung und Erweiterung der vielfältigen Zusammenarbeit in zentralen Politikbereichen. Die in ihm enthaltenen Vorhaben werden umgesetzt und fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang ist es richtig, die Entwicklungsachsen von Berlin in die verschiedenen Regionen Brandenburgs und darüber hinaus auszubauen und zu stärken. Berlin will zusammen mit dem Land Brandenburg an der Entwicklung solcher Innovationskorridore arbeiten. Gemeinsam werden wir im Rahmen des Infrastrukturvorhabens i2030 die Verkehrswende voranbringen und Gespräche mit der Bundesregierung über die Finanzierung dieser Vorhaben führen. Dazu gehört auch eine Verbesserung der Schienenwege zu unseren polnischen Nachbarn.

Diese Innovationskorridore sollen Wirtschafts-, Mobilitäts-, Energie- und Klimaschutzpolitik sowie neue Modelle von Wohnen, Arbeiten und Lernen strategisch miteinander verknüpfen. Auf diese Weise können in beiden Ländern zum Wohle der gesamten Region neue Wertschöpfungen und Arbeitsplätze entstehen. Modellhaft sollen die Korridore von Berlin in die Lausitz, in Richtung Stettin und in Richtung Prignitz entwickelt werden. Aufgrund der besonderen Strukturentwicklung in der Lausitz könnte – in Abstimmung mit Brandenburg – die Entwicklungsachse Berlin-Lausitz ein erstes konkretes Pilotprojekt sein.

Die Koalition wird die wirtschafts- und industriepolitische Abstimmung suchen, um die Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit der gemeinsamen Hauptstadtregion zu steigern. Die Länder fühlen sich bei dieser Aufgabenstellung den Leitlinien für Umwelt- und Klimaschutz verpflichtet. Berlin und Brandenburg sollen eine gemeinsame

Energieregion werden und vertiefen ihre Zusammenarbeit auf dem Weg zur klimaneutralen Region. Die Koalition wird mit der Landesregierung in Brandenburg den Dialog suchen, um insbesondere gemeinsame Potenziale bei der Nutzung von Wasserstoff zu entwickeln und bei der Nutzung von Holz als Rohstoff eng zu kooperieren.

Europa

Berlin als europäische Metropole bekennt sich in seiner Verfassung zu einem geeinten, demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialen Europa. Berlin stellt eine breite Beteiligung im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas sicher und versteht sich als Hub für die progressive Zivilgesellschaft in Europa.

Die Koalition wertet das Berliner Büro in Brüssel durch eine verstärkte Präsenz der Berliner Akteure zur Vertretung Berlins bei der EU auf. Dazu zählt auch der regelmäßige Austausch vor Ort mit politischen Mandatsträger*innen des Landes Berlin und jährlich stattfindende Senatssitzungen in Brüssel. Es wird unter breiter Beteiligung u. a. der Zivilgesellschaft eine europapolitische Strategie Berlins entwickelt. Im Plenum des Abgeordnetenhauses soll zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen der EU jährlich eine europapolitische Debatte geführt werden, die auch auf diesen Strategieprozess Bezug nimmt. Berlin wird EU-Recht schneller umsetzen. Europäische Städtepartnerschaften und -netzwerke nutzt Berlin verstärkt für Begegnung und Brückenbau zwischen Ost- und Westeuropa und zum Erfahrung- und Personalaustausch. Über die EU-Städteagenda bringt die Koalition die für Berlin relevanten Städte-Themen ein.

Die Kooperation mit polnischen Kommunen und Zivilgesellschaft vertieft Berlin unter anderem im Rahmen der Oderpartnerschaft. Der Kulturzug zwischen Wrocław und Berlin wird dauerhaft gesichert. Der Partnerschaft Berlin-Paris gibt die Stadt anlässlich des 35. Jubiläums neuen Schwung unter anderem durch Nutzung des deutsch-französischen Bürgerfonds. Zusammen mit dem deutsch-französischen und deutsch-polnischen Jugendwerk sowie über Erasmus+ und andere Mobilitätsprogramme will Berlin jedem jungen Menschen hier die Möglichkeit einer Austauscherrfahrung bieten.

Das Angebot der staatlichen Europaschulen Berlin macht die Stadt attraktiv und soll ausgebaut werden. Die Lehrkräftefortbildung der Europäischen Akademie Berlins soll forciert und ein Gesamtkonzept für Europabildung und Mehrsprachigkeit entwickelt werden. Die Freizügigkeit ist eine große Errungenschaft der europäischen Integration. Berlin verpflichtet sich, die Rechte und Ansprüche von EU-Bürger*innen zu sichern. Berlin wird Anlauf- und Beratungsstrukturen für mobile EU-Bürger*innen ausbauen und Angebote dauerhaft etablieren.

Die Koalition verpflichtet sich auf die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. Die Koalition setzt sich für erleichterten Zugang zu EU-Programmen für kleinere Projektträger ein, sichert Kofinanzierung und schöpft europäische Förderprogramme wie für Forschung und Kultur besser aus. Bei der Vergabe von EU-(Ko-)Finanzierungsmitteln unter anderem zum Wiederaufbaufonds wird auf klimafreundliche Technologien, Innovation, gute Arbeit und die Stärkung des Partnerschaftsprinzips geachtet. Berlin wird die Europa- und Sprachkompetenzen der Verwaltung sowie EU-Entsendungen in die Personalentwicklungskonzepte aufnehmen. Als Mitglied des Solidarity Cities Network wird Berlin einen Beitrag zur Seenotrettung leisten und sich dafür einsetzen, dass mit EU-Mitteln die Aufnahme von Geflüchteten durch Kommunen direkt unterstützt wird.

Internationales

Berlin nimmt als internationale Metropole und Bundeshauptstadt mit Blick auf die Erfahrungen aus der Geschichte seine politische Verantwortung für globale Gerechtigkeit und Prosperität, Frieden und Solidarität, Demokratie und Freiheit, die universellen Menschenrechte, Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz sowie die europäische Integration wahr.

Urbanisierung und Globalisierung verändern die Welt zunehmend. Bei der Gestaltung dieser Prozesse (unter anderem smarte, digitale, grüne Städte) baut Berlin seine Rolle auf dem Gebiet der urbanen Diplomatie aus. Berlin wird seine Städtepartnerschaften und internationalen Städtenetzwerke (unter anderem Metropolis, C40) mit Blick auf die Lösung globaler Herausforderungen wie Klima- und Umweltschutz, Bekämpfung sozialer Ungleichheiten, Folgen der Corona-Pandemie oder Angriffen auf Demokratien strategisch und konzeptionell weiterentwickeln. In Zeiten zunehmender internationaler Spannungen und Konflikte wird Berlin die politisch demokratischen Forderungen des Paktes der Freien Städte aktiv mitgestalten.

Berlin wird themenbasierte Bündnisse und Partnerschaften auch in Zusammenarbeit mit den Bezirken und der Zivilgesellschaft entwickeln und auf die globalen Entwicklungsziele der UN-Agenda 2030 hin ausrichten. Entwicklungspolitische Wirksamkeit sowie global-soziale, ökologische und -faire Kriterien sind für die Koalition handlungsleitend.

Berlin bleibt Fair Trade Town. Das Aktionsbündnis Fairer Handel stärken wir, überarbeiten die entwicklungspolitischen Leitlinien und richten sie an den 17 Nachhaltigkeitszielen aus. Die Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit (LEZ) soll gestärkt und das Eine-Welt-Promoterprogramm sowie das Berlin Global Village und die Koordinierungsstelle „Decolonize Berlin“ verstetigt werden.

Berlin setzt sich über die Zusammenarbeit mit der Partnerstadt Windhoek im Rahmen seiner Kompetenzen dafür ein, Aussöhnung und Wiedergutmachung mit Nama und Herero und deren Nachkommen zu unterstützen.

Berlin als Stadt des Friedens und der Versöhnung wird internationale Initiativen und zivilgesellschaftliche Projekte für zivile Konfliktbearbeitung zum Beispiel durch ein „Friedensforum“ unterstützen und befördern.

Bei Umbenennungen von Straßen sollen besonders Persönlichkeiten berücksichtigt werden, die für das friedliche und humane europäische Gemeinwesen, die europäischen Einigungsgeschichte und die Verteidigung der Menschenrechte stehen.

22. Grundsätze der Regierungszusammenarbeit

Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln zum Wohle des Landes Berlin und seiner Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. Die Partner tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung und werden diese gemeinsam vertreten. Sie gehen in der Koalition und im Senat fair und respektvoll miteinander um und geben ein gutes Vorbild. Der Koalitionsvertrag in seiner Gänze ist handlungsleitend für die Koalition. Ihre Zusammenarbeit erfolgt auf der Grundlage folgender Regelungen:

Zusammenarbeit der Parteien, Koalitionsausschuss

Es wird ein Koalitionsausschuss eingerichtet, der Fragen von grundsätzlicher Bedeutung berät. Der Koalitionsausschuss kommt vierteljährlich zusammen, einmal jährlich als Klausursitzung. Zusätzlich tritt er auf Wunsch eines Koalitionspartners zusammen. Die Beschlüsse des Koalitionsausschusses sind handlungsleitend für die regierungstragenden Fraktionen der Koalitionsparteien und die Ressorts der Landesregierung. Er verständigt sich konsensual.

Der Koalitionsausschuss besteht aus den Landes- und Fraktionsvorsitzenden der die Koalition tragenden Parteien, der Regierenden Bürgermeisterin und den Bürgermeister*innen sowie weiterer Vertretungen der Koalitionspartner. Jede Partei entsendet fünf Mitglieder. Stellvertretung ist im Ausnahmefall möglich.

Zusammenarbeit im Abgeordnetenhaus

Zur Abstimmung der parlamentarischen Zusammenarbeit findet zwischen den Fraktionen aller Koalitionspartner ein enger und regelmäßiger Informationsaustausch statt. Die Koalitionspartner stimmen im Abgeordnetenhaus einheitlich ab. Initiativen und Anträge werden gemeinsam eingebracht.

Für eine erfolgreiche Arbeit ist eine enge Abstimmung der den Senat tragenden Koalitionsfraktionen erforderlich. Die Koalitionsfraktionen bereiten im Parlament die Ausschusssitzungen gemeinsam vor. An den Vorbereitungssitzungen nehmen die fachlich federführenden Mitglieder des Senats bzw. ihre Staatssekretär*innen teil.



Zusammenarbeit im Senat

Die Regierende Bürgermeisterin führt den Senat. Die Koalitionspartner stellen jeweils eine Bürgermeisterin oder einen Bürgermeister, die oder der die Regierende Bürgermeisterin bei Abwesenheit vertritt. Die Regierende Bürgermeisterin und die Bürgermeister*innen arbeiten gut und abgestimmt zusammen und informieren sich frühzeitig und umfassend über grundsätzliche politische Entscheidungen und Entwicklungen sowie wesentliche Termine.

Die Mitglieder des Senats berichten in der Senatssitzung über Vorhaben grundsätzlicher Natur. Im Senat entscheiden die Senatsmitglieder einvernehmlich, abweichende fachliche Voten einzelner Ressorts in Sachfragen bleiben davon unberührt.

Für den engen Austausch zwischen Senat und Fraktionen nimmt je eine/r der Vorsitzenden der die Koalition tragenden Fraktionen an den Senatssitzungen teil.

Die Senatssitzungen werden von der Staatssekretärskonferenz vorbereitet, die vom Chef der Senatskanzlei geleitet wird. Senatsvorlagen sind frühzeitig bei der Senatskanzlei anzumelden.

Umsetzung der Koalitionsvereinbarung und Regierungsplanung

Grundlage guten Regierens ist eine verbindliche und langfristige Planung der Regierungsarbeit. Diese wird, wie die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung und deren Implementierung in die Richtlinien der Regierungspolitik, von der Senatskanzlei kontrolliert und koordiniert. Die Koalition wird in enger Abstimmung und Zusammenarbeit der Koalitionspartner eine verbindliche Regierungsplanung umsetzen, die durch ein digitales Programm unterstützt wird.

Die inhaltliche und politische Abstimmung zwischen der Senatskanzlei, den Senatsressorts, den die Regierung tragenden Parteien und den Fraktionen läuft über den Chef der Senatskanzlei und die zuständigen Staatssekretäre der Bürgermeister*innen, die regelmäßig zusammenkommen, um die Arbeit der Koalition auf Grundlage des Regierungsprogramms vorzubereiten und zu begleiten.

Die SPD stellt die bzw. den Senatssprecher*in. Die LINKE und BÜNDNIS 90/Die Grünen stellen jeweils eine/einen stellvertretende/n Senatssprecher*in. Sie arbeiten in einem Pressteam zusammen und berichten direkt der Regierenden Bürgermeisterin.

Das bisherige Referat Regierungsplanung wird mit jeweils zwei Stellen dem Chef der Senatskanzlei und den Büros der Bürgermeister*innen zugeordnet. Sie unterstützen und koordinieren von dort die inhaltliche Abstimmung und Regierungsplanung.

Verhalten Berlins im Bundesrat

Die Koalition legt das Abstimmungsverhalten des Landes im Bundesrat im Senat gemeinsam fest. Sie orientiert sich dabei im Plenum und in den Ausschüssen des Bundesrates an den Interessen des Landes und an Inhalt und Geist der Koalitionsvereinbarung. Berlin wird sein Abstimmungsverhalten im Bundesratsplenum im Internet öffentlich machen.

Die Koalition strebt ein aktives Auftreten Berlins im Bundesrat an, um bundespolitisch mitzugestalten. Deshalb sollte eine Enthaltung in politisch bedeutsamen Fragen die Ausnahme darstellen. Die Koalitionspartner verpflichten sich daher, bei strittig gestellten Themen im Senat eine Einigung im Interesse Berlins anzustreben. Kommt eine Einigung über das Abstimmungsverhalten im Bundesrat nicht zustande, so wird sich das Land Berlin der Stimme enthalten. Initiativen der EU-Kommission sowie von Bund und Ländern in den zentralen und von den Koalitionspartnern gemeinsam identifizierten Themenfeldern dieser Koalitionsvereinbarung werden im Zweifel von Berlin unterstützt, sofern dem nicht gewichtige anderslautende Gründe entgegenstehen.

Ordentliche Mitglieder im Bundesrat sind die Regierende Bürgermeisterin und ihre beiden Stellvertreter*innen sowie ein weiteres von der stärksten Partei benanntes Mitglied des Senats. Die übrigen Senator*innen werden stellvertretende Mitglieder.

Zur Koordinierung der Bundesratsabstimmungen wird es neben dem Austausch auf politischer Ebene in Vorbereitung der Senatsentscheidung eine Besprechung der Bundesratsreferent*innen aller Ressorts geben. Die bzw. der Bevollmächtigte des Landes beim Bund koordiniert diesen Prozess. Ein besonderer Austausch zwischen den Koalitionspartnern erfolgt darüber hinaus auf politischer Ebene.

Die Koalition wird im Vermittlungsausschuss durch die Regierende Bürgermeisterin vertreten. Stellvertretendes Mitglied ist ein/e Bürgermeister*in, es sei denn der Senat beschließt eine Vertretung durch das fachlich zuständige Mitglied des Senats. Die Koalitionspartner werden die Verhandlungslinie im Vermittlungsausschuss untereinander abstimmen.

Besetzung von Aufsichtsräten und Gremien

Über die Besetzung von Mandaten in Aufsichtsgremien, welche durch den gesamten Senat zu besetzen sind, wird zwischen den jeweils zuständigen Fachressorts und der Beteiligungsverwaltung eine Abstimmung herbeigeführt. In allen vom Senat beschickten Gremien (z. B. Aufsichtsräte, Kommissionen, Beiräte) streben die Koalitionspartner eine ausgewogene Besetzung an. Die Besetzung, für die im Senat zu besetzenden Gremien, erfolgt im gegenseitigen Einvernehmen. Im Übrigen gilt das Ressortprinzip. Dabei haben die Koalitionspartner das Ziel einer geschlechterparitätischen Besetzung von Führungspositionen im Blick.

Ressortverteilung im Senat

Die Koalitionsparteien vereinbaren folgende Ressortverteilung im Senat von Berlin:

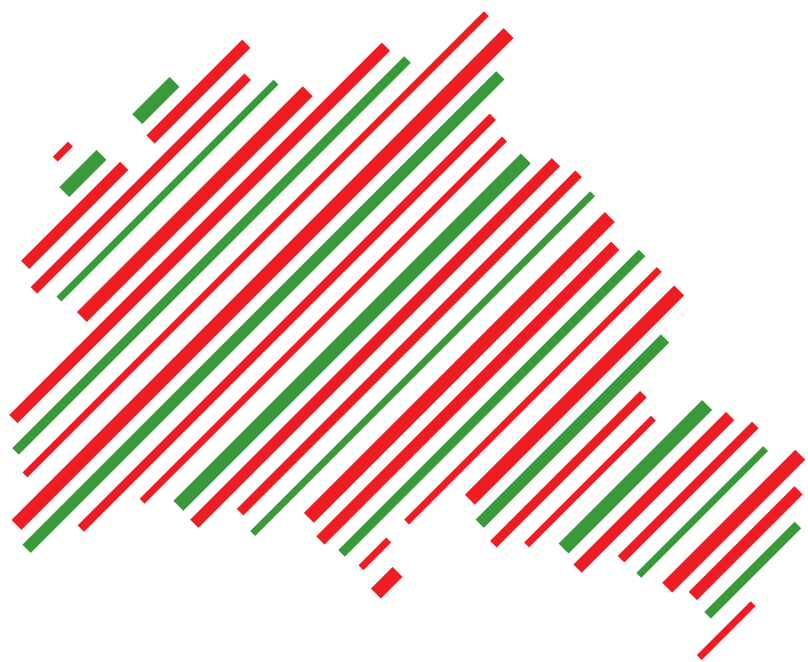
Die **SPD** stellt die Regierende Bürgermeisterin, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, die Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe sowie die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie.

Bündnis 90/Die GRÜNEN stellen eine*n Bürgermeister*in und die Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit, Pflege und Gleichstellung, die Senatsverwaltung für Finanzen sowie die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr, Klimaschutz und Verbraucherschutz.

DIE LINKE. stellt eine*n Bürgermeister*in und die Senatsverwaltung für Kultur und Europa, die Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales sowie die Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung.

Für die Ernennung von Staatssekretär*innen liegt das Vorschlagsrecht bei der bzw. dem jeweiligen Senator*in.

Der Senat entscheidet auf Vorlage der jeweiligen Senatorin bzw. des jeweiligen Senators und der Regierenden Bürgermeisterin.





Zukunftshauptstadt Berlin.
Sozial. Ökologisch. Vielfältig. Wirtschaftsstark.

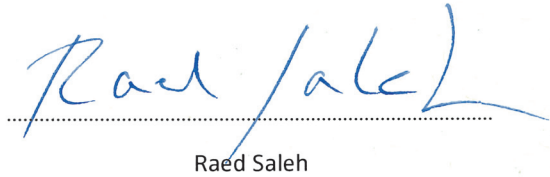
Berlin, 21. Dezember 2021

**Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Landesverband Berlin**

**Für die SPD-Fraktion
im Abgeordnetenhaus von Berlin**


.....

Franziska Giffey

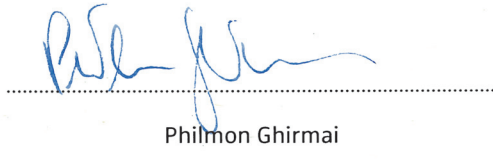

.....

Raed Saleh

Für Bündnis 90/Die GRÜNEN · Landesverband Berlin


.....

Susanne Mertens


.....

Philmon Ghirmai

Für die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN im Abgeordnetenhaus von Berlin


.....

Silke Gebel


.....

Bettina Jarasch


.....

Antje Kapek

Für DIE LINKE. · Landesverband Berlin


.....

Katina Schubert


.....

Klaus Lederer

Für die Fraktion DIE LINKE. im Abgeordnetenhaus von Berlin


.....

Anne Helm


.....

Carsten Schatz